BERLINER BLÄTTER

Berliner Blätter 93/2026

FRIKTIONEN

Spannungen, Spaltungen und produktive Störungen aus Geschlechterperspektive

Herausgegeben von **Manuel Bolz, Friederike Faust** und **Corinna Schmechel**

Berliner Blätter 93/2026

FRIKTIONEN

Spannungen, Spaltungen und produktive Störungen aus Geschlechterperspektive

Herausgegeben von **Manuel Bolz**, **Friederike Faust** und **Corinna Schmechel**

Der Band erprobt Anna L. Tsings Konzept der Friktion als Heuristik einer kulturanalytischen Geschlechterforschung. Reibung wird weder als Krisensymptom noch als Hoffnungsfigur vereindeutigt, sondern als konstitutiv für mehr-als-menschliches Miteinander und in sich ambivalent verstanden: Sie formiert politische Felder, irritiert binäre Wissensordnungen und kann ebenso Bündnisse stiften wie Spaltungen und Gewalt befeuern. Die ethnografischen und kulturhistorischen Beiträge erkunden, wie Spannungen verhandelt, ausgehalten oder entschärft werden und in welchen Arenen dies geschieht. Zugleich rücken sie die ungleich verteilten Kosten in den Blick, die entstehen, wenn der gewohnte Lauf der Dinge irritiert wird.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG

Friktionen aus Geschlechterperspektive 3
Eine Einleitung
Friederike Faust und Manuel Bolz

FORSCHUNGSARTIKEL

Uneindeutige Geschlechtskörper – binäre Normierungen 21
Epistemische Reibungen zwischen Recht und Medizin
Alik Mazukatow

Navigating Intimate Bureaucracies 37
Mismatched Realities of Türkiyeli Trans Migrants in Germany
R. Aslı Koruyucu

Die Bandenkämpfe im Vergnügungsviertel 50
Hamburg-St. Pauli als Friktion?
Urbane (Un-)Sicherheitskonflikte kulturanthropologisch betrachtet
Manuel Bolz

Der Gehsteig als Schauplatz im Kampf um Abtreibung 69
Räumliche Materialisierungen von Macht im Abtreibungsdispositiv
Lisa Brünig

Caring through Frictions 86
Queer Activism and Prefigurations of Caring Solidarity
Sascha Sistenich

Between Comradeship and Sorority 103
Gendered Frictions and the Making of Solidarity in
Mexico City's Urban-Popular Movement
Anabel Yahuitl-Garcia

Neue Themen, alte Muster? 120
Streit(en) in feministischen Bewegungen der postfeministischen
und postmigrantischen Gesellschaft
Miriam Gutekunst und Imke Schmincke

INTERVIEW

Konfliktzonen der Intimität? 137
Krisen- und Trennungsphasen in heterosexuellen
Paarbeziehungen (1945-1999). Ein Gespräch
Alexandra Regiert und Manuel Bolz

ISSN (Online): 2702–2536 | Creative Commons CC BY 4.0 | DOI: 10.60789/93

Friktionen aus Geschlechterperspektive
Eine Einleitung

FRIEDERIKE FAUST und MANUEL BOLZ

ABSTRACT

Die Einleitung zum Tagungsband *Friction: Spannungen, Spaltungen und produktive Störungen* schlägt vor, Friktionen als Heuristik für eine Kulturanalyse aus der Geschlechterperspektive fruchtbar zu machen. Damit führt sie in das Thema der 19. Tagung der Kommission für Geschlechterforschung und Queere Anthropologie ein, die vom 19. bis 21. Juni 2025 in Göttingen stattfand. Um das Reibungsvolle als grundlegend für mehr-als-menschliches Miteinander zu verstehen und in seinen Dynamiken und Effekten auszuleuchten, greifen wir auf Anna L. Tsings Konzept der *friction* zurück: Reibung gilt als konstitutiv für gesellschaftliche Prozesse, ihr Ausgang bleibt jedoch empirisch offen. Der Beitrag skizziert exemplarisch kulturanalytische Fragerichtungen: Wie, womit und wo werden Spannungen verhandelt und wann münden sie in Gewalt und Spaltung oder lassen neue Verbindungen entstehen? Der Text entfaltet diese Perspektive und führt in die Beiträge des Tagungsbandes ein: Reibungen werden als politische Triebwerke und Spaltungskräfte betrachtet, die sowohl neue politische Formationen als auch soziale Bewegungen hervorbringen und beide gleichermaßen bedrohen. Geschlecht und Sexualität – gar die Geschlechterforschung selbst – zeigen sich dabei als besonders umkämpfte Felder, da sie regelmäßig epistemische Verunsicherung produzieren und zugleich von gewaltvoller Normierung bedroht sind.

SCHLAGWORTE

Geschlechterforschung, Queere Anthropologie, Friktion, Soziale Bewegung, Spaltung

ZITIERVORSCHLAG

Faust, F./Bolz, M. (2026): Friktionen aus Geschlechterperspektive: Eine Einleitung. Berliner Blätter 93, 3–20. DOI: 10.60789/931259.

ISSN (Online): 2702–2536 | Creative Commons CC BY 4.0

Als wir 2024 mit den Vorbereitungen zur 19. Tagung der Kommission für Geschlechterforschung und Queere Anthropologie der Deutschen Gesellschaft für Empirische Kulturwissenschaft begannen, ließ sich ein gewisser Überdruss an Krisensemantiken nicht unterdrücken. Denn an empirisch greifbaren Krisen und Konflikten mangelt es gegenwärtig nicht: Kriege und Militarisierung, die zerstörende Kraft der Künstlichen Intelligenz ebenso wie des Nicht-Handelns in Anbetracht der Klimakrise, steigende soziale Ungleichheit sowie rechtsextreme und autoritäre Landnahmen und nekropolitische Grenzregime. Um nicht der Resignation, gar Ohnmacht zu erliegen, suchen jüngere sozial- und kulturwissenschaftliche Publikationen nach Möglichkeiten, mit Hoffnung gegen die Krise anzudenken, ein neues Gemeinsames zu entwerfen und ethnographisch Spuren eines *otherwise* aufzuspüren, ohne eine kritische Haltung aufzugeben (Robbins 2013; Hark u. a. 2015; Ortner 2016; Hark 2021; Binder/Hess 2026; Mazukatow u. a. 2026). Wohlwissend, wie berechtigt und treffend die Krisendiagnosen sind, wie notwendig eine kultur-anthropologische Kritik gegenwärtiger Gewaltformen ist und wie erfolgreich diese bereits im Rahmen der vorangegangenen Kommissionstagungen zum Thema gemacht worden waren (Balcerzak u. a. 2026; Binder u. a. 2023), wollten wir dennoch zunächst nicht den Schritt vorwärts in Richtung Hoffnung und einer *Anthropology of the Good* mitgehen. Stattdessen wollten wir die dem Konflikthaften und Gewaltvollen zugrunde liegenden Dynamiken und Bedingungen ausleuchten und den Blickwinkel weiten. Dafür griffen wir auf das Bild der Reibung zurück, da dieses weder die Diagnose der Krise noch das Versprechen der Hoffnung vorwegnimmt.

Die Tagung und der daraus hervorgegangene Tagungsband sind der Versuch, ethnographisch und kulturhistorisch das Reibungsvolle als einerseits konstitutiv, andererseits als gleichermaßen verhängnisvoll *und* vielversprechend für menschliches Miteinander zu verstehen. Ihr gemeinsames Anliegen ist es, diese Dynamiken durch unterschiedliche Forschungsfelder und -themen hindurch zu verfolgen und so zu einem besseren Verständnis davon beizutragen, wie verschiedene Spannungen und Konflikte der Gegenwart und Vergangenheit geformt und kanalisiert werden – wodurch sie befeuert, ausgehalten oder entschärft werden – und, in der Zusammenschau, was sie verbindet und unterscheidet. Geschlecht und Sexualität bilden dabei relevante analytische Konzepte oder sie konturieren die Forschungsfelder. Entsprechend diskutierten wir auf der Tagung folgende (und weitere) Fragen, die auch in den Beiträgen dieses Bandes aufgegriffen werden:

- Wie werden Spannungen und Dissens verhandelt, mit welchen Instrumenten, in welchen Registern und mit welchen Logiken?

- Was gerät miteinander in Reibung: Welche Differenzen erscheinen als unüberbrückbar und störend, welche werden schlicht hingenommen und ausgehalten und welche werden gar erwartet und erwünscht?

- Wo vollziehen sich diese Aushandlungen: In welchen gesellschaftlichen Arenen, medialen Formaten oder institutionellen Räumen und mit welchen Formatierungseffekten auf Anliegen, Subjektivitäten und Deutungen?

Reibung, so lautete unser Ausgangspunkt, ist zwar feldübergreifend und unausweichlich konstitutiv für mehr-als-menschliches Miteinander. Doch wie es dazu kommt, dass manche mehr-als-menschlichen Begegnungen in Konflikt, Spaltung oder gar Gewalt münden, während andere zu neuen, gar progressiven Verbindungen gerinnen, ist als empirische Frage immer wieder neu zu stellen.

Entsprechend interdisziplinär und thematisch breit legten wir die vom 19. bis 21. Juni 2025 an der Universität Göttingen stattfindende Tagung an: Unter dem Titel *Friction: Spannungen, Spaltungen und produktive Störungen* planten und organisierten wir Thema und Programm in fakultätsübergreifender Kooperation zwischen dem Göttinger Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie und dem Studienfach Geschlechterforschung. Wir luden Kulturanthropolog:innen, Geschlechter- und Diversitätsforscher:innen sowie Soziolog:innen ein, in 10 Panels mit über 35 Vorträgen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz Einblicke in aktuelle gegenwartsbezogene wie historische Forschungen zu geben. Gerahmt wurden die Vorträge von zwei Keynotes: Sabine_ Hark eröffnete die Konferenz mit dem szenischen Zwiegespräch »Gekommen, um zu bleiben. Über Affinität, Ansteckung und Assoziation sowie Reziprozität, Rechenschaft und Responsabilität«[1], in dem Hark ein neues Ethos des Gemeinsamen entwarf, das darauf basiert, Gleichheit und Verschiedenheit in ihrer Verwobenheit anzuerkennen. Der zweite Tag wurde von Aslı Zengin eröffnet, die basierend auf ihrer kürzlich erschienenen und ausgezeichneten Ethnographie *Violent Intimacies. The Trans Everyday and the Making of an Urban World* (2024) die gegenseitige Durchdringung von Gewalt und Intimität in den Alltagen von trans* Personen in Istanbul eindrücklich aufzeigte. Die Konferenz beschloss den dritten und letzten Tag mit einer Diskussion der aktuellen Angriffe auf die Geschlechterforschung. Hier diskutierten Cory W. Thorne Gutiérre (University of Newfoundland, Kanada), Aslı Zengin (Rutgers University, USA) und Beate Binder (HU Berlin) zusammen mit dem Publikum über Gegenstrategien und Möglichkeiten, Allianzen zu bilden.[2]
Wichtig war uns, wie auch den Organisator:innen vorausgegangener Tagungen, politische, künstlerische und aktivistische Ausdrucksformen in das Tagungsprogramm einzubeziehen: In Kooperation mit dem Göttinger Kino Lumière zeigten wir den ethnographisch-essayistischen Film *Tarantism revisited*[3] und konnten anschließend mit der Regisseurin und Medienanthropologin Anja Dreschke ins Gespräch kommen (Moderation: Torsten Näser); Victoria Hegner lud die universitären Gleichstellungsbeauftragten Karin Bürkert (Universität Tübingen), Daniela Heitzmann (Goethe-Universität Frankfurt), Heike Pantelmann (FU Berlin) sowie Jana Pasch (Universität Göttingen) zu einem Roundtable-Gespräch, das eindrücklich die persistente Wichtigkeit sowie die erforderlichen Taktiken universitärer Gleichstellungsarbeit auffächerte und zu Bündnissen zwischen Geschlechterforschung und Gleichstellungspolitik aufrief; ein Stadtrundgang, angeboten vom Göttinger Stadtlabor[4], führte Konferenzteilnehmende auf kolonialen Spuren durch

1 Das später zu einem Theaterstück ausgearbeitete Zwiegespräch wurde unter dem Titel „Im Schatten der Präsenz – Ein Konzert der Stimmen" im Rahmen des 30jährigen Jubiläums der Berliner Zentrums für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung am HAU Berlin uraufgeführt: https://www.hebbel-am-ufer.de/programm/pdetail/30-jahre-zentrum-fuer-interdisziplinaere-frauen-und-geschlechterforschung-tu-berlin-im-schatten-der-praesenz-ein-konzert-der-stimmen/ (Zugriff: 24.9.2026).
2 Für einen ausführlichen Bericht zur Tagung siehe Krug u. a. (2026).
3 Der Film wurde produziert von Anja Dreschke und Michaela Schäuble, Deutschland/Schweiz 2024, 105 Min., weitere Informationen zum Film: https://www.tarantism-revisited.net/
4 Das Stadtlabor und sein Programm sind hier zu finden: https://www.stadtlabor.uni-goettingen.de/.

die Universitätsstadt und eine Begleitausstellung zeigte Ausschnitte aus der Ausstellung *Queeres Leben in Göttingen*[5] des Vereins Niedersächsischer Bildungsinitiativen sowie Informationstafeln zur Kontinuität der Verfolgung homosexueller Männer an westdeutschen Universitäten bis in die 1960er Jahre.

In Friktionen denken

Im Mittelpunkt stand unser Anliegen, Friktionen felder- und themenübergreifend als Heuristik für die Kulturanalyse aus Geschlechterperspektive zu erproben. Für dieses Unterfangen ließen wir uns von einem kulturanthropologischen Konzept leiten, das vor gut 20 Jahren entworfen wurde und seine analytische Kraft seither behaupten kann.[6] Anna L. Tsing theoretisierte Anfang der 2000er Jahre mit dem Motiv der *friction* (deutsch: Reibung) das Aufeinandertreffen von Akteur:innen, Dingen, Körpern, Imaginationen, Politiken und Wissensbeständen über globale Distanzen und Differenzen hinweg. Sie veranschaulicht dieses wie folgt:

> »[A] study of global connections shows the grip of encounter: friction. A wheel turns because of its encounter with the surface of the road; spinning in the air it goes nowhere. Rubbing two sticks together produces heat and light; one stick alone is just a stick. As a metaphorical image, friction reminds us that heterogeneous and unequal encounters can lead to new arrangements of culture and power.« (Tsing 2005, 5)

Tsing entwickelte diese Bilder aus ihrer Studie zu globalem Umweltaktivismus und mit dem Anliegen, in die damalige Debatte um Globalisierungsprozesse einzugreifen. Sie legt mit diesen Bildern ihren Überlegungen die These zugrunde, dass Friktionen zwischen Unterschiedlichem nicht zwangsläufig konflikthaft verlaufen. Vielmehr ist hier ein Berührungsmoment gemeint, das dynamisch, spannungsreich und mit ungewissem Ausgang Unterschiedliches zu etwas Neuem zusammenfügt oder unerwartete Entwicklungen in Gang setzt. Entsprechend versteht Tsing Reibungen nicht als Störung eines ansonsten harmonischen Miteinanders, sondern als konstitutiv und produktiv für gesellschaftliche Prozesse. Eine Friktion begründet damit auch immer einen Moment, so paraphrasieren es Jens Adam und Asta Vonderau (2014, 22), »in dem der normale Lauf der Dinge unterbrochen wird oder eine neue Richtung einschlägt«. Damit lenkt Tsing den Blick auf das Unbequeme, Instabile, Ungleiche und Kreative, das diesem Moment innewohnt. Wie in diesem Aufeinandertreffen »heat and light«, also neue machtvolle, kulturelle Konstellationen und Prozesse, entstehen, ist jedoch nicht zufällig oder gar beliebig, sondern folgt historisch angelegten Pfaden (Tsing 2005, 6), auch wenn durchaus nicht-intendierte, überraschende Effekte eintreten können. Für unsere Tagung erwiesen sich Tsings Metaphern als besonders anschlussfähig, da – erstens – mit ihnen sowohl kleinere

5 Die gesamte Ausstellung ist online zugänglich: https://queere-geschichten-goe.de/vielfalt-der-queeren-bewegung/.
6 Die Produktivität dieser Heuristik zeigt sich etwa darin, dass sie erfolgreich auf andere Felder übertragen wurde. So zeigen Adam/Vonderau (2014), wie *friction* zur Analyse politischer Felder herangezogen werden kann, Döring/Vöhringer (2025) nutzen das Bild der Reibung, um kuratorische Praxen zu untersuchen und Faust u. a. (2021) setzen es zu einem besseren Verständnis des epistemischen Potentials kollaborativer Forschung ein.

interpersonelle Kontroversen als auch umfangreiche diskursive, politische oder soziale Konstellationen in den Blick genommen werden können. Zweitens lässt sie die Qualität der Reibungen sowie deren Ausgang prinzipiell offen: Wie, in welchen Registern und mit welchen Mitteln sich diese vollziehen, ob in ihnen neue destruktive, repressive oder gewaltvolle Formen entstehen oder sich aber progressive, widerständige oder machtkritische Effekte entfalten, bleiben damit empirisch offene Fragen (vgl. Tsing 2005, 6; vgl. Döring/Vöhringer 2025).

Friktionen als politische Triebwerke und Spaltungskräfte

Mit *friction* hat Tsing Dynamiken und Konstellationen gefasst, die auch in anderen Feldern der Kulturanthropologie mit unterschiedlichen Begrifflichkeiten, Erkenntnisinteressen und Forschungshaltungen untersucht wurden und werden. Gerade die politische Anthropologie nutzt konflikthafte Momente, Kontroversen und spannungsreiche Konstellationen als ethnographische Einstiegsmomente sowie forschungsleitende Dynamiken für die Erforschung gegenwärtiger Probleme und komplexer Konstellationen (Hess/Tsianos 2010; Gutekunst/Schwertl 2018; Riedner 2018). Dies ist nicht verwunderlich, können aus einer hegemonietheoretischen Perspektive heraus der Streit und der Dissens doch als konstitutiv für das Politische verstanden werden (Mouffe 2014). Jens Adam und Asta Vonderau (2014) schlagen entsprechend vor, das Konzept der *friction* für die politische Anthropologie fruchtbar zu machen. Sie argumentieren, dass sich politische Felder durch das reibungsvolle Aufeinandertreffen von Akteur:innen, institutionellen Strukturen, Dingen und Technologien formieren. Denn in solchen Momenten des unverhofften Zusammenkommens werden Zustände problematisier- und kritisierbar; es festigen sich Unzufriedenheiten zu politischen Problemen und konkrete Lösungswege gewinnen an Plausibilität. Gleichzeitig rücken damit andere Problemdeutungen und -lösungen ins Abseits; sie büßen an Überzeugungskraft ein, verlieren ihre Legitimität und gelten als ›irrational‹, ›absurd‹ oder schlicht ›unrealistisch‹. Das Feld an möglichen Wegen und Entwicklungen wird so unweigerlich begrenzt (ebd.; Faust 2019). Empirisch lassen sich diese reibungsvollen Formierungen sowohl in den kleinen Dissonanzen im Alltag als auch in sozialen und politischen Krisen oder gravierenden strukturellen Transformationen fassen (Adam/Vonderau 2014). Gerade weil in ihnen die ansonsten unausgesprochenen Selbstverständlichkeiten und Routinen ins Visier der Auseinandersetzung geraten, bieten sich solch reibungsvolle Momente als vielversprechende ethnographische Fenster an. Die Beiträge von Aslı Koruyucu und Manuel Bolz schließen hier an: Koruyucu unterzieht das europäische Migrationsregime einer kritischen Analyse und zeigt, wie das Zusammenspiel von medizinischen und rechtlichen Regulierungen, Staatsbürgerschaftsregimen und bürokratischen Prozeduren Subjektivitäten türkischer trans* Migrant:innen bis in die intimsten Bereiche hinein gewaltvoll begrenzt und kontrolliert, zugleich aber in sich widersprüchlich ist und entsprechende Schlupflöcher bietet. Manuel Bolz analysiert aus historischer Perspektive die Herausbildung eines Sicherheitsregimes in Hamburg-St. Pauli. Er zeigt anhand der sogenannten Ludenkämpfe, wie das Zusammenkommen unterschiedlicher Entwicklungen und Ergebnisse dazu führte, dass das

fragile Verhältnis zwischen polizeilichen und kriminellen Akteuren aus dem Gleichgewicht geriet. Dadurch konnte die Installation von zahlreichen Sicherheitsmaßnahmen plausibilisiert werden, durch die das urbane Vergnügen seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart immer stärker reguliert wurde.
Da der Streit um differente Positionen, Interessen und Wissen dem Politischen immanent ist, gilt es Mouffe (2014) zufolge, ihn in liberalen Demokratien zu kultivieren und produktiv zu kanalisieren, so dass er in agonistischer Debatte ausgetragen werden kann, statt in antagonistische Kämpfe zu kippen. Aus phänomenologischer und geschlechtertheoretischer Perspektive hat Sara Ahmed mit der »feminist killjoy« (2010; 2023) eine Figur, gar eine Identität, entworfen, die die Produktivität des Konflikthaften aus Perspektive der widerstreitenden Subjekte betont. Mit Blick auf gegenwärtige geschlechterpolitische Verwerfungslinien und feministische Bewegungen beschreibt Sara Ahmed die feministische Spaßverderberin als eine Person, die stets Reibung produziert, nicht jedoch um der Disruption willen, sondern mit dem Ziel einer gerechteren Welt. Aus kultur- und geschlechteranalytischer Perspektive schließen daran mehrere Fragen an: Wie, in welchen Arenen, mit welchen Mitteln und mit welchen Effekten wird gestritten? Wie, wann und unter welchen Bedingungen werden diese Auseinandersetzungen zu einem unerbittlichen Kampf zwischen verfeindeten Lagern?
Der ersten Frage haben sich an der Schnittstelle von politischer Anthropologie und Geschlechterforschung zahlreiche Arbeiten der Bewegungsforschung verschrieben: Sie richten ihren Blick darauf, wie feministische oder queere Bewegungen in Reibung mit einem als gewaltvoll erlebten Status quo gehen, wie sie wahrgenommene Ungerechtigkeiten rahmen, welche Mittel und Strategien sie nutzen und welche Arenen sie dafür aufsuchen (u. a. Dave 2012; Näser-Lather 2019; Balcerzak 2020; Mazukatow 2023). Neben den an den politischen Gegner gerichteten Vorgehensweisen arbeiten aktivistische Bündnisse und Bewegungen daran, für sich selbst und ihre Anhängerschaft heterotope Räume jenseits enger Geschlechter- und Sexualitätsnormen zu gestalten. Diese präfigurativen Praxen ermöglichen es, neben ›realpolitischen‹ Kämpfen utopische Zukünfte in der Gegenwart erlebbar zu machen (u. a. Faust 2019; Kuhn 2024; Sistenich 2026). Zusammengenommen zeigen diese Studien, wie das Moment des Sich-in-Reibung-Versetzens mit einem inakzeptablen Status quo als Motor für politische Mobilisierung fungiert.
Alik Mazukatows historische Betrachtung des Aktivismus zeichnet ebenfalls ein emanzipatives Projekt nach, nämlich den Kampf intergeschlechtlicher Menschen für das Recht auf körperliche Unversehrtheit in Deutschland. Mazukatow zeigt, wie diese den Menschenrechtsdiskurs einsetzten, um rechtliches Wissen gegen das damals geltende medizinische Wissen in Anschlag zu bringen. Doch dieser spezifische, nämlich rechtsbasierte Modus, Reibung zu produzieren, entfaltet eigene Effekte. So arbeitet Mazukatow heraus, welche Dissonanzen zwischen Recht und Medizin als autoritativen Wissensbeständen und damit zwischen dem menschenrechtlichen Subjekt mit seiner unverletzlichen Menschenwürde einerseits und der Anrufung von selbstbestimmten Patient:innen mit einer sogenannten Störung der Geschlechtsentwicklung andererseits entstehen.
Lisa Brünig untersucht ein gänzlich anderes Register, das Nicht-Einverstanden-Sein auszudrücken – es artikuliert sich auf der Straße, wo das gesellschaftliche Konfliktthema Abtreibung antagonistisch ausgetragen wird. Sie wendet sich dem gegenwärtigen Pro-Life-Aktivismus und dessen Strategie der sogenannten Gehsteigbelästigung zu. Brünig zeigt, wie die christlich untermalten Proteste vor Kliniken,

die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, und entsprechenden Beratungsstellen den öffentlichen Raum in eine Arena antagonistischer geschlechterpolitischer Kämpfe verwandeln, in denen die Aktivist:innen auf aggressive Weise ihre Vorstellungen von Körper, Leben und Selbstbestimmung auch gegen geltendes Recht durchzusetzen versuchen.

Mit Blick auf die internen Dynamiken haben Studien gezeigt, wie emanzipative, feministische und queere Bewegungen und Projekte solidarische und sorgende Bündnisse formen (u. a. Seeck 2021; Dziuban/Sekuler 2022; Zengin 2024), wobei sie unterschiedliche Problemverständnisse und politische Strategien in moralischen Registern verhandeln. Während die einen zu unüberbrückbaren Zerwürfnissen führen, können andere Differenzen ausgehalten werden (Heywood 2018). Diese Gleichzeitigkeit, gar gegenseitige Bedingtheit von sorgender Solidarität und internen Reibungen, arbeitet Sascha Sistenich in seinem Beitrag am Beispiel der Organisation der Queer Pride heraus. Sistenich zeigt, wie interne Differenzen zu schweren Dissonanzen führen können und wie diese mit einer zugewandten, an Bedürfnissen und Ressourcen orientierten – kurz: einer sorgenden – Vorgehens- und Umgangsweise konstruktiv bearbeitet und befriedet werden können. Sorge wird darin als zentrale Praxis und Haltung entworfen, um Konflikte konstruktiv zu bearbeiten. Dabei wird deutlich, dass auch bewegungsinterne Konflikte nie gänzlich »intern« sind, sondern durch ökonomische, politische und gesellschaftliche Unmöglichkeitsbedingungen perpetuiert werden.
Anhand des Movimiento Urbano Popular (UPM) in Mexiko, einer der beständigsten Bewegungen für soziale Gerechtigkeit in der Zeitgeschichte des Landes, zeichnet Yahutel Garcia historisch rückblickend die Kämpfe der Frauen um bewegungsinterne Repräsentation, Partizipation und Deutungsmacht nach. So konnte der Kampf von Frauen die Angebote und Themen der Bewegung zwar erweitern und den männlich kodierten Deutungen von Klassenkampf und Kameradschaft andere, auf Schwesternschaft basierende Solidaritätsverständnisse entgegenstellen, dabei jedoch weder den Führungsanspruch der Männer erfolgreich anfechten noch eine eigenständige feministische Bewegung voranbringen.
Miriam Gutekunst und Imke Schmincke befassen sich in ihrem Beitrag mit der (west-)deutschen Frauenbewegung – ausgehend von der Beobachtung, dass diese von Anfang an von Reibungen und Konflikten geprägt war: durch Machtverhältnisse innerhalb der Bewegung entlang der Linien von Rassismen und Klassenunterdrückung, durch die Komplexität und Widersprüchlichkeit sozialer Verhältnisse, durch unterschiedliche Auffassungen von Feminismus, Sexualität und Geschlecht sowie durch die Frage nach politischen Zielen und den ›richtigen‹ Strategien zu deren Erreichung. Gutekunst und Schmincke fragen danach, wie (intra-)feministische Konflikte und Kontroversen entstehen und welche Umgangsweisen produktive und destruktive Dynamiken entfalten können. In der Gegenüberstellung ihrer jeweiligen Forschungsfelder – feministische Initiativen seit den 1970er Jahren bis in die Gegenwart (Schmincke) und postmigrantische feministische Organisationen der Gegenwart (Gutekunst) – können die beiden Autorinnen zeigen, dass nicht alle Kontroversen befriedend oder gar produktiv gewendet werden können, sondern einige im Register des Unvereinbaren und Unversöhnlichen ausgetragen werden und in Spaltungen münden können.

Friktionen als epistemische Verunsicherung

Nicht selten verdichten sich Reibungen um die Themen Geschlecht, Begehren und Sexualität, denn diese sind in Zeiten großer politischer Unruhe von besonderem symbolischem Gewicht; an ihnen werden zentrale gesellschaftliche Konflikte und Ängste verhandelt (Rubin 1984). Um zu verstehen, was so provokant, verunsichernd und empörend wirkt, dass es zur Projektionsfläche für und Klebstoff zwischen gesellschaftlichen Kräften wird, haben sich die Gender und Queer Studies seit den 1990er Jahren zunehmend uneindeutigen und normüberschreitenden Geschlechtern, Körpern, Begehrensformen, Lebensweisen und Sexualitäten zugewandt. Zahlreiche Forschungen heben seither das kreative Potential von Störungen und Irritationen hervor und zeigen, wie in den Reibungen zwischen Norm/alität und Abweichung hybride, heterotope Räume und »Figuren des Dritten« (Eßlinger u. a. 2020) jenseits von Eindeutigkeiten entstehen, die binäre Epistemologien herausfordern können. So wird mit »gender trouble maker« (Butler 1990), mit der »female masculinity« (Halberstam 1998), dem »cyborg« (Haraway 1991) oder dem »monster« (Stryker 1994) aufgezeigt, wie Körper und Performanzen von Geschlecht, Sexualität und Begehren politisch-transgressiv im Sinne der Unterbrechung, Irritation und Störung dominanter binärer Geschlechterepisteme wirken können. Zugleich macht ihre Störfunktion deutlich, dass die vermeintliche Normalität und Reibungslosigkeit heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit auf der Unterdrückung innerer Widersprüche und auf gewaltvoller Zurichtung basiert. Genau diese Störfunktion wird in den Beiträgen von Alik Mazukatow sowie von Aslı Koruyucu deutlich: Bei Mazukatow sind es die Körper intergeschlechtlicher Menschen, die sich dem zweigeschlechtlichen medizinischen Wissen des 20. Jahrhunderts widersetzten und entsprechend gewaltvoll zugerichtet wurden. Aber kann das von Interaktivist:innen dagegen in Anschlag gebrachte Recht, das Selbstbestimmung schützt und inzwischen gar eine dritte Option kennt, der Uneindeutigkeit und Fluidität von Geschlecht gerecht werden? Oder verlangt es rechtlich intelligiblen Subjekten nicht wieder neue Begrenzungen und Festschreibungen ab? Bei Koruyucu sind es die trans* Personen, die aus der Türkei nach Deutschland migrieren und dort mit einem medizinisch-rechtlichen und einem migrationspolitischen System konfrontiert werden, das jeweils eigene Regulierungen, Vorschriften und Prozeduren hervorgebracht hat, die von trans* Migrant:innen umfangreiche, oft weit in die Privatsphäre eingreifende Nachweise verlangen. Diese sind teils nicht mit den Lebenserfahrungen der Personen vereinbar und stellen sie in einem transnationalen Kontext vor unvereinbare Realitäten.

Differenzen – ob irritierend, störend oder hoffnungsvoll gewollt – sind nicht gegeben, sondern werden hergestellt. Insbesondere Schwarze und postkoloniale Wissenschaftler:innen wie Audre Lorde, bell hooks und Angela Davis haben früh darauf hingewiesen, dass Differenzsetzungen nicht einfach Ausdruck unterschiedlicher Identitäten sind, sondern in gesellschaftlichen Macht- und Ungleichheitsverhältnissen – etwa Rassismen, Sexismen und Klassenunterdrückung – hergestellt werden. Die von diesen und vielen anderen Pionier:innen angestoßenen Debatten verschieben den Fokus von der bloßen Anerkennung von Differenz hin zu den gewaltvollen Bedingungen und Effekten fortbestehender kolonialer und gesellschaftlicher Differenzsetzungen und -durchsetzungen, denen als »Andere« markierte Personen bis heute ausgesetzt sind (Gutiérrez Rodríguez 2011). Mit Konzepten wie »third spaces«

(Bhabha 2004) oder »borderlands« (Anzaldúa 1987) wird homogenen Identitätsvorstellungen die Idee instabiler Zwischenräume entgegengestellt, in denen etablierte Ordnungen des Sag- und Denkbaren irritiert werden und Neues entstehen kann. Queertheoretische und postkoloniale Konzepte und Interventionen stehen in einer kulturwissenschaftlichen Tradition des 20. Jahrhunderts, die sich von westlichen binären Epistemen löst, Zwischenräume und Hybridität nicht länger als störend und fehlerhaft behandelt und stattdessen die Unterscheidungs-, Ordnungs- und Kategorisierungsprozesse selbst problematisiert. Räume und Figuren des Dritten werden darin als Kräfte der Vermittlung und »Signum einer paradoxen, weil nicht mehr ›normierbaren‹ Normalität der (Post)Moderne« verstanden (Koschorke 2020, 14). In ihnen hallen die Liberalisierungsprozesse des späten 20. Jahrhunderts wider, die zu einer Vervielfältigung geschlechtlicher und sexueller Lebens- und Beziehungsweisen führten und neue Freiheiten und Rechte für marginalisierte Gruppen ermöglichten (Laufenberg 2023). Im vorliegenden Band ist es nicht nur Mazukatows Beitrag zum Inter-Aktivismus, der diesen Zugewinn nachzeichnet. Im Interview, das Manuel Bolz mit Alexandra Regiert führt, wird ersichtlich, wie sich die frauenrechtlichen Errungenschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Westdeutschland darin artikulierten, wie Frauen mit Konflikten in ihren heterosexuellen Beziehungen umgingen. Brüche und Kontinuitäten im Geschlechterverhältnis zeigen sich beispielsweise daran, dass sich das bürgerliche Ideal der »Liebesheirat« schichtübergreifend etablieren konnte, voreheliche Sexualität entstigmatisiert wurde, Scheidungen zunehmend an Akzeptanz gewannen und die Leitmetapher der »Partnerschaft« sich als dominant herauskristallisierte. Regiert erläutert vor dem Hintergrund ihrer Forschung, welche sich verändernden Faktoren beeinflussten, wie heterosexuelle Paare Krisen in ihrer Beziehung wahrnehmen und bewältigen, und ob und mit welchen Begründungen sie sich trennen. Sie zeigt damit zugleich, dass Friktionen innerhalb übergreifender geschlechterpolitischer Formationen nicht nur entscheidend auf das menschliche Miteinander wirken, sondern in diesem erst wirksam werden.

Im Schwebezustand permanenter Reibung

Inzwischen haben sich, getrieben vom Wunsch nach der Rückkehr zu Normierbarkeit und Normalisierung, sukzessive rechtspopulistische, -extremistische, antifeministische und autoritäre Gegenbewegungen formiert. Diese Formationen verweisen auf eine wachsende gesellschaftliche Unduldsamkeit gegenüber dem Vieldeutigen und Widersprüchlichen, indem Heilsversprechen formuliert und Sehnsüchte »nach Erlösung aus der Kontingenz und von der Offenheit nicht determinierter Zukünfte« in autoritativer Weise kanalisiert werden (Binder/Hess 2026, 73). Dabei zeichnen sich gerade die rechten Kämpfe für Vereindeutigung, Homogenität und Traditionsbewahrung durch eine hohe Neigung zum Zerstörerischen, Destruktiven und Disruptiven aus (Mau 2025). Sie zelebrieren auf diese Weise eine spezifische Vorstellung von Konflikt und Eskalation. Die kontinuierliche Verschärfung der Grenzregime, das Erstarken antifeministischer und queerfeindlicher Bewegungen, der LSBTI*-Feindlichkeit und -Kriminalisierung oder Abtreibungsverbote sind nur einige Beispiele für das (erneute) Bedürfnis nach (binärer) Trennschärfe und

semantischer ›Reinheit‹, die dritte Räume in Nichtorte von ›Monstern‹ und grenzüberschreitende Figuren in vermeintliche Fehler, Gefahren oder Abweichungen der Natur verwandeln (Koschorke 2020; Breger 2020). Aslı Zengin führte dies auf der Tagung in ihrer Keynote eindrucksvoll anhand der engmaschigen und brutalen Überwachung und Einhegung von trans* Personen in der Türkei vor Augen. Sie argumentiert, dass das Zusammenspiel von neoliberaler Gouvernementalität, zunehmender Überwachung und Versicherheitlichung, einer autoritär-nationalistischen Religiosität und Diskriminierungen aufgrund ethnischer und rassifizierter Zuschreibungen dazu geführt hat, dass Intimität und Gewalt im alltäglichen Leben von trans* Personen eng miteinander verwoben wurden. *Violent intimacies*, so das von ihr entwickelte Konzept, nimmt diese spannungsreichen Relationen zwischen Gewalt und Intimität in den Blick: Nicht nur, so zeigt Zengin, werden die intimsten Bereiche von trans* Personen von staatlicher Gewalt durchdrungen (ähnlich auch Koruyucu in diesem Band), sondern staatliche Gewalt generiert und formt Intimitäten auf spezifische Weisen, so dass diese letztlich als ko-konstitutiv gedacht werden können. Entsprechend ist es Zengins Anliegen, neben der weit vordringenden staatlichen Gewalt auch die erst in Antwort auf diese entstehenden sozialen, körperlichen, kommunikativen – kurz: intimen – Praxen zu fassen, mit denen trans* Menschen zeitlich begrenzte Zufluchtsorte für sich schaffen und in denen gemeinsam Hoffnung generiert werden kann.

Um den gegenwärtigen Moment besser zu verstehen, zieht Mike Laufenberg (2023) Antonio Gramscis 1926 geprägten Begriff des Interregnums zur Beschreibung der politischen und kulturell-ideologischen Krisen sowie damit einhergehender Polarisierung und Konsensunfähigkeit heran. Er zeichnet damit die Gegenwart als »eine Phase unausbalancierter Hegemonie, in der sich verschiedene gesellschaftliche Kräfte gegenseitig blockieren, so dass der Weg für einen neuen Konsens versperrt ist« (ebd., 247). Auch die zwei vorausgegangenen Kommissionstagungen *Troubling Gender. Neue geschlechterpolitische Turbulenzen in Europa* (2021; Binder u. a. 2023) und *Mapping Gender Struggles. Geschlecht als Konfliktfeld sozialer Bewegungen der Gegenwart* (2023; Balcerzak u. a. 2026a) haben auf aktuelle Politiken und Institutionalisierungen der Spaltung und Polarisierung samt ihrer verunmöglichenden bis tödlichen Folgen hingewiesen. In den letzten Jahren entstanden zahlreiche Studien, die untersuchen, wie globale und gesellschaftliche Verwerfungen die Lebensrealitäten und -möglichkeiten unterschiedlicher Akteur:innen formen, begrenzen oder ermöglichen: So wird beispielsweise gestritten um den Umgang mit sexualisierter Gewalt (Bolz/Künzel 2024), mit als sexistisch und queerfeindlich etikettierten muslimischen Männern (Haritaworn 2015; Dietze 2016; Hark/Villa 2017) sowie um reproduktive Rechte (Fröhlich u. a. 2022). Diese Konflikte werden nicht selten in einem antagonistischen Freund-Feind-Register verhandelt, in dem unversöhnliche Blickregime und Wissensbestände miteinander und entlang einer Vielzahl an gesellschaftlichen »Triggerpunkten« kollidieren (Mau u. a. 2024; Wielowiejski 2024; Dietze 2026). Dabei werden zugleich neue gefährliche Bündnisse zwischen frauenrechtlerischen, homosexuellen, migrationsfeindlichen und rassistischen Positionen geschmiedet (Hark/Villa 2017; Gutekunst/Hess 2023; Wielowiejski 2024), so dass neue Fragilitäten und Vulnerabilitäten gerade für mehrfach diskriminierte Gruppen beziehungsweise Personen entstehen (Bayramoglu/Castro Varela 2021; Zengin 2024) und diesen deutlich mehr »Diskurstapferkeit« (Frick 2023) abverlangt als anderen. Zugleich weisen Balcerzak u. a. (2026b, 32) darauf hin, dass die Konfliktlinien der

Gegenwart, die sich um Geschlecht und Sexualität kristallisieren, keineswegs eindeutig und dichotom verlaufen, sondern »in ein komplexes Geflecht von Akteur:innen, Institutionen und Netzwerken eingebunden [sind], das durch dynamische Kräfteverhältnisse sowie ambivalente und widersprüchliche Gleichzeitigkeiten geprägt ist«, in dem die Bedeutung und Definition von Geschlecht selbst umkämpft sind. In Lisa Brünigs Beitrag klingt die erstarkte Queer- und Frauenfeindlichkeit an, die erkämpfte Formen körperlicher Selbstbestimmung wieder in Frage stellen. In Sascha Sistenichs Beitrag wird die Kälte eines durchökonomisierten Alltags spürbar, die bis in die entschlossensten Versuche eines sorgenden und solidarischen Miteinanders jenseits neoliberaler Verwertungslogiken vordringt, so dass queeren Bündnissen Vereinzelung und Erschöpfung droht.

Der Schwebezustand der permanenten Reibung, der sich nicht in temporäre Einigungen überführen lässt, sondern in fortdauernder Erwartung der Eskalation verharrt, ist damit selbst schon zu einer wirkmächtigen Ordnungsfigur geworden. So wird gewarnt, dass die Diagnose von der gesellschaftlichen Spaltung diese im Sinne einer selbsterfüllenden Prophezeiung zusätzlich verschärfe. Zugleich wird der Modus des Streits selbst zum Gegenstand: Die Art und Weise, wie Dissens ausgetragen wird – oder eben nicht –, ist hoch umkämpft. Ambiguitätstoleranz gilt mittlerweile als förderungsbedürftiger Soft Skill, während anderswo darüber diskutiert wird, ob und wenn ja, wie wir mit Rechten reden sollen.
In diese Diskussion griff Sabine_ Hark nachdenklich und appellierend zugleich ein: Mit wem fühlen wir uns verbunden? Welche Beziehungsweisen gehen wir ein? Wie gestalten wir die Verantwortung füreinander? Und wie werden wir füreinander sprechfähig? Hark argumentierte für eine moralische und affektive Zugewandtheit zur Welt, in der auf Andere Bezug genommen wird. Unter Rückgriff auf die beiden Begriffstrias Affinität, Ansteckung, Assoziation sowie Reziprozität, Rechenschaft, Responsabilität unternahm Hark den Versuch, den demokratischen Grundsatz von der Gleichheit aller zugleich für eine Welt der Vielen geltend zu machen, als auch gegen gewaltvoll-unterscheidende Angriffe zu verteidigen.

Gender Studies als friktives Momentum

Gerade weil es zum reflexiven Paradigma der Gender und Queer Studies gehört, Selbstverständlichkeiten zu irritieren, Normierungen infrage zu stellen und epistemische Unruhe zu stiften, sind sie ins Visier autoritär-regulierender Vereindeutigungskämpfe geraten. In den vergangenen Jahren sind sie zunehmend zur politischen Angriffsfläche geworden und mussten sich gegen Versuche der Delegitimierung und Stillschaltung zur Wehr setzen (Lang/Fritzsche 2018; Graff/Korolczuk 2021; Hark 2017; Näser-Lather 2023; Pető 2023). Die in kritischen Genealogien stehende Geschlechterforschung wird nicht nur kritisiert, weil sie politisch Stellung bezieht, sondern vor allem, weil sie Wissensordnungen, Normalitätsvorstellungen und gesellschaftliche Machtverhältnisse zum Gegenstand ihrer Analysen und damit angreifbar macht. Andrea Petős (2023) Beschreibung, wie Gender Studies zu einer Art Klebstoff der Anti-Gender-Allianzen gemacht werden, führt diese paradoxe Situation plastisch vor Augen: Ausgerechnet ein Feld, das gesellschaftliche Differenzen und Machtverhältnisse differenziert analysiert, kann im politischen Diskurs zur

Projektionsfläche werden, auf der sich höchst unterschiedliche Formen des Widerstands gegen emanzipatorische Gesellschaftsveränderungen treffen und verbinden.

Gerade die Geschichte und Entwicklung der Geschlechterforschung – in der Empirischen Kulturwissenschaft/Kulturanthropologie/Europäischen Ethnologie und anderswo – bringt die vielversprechenden wie auch die verhängnisvollen Effekte von reibungsvollen wissenschaftlichen Begegnungen gut zum Vorschein. Die Entstehung und Institutionalisierung der Geschlechterforschung – zunächst noch als Frauenforschung – lässt sich selbst als progressiver Effekt eines Reibungsmoments begreifen. Rückblicke auf und Dokumente aus den Anfangsjahren der *Kommission für Frauenforschung* (gegründet 1983) in der *Deutschen Gesellschaft für Volkskunde* zeigen, dass sich Frauen ihre Plätze im Fach, insbesondere die wissenschaftliche Anerkennung ihrer Forschungsthemen und den Zugang zu unbefristeten Positionen und Professuren, erst erkämpfen mussten (Binder 2010; Lipp 2001; 2013; Binder/Näser-Lather 2022). Die frühe Frauenforschung beschreibt Carola Lipp daher rückblickend als »eine von Nachwuchsforscherinnen getragene wissenschaftliche Kritik und Herausforderung des Faches und seiner Vertreter« (Lipp 2001, 329; Lipp 2013). Die feministischen Kritiken richteten sich gegen die Wertneutralität und Objektivität männlicher Wissenschaft und artikulierten den Wunsch, Frauen und weibliche Lebensformen sichtbar zu machen; sie wurden schließlich zu »Triebkräften« (Lipp 2001, 330) der Kommissionsgründung.
Bis in die Gegenwart ist die FrauenGenderQueer-Forschung von mehr oder weniger intensiven Spannungen und Reibungen gezeichnet, die als Antrieb neuer Theoriebildung ebenso dienen wie sie zur Spaltung in unterschiedliche Lager führen. Entsprechend findet sich in vielen Publikationen eine Historisierung der Geschlechterforschung entlang zentraler Konflikt- und Verwerfungslinien. Ob diese – rückblickend – als verhängnisvoll oder inspirierend-produktiv gewertet werden, zeigt sich meist schon an ihrer Benennung als beispielsweise »Kriege« (etwa bei den *feminist sex wars*); »Debatten« (wie der Essentialismus-Konstruktivismus-Debatte) oder »Interventionen« (zum Beispiel postkoloniale und intersektionale Interventionen). In diesem Sinne ist Reibung nicht Hindernis, sondern Motor wissenschaftlicher Entwicklung. Sie zwingt dazu, Perspektiven zu diversifizieren, Leerstellen offenzulegen und neue Forschungsfelder und Fragestellungen zu erschließen – allerdings um den Preis teilweise heftiger Auseinandersetzungen darüber, welche Kategorien, Erfahrungen und politischen Anliegen wie zueinander ins Verhältnis gesetzt werden können und Anerkennung erfahren.

Die Geschichte der Geschlechterforschung ebenso wie die Zusammenschau der Beiträge führt vor Augen, dass dieselben Dynamiken, die Zwischenräume öffnen, Bündnisse formen und Wissen verschieben, in Spaltung, Gewalt und Vereindeutigung münden können. Friktion als Heuristik einzusetzen, ermöglicht, reibungsvolle und spannungsgeladene Konstellationen weder als Krisensymptom noch als Hoffnungsschimmer zu vereindeutigen, sondern diese als analytische Fenster zu nutzen. Anders als der Konflikt benötigt die Friktion keine fest umrissenen, menschlichen Parteien. Sie kann zwischen Menschen, Dingen, Technologien, Wissensbeständen und Kategorien entstehen, so dass Recht und Medizin (Mazukatow) ebenso miteinander in Reibung geraten können wie Migrationsregime und Körper (Koruyucu) oder Polizei und Milieu (Bolz). Tsings Bild vom Rad, das dank der Reibung mit der Straße vorankommt, Hitze erzeugt und Neues in Gang setzt, lässt

möglicherweise den dabei erzeugten Abrieb und Verschleiß außer Acht. Die Beiträge in diesem Band zeigen auch diese Seite eindrucksvoll: wieviel Energie es kostet, Konflikte auszuhalten, auszutragen oder zu befrieden, und wie ungleich diese Kosten verteilt sind. Gerade vor dem Hintergrund, dass Konflikte strategisch eingesetzt sowie ebenso als Spaltungsnarrative instrumentalisiert werden, gilt es, die ungleich verteilten Anteile und die getragenen Kosten und Lasten nicht aus den Augen zu verlieren. Vielleicht macht gerade diese doppelte Lesart, das Vielversprechende und das Verhängnisvolle, Reibung zu einer brauchbaren Heuristik für eine kulturanalytische Geschlechterforschung, die weder in der Diagnose der Spaltung noch im Versprechen der Versöhnung aufgehen will.

FRIEDERIKE FAUST, DR. ist seit 2023 Juniorprofessorin am Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie der Georg-August-Universität Göttingen. Sie forscht und lehrt zu Themen der Geschlechterforschung und der politischen Anthropologie, u. a. zu Kriminalisierung, Gefängnis, Recht und Staat.

MANUEL BOLZ, M. A. ist seit 2023 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie der Georg-August-Universität Göttingen. Er interessiert sich für Historische Anthropologie und Ethnographie, Stadtraum und Emotionen, Recht und Politik, intersektionale Geschlechterforschung sowie STS/Public Anthropology.

DANKSAGUNG

Tagung und Tagungsband wurden ermöglicht durch die finanzielle Förderung durch das Programm *Zukunft Niedersachsen* des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur und der VolkswagenStiftung, durch den Göttinger Universitätsbund e. V., die Graduiertenschule für Geisteswissenschaften Göttingen, die Gleichstellungsbeauftragte der Philosophischen Fakultät, den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) sowie den AStA Göttingen. Wir bedanken uns herzlich für die finanzielle Unterstützung.

Zum Gelingen des Tagungsbands hat die Redaktion der *Berliner Blätter*, namentlich vor allem Beate Binder und Alik Mazukatow, maßgeblich beigetragen. Ihnen danken wir für die gute Betreuung und Begleitung des redaktionellen Prozesses sowie für äußerst hilfreiche Anmerkungen zu und Korrekturen an den einzelnen Beiträgen.

Unserer Mitherausgeberin Corinna Schmechel danken wir herzlich für ihre wertvollen Impulse zu dieser Einleitung.

LITERATURVERZEICHNIS

Adam, Jens/Asta Vonderau (Hg.) (2014): Formationen des Politischen. Anthropologie politischer Felder. Bielefeld: transcript.

Ahmed, Sara (2010): Feminist Killjoys (And Other Willful Subjects). In: The Scholar & Feminist Online 8/3. https://sfonline.barnard.edu/polyphonic/ahmed_01.htm, aufgerufen am 5.7.2026.

Ahmed, Sara (2023): The Feminist Killjoy Handbook. The Radical Potential of Getting in the Way. London: Allen and Unwin.

Anzaldúa, Gloria (1987): Borderlands/La Frontera. San Francisco: Aunt Lute Books.

Balcerzak, Agnieszka (2020): Zwischen Kreuz und Regenbogen. Eine Ethnografie der polnischen Protestkultur nach 1989. Bielefeld: transcript.

Balcerzak, Agnieszka u. a. (Hg.) (2026a): Mapping Gender Struggles. Geschlecht als Konfliktfeld sozialer Bewegungen der Gegenwart. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Balcerzak, Agnieszka u. a. (2026b): Zur Aktualität von Geschlechterkonflikten in sozialen Bewegungen. Der Versuch einer Kartierung. In: dies. u. a. (Hg.): Mapping Gender Struggles. Geschlecht als Konfliktfeld sozialer Bewegungen der Gegenwart. Münster: Westfälisches Dampfboot, 31-57.

Bayramoglu, Yener/María do Mar Castro Varela (2021): Post/pandemisches Leben. Eine neue Theorie der Fragilität. Bielefeld: transcript.

Bhabha, Homi K. (2004): The Location of Culture. Abingdon: Routledge.

Binder, Beate (2010): Feminismus als Denk- und Handlungsraum. Eine Spurensuche. In: Michaela Fenske (Hg.): Alltag als Politik – Politik im Alltag. Münster: LIT, 25-43.

Binder, Beate u. a. (Hg.) (2023): Troubling Gender. Anthropological Perspectives on Gender Politics in/of Europe. Berliner Blätter 88. DOI: https://doi.org/10.18452/28005.

Binder, Beate/Sabine Hess (2026): Gegen Krise denken. In: Timotheus Kartmann u. a. (Hg.): Mehr als eine Anthropologie der Krise. Eine Festschrift zur Würdigung von Gisela Welz. Frankfurt am Main: Kulturanthropologie Notizen, 69-87. DOI: https://doi.org/10.21248/ka-notizen.87.82.

Binder, Beate/Marion Näser-Lather (2022): Geschlecht und Sexualität, feministisch, queer ...!? Ein Zwischenruf der Kommission Frauen- und Geschlechterforschung. In: Hamburger Journal für Kulturanthropologie (HJK) 15, 23-32. https://journals.sub.uni-hamburg.de/hjk/article/view/2021, aufgerufen am 5.7.2026.

Bolz, Manuel/Christine Künzel (Hg.) (2024): Rape and Revenge. Rache-Kulturen und sexualisierte Gewalt in intermedialer Perspektive. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Breger, Claudia (2020): Gender Studies. In: Eva Eßlinger u. a. (Hg.): Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma. 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp, 35-49.

Butler, Judith (1990): Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity. London/New York: Routledge.

Dave, Naisargi N. (2012): Queer Activism in India. A Story in the Anthropology of Ethics. Durham: Duke University Press.

Dietze, Gabriele (2016): Ethnosexismus. Sex-Mob-Narrative um die Kölner Sylvesternacht. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 2/1, 177-185. DOI: https://doi.org/10.64081/mvmnts-2.1-2449.

Dietze, Gabriele (2026): Ein Boot auf der Seine. Queer (In)Visibilities auf drei Blickachsen. In: Friederike Faust u. a. (Hg.): Queer-ethnografische Potenziale. Fragile Intimität, radikale Reflexivität, gestörte Repräsentation. Opladen: Budrich, 143-152.

Döring, Daniela/Margarete Vöhringer (2025): Friktionen | Kuratieren. Für eine politische Wissensgeschichte des Ausstellens. Bielefeld: transcript.

Dziuban, Agata/Todd Sekuler (Hg.) (2022): »We are infecting people with activism«. Oral Histories of European HIV/AIDS Activists. Baden-Baden: Nomos.

Eßlinger, Eva u. a. (Hg.) (2020): Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma. 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp.

Faust, Friederike (2019): Fußball und Feminismus. Eine Ethnografie geschlechterpolitischer Interventionen. Opladen: Budrich.

Faust, Friederike u. a. (2021): Reibung als Potential. Kollaboratives Forschen mit HIV/Aids-Aktivist*innen. In: Berliner Blätter 83/1, 49-65. DOI: https://doi.org/10.18452/22404.

Frick, Marie-Luise (2023): Diskurstapferkeit als demokratische Tugend In: Johanna Spanke u. a. (Hg.): Widerspruchs-Kulturen. Medien, Praktiken und Räume des Widersprechens. Berlin: Reimer, 25-36. DOI: https://doi.org/10.5771/9783496030768-25.

Fröhlich, Marie u. a. (2022): Politiken der Reproduktion. Umkämpfte Forschungsperspektiven und Praxisfelder. Bielefeld: transcript.

Graff, Agnieszka/Elżbieta Korolczuk (2021): Anti-Gender Politics in the Populist Moment. London: Routledge.

Gutekunst, Miriam/Maria Schwertl (2018): Politiken ethnographieren. Die ethnographische Regimeanalyse als situierter Forschungsmodus entlang von Aushandlungen, Kämpfen und Situationen. In: Johanna Rolshoven/Ingo Schneider (Hg.): Dimensionen des Politischen. Ansprüche und Herausforderungen der Empirischen Kulturwissenschaft. Berlin: Neofelis, 82-106.

Gutekunst, Miriam/Sabine Hess (2023): Politics of Reversal. Dangerous Convergences of Gender and Race in Migration and Feminist Politics. In: Berliner Blätter 88, 59-77. DOI: https://doi.org/10.18452/27999.

Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2011): Intersektionalität oder: Wie nicht über Rassismus sprechen? In: Sabine Hess u. a. (Hg.): Intersektionalität revisited. Bielefeld: transcript, 77-100.

Halberstam, Jack (1998): Female Masculinity. Durham: Duke University Press.

Haraway, Donna Jeanne (1991): Simians, Cyborgs, and Women. The Reinvention of Nature. New York: Routledge. https://archive.org/details/simianscyborgswo0000hara/page/149.

Haritaworn, Jin (2015): Queer Lovers and Hateful Others. Regenerating Violent Times and Places. London: Pluto Press.

Hark, Sabine (2017): Kontingente Fundierungen. Über Feminismus, Gender und die Zukunft der Geschlechterforschung in neo-reaktionären Zeiten. In: Soziopolis. Gesellschaft beobachten. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80522-8.

Hark, Sabine (2021): Gemeinschaft der Ungewählten. Umrisse eines politischen Ethos der Kohabitation. Berlin: Suhrkamp.

Hark, Sabine/Paula-Irene Villa (2017): Unterscheiden und herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart. Bielefeld: transcript.

Hark, Sabine u. a. (2015): Das umkämpfte Allgemeine und das neue Gemeinsame. Solidarität ohne Identität. In: Feministische Studien 33/1, 99-103. DOI: https://doi.org/10.1515/fs-2015-0111.

Hess, Sabine/Vassilis Tsianos (2010): Ethnographische Grenzregimeanalyse. In: Sabine Hess/Bernd Kasparek (Hg.): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin: Assoziation A, 243-264.

Heywood, Paolo (2018): After Difference. Queer Activism in Italy and Anthropological Theory. London: Berghahn Books.

Koschorke, Albrecht (2020): Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften. In: Eva Eßlinger u. a. (Hg.): Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma. 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp, 9-34.

Kuhn, Ina (2024): Laboratorien des guten Lebens. Wie Utopie-Festivals eine alternative Zukunft erfahrbar machen. Münster: Waxmann.

Krug, Selmar u. a. (2026): Friction – Spannungen, Spaltungen und produktive Störungen aus Geschlechterperspektive. Tagung der DGEKW-Kommission für Geschlechterforschung und Queere Anthropologie in Zusammenarbeit mit dem Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie und dem Studienfach Geschlechterforschung der Universität Göttingen, Göttingen, 19.-21. Juni 2025. In: Zeitschrift für Empirische Kulturwissenschaft 122/1, 177-182. DOI: https://doi.org/10.31244/zekw/2026/01.13.

Lang, Juliane/Christopher Fritzsche (2018): Backlash, neoreaktionäre Politiken oder Antifeminismus? Forschende Perspektiven auf aktuelle Debatten um Geschlecht. In: Feministische Studien 36/2, 335-346. DOI: https://doi.org/10.1515/fs-2018-0036.

Laufenberg, Mike (2023): Queere Theorien zur Einführung. Hamburg: Junius.

Lipp, Carola (2001): Geschlechterforschung – Frauenforschung. In: Rolf Wilhelm Brednich (Hg.): Grundriss der Volkskunde. 3. Auflage. Berlin: Reimer, 329-362.

Lipp, Carola (2013): Kollektivgeburt und Selbstmobilisierung. Zur Gründung der Kommission Frauen- und Geschlechterforschung 1983. In: Beate Binder u. a. (Hg.): Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Münster: Westfälisches Dampfboot, 82-89.

Mau, Steffen (2025): Disruption. Die Revolution der Erschöpften. In: Deutschland Archiv vom 25.2.2025. https://www.bpb.de/559824, aufgerufen am 7.8.2026.

Mau, Steffen u. a. (2024): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Mazukatow, Alik (2023): Mit Recht Politik machen. Eine Ethnographie der rechtlichen Antidiskriminierungsarbeit in Berlin. Baden-Baden: Nomos.

Mazukatow, Alik u. a. (2026): Anderswohin denken. Eine Einleitung zu den Potenzialen queerer Ethnografie. In: Friederike Faust u. a. (Hg.): Queer-ethnografische Potenziale. Fragile Intimität, radikale Reflexivität, gestörte Repräsentation. Opladen: Budrich, 9-30.

Mouffe, Chantal (2014): Agonistik. Die Welt politisch denken. Berlin: Suhrkamp.

Näser-Lather, Marion (2019): Ein Land für Frauen. Ethnographie der italienischen Frauenbewegung »Se Non Ora Quando?«. Münster: Waxmann.

Näser-Lather, Marion (2023): Dimensions of Positioning. Conflictual Dynamics in the Field of Anti-»Genderism«. In: Public Anthropologist 5/2, 293-314. DOI: https://doi.org/10.1163/25891715-bja10047.

Ortner, Sherry B. (2016): Dark Anthropology and Its Others. Theory since the Eighties. In: HAU. Journal of Ethnographic Theory 6/1, 47-73. DOI: https://doi.org/10.14318/hau6.1.004.

Pető, Andrea (2023): Four Reasons why Gender Studies has changed because of Illiberal Attacks, and why it Matters. In: Berliner Blätter 88, 111-115. DOI: https://doi.org/10.18452/27986.

Riedner, Lisa (2018): Arbeit! Wohnen! Urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration. Münster: edition assemblage.

Robbins, Joel (2013): Beyond the Suffering Subject. Toward an Anthropology of the Good. In: Journal of the Royal Anthropological Institute 19/3, 447-462. DOI: https://doi.org/10.1111/1467-9655.12044.

Rubin, Gayle (1984): Thinking Sex. In: Henry Abelove u. a. (Hg.): The Lesbian and Gay Studies Reader. New York: Routledge, 3-44.

Seeck, Francis (2021): Care trans_formieren. Eine ethnographische Studie zu trans und nicht-binärer Sorgearbeit. Bielefeld: transcript.

Sistenich, Sascha (2026): Queering the Crisis: Fragile Ver/Ordnungen und fürsorgliche Widerständigkeit queerer Communities in (post-)pandemischen Erzählungen. In: Felix Gaillinger u. a. (Hg.): Doing Law in familialen und verwandtschaftlichen Kontexten. Zum Verhältnis von Recht und Sorge im Alltag. Bielefeld: transcript, 225-248.

Stryker, Susan (1994): My Words to Victor Frankenstein above the Village of Chamounix. Performing Transgender Rage. In: GLQ. A Journal of Lesbian and Gay Studies 1/3, 237-254. DOI: https://doi.org/10.1215/10642684-1-3-237.

Tsing, Anna L. (2005): Friction. An Ethnography of Global Connection. Princeton: Princeton University Press.

Wielowiejski, Patrick (2024): Rechtspopulismus und Homosexualität. Eine Ethnografie der Feindschaft. Frankfurt am Main: Campus.

Zengin, Aslı (2024): Violent Intimacies. The Trans Everyday and the Making of an Urban World. Durham: Duke University Press. Cambridge: Polity.

Berlin Universities Publishing

Copyright © 2026 The Author(s)

Uneindeutige Geschlechtskörper – binäre Normierungen

Epistemische Reibungen zwischen Recht und Medizin

ALIK MAZUKATOW

ABSTRACT

Anhand zweier historischer Momente geht der Artikel der Frage nach, wie sich das Verhältnis von Recht und Medizin in ihrer Zuständigkeit, über uneindeutig vergeschlechtlichte Körper zu befinden, zu Anfang des 21. Jahrhunderts geändert hat. Vordergründig vollzog sich ein Wandel, der der medizinischen Behandlung uneindeutiger Körper auf der Grundlage von menschen- und grundrechtlichen Überlegungen Einhalt gebot. Der Artikel plädiert jedoch dafür, die Interaktionen zwischen Recht und Medizin als Wissensordnungen in den Blick zu nehmen, in denen um epistemische Deutungsmacht gekämpft wird. Während abgrenzbare Zuständigkeitsbereiche und epistemische Konvergenz zunächst ein reibungsloses Nebeneinander von Medizin und Recht garantierten, befinden sich beide durch die zunehmende Berücksichtigung menschenrechtlicher Aspekte bei der medizinischen Behandlung inzwischen in Konkurrenz zueinander. Die dadurch entstehenden epistemischen Reibungen können jedoch auch umgangen werden. Auf der Grundlage der dargestellten empirischen Ergebnisse plädiert der Beitrag abschließend mit Blick auf gegenwärtige Medikalisierungs- und Juridifizierungsdebatten dafür, die Interaktion autoritativer Wissenssysteme stärker zu thematisieren.

SCHLAGWORTE

Intersex, Medikalisierung, Juridifizierung, Geschlecht, Epistemische Reibungen

ZITIERVORSCHLAG

Mazukatow, A. (2026): Uneindeutige Geschlechtskörper – binäre Normierungen: Epistemische Reibungen zwischen Recht und Medizin. In: Berliner Blätter 93, 21–36. DOI: 10.60789/931241.

ISSN (Online): 2702–2536 | Creative Commons CC BY 4.0

Vor gut 20 Jahren beschrieb die Rechtswissenschaftlerin Konstanze Plett (2003) in einem Aufsatz die Situation intergeschlechtlicher Menschen. Aufgrund ihrer fachlichen Zugehörigkeit konzentrierte sich Plett in ihrer Beschreibung auf die damaligen rechtlichen Regelungen und stellte dar, dass das deutsche Personenstandsrecht eine Registrierung des Geschlechts verbindlich bestimmt und dass dies – nach dem damaligen Stand – nur als männlich oder weiblich vorgesehen war. Gleichzeitig führte sie aber auch Diskriminierungsverbote und menschenrechtliche Garantien wie Selbstbestimmung oder den Schutz der körperlichen Integrität ins Feld, die mit der gängigen medizinischen Behandlung von Säuglingen durch Operationen am Genital im Widerspruch stünden.
Die »Interaktionen von Recht und Medizin« (ebd., 30) beschrieb Plett hier und an anderer Stelle (2007; 2009) als ein Ineinandergreifen zweier Systeme. Das Recht, genauer gesagt das Personenstandsrecht, lege fest, dass das Geschlecht des Neugeborenen schnellstmöglich amtlich registriert werden müsse. Dabei sei es allerdings bei der Festlegung des Geschlechts auf das Mitwirken der Medizin angewiesen, da es selbst über keine Kriterien für die geschlechtliche Zuordnung verfüge. Gleichzeitig sei die Rechtsordnung aber sicher, dass nur männlich oder weiblich als Geschlechtseintrag in Frage kämen, da ihr nur diese beiden Geschlechtseinträge bekannt seien. Letztlich konzeptioniert Pletts Perspektive das Recht und die Medizin als zwei autoritative Systeme, die sich durch Aufteilung ihres Einflusses die Bälle hin- und herspielen. Damit erkennen sie sich nicht nur epistemische Souveränität zu, sondern validieren sich auch gegenseitig. Durch dieses reibungslose Zusammenspiel seien intersexuelle Menschen »gefangen zwischen Recht und Medizin« (2003).
Nicht einmal zehn Jahre später veröffentlichte der Deutsche Ethikrat eine Stellungnahme zu Intersexualität, in der er unter anderem forderte, Genitaloperationen bei Neugeborenen größtenteils auszusetzen (Deutscher Ethikrat 2012). Im darauffolgenden Jahr änderte der Gesetzgeber das Personenstandsgesetz und schuf so die Möglichkeit, keine geschlechtliche Eintragung beim Personenstand vorzunehmen. Beide Ereignisse deuten darauf hin, dass sich zwischenzeitlich das vormals reibungslose Zusammenspiel von Recht und Medizin verändert hatte und sich für intergeschlechtliche[1] Menschen mehr Freiräume bei der Entscheidung für die medizinische Behandlung ihres Körpers auftaten. Noch bemerkenswerter ist aber, dass intergeschlechtlichen Menschen nicht nur der Ausbruch aus dem gesellschaftlichen ›Gefängnis‹ der Zweigeschlechtlichkeit gelang, in das sie durch die Zusammenarbeit von Medizin und Recht verwiesen wurden, sondern dass dieser mithilfe des Rechts gelang. Durch die Mobilisierung von Menschenrechten vor den Vereinten Nationen konnten deutsche Aktivist*innen eine vertiefte staatliche Auseinandersetzung mit ihren Belangen erreichen, deren vorläufiger Höhepunkt ebenjener Bericht des Deutschen Ethikrats darstellte. Das Recht wurde demnach vom ›Gefängnis‹ zum emanzipativen Werkzeug, mit dem nicht nur die rechtliche Setzung der Zweigeschlechtlichkeit kritisierbar wurde, sondern auch fragwürdige medizinische Eingriffe verhindert werden konnten.
Mir geht es in diesem Beitrag nicht darum, den Verlauf der aktivistischen Bestrebungen und ihre Strategien zu einem historischen Narrativ zu formen. Vielmehr möchte ich durch die kontrastive Gegenüberstellung der historischen Momente um die Jahrtausendwende und um 2015 empirisch nachvollziehen, wie es gelang, Recht

1 Zunächst waren Bezeichnungen wie Intersexualität, Intersexuelle oder intersexuelle Menschen in Aktivismus und Medizin üblich. Heutzutage sind sie als medizinisches Klassifikationsschema überholt und viele Aktivist*innen sprechen von Inter* oder intergeschlechtlichen Menschen.

und Medizin in epistemische Reibung miteinander zu versetzen und so das medizinische Nachdenken *über* und den klinischen Umgang *mit* geschlechtlich uneindeutigen Körpern durch menschen- und grundrechtliche Bestimmungen zu verändern. Bevor ich in diese empirische Analyse einsteige, werde ich die historischen Entwicklungen von Medizin und Recht als normierende Systeme von Körpergeschlecht skizzieren. Anschließend zeige ich anhand von zwei Gerichtsbeschlüssen und einer Stellungnahme der Bundesärztekammer, wie Recht und Medizin zunächst in einem reibungslosen Nebeneinander verharrten, jedoch wenige Jahre später zunächst in epistemische Konkurrenz und schließlich in Reibung gerieten. Abschließend werde ich erörtern, wie sich diese empirischen Erkenntnisse gewinnbringend in die theoretischen Debatten um Medikalisierung und Juridifizierung von Intersexualität einbringen lassen. Ich werde argumentieren, dass epistemische Reibungen einen konzeptuellen Rahmen darstellen, um die Interaktionen zwischen autoritativen Wissenssystemen zu thematisieren.

Historische Diskussionslinien: Recht, Medizin und der (uneindeutig) vergeschlechtlichte Körper

Um die zeitgeschichtlichen Entwicklungen des Forschungsfeldes historisch zu situieren, sind drei große Diskussionslinien relevant:
Erstens gibt die Literatur zur Erforschung des vergeschlechtlichten Körpers Einblicke in zeitspezifische Verständnisse von Geschlecht. Deutlich wird, dass sich der Geschlechterdimorphismus Ende des 18. Jahrhunderts beim Übergang vom Eingeschlechter- zum Zweigeschlechtermodell entwickelte. Thomas Laqueur (1990) formulierte die These – die für ihre epochenübergreifende Generalisierung vielfach kritisiert wurde –, dass im Eingeschlechtermodell bis zum ausgehenden 18. Jahrhundert Körpergeschlecht einheitlich gedacht wurde, wobei Frauen vor allem genitalanatomisch als unvollständige Versionen des Mannes galten. Soziale Unterschiede wurden damals nicht aus biologischer Körperlichkeit begründet. Im Zweigeschlechtermodell hingegen wurden körperliche Anlagen als verschieden und aufeinander bezogen konzipiert. Dies markierte den Beginn der Geschlechterbinarität, in der »Mann« und »Frau« einander diametral gegenübergestellt wurden. Wie unvereinbar die »beiden« Geschlechter fortan gedacht wurden, zeigt sich auch in den Lebensgeschichten von Menschen mit uneindeutigen Geschlechtskörpern. Michel Foucault erörtert anhand der Biographie von Herculine Barbin, einer intergeschlechtlichen Person im Frankreich des 19. Jahrhunderts, wie Recht und Medizin auf das »wahre Geschlecht« (1998, 7) bestanden. Damit machten sie das Körpergeschlecht zu einem objektiv feststellbaren Gegenstand.
Mit der Behauptung fundamentaler geschlechtlicher Differenz begann die lange Suche nach entscheidenden körperlichen Merkmalen und Mechanismen von Geschlecht, eng verknüpft mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und technischen Möglichkeiten der jeweiligen Zeit. Geschlechterbinarität wurde dabei zum leitenden Wissensprinzip (Sanz 2017). Im 19. Jahrhundert galten zunächst durch Körpervermessung gewonnene Daten, dann Keimdrüsen, später Hormone als maßgebliche Geschlechtsmarker. Anschließend wurden Chromosomen (Richardson 2012) und einzelne Gensequenzen (Rehmann-Sutter u. a. 2023) als geschlechtsbestimmend

angesehen; zuletzt rückten auch neuronale Prozesse in den Blick. Rezente Entwicklungen in der Biomedizin deuten auf eine Molekularisierung von Geschlecht hin (Rosario 2009). Diese Abfolge zeigt, dass biologische Ordnung stets mit historisch kontingenten Vorstellungen von Geschlecht und Körper verbunden war. Zugleich wurden auch Ausschlüsse aus diesen Ordnungen zeitspezifisch geformt (Stoff 2024). Binarität war jedoch nie unumstritten. Die sogenannte Zwischenstufen-Theorie, von Magnus Hirschfeld um 1910 entwickelt, zeigt, dass der Geschlechterdimorphismus durch emanzipative Projekte kritisiert und wissenschaftlich infrage gestellt wurde (Herrn 2007).

Die zweite maßgebliche Argumentationslinie schildert historische Entwicklungen im Umgang mit uneindeutigen vergeschlechtlichten Körpern. Ohne hier eine Verlaufsgeschichte zu entfalten, lassen sich seit der Antike unterschiedliche Umgangsweisen mit geschlechtlicher Uneindeutigkeit feststellen. Häufig standen mythologische, juristische oder religiöse Deutungen im Vordergrund. Im Laufe des 16. Jahrhunderts erlangte jedoch die Medizin eine Vormachtstellung (Janett 2021). Ab Ende des 19. Jahrhunderts verfolgte sie vor allem klassifikatorische Bemühungen, die auch zur Einführung des Begriffs »Intersexualität« im Jahr 1915 durch Richard Goldschmidt führten. Zugleich verbreitete sich die Erkenntnis der Modellierbarkeit des vergeschlechtlichten Körpers, etwa durch Goldschmidts Transplantationen von Keimdrüsen in Tierversuchen oder durch die seit den frühen 1930er-Jahren bestehende Möglichkeit, synthetische Geschlechtshormone zu verabreichen. Dies beförderte Vorstellungen praktischer Machbarkeit (Voß 2019).

Die Forschungen von John Money und Kolleg*innen in den 1950er-Jahren prägten das Behandlungsparadigma intergeschlechtlicher Körper über Jahrzehnte (Klöppel 2010). In enger Verzahnung von klinischer Forschung und Behandlung gingen sie davon aus, dass körperliche Anlagen gegenüber dem Erziehungsgeschlecht zweitrangig seien. Dementsprechend müsse der Körper gegebenenfalls angepasst werden, wenn kurz nach der Geburt die Geschlechtszuweisung erfolgt. Sie empfahlen operative Vereindeutigungen von Genitalien und Keimdrüsen, was schwere Eingriffe im Säuglings- und Kleinkindalter sowie lebenslange Folgebehandlungen nach sich zog. Während zuvor vor allem Erwachsene mit uneindeutigem Körper behandelt wurden, etablierte dieses Programm die systematische Behandlung in den ersten Lebensmonaten. Durch aktivistische Kritik an mangelnder Aufklärung und medizinisch nicht notwendigen Eingriffen sowie wissenschaftliche Kritik an Normierung, Medikalisierung und Pathologisierung uneindeutiger Geschlechtskörper (Reis 2009) gerieten diese Methoden seit den 1990er-Jahren unter Druck. Seit Mitte der 2000er-Jahre wurden Behandlungsgrundsätze verändert (Lee u. a. 2006): Lebensverändernde Eingriffe sollen so lange aufgeschoben werden, bis Patient*innen selbst entscheiden können.

Eine dritte Diskussionslinie ergibt sich aus der Entwicklung rechtlicher Regulierungen von Geschlecht. Plett (2007) beschreibt die Entwicklung des im Deutschen Kaiserreich beschlossenen Personenstandsgesetzes, das ursprünglich primär die Einführung der Zivilehe zum Ziel hatte. Mit Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs 1900 wurden eherechtliche Regelungen dorthin verschoben. Die abgespeckte Version des Personenstandsgesetzes wurde im Nationalsozialismus, in den 1950er-Jahren in der BRD und in den 2000er-Jahren nur geringfügig geändert; entscheidend ist jedoch, dass Geschlechtseintragungen weiterhin verpflichtend und nur binär zulässig waren. Zwar fand diese verpflichtende Binarität nie Eingang in den Gesetzestext, doch wurden entsprechende Verwaltungsvorschriften 2010 noch verschärft

(Remus 2015). Erst die Änderung des Personenstandsgesetzes 2013 ermöglichte, den Geschlechtseintrag offen zu lassen; 2018 wurde in Reaktion auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (1 BvR 2019/16) die »dritte Option« und damit der Personenstand »divers« eingeführt.
Daneben ist die rechtliche Regulierung von Geschlecht nicht nur vom Ob und Wie der personenstandsrechtlichen Registrierung abhängig (Roßbach 2025). Sie steht auch im Zusammenhang mit politischen Kämpfen um gesetzliche Regelungen von Geschlecht (Plett 2016) und tangiert dabei mehrere Rechtsbereiche – etwa Antidiskriminierungs-, Gleichstellungs- oder Familienrecht. Dazu zählt auch der Geschlechtswechsel, der seit 1980 durch das Transsexuellengesetz (TSG) geregelt wird (Klöppel 2016).
Aus rechtswissenschaftlicher Perspektive lässt sich kritisieren, dass die Regulierung uneindeutiger Körper im Geschlechterdimorphismus gefangen bleibt und der intergeschlechtliche Körper vom Recht nicht erfasst wird (Kolbe 2016, 148).
Meine folgenden empirischen Analysen drehen sich um zwei historische Momente: erstens um die Reibungslosigkeit zwischen Recht und Medizin bei der Normierung uneindeutiger Körper kurz nach der Jahrtausendwende und, zweitens, um die Konkurrenz zwischen Medizin und Recht in den 2010er-Jahren, die durch die Mobilisierung von Menschenrechten durch Aktivist*innen entstanden war. Vor dem Hintergrund der skizzierten historischen Debatten, zeigt sich, dass es auch nach fast eineinhalb Jahrhunderten Suche kein einzelnes körperliches Merkmal gibt, durch das Geschlecht bestimmt werden kann. Die Fokussierung auf immer neue Determinanten weitet die Möglichkeiten der Uneindeutigkeit epistemisch aus. Denn je mehr Merkmale einbezogen werden, desto eher können sich Widersprüche zu binären Klassifikationsmustern ergeben. Wenngleich medizinisch an der Idee von körperlichen geschlechtlichen Uneindeutigkeiten als Pathologie festgehalten wird, richten sich neue Behandlungsschemata stärker nach den Wünschen der Betroffenen und erkennen die körperliche Integrität von Neugeborenen an. Das Recht konnte zunehmend Einfluss auf die Medizin gewinnen. Nach jahrzehntelangen Rechtskämpfen wurde die binäre Erfassung von Geschlecht liberalisiert – wobei aber an der Notwendigkeit der staatlichen Registrierung von Geschlecht festgehalten wird.

Der Fall Michel Reiter und die Reibungslosigkeit von Recht und Medizin

Mein erstes empirisches Beispiel schaut auf den frühen Intersex-Aktivismus in Deutschland und einen seiner zentralen Protagonisten, Michel Reiter. Im Jahr 1996 gründeten Reiter und seine Mitstreiterin Heike Bödecker die Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt in der Pädiatrie und Gynäkologie (AGGPG). Sie wendeten sich damit gegen die Gewalt, die Reiter selbst in Form von medizinischen Eingriffen erdulden musste. Reiter war zunächst personenstandsrechtlich als Junge registriert worden, ein halbes Jahr nach der Geburt hatten die Eltern jedoch eine Korrektur des Eintrags veranlasst. Im Alter von anderthalb Jahren hatten dann medizinische Eingriffe begonnen, die seinen Körper und ihn zum Mädchen machen sollten. Sein Penis wurde amputiert und auf die Größe einer ›normalen‹ Klitoris reduziert. Mit vier Jahren war ihm eine Vaginalplastik eingesetzt worden, die, um sie funktionsfähig zu halten, innerhalb von 9 Jahren in 15 Eingriffen durch sogenannte Dilatation

aufgedehnt werden musste. Mit 16 Jahren war schließlich eine neue Vaginalplastik eingesetzt und erneut mit der Dilatation begonnen worden. Reiter hatte daraufhin die Behandlung abgebrochen. Erst spät erfuhr er, dass er eigentlich als Junge geboren worden war, und entschied sich dann, wieder in seinem Geburtsgeschlecht zu leben.
Diese erschreckenden Details lassen sich aus einer Urteilsbegründung rekonstruieren und machen nachvollziehbar, warum Reiter medizinische Behandlungen als Gewalt thematisiert. Denn im Jahr 2001 strengte Reiter einen juristischen Prozess an, um die Möglichkeit der »Eintragung des Geschlechts als Zwitter, Hermaphrodit, Intersexueller oder Intrasexueller« (AG München 2002, 955) zu erringen. Seine Hoffnungen hatte Reiter einige Monate zuvor in einem Dokumentarfilm dargelegt:

> »Der ursprüngliche Gedanke dieses Antrages war, zu sagen: Was ich hier juristisch legalisiere, kann ich nicht pathologisieren, und das ist nach wie vor die Logik, die dahintersteht. Bei mir persönlich ist es ja egal, was im Ausweis steht. Es war eben eine Frage: Wie kann man diese Eingriffe stoppen? Und eine Idee davon war, zu sagen: Gut, wir müssen das legalisieren, was diese Leute für krank halten.« (Tolmein 2001, 52:13-52:41)

Reiters eigentliches Ziel bestand demnach gar nicht darin, das Personenstandsrecht zu ändern. Vielmehr sieht er in der Erweiterung von Eintragsmöglichkeiten über den binären Rahmen hinaus die Chance, in medizinische Behandlungsschemata eingreifen zu können. Das Verfahren zieht sich über zwei Instanzen: 2001 entschied das Amtsgericht München abschlägig, zwei Jahre später bestätigte das Landgericht München I die Entscheidung.
Das Amtsgericht begründet die Ablehnung mit zwei wesentlichen Punkten. Reiter stellte einen Antrag auf Berichtigung einer falschen Eintragung seines Geschlechts, wie es das Personenstandsgesetz in § 47 vorsah. Das Gericht war jedoch nicht überzeugt, dass nach der ersten Änderung (durch seine Eltern) tatsächlich eine falsche Eintragung vorlag. Zudem könne »selbst bei feststehender Unrichtigkeit der Eintragung einem Berichtigungsantrag nur dann stattgegeben werden, wenn er auf eine richtige Eintragung gerichtet ist« (AG München 2001, 956). Entscheidend nach geltender Rechtslage sei die medizinische Wissenschaft, die Intersexualität als körperliche Beschaffenheit »zwischen den typischen Merkmalen des weiblichen und des männlichen Geschlechts« beziehungsweise als »Mischform« (ebd.) darstelle. Nach dieser Definition nimmt das Gericht – etwas kontraintuitiv – uneindeutige Körper als Beleg für die Zweigeschlechtlichkeit des Menschen: »Daraus ergibt sich, daß die medizinische Wissenschaft die Zweigeschlechtlichkeit des Menschen als gegeben voraussetzt.« In Zweifelsfällen entscheide das chromosomale Geschlecht (ebd.). Das Amtsgericht gab damit zu verstehen, dass laut medizinischem Wissensstand nicht ersichtlich sei, dass Reiters Eintragung als weiblich falsch sei, und sah daher keine Grundlage für einen Berichtigungsantrag. Über diese medizinische Abhandlung hinaus besteht das Urteil aus einer Darstellung, dass auch die Rechtsordnung von nur zwei Geschlechtern ausgehe.
Das Landgericht als nächsthöhere Instanz bestätigte im Großen und Ganzen die Argumentationslinie des Amtsgerichts, fügte allerdings einige neue Argumente hinzu. Es legt dar, dass der Fall Reiter nicht geeignet sei, um über die Zulässigkeit einer Eintragung als »Zwitter« oder »Hermaphrodit« zu entscheiden, da die Diagnose »der Beteiligten« unter den sogenannten weiblichen Pseudohermaphroditismus falle (LG München I 2003). Das Landgericht bezeichnete Reiter in seiner

Urteilsbegründung dabei konsequent als Frau und stützte sich dabei auf ein medizinisches Diagnoseschema aus dem 19. Jahrhundert, das zwei Jahre später abgeschafft werden sollte, weil seine Nomenklatur als despektierlich galt (»Pseudo«) und den Betroffenen ein Geschlecht zuschrieb (»weiblich«). Doch zum Zeitpunkt des Urteils galt Reiters körperlicher Zustand nicht als eigenes Geschlecht, sondern als Störung der sexuellen Differenzierung, wie das Gericht unter Verweis auf ein klinisches Wörterbuch argumentierte.
Um zu entscheiden, ob Michel Reiters Ansprüche berechtigt sind, zogen beide Gerichte den (historischen) Wissensstand der Medizin über Geschlecht heran. Damals klassifizierte die Medizin uneindeutige Körper eindeutig in den binären Geschlechterkategorien und rechtfertigte dies über die Behauptung, sie seien pathologische Ausnahmen, die die zweigeschlechtliche Regel bestätigten. Die Gerichte stützten sich gleichzeitig auf Aussagen über den Status quo der Rechtsordnung und stellten fest: Die Rechtsordnung sei zweigeschlechtlich geprägt; daher würde ein dritter Personenstand zu erheblichen rechtlichen Unsicherheiten führen. Diese Einschätzung war nötig, weil Reiter mit der Einführung eines neuen Personenstandes grundlegende Änderungen im Recht anstrebte. In den Urteilsbegründungen entwickeln beide Gerichte demnach die Vorstellung von klar getrennten Zuständigkeitsbereichen von Recht und Medizin. Auf der einen Seite stehen die Gerichte als rechtliche Autoritäten, die qualifizierte Aussagen über die Rechtsordnung machen können, auf der anderen die Medizin, die das Körpergeschlecht festlegt. Da beide Wissenssphären innerhalb zweigeschlechtlicher Annahmen operieren, geraten sie nicht in Widerspruch und können zudem argumentativ herangezogen werden, um jeweils die eigene epistemische Autorität zu untermauern.
Nach den erfolglosen Verfahren entschied Reiter, die Klagen ruhen zu lassen und sein Recht nicht bei höheren Instanzen einzufordern. Eine höchstgerichtliche Einschätzung dieses Falls durch das Bundesverfassungsgericht hat es daher nie gegeben. Damit konnte sich keine Verfahrenskette[2] realisieren, die Voraussetzung gewesen wäre, um rechtliche Veränderung über den Einzelfall hinaus zu erreichen.

Epistemische Konkurrenzen: Selbstbestimmung schlägt Pathologien (mit Hintertüren)

Reiters Bemühungen wurden von anderen fortgeführt, allen voran von Aktivist*innen des Vereins Intersexuelle Menschen e. V. Sie reichten sogenannte Schattenberichte ein und prangerten damit vor den Vereinten Nationen die Behandlungspraktiken von Intersexualität als »Verstümmelung« und »Folter« an (Intersexuelle Menschen e. V./XY-Frauen o. J.). Dadurch konnten sie erwirken, dass sich der Deutsche Ethikrat einschaltete und eine umfassende Untersuchung durchführte (Deutscher Ethikrat 2012). Diese Entwicklungen sind andernorts gut beschrieben (Wahl 2021; Wahl 2022) und daher nicht Teil meiner Darstellung. Stattdessen springe ich an einen Zeitpunkt gut zehn Jahre nach den Münchner Prozessen, um zu zeigen, wie sich das Verhältnis von Recht und Medizin bei der Behandlung uneindeutiger Körper grundlegend wandeln konnte.

2 In solchen Verfahren müssen den Gerichten der unteren Instanzen erhebliche Zweifel an der Verfassungskonformität dargelegt werden, die aber nur vom Bundesverfassungsgericht beschieden werden kann. Das oberste Gericht prüft dann nach Verfassungsmaßstäben, legt diese in seinem Urteil dar, und verweist die Einzelfallentscheidung dann wieder zurück an die unteren Gerichte.

In der Stellungnahme der Bundesärztekammer von 2015 über die »Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Varianten/Störungen der Geschlechtsentwicklung (Disorders of Sex Development, DSD)« werden die veränderten Vorstellungen besonders deutlich:

> »Viele Therapieformen haben einschneidende Auswirkungen auf den Kernbereich der personalen Identität und auf die körperliche Unversehrtheit. […] Die Selbstbestimmung über das eigene Geschlecht fällt unter diesen Kernbereich und ist eine besonders sensible Komponente des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts. Sie gebietet, dass der Wille des Betroffenen in allen Phasen der Diagnose und Therapie Vorrang hat – ein Grundsatz, der auch bei Minderjährigen zu beachten ist. Bei Neugeborenen und Kleinkindern ist keine wirksame Einwilligung in einen Eingriff möglich. Aus dem Prinzip der Selbstbestimmung und dem ›Recht auf eine offene Zukunft‹ der betroffenen Minderjährigen folgt daher in der Regel, an ihnen insbesondere keine irreversiblen chirurgischen Eingriffe durchzuführen.« (Bundesärztekammer 2015, 3)

Bereits die Formulierungen bedienen sich eines rechtlichen Duktus, der den zwingenden Charakter des Rechts unterstreicht. Selbstbestimmung setzt der medizinischen Behandlung Grenzen und verbietet »in der Regel« Eingriffe, die zuvor Standard waren. Das Recht »gebietet« die Einschränkung des medizinischen Handlungsspielraums und greift dadurch in die medizinische Autorität ein. Es sieht sich nunmehr eben auch hinsichtlich der Behandlung uneindeutiger Körper zuständig und tritt damit in Konkurrenz zur Medizin. Mit der Betonung von Selbstbestimmung und dem Vorrang des eigenen Willens entsteht demnach eine Reibungsfläche, wobei die rechtlichen Bestimmungen den Rahmen der medizinischen Befugnisse vorgeben.

Das vorangegangene Zitat verortet das Selbstbestimmungsrecht als Teil des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts für die Behandlung uneindeutiger Körper. Während frühere medizinische Dokumente[3] – wenn überhaupt – vor allem ethische und rechtliche Fragen der informierten Einwilligung ansprechen, deckt die Stellungnahme der Bundesärztekammer auch grund- und menschenrechtliche Bereiche ab. Tiefer geht das folgende Zitat, das sogar rechtstypische Abwägungen vornimmt:

> »Die Einwilligung der Eltern in medizinische Eingriffe dürfte zumindest dann unproblematisch mit dem Kindeswohl vereinbar sein, wenn eine medizinische Indikation besteht. Eltern, die eine medizinisch indizierte und dem Kindeswohl dienende Intervention ablehnen, verletzen damit ihre Sorgepflicht.« (ebd., 3)

Die Stellungnahme beschreibt an dieser Stelle eine Rechtskollision: Medizinische Eingriffe können das Selbstbestimmungsrecht verletzen, zugleich müssen Eltern ihrer Sorgepflicht nachkommen. Während das »Recht auf eine offene Zukunft« im Zitat oben allgemein formuliert ist, wird an dieser Stelle eine Spezifizierung vorgenommen. Nicht die rechtliche Einzelfallabwägung soll entscheiden, sondern die medizinische Indikation soll ausschlaggebend für Behandlungsentscheidungen werden. Der zitierte Ausschnitt lässt den Eltern durch seinen rechtlichen Duktus eigentlich nicht einmal einen wirklichen Entscheidungsspielraum. Behandlungen erscheinen

3 Darunter zähle ich Leitlinien der einzelnen medizinischen Fachgesellschaften oder auch den bereits zitierten Chicago-Konsens, der Behandlungsgrundsätze grundlegend umstellt (Lee u. a. 2006).

weniger als Option denn als Pflicht, solange sie dem Kindeswohl dienen. So entstehen – trotz Vorrang des Rechts auf eine offene Zukunft – Hintertüren für medizinische Autorität, die sich den präskriptiven Charakter des Rechts zunutze macht, indem sie Eltern über ihre rechtlichen Pflichten aufklärt. In diesem Zuge festigt sie ihre eigene Zuständigkeit zu behandeln *und* über Behandlungen zu entscheiden mit rechtlichen Mitteln.

Sowohl der Vorrang der Selbstbestimmung als auch die dargestellten Umgehungsmöglichkeiten weisen Recht und Medizin jeweils die Zuständigkeit für uneindeutige Körper zu. Dadurch entsteht zwar Reibungspotenzial, doch kommt dies nicht zum Tragen: Zuständigkeitsüberschneidungen werden durch Hierarchisierung (Vorrang von Selbstbestimmung) oder die Nutzung rechtlicher Spielräume durch die Medizin (Hintertüren) vermieden. Dass dieses reibungslose Miteinander jedoch nicht immer gelingt, zeigt das folgende Zitat:

> »Der selbstbestimmten Entscheidung der betroffenen Kinder und Jugendlichen wird also sowohl in der rechtlichen als auch in der ethischen Debatte ein vorrangiger Stellenwert eingeräumt und daher wird Zurückhaltung bei Eingriffen an einwilligungsunfähigen Kindern angemahnt. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass ein Abwarten bis zum Erreichen der Selbstbestimmungsfähigkeit eines Kindes und dadurch bedingt das ›Nicht-Handeln‹ ggf. Identitätsprobleme und andere Folgen bei einem betroffenen Individuum/Kind auslösen kann. Insofern stellt die Beratung und Behandlung von Menschen mit DSD eine große Herausforderung dar, da unterschiedliche – zum Teil gegenläufige – Aspekte zu beachten und zu gewichten sind, um angesichts der komplexen Fragestellungen die für die jeweilige individuelle Situation geeignete Strategie zu finden.« (ebd., 4)

Den eher abstrakten ethischen Werten und rechtlichen Verpflichtungen wie der Wahrung der Selbstbestimmung werden die praktischen Unwägbarkeiten der medizinischen Behandlung entgegengehalten, da Nicht-Handeln, also die Einhaltung des Selbstbestimmungsprimats, zu medizinischen Problemen führen kann. Die Stellungnahme thematisiert die epistemischen Konkurrenzen als »gegenläufige Aspekte« und greift damit Beratungs- und Behandlungssituationen heraus, in denen zwar Entscheidungsspielraum gegeben ist, rechtliche und medizinische Prinzipien aber nicht vereinbar erscheinen. Der Vorrang der Selbstbestimmung wird hier gewissermaßen unter einen Einzelfallvorbehalt gestellt und resoniert mit einem Verständnis der personalisierten Medizin, die für alle Patient*innen maßgeschneiderte Lösungen anbieten kann. Rein praktisch heißt das, dass unter den Bedingungen der Unvereinbarkeit die Entscheidungshoheit bei den Patient*innen (oder deren gesetzliche Vertretung, also bei den Eltern) liegt, die sich allerdings im Einflussbereich der Medizin bewegen. Denn »Beratung und Behandlung« finden an den jeweiligen spezialisierten Zentren für die Behandlung uneindeutiger Körper und damit unter medizinischer Hoheit statt.

Die Analyse zeigt, dass, auch wenn Recht und Medizin in Konkurrenz zueinander geraten, weiterhin Reibungslosigkeit möglich ist. Allerdings können epistemische Reibungen[4] nicht immer umgangen werden, wenn Situationen entstehen, in denen

4 In seiner entwicklungspsychologischen Studie benutzt José Medina (2013) diesen Begriff, um den Zusammenhang von Erfahrungen und Weltbildern mit der Entwicklung von Persönlichkeit zu beschreiben. Für ihn entsteht durch Konfrontation divergenter Weltbilder eine Reibung, mit der das Individuum umgehen muss. Demgegenüber lasse ich die Subjektebene in meiner Verwendung des Begriffs außer Acht und schaue auf die Begegnung von Wissensordnungen.

entweder das Recht oder die Medizin ihren Einfluss geltend machen. Vor diesem Hintergrund möchte ich diese Erkenntnisse nun in Debatten um Medikalisierung und Juridifizierung einbetten. Ziel ist es, zu verdeutlichen, dass die sich wandelnden Zuschreibungen epistemischer Autorität im Umgang mit uneindeutigen Körpern nicht auf eine reine Ausdehnung oder Verringerung der Zuständigkeiten von Recht respektive Medizin reduziert werden können. Vielmehr sollten die Interaktionen dieser Wissensordnungen in den Blick genommen werden.

Uneindeutige Körper zwischen Medikalisierung und Juridifizierung?

Medikalisierung beschreibt die Ausdehnung der Zuständigkeiten der Medizin, indem vormals nicht-medizinische Probleme als medizinische behandelt werden. Auch geschlechtlich uneindeutige Körper unterliegen einer Medikalisierung, zumindest kritisieren dies aktivistische und wissenschaftliche Stimmen, da mit der medizinischen Behandlung eine Pathologisierung einhergeht. Lena Eckerts (2017) Konzept der Intersexualisierung fasst Prozesse der Medikalisierung und Pathologisierung von Intersex-Körpern, die ihrer Analyse nach die dichotomen Kernunterscheidungen einer vergeschlechtlichten Gesellschaft aufrechterhalten. Für die aktivistische Diskussion zeigt Davidson (2009), dass Teile des Intersex-Aktivismus eine radikale Medikalisierungskritik verfolgen. Peter Conrad, der Medikalisierung als wissenschaftliches Konzept maßgeblich voranbrachte, fasst sie als bidirektionalen Prozess, der auch Gegenbewegungen in Form von De-Medikalisierung beinhaltet (2007, 7). Angesichts der zunehmenden Gewichtung von Selbstbestimmung stellt sich die Frage, ob sich eine De-Medikalisierung uneindeutiger Kinder- und Säuglingskörper vollzieht, indem ihr »Recht auf eine offene Zukunft« den medizinischen Zugriff einschränkt. Hat sich Michel Reiters Anliegen, mit rechtlichen Mitteln die Medikalisierung uneindeutiger Körper zu bekämpfen, doch noch realisieren können?

Medikalisierungskritik und De-Medikalisierungsthese eignen sich, um den medizinischen Umgang mit uneindeutigen Körpern zu kritisieren und historische Prozesse zu beschreiben. Um das Verhältnis der Medizin zum Recht genauer in den Blick zu nehmen, muss jedoch auch gefragt werden, wie sich der wachsende rechtliche Einfluss auf Behandlungspraktiken beschreiben lässt. Im Mittelpunkt stünde dann weniger die Zurückdrängung medizinischer Deutungen als die Ausdehnung rechtlicher Autorität. Ist dies also als Juridifizierung der Medizin zu deuten? Anfang der 2000er-Jahre folgten Medizin und Recht noch einem Verständnis, nach dem die Medizin für die körperliche Wahrheit zuständig ist. Das Recht versicherte sich seiner eigenen Zweigeschlechtlichkeit und registrierte alle Menschen dementsprechend, ohne sich jedoch in Konkurrenz oder Vorrangstellung zur Medizin zu sehen, wie in den Beschlüssen zu Reiters Verfahren deutlich wird. Wenn die Bundesärztekammer einige Jahre später ausführlich Rechtsgüter herleitet, sie interpretiert und gegeneinander abwägt, betreibt sie juristische Arbeit in einem Umfang, der zuvor kaum erkennbar war. Im Vergleich zeigt sich demnach eine wesentlich stärkere Einflussnahme des Rechts auf die Medizin, was eine Juridifizierungsthese stützen würde.

Juridifizierung ist gekennzeichnet durch »the increasing use of law by social actors as a privileged means to advance their political demands« (Tosel 2024, o. S.). Ähnlich

wie die Medikalisierung beschreibt Juridifizierung die Ausdehnung eines machtvollen autoritativen Systems. Gleichzeitig richtet sich der Fokus meist auf die Rolle des Rechts in politischen Prozessen. Damit wird oft die These verbunden, dass Recht Konsens fördere und Depolitisierung vorantreibe (Del Nido 2021). Ob dies zutrifft, kann zur empirischen Frage gemacht werden (Mazukatow 2023, 54-58). Letztendlich kann die Auseinandersetzung mit Recht auch zur Politisierung sozialer Bewegungen führen (Eckert 2012). Entscheidend ist hier, dass die Juridifizierungsforschung vor allem das Verhältnis von Recht und Politik betrachtet und andere Expansionsprozesse – etwa in die Medizin – vernachlässigt.

Auch die Expansionen im Zuge von Medikalisierung[5] wurden vor allem in bestimmte Richtungen gedacht. Durch Spezifizierung als Biomedikalisierung (Beck 2009) oder als Genetisierung (Klotz 2016) wurden nicht nur Entwicklungstendenzen des medizinischen Feldes hervorgehoben, sondern auch die Entfremdung zwischen der Expertise von Medizin und Erleben und Erfahrung der Patient*innen thematisiert (Schmid 2020). Medikalisierungsforschung hat vor allem Professionalisierungsprozesse der Medizin selbst sowie Patient*innengruppen, Aktivismus und Pharmaunternehmen (Conrad 2007) im Blick. Das Recht hingegen ist kein etabliertes Feld dieser Forschung.
Das Konzept der reflexiven Medikalisierung (Knecht/Hess 2008) und die Übertragung auf Rechtsmobilisierungen als reflexive Juridifizierung (Klausner/Kretschel-Kratz 2023) zeigen, dass soziale Akteur*innen sich Expert*innenwissen aneignen. Weder Juridifizierung noch Medikalisierung sind also als reine Top-Down-Prozesse zu verstehen. Gleichwohl deutet die Stoßrichtung der konzeptuellen Debatte darauf hin, dass das Forschungsinteresse an der Ausweitung der Autorität der beiden normierenden Wissenssysteme vor allem auf weniger durchsetzungsstarke soziale Akteur*innen (die Medizin und ihre Patient*innen) gerichtet ist oder gesellschaftliche Teilsysteme in den Blick nimmt, die im Zuge dieser Expansion in eine untergeordnete Position geraten und ihre Funktionen sowie Arbeitsweisen verändern müssen (Depolitisierung durch Recht).

Treffen Recht und Medizin aufeinander, treten jedoch zwei durchsetzungsstarke normative Systeme in Interaktion, die im Feld der Behandlung uneindeutiger Körper in Reibung geraten. Expansion oder Regression können hier also nicht aus nur einem der autoritativen Systeme heraus erklärt werden. Wenn sich das Recht seitenlang mit medizinischen Geschlechterbegriffen auseinandersetzt, um über Michel Reiters Antrag zu entscheiden, oder wenn es herangezogen wird, um Maßstäbe für die medizinische Behandlung uneindeutiger Körper zu entwickeln, liegt darin keine Medikalisierung des Rechts. Auch dann nicht, wenn das Recht in Behandlungsschemata interveniert. Selbst wenn es dafür neue Instrumente entwickelt, bestehende Rechtsformen zu diesem Zweck verändert oder medizinische Klassifikationen übernimmt, wäre es vermutlich absurd, von einer Medikalisierung des Rechts zu sprechen. Zwar muss das Recht immer mit anderen Wissensbeständen agieren, um anwendbar zu sein, allerdings werden durch diesen Umstand die Regelungen der Geschlechtseintragung nach dem Personenstandsgesetz nicht zur medizinischen Frage und verbleiben weiterhin in rechtlicher Autorität. Umgekehrt vermag die Medizin sich ihre epistemische Autorität zu bewahren oder zu untermauern, indem sie sich die rechtlichen Spielräume aneignet. So schafft sie es, den Vorrang der Selbstbestimmung auszuhebeln, indem sie die rechtlichen Festlegungen mit den

5 Gelegentlich wird in der Medikalisierungsdebatte nicht nur von Expansion, sondern sogar von Kolonisierung (kritisch dazu: Klotz 2016) oder Imperialismus (Illich 1976) gesprochen.

behandlungspragmatischen Folgen solcher abstrakten Ideale konfrontiert. Eine einseitige Aneignung des Rechts von vormals medizinischem Terrain sieht anders aus, die medizinische Behandlung uneindeutiger Körper lässt sich nicht treffend einfach als Juridifizierung beschreiben.

Um epistemische Reibungen zu verstehen, genügt es nicht, nur Expansionsprozesse autoritativer Wissenssysteme zu betrachten, wie bisher in der Medikalisierungs- und Juridifizierungsdebatte vornehmlich geschehen. Ebenso wenig reicht der Hinweis, dass unterlegene Akteur*innen diese Prozesse mitgestalten. Treffen solche Expansionen auf andere durchsetzungsstarke Wissenssysteme, müssen vielmehr die daraus entstehenden epistemischen Konkurrenzen in den Blick genommen werden, die sich in konkreten Interaktionen von Wissenssystemen zeigen. Für empirische Untersuchungen kann genau dies ein Zugang zu sich verschiebenden Wissenshierarchien sein und damit auch zur Frage, welche Wissensordnungen epistemische Autorität ausüben können.

Epistemische Reibungen zwischen Recht und Medizin

Das eingangs beschriebene ›Gefängnis‹ aus Medizin und Recht, das intergeschlechtliche Menschen gefangen hielt, hat sich verändert. Mit Fokus auf das Zusammenspiel beider Wissensordnungen habe ich diese Veränderung anhand von zwei historischen Momenten beschrieben. Kurz nach der Jahrtausendwende erheben sowohl das Recht als auch die Medizin den Anspruch, geschlechtlich uneindeutige Körper zu normieren. Allerdings entsteht aus diesem Anspruch keine Konkurrenz, weil sich beide Wissenssphären in getrennten Zuständigkeiten verorten und sich gegenseitig validieren (konvergente Annahmen der Zweigeschlechtlichkeit). Michel Reiter hat bei seinem Prozess als Antragsteller das Nachsehen, weil das Recht zur Begründung der Ablehnung seines Antrags nicht nur auf die zweigeschlechtlich geprägte Rechtsordnung verweisen kann, sondern auch den medizinischen Wissensstand heranzieht.

Nur gut 14 Jahre nach dem ersten Münchner Prozess ist das Bild allerdings komplett verändert. Die Bundesärztekammer übernimmt menschen- und grundrechtlich geprägte Argumentationsmuster in einer Stellungnahme. Eine simplifizierte Deutung wäre es, dies als Sieg der aktivistischen Bemühungen um ein Zurückdrängen der invasiven Behandlungspraktiken im Kleinstkindalter mithilfe des Rechts zu deuten. In der Tat ist die Stellungnahme ein Beleg dafür, dass sich im medizinischen Diskurs ein größeres Bewusstsein für rechtliche Bestimmungen bildet und diese mithin den eigenen Aktionsradius begrenzen. Ganz sicher hat Intersex-Aktivismus daran einen Anteil. Die Veränderung, die meine Schilderung aufzeigen wollte, betraf dagegen Verschiebungen in der epistemischen Autorität über geschlechtlich uneindeutige Körper. Recht und Medizin wähnen sich nicht mehr in getrennten Sphären, sondern treten in Konkurrenz zueinander, die mitnichten stets zu Gunsten von Rechtsgütern wie dem Vorrang von Selbstbestimmung entschieden – oder zumindest durch die juristischen Auslegungen seitens der Medizin stark eingeschränkt wird. Solche Konkurrenzen können umgangen werden, womit eine Form

der Reibungslosigkeit hergestellt wird. Aber sie können auch machtvoll ausagiert werden, wenn beispielsweise Entscheidungshoheiten in die eigenen Wissenssphären übertragen werden. Solche konkreten Interaktionen von Wissensordnungen können einen interessanten Impuls für die Diskussionen um Medikalisierung und Juridifizierung liefern, indem sie dazu einladen, den wissenschaftlichen Blick auf das Zusammenspiel als gleichrangig anerkannter Wissensordnungen zu richten.

ALIK MAZUKATOW forscht an der Universität zu Lübeck am Institut für Wissenschaftsforschung und Medizingeschichte. Seine Forschungen über Geschlechterkonzepte sind Teil des Sonderforschungsbereichs »Sexdiversity. Determinanten, Bedeutungen und Implikationen der Geschlechtervielfalt in soziokulturellen, medizinischen und biologischen Kontexten«.
alik.mazukatow@uni-luebeck.de.

DANKSAGUNG

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – SFB-1665 – 515637292.

LITERATURVERZEICHNIS

Amtsgericht München, Beschluss vom 13.09.2001, Az: 722 UR III 302/00. In: Zeitschrift für das gesamte Familienrecht 2002, 955-958.

Beck, Stefan (2009): Die Mobilisierung von Erfahrung. Anmerkungen zu Translationen para-ethnografischen Wissens. In: Ina Dietzsch u. a. (Hg.): Horizonte ethnografischen Wissens. Eine Bestandsaufnahme. Köln: Böhlau, 221-238.

Bundesärztekammer (2015): Stellungnahme der Bundesärztekammer »Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Varianten/Störungen der Geschlechtsentwicklung (Disorders of Sex Development, DSD)«. In: Deutsches Ärzteblatt (30.1.2015). DOI: https://doi.org/10.3238/arztebl.2015.stn_dsd_baek_01.

Conrad, Peter (2007): The medicalization of society: On the transformation of human conditions into treatable disorders. Baltimore: Johns Hopkins University Press.

Davidson, Robert Joseph (2009): DSD Debates: Social Movement Organizations' Framing Disputes Surrounding the Term ‹Disorders of Sex Development'. In: Liminalis 3, 60-80.

Del Nido, Juan (2021): Taxis vs. Uber. Courts, Markets, and Technology in Buenos Aires. Stanford: Stanford University Press.

Deutscher Ethikrat (2012): Intersexualität. Stellungnahme. https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Stellungnahmen/deutsch/DER_StnIntersex_Deu_Online.pdf, aufgerufen am 18.12.2025.

Eckert, Julia (2012): Rumours of Rights. In: Brian Donahoe u. a. (Hg.): Law against the state. Ethnographic forays into law‹s transformations. Cambridge: Cambridge University Press, 147-170.

Eckert, Lena (2017): Intersexualization: The Clinic and the Colony. Abingdon: Routledge.

Foucault, Michel (1998): Über Hermaphrodismus. Der Fall Barbin. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Herrn, Rainer (2007): Magnus Hirschfelds Geschlechterkosmos: Die Zwischenstufentheorie im Kontext hegemonialer Männlichkeit. In: Ulrike Brunotte/Rainer Herrn (Hg.): Männlichkeiten und Moderne. Bielefeld: transcript, 173-196.

Illich, Ivan (1976): Medical nemesis. The expropriation of health. New York: Pantheon Books.

Intersexuelle Menschen e. V./XY-Frauen (o. J.): Parallelbericht zum 5. Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT). URL: https://im-ev.de/pdf/CAT_ParallelReport_Intersex_2011_DE.pdf, aufgerufen am 30.4.2026.

Janett, Mirjam (2021): Dazwischen? Intergeschlechtlichkeit in der historischen Forschung. Überblick und Perspektiven. URL: https://www.infoclio.ch/sites/default/files/janett_intergeschlechtlichkeit_forschungsbericht.pdf, aufgerufen am 30.04.2026. DOI: https://doi.org/10.13098/INFOCLIO.CH-FB-0004.

Klausner, Martina/Michèle Kretschel-Kratz (2023): Widersprechen mit Recht gegen Recht? Zu den Infrastrukturen des Widersprechens mit Recht: Menschen mit Behinderung zwischen Einspruch, Fürsprache und Mitsprache. In: Magdalena Tonia Füllenbach u. a. (Hg.): Widerspruchs-Kulturen. Medien, Praktiken und Räume des Widersprechens. Berlin: Dietrich Reimer, 89-106.

Klöppel, Ulrike (2010): XX0XY ungelöst. Hermaphroditismus, Sex und Gender in der deutschen Medizin. Eine historische Studie zur Intersexualität. Bielefeld: transcript.

Klöppel, Ulrike (2016): Who Has the Right to Change Gender Status? Drawing Boundaries between Inter- and Transsexuality. In: Morgan Holmes (Hg.): Critical Intersex. London: Taylor and Francis, 171-187.

Klotz, Maren (2016): Wayward Relations: Novel Searches of the Donor-Conceived for Genetic Kinship. In: Medical anthropology 35/1, 45-57. DOI: https://doi.org/10.1080/01459740.2015.1012615.

Knecht, Michi/Sabine Hess (2008): Reflexive Medikalisierung im Feld moderner Reproduktionstechnologien. Zum aktiven Einsatz von Wissensressourcen in gendertheoretischer Perspektive. In: Nikola Langreiter (Hg.): Wissen und Geschlecht. Beiträge der 11. Arbeitstagung der Kommission für Frauen- und Geschlechterforschung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde. Wien: Verlag des Instituts für Europäische Ethnologie, 221-238.

Kolbe, Angela (2016): Intersex, a Blank Space in German Law? In: Morgan Holmes (Hg.): Critical Intersex. London: Taylor and Francis, 147-170.

Landgericht München I, Beschluss vom 30.06.2003, Az: 16 T 19449/02. In: Zeitschrift für das gesamte Familienrecht, 2004, 269-271.

Laqueur, Thomas Walter (1990): Making sex. Body and gender from the Greeks to Freud. Cambridge: Harvard University Press.

Lee, Peter Allen u. a. (2006): Consensus statement on management of intersex disorders. International Consensus Conference on Intersex. In: Pediatrics 118/2, e488-500. DOI: https://doi.org/10.1542/peds.2006-0738.

Mazukatow, Alik (2023): Mit Recht Politik machen. Eine Ethnographie der rechtlichen Antidiskriminierungsarbeit in Berlin. Baden-Baden: Nomos. DOI: https://doi.org/10.5771/9783748915089.

Medina, José (2013): The epistemology of resistance. Gender and racial oppression, epistemic injustice, and resistant imaginations. New York: Oxford University Press, DOI: https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199929023.001.0001.

Plett, Konstanze (2003): Intersexuelle – gefangen zwischen Recht und Medizin. In: Frauke Koher/Katharina Pühl (Hg.): Gewalt und Geschlecht. Konstruktionen, Positionen, Praxen. Opladen: Leske und Budrich, 21-41.

Plett, Konstanze (2007): Rechtliche Aspekte der Intersexualität. In: Zeitschrift für Sexualforschung 20/2, 162-175. DOI: https://doi.org/10.1055/s-2007-960685.

Plett, Konstanze (2009): Intersex und Menschenrechte. In: Claudia Lohrenscheit (Hg.): Sexuelle Selbstbestimmung als Menschenrecht. Baden-Baden: Nomos, 151-168. DOI: https://doi.org/10.5771/9783845216119-151.

Plett, Konstanze (2016): Jenseits von männlich und weiblich: Der Kampf um Geschlecht im Recht. In: Barbara Paul/Lüder Tietz (Hg.): Queer as … - kritische Heteronormativitätsforschung aus interdisziplinärer Perspektive. Bielefeld: transcript, 73-101.

Plett, Konstanze (2019): Männlich, weiblich, divers oder »ohne« – Zum Personenstand intergeschlechtlich Geborener im deutschen Recht. In: Elisabeth Greif (Hg.): No Lessons from the Intersexed? Anerkennung und Schutz intergeschlechtlicher Menschen durch Recht. Linz: Trauner, 10-33.

Rehmann-Sutter, Christoph u. a. (2023): The past and future of «sex genes". In: Medizinische Genetik 35/3, 153-161. DOI: https://doi.org/10.1515/medgen-2023-2040.

Reis, Elizabeth (2009): Bodies in doubt. An American history of intersex. Baltimore: Johns Hopkins University Press.

Remus, Juana (2015): Inter*Realitäten. In: Friederike Schmidt u.a. (Hg.): Selbstbestimmung und Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Lebenswirklichkeiten, Forschungsergebnisse und Bildungsbausteine. Wiesbaden: Springer VS, 63-74. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-02252-5_4.

Richardson, Sarah (2012): Sexing the X: How the X Became the «Female Chromosome". In: Signs: Journal of Women in Culture and Society 37/4, 909-933. DOI: https://doi.org/10.1086/664477.

Rosario, Vernon (2009): Quantum Sex: Intersex and the Molecular Deconstruction of Sex. In: GLQ: A Journal of Lesbian and Gay Studies 15/2, 267-284. DOI: https://doi.org/10.1215/10642684-2008-138.

Roßbach, Susanna (2025): Das personenstandsrechtliche Geschlecht. Studien zum Privatrecht, Band 128. Bucerius Law School: Mohr Siebeck. DOI: https://doi.org/10.1628/978-3-16-164157-2 [Dissertation].

Sanz, Veronica (2017): No Way Out of the Binary: A Critical History of the Scientific Production of Sex. In: Signs: Journal of Women in Culture and Society 43/1, 1-27. DOI: https://doi.org/10.1086/692517.

Schmid, Christine (2020): Ver-rückte Expertisen. Ethnografische Perspektiven auf Genesungsbegleitung. Bielefeld: transcript. DOI: https://doi.org/10.14361/9783839453858.

Stoff, Heiko (2024): Medizin und Geschlecht. Eine Geschichte mit relativer Gültigkeit. In: Zeitschrift für medizinische Ethik 70/2, 155-172. DOI: https://doi.org/10.30965/29498570-20240068.

Tolmein, Oliver (2001): Das verordnete Geschlecht. Hamburg: Abbildungszentrum Hamburg [Dokumentarfilm].

Tosel, Nattascia (2024): Terms and Conditions (Glossary): Juridification. URL: https://www.harun-farocki-institut.org/en/2024/08/27/juridification-terms-and-conditions-glossary/, aufgerufen am 15.12.2025.

Voß, Heinz-Jürgen (2019): Intersexualität/Intergeschlechtlichkeit: Die gesellschaftlichen Debatten um das Behandlungsprogramm und der Paradigmenwechsel der Medizin von der »Optimal-Gender-Policy« zur »Gene-To-Gender-Policy«. In: Elisabeth Greif (Hg.): No Lessons from the Intersexed? Anerkennung und Schutz intergeschlechtlicher Menschen durch Recht. Linz: Trauner, 130-148.

Wahl, Angelika von (2021): Lessons on opportunity hoarding and gender binarism: building an alliance of women's, trans and intersex movements. In: European Journal of Politics and Gender 4/2, 255-271. DOI: https://doi.org/10.1332/251510821X16128070868431.

Wahl, Angelika von (2022): From Private Wrongs to Public Rights: The Politics of Intersex Activism in the Merkel Era. In: German Politics 31/1, 59-78. DOI: https://doi.org/10.1080/09644008.2021.1982902.

Berlin Universities Publishing

Copyright © 2026 The Author(s)

Navigating Intimate Bureaucracies
Mismatched Realities of Türkiyeli Trans Migrants in Germany

R. ASLI KORUYUCU

ABSTRACT

This article explores the lived experiences of *Türkiyeli* trans migrants in Germany by focusing on how transnational bureaucratic systems produce mismatched and often conflicting realities. Drawing from extensive ethnographic research in Germany, it examines trans migrants' struggles to navigate the *intimate bureaucracies* of medico-legal and administrative regimes that demand intrusive forms of recognition, yet, remain inconsistent across national and international frameworks.

The article demonstrates not only the conflicting and contradictory medico-legal and administrative realities that trans migrants are compelled to manage in their daily lives and the strategies they develop to negotiate these tensions, but also the possibilities for strategic manoeuvring, ambivalence, and alternative forms of belonging that such bureaucratic inconsistencies enable. Through trans migrants' narratives and an analysis of medico-legal frameworks, it shows how gender recognition, healthcare access, and legal documentation are continuously reconfigured across institutional settings, producing parallel and sometimes incompatible identities.

KEYWORDS

trans migrations, intimate bureaucracies, friction, medical gaze, intimacies

HOW TO CITE

Koruyucu, R. Aslı. (2026): Navigating Intimate Bureaucracies: Mismatched Realities of *Türkiyeli* Trans Migrants in Germany. In: Berliner Blätter 93, 37–49. DOI: 10.60789/931246.

ISSN (Online): 2702–2536 | Creative Commons CC BY 4.0

ASLI: How do you feel about trans visibility here in Germany, I mean, among German citizens?

SERGEN: Well, I mean, one of my previous flatmates was like that – he was a trans man. I mean, they (German trans folks) are in a moment where their access to (related) information isn't like what ours used to be. They have much more access now.

A: You mean in a temporal sense, like, it's about the period or moment they're in?

S: Yes, exactly – that's one part of it. And there are rights here that have already been won, you know, and those are important things. They don't really have the same kinds of worries we have – like in Turkey – this constant thing of, »Oh no, I can't find a job because I'm trans«, and so on. I mean, of course, that exists here too, but not in a really comparable way. Here, they have rights, and they take those rights – by insisting on them, by pushing until they get them.

A: Do you also have those rights?

S: I do, but, well …

A: In practice?

S: You (I) do – if you (I) know how to fight for them.[1]
(Interview with Sergen on 31.1.2021)

Sergen[2], a transmasculine person, began his Ph.D. in a relatively large German city in 2020. He secured a well-paid academic position with full access to statutory health insurance – a significant shift after years of limited healthcare access in Germany as a master's degree student. Before this, he had been self-administering testosterone brought from Turkey, hoping that future costs would be covered under the statutory insurance, as it is typical for all residents. However, the insurance provider denied coverage, despite his submission of extensive documentation, including apostilled psychiatric and endocrinological reports from Turkey and supporting documents from a gynaecologist in Germany. Obtaining such documentation in Turkey is often an exhausting, invasive, and humiliating process for trans folk, requiring prolonged engagement with medical institutions, compliance, and collective support, which often functions as a lobbying strategy. Although Sergen had already navigated these hurdles within Turkey's healthcare system, he encountered new layers of bureaucracies and institutional fatigue in Germany. These entanglements – exacerbated by the complex demands of gender-affirming care, for example, hormones, surgeries, psychological and psychiatric support – place a compounded burden on trans migrants, particularly those who began gender-affirming processes prior to migration. Even when institutional expectations have been met, trans migrants often find themselves navigating mismatched responses and complex paperwork within the German healthcare and legal system. This paperwork is not only discursive but also

1 I have translated the interview excerpts shared throughout this paper, with as little intervention as possible, whilst remaining faithful to the context.
2 Sergen is a pseudonym. All interlocutors in this paper – and throughout the research – are referred to by pseudonyms to protect their confidentiality.

a result of a long process that requires negotiations and lobbying strategies. It also demands mental and bodily work for being recognised and passing as trans enough.

This paper builds on the migratory dynamics outlined above. It explores the mismatched experiences and perceptions of *Türkiyeli* [3] trans migrants in Germany, foregrounding how differentiated regulatory practices within state-governed institutions and the healthcare system create parallel lived realities that individuals must navigate. The state's bureaucratic and governing structures both in Turkey and Germany impose distinct, often conflicting expectations on trans migrants' bodies and subjectivities, leading to a form of mismatched existence that (re)complicates trans lives. The regulatory frameworks governing gender recognition, migration, and socio-cultural processes specifically require trans migrants to negotiate varying and multilayered identities within both public and institutional domains, exemplifying what I term *intimate bureaucracies*. This concept captures the paradoxical closeness and distance that emerge in interactions with the complex workings of state-governed institutions. I employ *intimate bureaucracies* here as a useful term to understand how these institutions work on intimately regulating individual lives.

Drawing on intimacies and trans studies literature, I examine how *Türkiyeli* trans subjectivities are rematerialised in terms of various forms of intimacy within social and medico-legal spaces of Germany. I ask what possible impacts their spatial and bodily trajectories have in reconstituting these intimacies, and how regulatory distinctions around gender and citizenship create a mismatched and ruptured [4] existence (Behrouzan 2016; Bayat 2025). These differentiated medico-legal regulations require trans migrants to fulfil inconsistent and even contradictory requirements related to documentation, gender markers – as administrative indicators – and legal identification. The seemingly rigid standards for name and gender marker changes – as well as trans migrants' access to gender-affirming care and ›same-sex‹ marriage – demand extensive, often invasive documentation that may be inconsistent with lived experiences and force individuals into incompatible realities in a transnational context. While these multiple and so-called incompatible realities place trans migrants in an emotionally and socially taxing position, trans migrants make creative efforts to playfully live beyond binary structures.

Based on ethnographic fieldwork and interviews with *Türkiyeli* trans migrants in Germany, this paper examines how differentiated bureaucratic and medico-legal regulations are navigated, negotiated, and reworked in everyday life. Many interlocutors, such as Sinan and Sergen, were affiliated with higher education and, therefore, accessed particular linguistic, educational, and transnational resources that helped their mobility and engagement with bureaucratic processes. Some others' experiences were based on more precarious conditions shaped by financial insecurity, unstable employment, and restricted institutional and socio-cultural access. This paper does not approach these narratives methodologically as fixed representations of trans migrations but rather as situated accounts emerging through unequal structures of gender, mobility, class, and education. At the same time,

3 The literal translation of *Türkiyeli* to English is *from Turkey/Türkiye*. This term is preferred because it is inclusive of the ethnic variety of peoples living in Turkey who may not identify as Türk or Turkish.
4 In this context, I use the terms *rupture* and *ruptured* as defined by Orkideh Behrouzan (2016) and further developed by Reza Bayat (2025). They conceptualise rupture as a processual and historically grounded condition in which everyday life is experienced as fragmented and narratives as fractured. Bayat (2025) highlights how Iranian refugees navigate their world through these ruptures, assembling fragmented lives from discontinuous experiences. I adopt this terminology in the same way as Bayat.

this study reveals how these regulatory distinctions create their own loopholes, which might be productive for trans ambivalence (Prosser 1998), resilience, and further fluidities. My broader study aims to contribute to the growing literature on queer and trans migrations by demonstrating how the state-governed medico-legal regulatory structures might fail in their very own standardisation project of trans subjectivities and bodies.

Institutional and Intimate Gaze on Migrant Bodies

States' involvement in the lives of their citizens and residents has long been at a sexual and intimate level, resettling the so-called »private sphere« in broader, core political contexts (Foucault 1978; Berlant 1997; Stoler 2002; Aretxaga 2003; Povinelli 2006). Socio-political and political-economic structures and regulations have been co-constituted along with and based on population management, which is closely related to intimacy. Bodies, as subjects of states, are claimed as the core/indispensable/irreplaceable entities of intimate knowledge. Thus, they are not simply static presences in the world, but *boundary projects* materialising themselves through social, cultural, and technological interactions (Haraway 1991). The exercise of (state) power within social structures and institutional frameworks has directed its focus closely to bodies and object-oriented information in the sense of material culture (Foucault 1973). However, these structures, simultaneously, have tendencies to produce spaces for negotiation and withdrawal through which subjects navigate, resist, or strategically disengage from the intimate interventions and demands of state regulations. This also reveals forms of agency that emerge within the constraints of state power, rather than outside of them.

Since the 18th century, when state power expanded biomedical knowledge as a useful tool to govern populations, the production of medical knowledge on bodies has become inseparable from what Michel Foucault calls the medical gaze, which enables medical practitioners to have the power of excluding individuals' *non-medical* experiences from their (health) stories (ibid.). This selective medical gaze can filter subject-related, complex realities as irrelevant material. Foucault's work has inspired a vast literature scrutinising the gaze as a political tool instrumentalised by state-governed institutions through the observation and supervision of citizens' – and non-citizens' – bodies. The observation of bodies and body-related medical documentations cannot be separated from this instrumental tool since the »bodies are maps of power and identity« (Haraway 1991, 180). From this perspective, the trans body, as a *medico-legal product*, provides both national and institutional gaze with an abundant map on which to work (Zengin 2024).

Medical examinations and practices, routinely administered by German medical commissions, constituted a central mechanism through which access to West Germany's labour market was regulated, especially in the 1960s, when Germany[5] began hosting large numbers of guest workers (Miller 2018). These assessments, often

5 Here, Germany refers specifically to the Federal Republic of *Germany* (FRG/West Germany) prior to reunification. The German Democratic Republic (GDR/East Germany) also received migrant workers during this period, although these migration regimes involved different countries of origin, legal frameworks, and forms of labour mobility.

perceived by applicants as invasive and humiliating, functioned as a form of biopolitical gatekeeping that disciplined and *anatomised* migrant bodies before entry to the country. The possession of ideal physical health conditions and provable fitness for labour, from facial features to intimate body parts that had previously undergone surgery, were constructed not merely as administrative requirements but as foundational criteria for the documentation of entry permits and the ratification of employment. Such criteria reflect a broader logic of operational selectivity, whereby the migrant body is produced as a legible entity only to the extent that it aligns with normative national ideals of productivity, health, and economic effectiveness. Institutional experiences of guest workers signify temporarily and contextually different dynamics from the recent migration waves to Germany, but this very institutional gaze motivated me to explore how trans migrant bodies are gazed at today through both documentational and physical materiality.

Considering that the ways of finding and sharing information on bodily and spatial transition processes require a particular proximity within institutional milieus in addition to trans migrants and communities, I employ the term intimacy in connection with the dynamic and dialectical relationship between body and space. Ken Plummer uses the term intimacy by referring »to an array of arenas in which we ›do‹ the personal life – doing body work, doing gender, doing relationships, doing eroticism, and doing identities« (2005, 77). Similar to the way Plummer (2003) defines it, I consider institutional practices within medicine and law as spaces of »the intimate«, due to their affective and material gaze on trans ways of being in the world. The state – and the institutions governed by the state – appear most intimate precisely where recognition is most fragmented. Nancy F. Cott states that, »no modern nation ignores the intimate domain, because the population is composed and reproduced there« (2006, 470). This intimate reach produces various forms of proximity for trans migrants, causing uneven and discontinuous connections and encounters in everyday life, which is constantly based on paperwork[6] – one of the central sources of migration fatigue.

Building on this institution-subject tension, I conceptualise *intimate bureaucracies* as paradoxical forms of closeness and relations created by state-governed medico-legal and migration regimes as the systems in which institutions require sustained access to the predominantly intimate dimensions of trans migrant lives: bodies, feelings, relationships, and biographical histories of trans. These forms of intimacy are not situated in reciprocality or decision-making. They are, instead, grounded in asymmetrical power relations, which reveal and impose themselves through systemic documentation practices, administrative surveillance, medical evaluations, and legal categorisations – also an attempt to make trans bodies manageable and controllable by state-governed institutions. At this point, intimacy becomes a technique of biopolitics and state governance – particularly governance through invasive proximity rather than at a distance by penetrating deeply into every moment of trans everyday life (Berlant 1998; Spade 2011; Snorton 2017; Zengin 2024). Aslı Zengin (2016) suggests that trans bodies are produced within national institutional frameworks as medico-legal objects. They are exercised through nuanced forms of regulation as

6 Literature on paper politics and the governing dimensions of administrative documents shows that documents are not merely records of bureaucratic trajectories but active and strategic tools that shape how people, legal rights, and social relations become legible to institutions. Paperwork, especially in the context of migration, might produce legal insecurity, differentiated forms of inclusion, and regulated everyday access to recognition, services, and rights. These administrative documentation processes, thus, contribute to the stabilisation of social orders by translating multilayered and complex lives into administratively recognisable categories. For extensive discussions on the politics of paper/paperwork and the governing dimensions of administrative documents, see Hull (2012); Horton/Heyman (2020); Nakueira (2024).

institutional products, shaping lived experiences in ways that are simultaneously personal and profoundly political. It emerges in my fieldwork that this production extends beyond the borders of a single nation-state, but is multiplicated across transnational regimes.

Navigating legal health insurance in Germany also prominently demonstrates this global dynamic. Sergen recounts that the health insurance provider refused to fund testosterone shots despite the fact that covering considerably more intrusive and costly surgical gender-affirming procedures is legally required. On the other hand, once he was identified as a cis(passing)-man, he was repeatedly asked to explain why his paperwork required him to be registered as female/*Frau* in Germany.

During our conversations, Sergen often shared his tiredness of feeling obliged to give never-ending explanations, because he has been hearing the same question since he started to live in Germany as a cis-passing person:

> »›Wait, you were a man and now you will be a woman?‹ And they needed to confirm this again and again. I mean, I would like to be registered as *Herr*, but all of your documents should correspond to your official identity, because you are not a citizen of this country, and when there is a mistake, it would easily haunt you rather than the insurance company or other official actors.« (Interview with Sergen on 31.1.2021)

Gender, here, does not navigate smoothly across institutional contexts: it requires perpetual re-articulation. I had known Sergen for three to four years from Turkey when I first began researching trans migrations in Germany. I had seen first hand how he dealt with bureaucratic challenges and the non-bureaucratic institutional structures that affected trans daily lives. These structures were unstable and constantly evolving in Turkey due to political uncertainty. Although there were many other reasons to have anxiety in Turkey as a trans person, the causes of worries were different for him due to the social and financial facets and layers of intimate interventions. Sergen's story highlights yet another way that bureaucratic procedures profoundly impact the lives of trans migrants in transnational frameworks. Despite obtaining deficit-oriented psychiatric and endocrinological evaluations through comprehensive documentation and state-approved procedures, he did not manage to fulfil the institutional prerequisites for official gender-affirming care – except for a report enabling him to access testosterone shots – in Turkey. His efforts in Turkey did not result in recognition in Germany either at first. However, the pressure of queer and trans activist efforts enabled him to retrieve his acquired rights.

Intimate Bureaucracies

This incompatibility entangles trans lives in multiple layers of legal, cultural, social, and institutional precarity. The regulatory architectures surrounding migration, gender recognition, and socio-cultural legibility require continuous negotiations. Trans migrants are compelled to manage fluid and multipositional identities across both institutional and public domains. In order to analyse this process, I borrow the concept of *bureaucratic intimacies* from Elif Babül (2017). She employs the term to

analyse the negotiations in Turkey on human rights training programmes, European integration processes, and, most importantly, human rights translations for government workers. Her study reveals the sensitivities, moralities, and rationalities that shape the governmental field in Turkey. I have also been inspired by Lauren Berlant's (1998) discussions on the institutions of intimacy. I use the term *intimate bureaucracies* in my analysis as it captures the paradoxical coexistence of affective proximity and structural alienation that emerges in everyday encounters with and within state institutions. These institutions exert intimate forms of regulation over trans lives, shaping the contours of lived experience in ways that are both personal and deeply political. Zengin (2016) also suggests that the trans body is approached and produced as a medico-legal product within national institutional frameworks. I am interested in how such intimate forms of regulations and institutional practices, and their (im)possibilities function within transnational contexts. I want to focus particularly on the question of how trans bodies and trans bodies' materiality are monitored by the institutional gaze and how this mostly medico-legal gaze collects and categorises intimate information on bodily materiality. Furthermore, I am interested in the possible overlap of this with migratory processes that are quite similar in terms of the categorisation – and colonisation – of identities and bodies. The question of who is and can be deemed ›trans enough‹, ›queer enough‹, or ›persecuted enough‹ leads to a surprising insight: the state appears most intimately when recognition is partial and fragmented.

These interactional experiences, characterised by ambiguity, confusion, repetition, and the demand for explanation regarding bodily materiality, cause incidents demonstrating how bureaucratic regimes come into friction and clash with trans lives. This friction[7] is not only an administrative disruption or technical inconvenience but also, or rather, a constituting feature of governance. Sergen is surveilled and gazed at in detail through his documentation medico-legally, but not recognised as a coherent subject by mismatching his recognition across institutions and documents. The requirement that all documents align with a singular and coherent *official identity*, particularly for non-citizens, exacerbates this vulnerability. Any inconsistency represents a potential risk, one that affects – or haunts – the individual rather than the institutions themselves. Consequently, bureaucratic intimacies become inherently linked to vulnerability, binding trans migrants to systems that simultaneously demand their compliance and expose them to harm. This mismatch is further exacerbated by the proliferation of transnational bureaucratic regimes. The regulatory substructures of Turkey and Germany dictate distinct – and frequently incompatible – normative yet ever-changing expectations regarding gender, embodiment, and juridical subjectivity. Medico-legal recognition achieved in one context or temporality may result in incoherence in another: a gender marker, medical classification, or legal status that is already recognised within one national framework may be rendered invalid or contradictory in another. And this does not simply cause a lack of recognition but the very production of mismatched realities.

The dialogue with Sergen that I shared above illuminates how these realities are perceived and – if possible – negotiated. He confronts his own experiences with trans folk who hold citizenship in Germany, underlining differences in temporal access to information, legal rights, and precarity. He acknowledges that discrimination and invisibility exist in Germany but also stresses that these experiences are not very

7 I employ the term friction within the same conceptual framework as Tsing's (2005). For a highly detailed and metaphorical exploration of the frictions that have inspired research across many disciplines, see Stoler (2002).

comparable to the state of affairs in Turkey, especially in terms of everyday security and employment. However, the presence of rights does not function ubiquitously for everyone and must be effectively claimed: »You have them if you know how to fight for them.« This sentence reminds us that availability and access to rights are mediated by the ability to navigate bureaucratic friction as a critical dimension of *intimate bureaucracies*. For this very reason, rights are not granted; they are achieved through tenacity, access to knowledge, and exhaustion by resonating with Babül's (2017) research on bureaucratic processes in Turkey, in which state practices take form through moral sensibilities and flexibility.

Mismatched Lives, Frictional Encounters

I would like to share insights from an interview with another research interlocutor, Sinan, a transmasculine person, doing a Ph.D. and working, like Sergen, at a German university. Unlike Sergen, he started his gender-affirming processes in Germany:

> »I am currently committed to German law, more precisely, let's say I have subjected myself to German law … In order for this marriage to be valid in Turkey, I still need to have my reproductive organs removed, but my own personal plan already includes this; this does not include the part that binds Turkey and most likely it will not, though.« (Interview with Sinan on 09.2.2021)

Sinan explained why he was making efforts to come to Germany in particular as follows:

> »It's very clear: I came here specifically because of the trans rights, the laws, and the healthcare options. I mean, the laws are brilliant, and the health-care system is great … No one asks you for anything here, and these health insurance organisations are actually obliged to cover all the costs.« (Interview with Sinan on 09.2.2021)

This explanation positions Germany as a site of prospective safety, institutional care, and recognition which is framed through a comparison embodied by the gender-affirming care system in Turkey. However, he first stressed the urgency of leaving Turkey, positioning migration not as mobility but as a compulsory response to uneven and precarious conditions in Turkey. On the other hand, his predicted and imagined realities in Germany – as a place where trans lives are anticipated to be less precarious and more liveable – are attached to certainty and clarity: »It's very clear.« For this very reason, he had planned to start his gender-affirming process in Germany when he was still in Turkey. He waited to have access to legal health insurance throughout his master's studies. In a similar way to Sinan, most of my interlocutors had waited and/or planned to start gender-affirming care in Germany for different reasons, such as self-preservation from everyday discrimination and violence, unemployment and unstable socio-economic conditions, and a lack of basic human rights' implementation. These imaginaries as a secure and rights-based location, however, were accompanied by an awareness of the ambivalences and exclusions

embedded within Germany. Some interlocutors also reflected on discriminatory experiences within medico-legal institutions, and housing and labour markets, as well as growing anxieties about the rise of right-wing and anti-gender politics in Europe. Even though Germany has continued to be perceived as offering comparatively broader access to gender-affirming care and (medico-)legal recognition than Turkey, this did not simply translate into a sense of long-term security. It is, therefore, crucial to mention that Germany has emerged simultaneously as a space of possibility and regulation, inclusion and exclusion, where trans migrants continuously negotiate precarious forms of liveability under changing and shifting sociopolitical conditions.

Following his gender-affirmation, Sinan subsequently got married to his partner in Germany, where same-sex marriage is legally recognised as distinct from Turkey. He interprets this process in connection with the occurrence of a double reality arising from both the legal recognition of gender identity and marriage:

> »I will go and receive consultancy (from German institutions): ›Tell me what documents are needed here (to apply for citizenship). One year is left, I can only collect the documents in one year, maybe even earlier because look, while I am a completely different person in my own country, I am a different person here: I'm married here, I'm a man; I'm a woman there, I'm single, so let's sort this out,‹ then maybe something extra can be done.« (Interview with Sinan on 9.2.2021)

Sinan's statement here captures the condition of a »double life« rebelliously and humorously by pragmatically repurposing it to shorten the waiting time for acquiring German citizenship (Koruyucu 2025, 185). The emphasis on a double life does not simply demonstrate differentiated social roles, but indicates the administrative production of multiplied selves across national frameworks. Being *a completely different person*, thus, does not express an internal perception of multiplicity but institutionally constituted ruptures, which compel the subject to adopt distinct and sometimes incompatible configurations of selfhood in response to various institutional gazes. This discrepancy constitutes not only the dichotomous review of instability-irregularity but also a possible evolvement in which bureaucratic inconsistency might be consolidated. At this point, cross-national inconsistencies might enable trans migrants, such as Sinan, to tactically – and productively – engage with intimate bureaucracies.

This disjuncture between two national bureaucratic systems intensified the affective burden of migration. In Sergen's case, the very same documents that had already cost years of mental, emotional, and social labour in Turkey were rendered insufficient or invalid. This mismatch led Sergen into even more intimate encounters within German institutions. In practice, this meant exposing immensely personal medical information – including details about his surgical history and hormone usage – not only to health insurance providers but also to non-governmental organisation workers and even human resources personnel at his workplace. On the other hand, Sinan started his gender-affirming processes in Germany as he planned prior to migration, but, again, this manoeuvre did not automatically mean that his experiences are free of negotiations. The production of double-life realities does not simply cause multiple ways of living in the world but, instead, it might function as a slippage which creates a potential for »getting lost« – a strategic use of *multiple selves* enabling trans migrants to find »off-track forms of resistance« (Koruyucu 2025, 188).

My fieldwork does not include people who have migrated to or sought asylum in Germany officially, or at least on paper, *solely* based on their gender identity or orientation. However, my interlocutors' experiences demonstrate that the post-migratory processes pose various institutional and medical challenges, especially for those who have undergone gender-affirming care. Health insurance companies play a critical role as implementing agencies. What trans migrants experience today within medico-legal structures is based on individualised responsibility of the healthcare perceivers/users. This stands contrary to the fact that gender-affirming care is officially covered by the statutory health insurance, regardless of the individual life/health situations of the residents. What is gazed at in trans migrant bodies – as well as documentation on bodies – has strong connections with the bio-medicalisation and psycho-pathologisation framework, which has increased the individual responsibility of healthcare recipients for their own health (Clarke et al. 2003). This stands in line with neoliberal discourses and subjectification processes approaching one's own health as a moral duty (ibid., 181).

Potentiality of (Forced) Deliberate Multiple Realities

Intimate bureaucracies apparently cannot fully discipline trans lives in transnational contexts. Loopholes, ambivalences, and ungovernability always remain. While I am – explicitly – aware of how exhausting, invasive, and challenging these institutional dynamics are for trans migrants, I also call upon engaging these processes through a more productive perspective. Experiences within these institutional milieus constitute sites enabling institutional rupture and dissonance in which the states' ideals on bureaucratic coherence and predictability reveal their own discrepancies. Regulating and governing projects of nation-states' administrative regimes towards populations through stabilised identities, predictable bodies, and rationalised subjectivities might result in generating the unpredictability and plurality they are committed to suppressing.[8] Requiring trans migrants to obtain and retain fixed identities, consistent narratives, and provable histories ends up being unreflective of the lived experiences which are reshaped through precarity, mobility, and shifting identity positions. Rather than perceiving these institutional interactions simply through the lens of marginalisation, I contend that the intimate bureaucratic structures also produce bureaucratic multiplicities themselves – contradictory, unpredictable, and asynchronous realities.

Intimate workings of state-governed institutions have tendencies of governing affective relationality of belonging and endurance. Jasbir Puar (2007) showed that institutional interventions on bodies fragment life by decelerating and subdividing them through structural and systemic expectations. While enduring the demanding institutional regulations, trans migrants resist and repurpose them by becoming trained navigators of incompatible regimes of legitimacy rather than simply victims

8 I was unable to discuss this in the present article due to its contextual limitations. However, the gaze on the streets and within social life is differentiated based on body features and expectations regarding passing – as cis/trans, PoC/white, gendered, and racialised bodily codes. Intimacy exists not only on the medico-legal plane but very much on the streets, involving experiences that significantly shape trans everyday life. Simultaneously, temporality also shifts according to these institutional contexts, in which everyday experiences vary considerably depending on the cultural codes of the space and location, as well as policing strategies. In Germany, these experiences take on new forms of intimacy in relation to the police and security institutions, the Criminal Report Check system, and systematic, structured, or socially internalised racism.

of the systemic intimate bureaucracies. It is crucial to mention here that I suggest that intimate bureaucratic structures open up spaces for multiple and unstable realities to emerge, while making insistent efforts to impose the opposite, rather than romanticising the exhaustion they create for trans migrants.

Tsing's (2005) conceptualisation of friction enables us to read bureaucracy not as a simple top-down instrument of administration and governance but as a site bearing potentials for resistance and creative interconnection across differences. Considered together with regulations and documentation on gendered bodies and trans subjectivities, intimacies occur through uneven frictional encounters by causing constitutive paradoxes. Tsing's conceptual vocabulary can be reoriented here through the notion of rupture, understood not as an exceptional break but as a processual condition through which uneven temporalities, affective residues, and institutional logics are carried continuously. Rupture refers here to the shared and intersubjective character of experience that unfolds over time, rather than isolated moments of crisis. This conceptualisation captures how overlapping regimes of governance remain transnationally entangled, and bureaucratic logics are carried across migration processes and inscribed into embodied practices of gender-affirmation, documentation, and survival. In the example of *Türkiyeli* trans migrants, Turkey and Germany do not simply present unconsolidated regimes, but rather their interconnectedness generates overlaps. Both Sergen's narration of his experience with the health insurance company and Sinan's articulation of a *double life*, thus, signify the institutional navigation and daily implication of persisting bureaucratically layered ruptures across multiplied political regimes. Ruptures that bring harm and exhaustion simultaneously unravel the limitations of bureaucratic projects of standardisation and inflexibility. Consequently, trans migrants' strategic navigation of these ruptures manifests the failure of intimate bureaucratic architectures to govern migration without leaving a remainder behind.

R. ASLI KORUYUCU is a Ph.D. candidate in Cultural Anthropology/European Ethnology at Georg-August University of Göttingen. Their doctoral research examines trans migrations, politics of location, and intimate bureaucracies through ethnographic research of *Türkiyeli* trans migrant communities in Germany. Their broader research interests include trans and queer migrations, intimacy, embodiment, and bureaucratic governance. They also hold an MA in Cultural Studies, for which they conducted ethnographic research to examine transmasculine solidarity practices and lobbying strategies in Turkey. Alongside their research, they teach on trans politics and queer migrations and engage in trans and queer activisms.

BIBLIOGRAPHY

Aretxaga, Begona (2003): Maddening States. In: Annual Review of Anthropology 32/ January 1, 393-410. DOI: https://doi.org/10.1146/annurev.anthro.32.061002.093341.

Babül, Elif M. (2017): Bureaucratic Intimacies. Translating Human Rights in Turkey. Stanford: Stanford University Press. DOI: https://doi.org/10.1515/9781503603394.

Bayat, Reza (2025): Akkumulierte Prekarität: Migration, Körper und Kämpfe ums Ankommen. Bielefeld: transcript. DOI: https://doi.org/10.1515/9783839474655.

Behrouzan, Orkideh (2016): Prozak Diaries. Psychiatry and Generational Memory in Iran. Stanford: Stanford University Press. DOI: https://doi.org//10.1515/9780804799591.

Berlant, Lauren (1997): The Queen of America Goes to Washington City. Essays on Sex and Citizenship. Durham: Duke University Press. DOI: https://doi.org/10.2307/j.ctv120qtf2.

Berlant, Lauren (1998): Intimacy: A Special Issue. In: Critical Inquiry, 24/2, 281-288. DOI: http://www.jstor.org/stable/1344169.

Clarke, Adele E., et al. (2003): Biomedicalization. Technoscientific Transformations of Health, Illness, and U.S. Biomedicine. In: American Sociological Review, 68/2, 161-194. DOI: https://doi.org/10.2307/1519765.

Cott, Nancy F. (2006): Afterword. In: Ann Laura Stoler (ed.): Haunted by Empire: Geographies of Intimacy in North American History. Durham: Duke University Press, 469-472. DOI: https://doi.org/10.1215/9780822387992-019.

Foucault, Michel (1973): The Birth of the Clinic: An Archaeology of Medical Perception. A. Sheridan, (trans.). London: Routledge. DOI: https://doi.org/10.4324/9780203715109.

Foucault, Michel (1978): The History of Sexuality, Volume 1: An Introduction. R. Hurley, (trans.). New York: Pantheon Books.

Haraway, Donna J. (1991): Simians, Cyborgs, and Women. The Reinvention of Nature. New York: Routledge. DOI: https://doi.org/10.4324/9780203873106.

Horton, Sarah B./Josiah Heyman (2020): Paper Trails: Migrants, Documents, and Legal Insecurity. Durham: Duke University Press. DOI: https://doi.org/10.1215/9781478012092.

Hull, Matthew S. (2012): Government of Paper: The Materiality of Bureaucracy in Urban Pakistan. 1st ed., Oakland: University of California Press. DOI: https://doi.org/10.1525/9780520951884.

Koruyucu, R. Aslı (2025): »Where Are You My Love?«. Trans Politics of Getting Lost and Non-arrival. In: Marek Sancho Höhne, et al. (eds.): Trans* und Inter* Studien - Machtkritische Perspektiven auf Repräsentation, Medizin und Wissen. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 178-189.

Miller, Jennifer A. (2018): Turkish Guest Workers in Germany: Hidden Lives and Contested Borders, 1960s to 1980s. Toronto: University of Toronto Press. DOI: https://doi.org/10.3138/9781487515096.

Nakueira, Sophie (2024): Governing through Paperwork: Examining the Regulatory Effects of Documentary Practices in a Refugee Settlement. In: Sophie Andreetta/Lisa M. Borrelli (eds.): Governing Migration through Paperwork: Legitimation Practices, Exclusive Inclusion and Differentiation. New York: Berghahn Books, 106-126. DOI: https://doi.org/10.1515/9781805396130-006.

Povinelli, Elizabeth (2006): The Empire of Love. Toward a Theory of Intimacy, Genealogy and Carnality. Durham/London: Duke University Press. DOI: https://doi.org/10.1215/9780822388487.

Plummer, Ken (2003): Intimate Citizenship: Private Decisions and Public Dialogues. Seattle: University of Washington Press. DOI: https://doi.org/10.1515/9780295802244.

Plummer, Ken (2005): Intimate Citizenship in an Unjust World. In: Mary Romero/Eric Margolis (eds.): The Blackwell Companion to Social Inequalities. Oxford: Wiley Blackwell, 75-99. DOI: https://doi.org/10.1002/9780470996973.ch5.

Prosser, Jay (1998): Second Skins. The Body Narratives of Transsexuality. New York: Columbia University Press. DOI: https://doi.org/10.7312/pros10934.

Puar, Jasbir (2007): Terrorist Assemblages. Homonationalism in Queer Times. Durham/London: Duke University Press. DOI: https://doi.org/10.1215/9780822390442.

Snorton, C. Riley, (2017): Black on Both Sides. A Racial History of Trans History. Minneapolis: University of Minnesota Press. DOI: https://doi.org/10.5749/minnesota/9781517901721.001.0001.

Spade, Dean (2011): Normal Life. Administrative Violence, Critical Trans Politics, and the Limits of Law. Brooklyn: South End Press. DOI: https://doi.org/10.1215/9780822374794.

Stoler, Ann Laura (2002): Carnal Knowledge and Imperial Power. Race and the Intimate in Colonial Rule. Berkeley/Los Angeles: University of California Press. DOI: https://doi.org/10.1525/9780520927742.

Tsing, Anna Lowenhaupt (2005): Friction: An Ethnography of Global Connection. Princeton: Princeton University Press. DOI: https://doi.org/10.2307/j.ctt7s1xk.

Zengin, Aslı (2016): Violent Intimacies. Tactile State Power, Sex/Gender Transgression, and the Politics of Touch in Contemporary Turkey. Journal of Middle East Women's Studies 12/2, 225-245. DOI: https://muse.jhu.edu/article/625055.

Zengin, Aslı (2024): Violent Intimacies. The Trans Everyday and the Making of an Urban World. Durham/London: Duke University Press. DOI: https://doi.org/10.1215/9781478027751.

Berlin Universities Publishing

Copyright © 2026 The Author(s)

Die Bandenkämpfe im Vergnügungsviertel Hamburg-St. Pauli als Friktion?

Urbane (Un-)Sicherheitskonflikte kulturanthropologisch betrachtet

MANUEL BOLZ

ABSTRACT

Ausgehend von einem Mord im Polizeipräsidium Hamburg Mitte der 1980er Jahre rekonstruiert der Beitrag das reibungsvolle, spannungsgeladene und konfliktreiche Verhältnis zwischen männlichen Zuhältergruppen und Polizei im St. Pauli der Nachkriegszeit. Basierend auf mehrjähriger Archiv- und Feldforschung, Medien- und Diskursanalyse und mit Rückgriff auf Perspektiven und Ansätze der Politikanthropologie werden die Bandenkämpfe als Friktion gedeutet. Nachgezeichnet werden die historisch-politischen Entstehungsbedingungen des Bandenwesens, die Milieulogiken sowie die Machtverhältnisse von Zuhälterbanden und Polizei. Der Beitrag macht nicht nur sichtbar, wie ein Krisenereignis sich in die Erinnerungskultur eines Vergnügungsviertels einschreibt, sondern auch, wie nach dem Zweiten Weltkrieg ein lokales Sicherheitsregime weiter ausgebaut wurde und wie dieses ethnografisch greifbar gemacht werden kann.

SCHLAGWORTE

Hamburg, St. Pauli, Friktion, Polizei, Ethnografie, (Un-)Sicherheit

ZITIERVORSCHLAG

Bolz, Manuel (2026): Bandenkämpfe als Friktion? Urbane (Un-)Sicherheitskonflikte in St. Pauli. In: Berliner Blätter 93, 50–68. DOI: 10.60789/931257.

ISSN (Online): 2702–2536 | Creative Commons CC BY 4.0

An einem Sommertag, dem 29. Juli 1986, erschoss der als »St. Pauli-Killer« bekannt gewordene Handwerker, Schlachter, Zuhälter, mehrfach verurteilte Straftäter und Auftragsmörder Werner ›Mucki‹ Pinzner (1947–1986) den gegen ihn ermittelnden Staatsanwalt Wolfgang Bistry, seine eigene Ehefrau Jutta Pinzner und anschließend sich selbst. Weitere Beamt:innen und die Protokollschreiber:innen mussten die Taten mit ansehen. Was war geschehen? Im April 1986 war Werner Pinzner wegen mehrfachen Mordes an Zuhältern in Untersuchungshaft genommen worden. Am 29. Juli 1986 sollte er in einer Vernehmung Milieu- und Netzwerkwissen über St. Paulis Rotlichtviertel offenlegen. Im Gegenzug war ihm ein strafmilderndes Urteil versprochen worden. Pinzner hatte der Polizei jedoch eine Falle gestellt. Während seiner Aussage zog er einen Revolver aus seiner Hosentasche und feuerte die Waffe gezielt ab. Seine Ehefrau und seine Verteidigerin hatten Pinzner unterstützt: Folgt man den historischen Erzählungen, dann hatte die Verteidigerin die Waffe besorgt und die Ehefrau diese in ihrer Unterhose versteckt ins Polizeipräsidium geschmuggelt. Die Verteidigerin wurde später selbst angeklagt, verurteilt und nach ihrer Haft in ein Zeug:innenschutzprogramm aufgenommen (Lambernd u. a. 2026).

Mit dem Mord im Polizeipräsidium kulminierten die gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen lokalen Zuhälterbanden und Polizei, die es in St. Pauli seit der Nachkriegszeit gab. Die kriminellen Banden stellten lange Zeit kein Sicherheitsproblem dar, da sie Konflikten mit Polizei und Justiz aus dem Weg gingen. Die Dynamiken veränderten sich Ende der 1970er Jahre und spitzten sich Mitte der 1980er Jahre zu. Der Fall Pinzner markiert zugleich den Höhepunkt als auch das Ende der sogenannten Luden-Kämpfe[1]. Er wurde zu einem regionalen wie nationalen Polizei-, Politik- und vor allem Sicherheitsskandal und gilt bis heute als einer der spektakulärsten Kriminalfälle der deutschen Nachkriegsgeschichte (Ginsburg 1986; Mittelachter 2023). In diesem Beitrag frage ich danach, wie sich der Konflikt zwischen Zuhältern und Polizei entfaltete und zu einer Transformation des lokalen Sicherheitsregimes führte. Im Folgenden skizziere ich meinen Zugang zu urbanen Versicherheitlichungsprozessen in St. Pauli nach dem Zweiten Weltkrieg. Anschließend stelle ich meine Perspektive auf Friktionen vor und blicke damit auf die Bandenkämpfe in St. Pauli.

Urbane (Un-)Sicherheitskonflikte und die Produktion eines Sicherheitsregimes nach dem Zweiten Weltkrieg ethnografieren

Ausgehend von dem Fall Pinzner und den Ludenkämpfen der 1960er, 1970er und 1980er Jahre untersuche ich im Folgenden unter Rückgriff auf Perspektiven und Ansätze der Politikanthropologie das sich verändernde Verhältnis zwischen Polizei und Bandenwesen sowie weiteren Akteur:innen im Milieu als reibungsvolles Gefüge. Ich greife dafür auch auf Anna L. Tsings Konzept und Metapher der *friction* zurück (2004), um zu verstehen, wie verschiedene, sich vormals in einem fragilen Gleichgewicht befindende Interessen, Praktiken und Akteur:innengruppen im Laufe der Zeit miteinander in Reibung gerieten, die Situation eskalierte und schließlich in

1 Der Begriff ›Lude‹ kommt aus der lokalen Ganovensprache, ist abgeleitet von dem Vorname Ludwig und bezeichnet umgangssprachlich einen männlichen Zuhälter. Andere Bezeichnungen sind ›Loddel‹ oder ›Strizzi‹. Die Journalistin Ariane Barth spricht vom »Kampf um Hamburgs sündigste Meile« (Barth 1999). In englischsprachigen Wissenschaftskontexten wird von »pimp wars« gesprochen (Lehner/Martin 2026).

einer (sicherheits-)politischen Neuordnung mündete. Diese neuen polizeilichen, verwaltungsprozeduralen, risikominimierenden, ordnungs- und kriminalpolitischen Strategien, so mein Argument, sind Produkt und zugleich Motor eines sich sukzessive nach dem zweiten Weltkrieg herausbildenden Sicherheitsregimes in St. Pauli. In diesem Sinne frage ich danach, wie und mit welchen Effekten urbane Konflikte ordnungs- und sicherheitspolitisch bearbeitet wurden und urbanes Vergnügen, für das St. Pauli steht, zunehmend versicherheitlicht wurde: Was und vor allem wer gilt wann, in welchen Kontexten und wie als (un-)sicher? Wie treten Vorstellungen und Praktiken von (Un-)Sicherheit in St. Pauli in Erscheinung? Welche politischen Implikationen sind mit der Zuschreibung, Einordnung und Bewertung als (un-)sicher verbunden? Und wie wird darauf von den Akteur:innen und Institutionen geantwortet? Ich nähere mich diesen Fragen auf zwei Ebenen: Zum einen zeichne ich das historisch gewachsene Bandenwesen nach und die damit verbundenen Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen Zuhältern, Polizei und Gewerbetreibenden. Zum anderen geht es mir um die ordnungs- und sicherheitspolitischen Bestrebungen der Polizei im Umgang mit dem Bandenwesen, dem Handeln der Banden und die daraus resultierenden Veränderungen in St. Pauli zwischen den 1960er und 1980er Jahren. Mein Beitrag plädiert dafür, die konflikthaften Beziehungen zwischen Menschen und Institutionen in ethnografischer Forschung analytisch ernst zu nehmen und sie für weitere Debatten in der Stadt- und Sicherheitsforschung anschlussfähig zu machen.

Mein Beitrag basiert auf mehrjähriger Archiv- und Feldforschung sowie Medien- und Diskursanalysen in St. Pauli. In meinem Forschungsprojekt zeichne ich ausgewählte Sicherheitspolitiken, -rationalitäten und -imaginationen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nach. Um die Wechselwirkungen von Akteur:innen, Netzwerken, Praktiken und Wissensformen, die den sozio-materiellen Raum von St. Pauli strukturierenden Elemente (Reckwitz 2016) herausarbeiten zu können, nutze ich Quellen aus dem St. Pauli-Archiv und dem Staatsarchiv Hamburg. Tagsüber und bei Nacht wendete ich teilnehmende Beobachtungen als Methode bei Stadtführungen, Runden Tischen und politischen Veranstaltungen sowie Wahrnehmungsspaziergängen und Kartierungen an. Außerdem führte ich über 30 Interviews mit Akteur:innen der Polizei sowie dem Quartiersmanagement, mit Sexarbeiter:innen, Anwohnenden, Tourist:innen und Gewerbetreibenden. Dem ethnografischen Forschungsansatz des »follow the conflict« (Marcus 1995) des US-amerikanischen Anthropologen George Marcus folgend, gehe ich in Geschichte und Gegenwart von St. Pauli auf ethnografische Spurensuche eines Sicherheitsregimes, das sich dort etablierte und transformierte.[2] Die sogenannten Ludenkämpfe und der sicherheits- und ordnungspolitische Umgang mit den kriminellen Banden konstituieren vor dem Hintergrund des größeren Projektkontextes zu urbanen (Un-)Sicherheitskonflikten ein Konfliktfeld, das ich im Folgenden näher beleuchten werde. Anknüpfend an die Argumentation der Kulturanthropologinnen Alexandra Schwell und Katharina Eisch-Angus (2018), dass Alltagsbereiche in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend versicherheitlicht werden, gehe ich davon aus, dass sich nach dem Zweiten Weltkrieg in urbanen Vergnügungskontexten in Europa im Allgemeinen und in Hamburg-St. Pauli im Spezifischen ein kontingentes, weit verzweigtes und filigranes Sicherheitsregime herausgebildet hat. Dieses folgt spezifischen Ordnungslogiken, begründet dabei urbane Politiken der Sauberkeit und

2 St. Pauli hat wie andere Stadträume neben der Vergnügungsgeschichte viele weitere Geschichten zu erzählen: Hafen-, Musik-, Theater-, Protest- oder Fußballgeschichte. Längst hat die stadtanthropologische Forschung herausgearbeitet, dass Städte und Stadtteile nicht in ihrer Gänze, sondern nur partikular erforscht werden können.

Sicherheit und formt Angst-Imaginationen. Den Anthropologen Stephen Collier und Andrew Lakoff (2007) folgend, verstehe ich Regime beziehungsweise das Sicherheitsregime als sozio-politische und ethische Ordnungsversuche. Regime sind Gefüge aus menschlichen und nicht-menschlichen Akteur:innen, staatlichen Institutionen, politischen Rationalitäten, sozialen Normen und technologischen Artefakten. In Gesellschaften organisieren Regime menschliche Lebensweisen und Vorstellungen eines ›guten Lebens‹.

Das Sicherheitsregime in St. Pauli nimmt – geprägt durch Gewalt- und Kriegserfahrungen – insbesondere im 20. Jahrhundert Gestalt an: Die Absicherung menschlicher Existenz und die aktive Bekämpfung und Auflösung von Unsicherheit spielen seither eine zentrale Rolle. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind in der Stadtplanung und Stadtpolitik Hamburgs, wie auch in anderen europäischen Großstädten, vor allem das Paradigma der ›sicheren Stadt‹ und das Leitideal Sauberkeit-Ordnung-Sicherheit, kurz SOS, wirkmächtig (Rolshoven 2010; Zurawski 2007; Low/Maguire 2019). In St. Pauli betreffen die entsprechenden, nicht selten medienwirksam implementierten Maßnahmen und Strategien der Versicherheitlichung primär die öffentlichen und urbanen Freizeit-, Konsum- und Vergnügungsangebote (Winlow/Hall 2006; van de Walle u. a. 2012). Sicherheit wird zu einer angestrebten städtischen Erfahrungs- und Aufenthaltsqualität, vorrangig an dem touristisch stark frequentierten, kommerzialisierten und für das Image von Hamburg bedeutsamen Ort St. Pauli. Die Etablierung, Ausweitung und kontinuierliche Neugestaltung des Sicherheitsregimes erfolgen in St. Pauli aber nicht nur durch staatliche Institutionen top-down; vielmehr formen Alltagsakteur:innen das Regime mit, platzieren ihre Interessen, Sorgen und Forderungen und handeln entsprechende Maßnahmen mit aus. Wie wirkmächtig und gewaltförmig dieses Sicherheitsregime sein kann, zeigt sich in seinen Effekten: Menschen, ihre Bewegungen, Räume und Praktiken werden normiert und kontrolliert, Angst-Bilder und -Erzählungen produziert (Krasmann/von der Burg 2024). Vor dem Hintergrund unterschiedlicher sicherheitspolitischer Positionierungen und ökonomischer Interessen verstehe ich den zu Beginn eingeführten Fall Pinzner als eine soziokulturelle und mediale Verdichtung urbaner (Un-)Sicherheitskonflikte (Wood 2009; O'Dowd 2015; Bescherer/Lukas 2017; Hahne u. a. 2020; Sullivan u. a. 2023; Jimale/Sipahi 2023; Lukas 2025). Der Mord im Polizeipräsidium stellt einen Kipppunkt dar, durch den sich lokale Machtverhältnisse verschoben und politische Ordnungen transformierten. Ausgehend von einem relationalen (Un-)Sicherheitsverständnis (Laufenberg/Thompson 2024), das Akteur:innen, Logiken, Praktiken und Imaginationen sowie ihre Rolle in der Stabilisierung und (Re-)Produktion politischer Ordnungen in den Blick nimmt, verknüpfe ich im Folgenden die Regime- mit der Friktionsperspektive. Ich deute die Bandenkämpfe der 1970er und 1980er Jahre als politisches Gefüge, in dem Reibungsmomente politische Ordnung konstituierten, irritierten, herausforderten und transformierten. Während die Regimeperspektive die strukturierenden und normierenden Kräfte politischer Ordnung in St. Pauli als größere Sicherheitsformation sichtbar machen kann, untersucht die Friktionsperspektive die Situationen und Momente, in denen diese politische Ordnung aufgrund unterschiedlicher Interessen instabil, umkämpft oder neu ausgehandelt wird. Ich frage also danach, wo und wie Spannungen zwischen divergierenden Ordnungsansprüchen und deren Umsetzung in St. Pauli entstehen und wie diese mit Institutionen und Machtbeziehungen im politischen Feld interagieren.

Die Bandenkämpfe in St. Pauli als Friktion. Analytische Perspektiven auf sicherheitspolitische Gefüge

Mein Vorschlag ist, die Bandenkämpfe zwischen Zuhältergruppen und stadt- beziehungsweise sicherheitspolitischen Akteur:innen in St. Pauli als Friktionen eines politischen Gefüges zu begreifen. Diese Perspektive schließt an kulturanalytische Überlegungen an, die Forschungsfelder als Kräfteverhältnisse und Koordinatensysteme sowie als Formation verstehen, in dem Akteur:innen und Institutionen auf grund ihrer Ressourcen, Netzwerke, Machtverhältnisse und Handlungsmöglichkeiten positioniert sind (Bourdieu/Wacquant 1996; Bourdieu 2001; Armbruster 2023). Die Aushandlungen in St. Pauli sind demnach durch das raum- und zeitspezifische Aufeinandertreffen von divergierenden, unterschiedlich angesiedelten Interessen gekennzeichnet (Ege 2019, 2021; Chakkalakal 2021). Für die Sicherheitspolitik sind nicht nur parteipolitische Interessen (im Fall von Hamburg der Nachkriegszeit geprägt vor allem durch SPD und CDU) oder Interessen von Quartiersmanagement und Gewerbetreibenden relevant, sondern alltägliche Praktiken, performative Strategien und soziale Kämpfe (Rolshoven 2018; siehe auch Buerger 2016; Schönberger 2018; Spitz 2026) wie die zwischen rivalisierenden Zuhälterbanden und Polizei, deren Zuspitzung politische Gefüge und institutionelle Arrangements des Sicherheitsregimes veränderte. Nach Adam und Vonderau (2014, 20) zeichnen sich Felder des Politischen durch die Relationalität ihrer Elemente aus. In den Fokus rücken materielle Spuren sowie die »schwer fassbaren politischen Rationalitäten, Regierungslogiken und Machtrelationen« und »lokalisierbare Interaktionsfelder unterschiedlicher Personengruppen« (ebd., 9). Das Sicherheitsregime in St. Pauli verstehe ich entsprechend als durch Reibungen, Brüche und Konflikte gekennzeichnetes politisches Gefüge. Friktionen sind demnach Störmomente innerhalb eines Regimes, in denen stabilisierende wie verändernde Kräfte freigesetzt werden. Friktionen innerhalb eines Regimes zu untersuchen, kann die Veränderungsprozesse nachzeichnen, durch die politische Ordnungen bearbeitet oder eben auch unterlaufen werden können. In meiner Lesart steht der zu Beginn skizzierte Fall Pinzner exemplarisch für die Auseinandersetzungen zwischen Zuhälterbanden und Polizei in St. Pauli. Die krisenhafte Zuspitzung und die Eskalation im Polizeipräsidium zeigen, wie sich die Machtverhältnisse zwischen Polizei und Zuhälterbanden in St. Pauli und politische Ordnungen in Hamburg veränderten. An der Stelle ist es hilfreich, auf Anna L. Tsings Konzept der Friktion (2004) zurückzugreifen. In Anlehnung an physikalische Reibungsprozesse nutzt die Anthropologin das Konzept der Reibung als Erkenntnismoment und Metapher, um die energie- und kräfteerzeugenden Dynamiken im Aufeinandertreffen unterschiedlicher sozialer Gruppen, Weltverständnisse, Wissensordnungen und Wirklichkeiten greifbar zu machen. Der Argumentation von Adam und Vonderau (2016, 22) folgend, die sich in ihrer Theoretisierung von politischen Formationen auf Tsing beziehen, können sich Reibungsmomente in Form von politischen Konflikten, Krisen oder Katastrophen aufstauen, zuspitzen und eskalativ entladen (ebd.). So interpretiere ich die Ereignisse im Sommer 1986 in Hamburg. Wie auch Tsing konstatiert, entstehen so überraschende Begegnungen, Allianzen und Abstoßungen. Adam und Vonderau führen aus:

> »Der Moment, in dem Akteure, institutionelle Strukturen, […] und Diskurse aufeinandertreffen [...], ist also kein eindeutiger, sondern ein ambivalenter und umkämpfter ›moment of friction‹ (Tsing 2005), in dem der

> normale Lauf der Dinge unterbrochen wird oder eine neue Richtung einschlägt. Anna Tsing hat [...] vorgeschlagen, solche Momente als widersprüchliche, situative Verdichtungen von Beziehungen zu begreifen, die Möglichkeiten und Potentiale für soziale Transformationen und Veränderungen des politischen Machtgefüges in sich bergen: als ›the akward, unequal, unstable and creative qualities of interconnection across differences‹ (Tsing 2005, 4).« (ebd.)

Der Mord im Polizeipräsidium 1986 stellt in diesem Sinne den überraschenden Reibungsmoment eines konflikthaften, sich ins Gewaltvolle und Destruktive zuspitzenden Gefüges in St. Pauli dar, in das Bandenwesen und Polizei involviert waren. Er transformierte das Sicherheitsregime in St. Pauli. Ausgehend davon nähere ich mich im Folgenden der Perspektive auf die Bandenkämpfe in St. Pauli als Friktion auf zwei Ebenen an: Zum einen skizziere ich die historischen politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen der Bandenkämpfe. Zum anderen fokussiere ich die (nicht intendierten) Effekte des Sicherheitsregimes in St. Pauli und die weiterentwickelten Sicherheitsmaßnahmen.

Vigilante Netzwerke, ökonomische Aufstiegsversprechen, räumliche Ordnungsansprüche. Historische Bedingungen des Bandenwesens im St. Pauli der Nachkriegszeit

Um die Bandenkämpfe – das heißt die konfliktreichen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Zuhälterbanden – als Friktionen verstehen zu können, ist ein Blick in die historischen Bedingungen und auf das Geworden-Sein des politischen Gefüges nötig: St. Pauli war in den 1950er und 1960er Jahren durch Abrisse und Neubau, Neuverteilungen von Grundstücken und Veränderungen der Eigentumsverhältnisse geprägt, in den 1970er und 1980er Jahren von transformierten Vergnügungs- und Freizeitbedürfnissen und einem veränderten Umgang mit Sexualität und Sexualmoral. Gleichzeitig etablierte sich ein internationaler Massentourismus, der Menschen, Waren, Geld und Wissen nach St. Pauli brachte und Strukturen etablierte, die mehrheitlich Profitlogiken folgten. Es entstanden Großbordelle, Casinos, Sportveranstaltungen, Sex-Kinos beziehungsweise -Theater und Striplokale. Mehrere hundert in Gruppen organisierte Zuhälter waren in den lokalen Milieustrukturen tätig und gelangten schnell zu Reichtum. Mehrere hundert Frauen waren für sie in Gewalt- und Ausbeutungsstrukturen tätig. So erwirtschafteten die Männer hunderttausende DM im Monat (Barth 1999). Ihre Tätigkeitsfelder umspannten Prostitution, Boxkämpfe, Glücksspiel, Waffen- und Menschenhandel, aber auch Drogenhandel, Diebstahl, Bedrohung, Betrug, Schutzgelderpressung sowie Steuerhinterziehung, wie die polizeilichen Ermittlungen offenbaren.

Die Gruppen lokaler männlicher Zuhälter waren in gewaltvolle Auseinandersetzungen involviert, die den Morden im Polizeipräsidium im Sommer 1986 und damit der Zuspitzung und Eskalation von Reibungen vorausgegangen waren (von der Decken 2022). Bis in die späten 1980er Jahre agierten sie in einer komplexen Netzwerkstruktur. Die Gruppen hatten gemeinsam, dass ihre Mitglieder in eher prekären und ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen waren. Die meisten waren relativ jung und gingen vor ihrer Tätigkeit im Rotlichtmilieu Berufen im Niedriglohnsektor nach.

Sie waren oftmals ungelernt und als Hafenarbeiter, Soldaten, Kellner, Küchenhilfen, Videothekare oder Schlachter tätig gewesen (Barth 1999; Grossmann 2025). Angetrieben waren die Männer von Aufstiegsversprechen, Luxus und dem ›schnellen Geld‹ (Hirschbiegel 2005). Sie bewegten sich in dem nach dem Zweiten Weltkrieg veränderten Rotlichtmilieu, das finanziellen Erfolg versprach. Die Männer besaßen nicht nur eine ähnliche soziale Herkunft aus der Arbeiter:innenklasse. Sie inszenierten auch ähnliche Männlichkeits- und Gemeinschaftsvorstellungen, um ihre Raum- und Machtansprüche zu sichern. Die performative Praxis der Banden zeigt sich beispielsweise in der Namensgebung: »GMBH« (ein Akronym der Mitglieder), »Nutella-Bande«, »Streetboys« und »Chikago-Bande« (Kult-Kieztouren 2026 b; 2026 c). Innerhalb der Banden gab es wechselnde Mitgliedschaften, Machtkämpfe und auch Verwerfungen (Grossmann 2026; Kult-Kieztouren 2026 d). Die Männer verkörperten einen luxuriösen Lebensstil und Geschmack. Sie trugen aufwendige Föhnfrisuren, Pelzmäntel und teuren Schmuck (Ringe, Uhren, Ketten, Sonnenbrillen). Mit Vorliebe fuhren sie importierte US-amerikanische Sportautos. Oftmals wohnten sie in bürgerlichen Vierteln wie Hamburg-Blankenese oder Reinbek und nutzten die Straßen St. Paulis als Bühne zur Inszenierung von Status, Luxus und Macht (Barth 1999). Die Zuhältergruppen agierten in Kneipen, Groß-Bordellen, Sportstätten und Eiscafés wie dem Silbersack, dem Eros-Center, dem Palais d‹Amour, dem Bel Ami, dem Chikago oder dem Zur Ritze. Die Zuhälterbanden orientierten die von ihnen aufgebauten hierarchischen Strukturen innerhalb des Rotlichtmilieus an betriebswirtschaftlichen Management-Logiken: Es gab ›Abteilungen‹ und Tätigkeitsbereiche für die Anwerbung von Frauen für Sexarbeit_Prostitution (Poussierer), sogenannte Prokuristen, Bordellbewirtschafter, Manager mit Stabsfunktion, Sachbearbeiter, die Abteilung ›Zucht und Ordnung‹ und die Abteilung ›Stress‹ (Barth 1999). Der Historiker Elmar Gracher (2022) spricht in diesem Zusammenhang von »pimp territories«, also Räumen, in denen sexuelle Ausbeutung, Gewaltstrukturen und wirtschaftliches Handeln zusammentrafen (siehe auch Martin 2022, 2023).

Mit Rückgriff auf geschlechtertheoretische Perspektiven und machtkritische Ansätze der Männlichkeitsforschung können die Zuhältergruppen in St. Pauli als Banden mit einem männerbündischen Charakter verstanden werden (Blazek 1999; Martschukat/Stieglitz 2018), die der oftmals männlichen Polizei gegenüberstanden. Die Banden zeichneten sich demnach durch geteilte Eigenschaften aus, die der wechselseitigen Orientierung, Bestätigung und Selbstvergewisserung dienten. Die Inszenierungs- und Interaktionsweisen der Männer lassen auf einen klassenspezifischen und vergeschlechtlichten Habitus schließen: Vorstellungen einer Hypermännlichkeit; Ideen von Gemeinschaft in Form von Freundschaft, Kameradschaft und Brüderlichkeit; Loyalität; Misogynie; Raumansprüche; deutliche Konsumorientierung beziehungsweise Inszenierung von Luxus; Konservatismus bei gleichzeitigem Kokettieren mit Ästhetiken von Bodybuildern und US-amerikanischen Pimp-Figuren. Hinzu kamen Aggressionsbereitschaft, die Dramatisierung der Männerrolle, hierarchische Strukturen und Initiationsriten innerhalb der Banden sowie eine Art von Geheimwissen (ebd.). Da die Männer aus dem Arbeiter:innenmilieu kamen, artikulierten die Banden weniger ein Verständnis als elitäre Zusammenschlüsse, sondern vielmehr als eine Art Underdogs, die klassenspezifische Aufstiegschancen nutzen wollten.[3] Die genannten sozialen, politischen und ökonomischen Strukturen des urbanen Vergnügungsviertels produzierten also in den 1960er,

3 Ihre Geschichten wurden zeitgenössisch zu Erfolgs- und Heldengeschichten stilisiert. Aufgrund von Prekarisierung, Sucht und Suizid werden die Biografien heutzutage als Abstiegs- und Verlustgeschichten erzählt.

70er und 80er Jahren spezifische Zuhälter-Figuren, die symptomatisch für die Entstehung und Effekte des politischen Gefüges in St. Pauli sind und vermehrt Fragen nach (Un-)Sicherheit und Ordnung aufwarfen. Der berühmt gewordene Pinzner stellt demnach einen spezifischen Typus von Zuhälterfigur und männlichem Habitus in der Nachkriegszeit dar, der Macht- und Raumansprüche verkörpert.

Ein einschlägiges Beispiel, das als eine Art Vorläufer von Pinzner gedeutet werden könnte, ist der Hafenarbeiter, Gastronom, Nachtclub-, Casino- beziehungsweise Sportstättenbesitzer und Zuhälter Wilfried ›Frida‹ Schulz (1928–1992), der sich als »Pate« von St. Pauli verstand (Grossmann 2023). Schulz stieg in den 1950er und 1960er Jahren in den lokalen Macht- und Milieuhierarchien auf. Er trug maßgeschneiderte Anzüge und Schuhe aus Krokodilleder, besiegelte Geschäfte per Handschlag und imitierte dadurch hamburgische Kaufmänner. Schulz versuchte erfolglos, Kontakte zur US-amerikanischen Mafia und dem dortigen Glücksspielmarkt zu knüpfen. Prägnant für meine analytische Friktionenperspektive ist, dass er bereits frühzeitig anti-staatliche, anti-polizeiliche und demnach eigensinnig-vigilante Strukturen, die in den 1970er Jahren weiter ausgebaut wurden, etablierte. Schulz ist damit ein prominenter Gegenspieler zur staatlichen Ordnungsmacht Polizei. Er ebnete den Weg für spätere Netzwerke und Organisationsformen der Zuhältergruppen. Er ging so weit, sich politische und rechtliche Strukturen anzueignen: So hielt er auf den Straßen St. Paulis regelrechte Schauprozesse ab. Er imitierte juristische Prozesse und Gerichtsverfahren mit ihren räumlichen Anordnungen und unterschiedlichen Rollen (unter anderem Angeklagte:r, Richter:in). Er wollte damit konkurrierende Zuhälter und Sexarbeitende_Prostituierte, die sein Vertrauen gebrochen hatten, bestrafen und aus St. Pauli verbannen (Grossmann 2023). Damit etablierte Schulz einen Ehrenkodex und ein spezifisches Regelsystem für das Milieu.

Seit den ausgehenden 1960er Jahren wurden ›Geschäfte‹ zwischen den Zuhältern mit ›der Faust‹ geregelt. Ab den 1970er Jahren kamen vermehrt Schusswaffen zum Einsatz. Das lenkte die stadtpolitische Aufmerksamkeit auf das Rotlichtmilieu in St. Pauli. Nach den ersten Toten versuchten Polizei und Staatsanwalt verstärkt, Zugang zum Milieu zu erhalten. Aufgrund erschwerter Bedingungen – Loyalitäten innerhalb des Milieus, einem Schweigekodex und undurchsichtiger Beziehungen zwischen Milieu, Wirtschaft, Stadtpolitik und Polizei – kam die polizeiliche Ermittlungsarbeit jedoch nur schleppend voran. So wurden Zeug:innen und Kläger:innen, insbesondere im Milieu tätige Prostituierte_Sexarbeitende, aber auch Polizist:innen erpresst und eingeschüchtert. Wie weitreichend die Machtbeziehungen und Bedrohungen waren, zeigt folgendes Beispiel: Ein von mir interviewter Polizist berichtete, dass die Davidwache in St. Pauli regelmäßig von blutig geschlagenen Prostituierten_Sexarbeitenden aufgesucht wurde. Sie wollten jedoch keine Anzeige erstatten (dies geschah vermehrt ab Mitte der 1980er Jahre), sondern baten um medizinische Hilfe. Der Polizist betonte, dass die Spuren physischer Gewalt in ihren Gesichtern, an ihren Hälsen und auf ihren Körpern sichtbar waren. Auch habe er von Einzel- und Gruppenvergewaltigungen und Quälereien erfahren. Einmal hätte eine Frau, die ein Messer im Bein stecken hatte, die Davidwache betreten, um vor ihrem Zuhälter zu fliehen. Die Polizist:innen seien teilweise frustriert gewesen, die Gewalt der Zuhälter nicht beweisen zu können.[4] Um Ordnung und Sicherheit zu

4 Mein Versuch, Prostituierte_Sexarbeitende aus den 1950er, 60er, 70er und 80er Jahren für ein Interview zu gewinnen, verlief erfolglos. Zwar konnte ich über Forschungspartner:innen Kontakt zu den nun älteren Frauen herstellen. Sie lehnten ein Gespräch mit einem kurzen Hinweis auf die historischen Gewaltstrukturen ab.

etablieren, suchte die Polizei nach juristischen ›Schlupflöchern‹.[5] Beispielsweise wurden zum Abhören von Zuhältern anfangs nicht genehmigte Wanzen genutzt.[6] Schulz, der aufgrund seiner weitreichenden Netzwerke, seiner Ressourcen (er konnte problemlos eine Million DM Kaution bezahlen), seines Einflusses und trotz bestehender Vorstrafen sowie mehrerer Anklagepunkte (etwa: Bildung einer kriminellen Vereinigung, Förderung von Prostitution, Geldwäsche, Menschenhandel, Körperverletzung, Bedrohung, Erpressung, Meineid und Drogenhandel) nicht belangt werden konnte, wurde erst Jahrzehnte später wegen Steuerhinterziehung und Urkundenfälschung beziehungsweise der Fälschung einer eidesstattlichen Versicherung (unter anderem für eine nicht korrekt angemeldete Sportyacht) rechtskräftig verurteilt. Schulz' Netzwerke waren auch nach seiner Festnahme und Verurteilung aktiv. Er schuf die Grundlage für den Erfolg der aufstrebenden Zuhälterbanden.

Das Verhältnis zwischen Polizei und Zuhältern veränderte sich seit den 1960er Jahren demnach sukzessiv. Die Polizei war damals ähnlich wie Akteur:innen aus der Stadtpolitik und Gewerbetreibende von Kneipen, Clubs, Spielhallen, Nachtclubs und Bars strategisch in die Netzwerke integriert.[7] Einige der Abhängigkeitsverhältnisse und Bestechungsmöglichkeiten wurden nach dem Fall Pinzner öffentlich. Es folgten Entlassungen von Polizisten; Ermittlungen einer polizeilichen Einheit gegen Korruption offenbarten Verstrickungen zwischen der lokalen Polizei Davidwache und dem lokalen Milieu bezüglich Glücksspiel, Sexarbeit_Prostitution, Kampfsportwesen und Drogenhandel (Die Zeit 1986, Der Spiegel 1986 b). Die nachträgliche biografische Deutung ist jedoch teils nostalgisch ausgestaltet. So sprach ein von mir interviewter Polizist der Davidwache St. Pauli über beinah freundschaftliche Umgangsweisen mit Zuhältern bei öffentlichen Festnahmen, gemeinsamen Trinkgelagen, dem gemeinsamen Zigaretten- und Jointrauchen (weshalb er sanktioniert und später versetzt wurde) oder nächtlichen Bordell-, Boxkampf- und Casinobesuchen. Die Beziehungen waren daher nicht ausschließlich antagonistisch oder konfliktreich, sondern durchaus harmonisch. Öffentliche Gewalt gegen Mitglieder der Polizei wurde bis zu dem eingangs geschilderten Sommertag im Polizeipräsidium eher vermieden. In den Erzählungen und Erinnerungen wird das Verhältnis von Polizei und Zuhältergruppen als humorvoll beschrieben. So berichteten ein sich im Ruhestand befindender Polizist und ein Stadtteilfotograf davon, dass das damalige Verhältnis von Lokalpolizei und Banden trotz aller Gewalt als eine Art ›Spiel‹ verstanden wurde. Während die Archivquellen von »Kämpfen« und »Kriegen« sprechen, wurde die Beziehung im persönlichen Gespräch als »Räuber

5 Polizisten grenzten sich von den in der Prostitution_Sexarbeit tätigen Frauen moralisch ab und bezeichneten sie in unseren Gesprächen vermehrt als ›gefallene Engel‹ (siehe auch Freund-Widder 2003). Demgegenüber inszenierten sie sich als männliche und staatlich-legitimierte Helden, die Recht und Ordnung vertreten würden.
6 Das illegale Abhören wurde ebenfalls zu einem Polizei-Skandal. 1980 wurde die heimliche, jahrelange Überwachung von zehn schwulen Cruising-Orten unter anderem in St. Pauli aufgedeckt (Der Spiegel 1980).
7 Mir wurde von Zukunftsängsten und Sorgen, Schutzgeldern, informellen Arrangements und wechselseitigen Gefallen im Alltag berichtet. Die Zuhälter schreckten nicht zurück, die Existenzgrundlagen der Gewerbetreibenden zu zerstören, diese zu bedrohen, zur Aufgabe und zum Verkauf ihrer Gewerbe zu zwingen und sie aus St. Pauli zu vertreiben. Ein prominentes Beispiel für die lokale Verstrickung von Bandenwesen und Gewerbe sind nicht nur Bordellwirtschaften, sondern auch sogenannte Nepp-Lokale, vor denen in Tourismusbroschüren der 1970er und 80er Jahre gewarnt wird. Striplokale und Bars warben Touristen mit ›gefälschten‹ Getränkekarten an. Nachdem diese konsumiert hatten, kam das böse Erwachen mit der Abrechnung: Champagnerflaschen, Cocktails und Schnäpse kosteten plötzlich mehrere hundert bis tausend Euro pro Stück. Widerworte oder eine Zahlungsverweigerung waren wenig erfolgreich, da Zuhälter und Security-Personal präsent waren, nicht selten mit Gewalt drohten und diese auch ausübten. Auch Angestellte waren involviert. Von mir interviewte Polizist:innen sprachen davon, dass Männer, die diese Erfahrung gemacht haben, oftmals die Polizeiwache aufsuchten und Anzeige erstatteten. Bei polizeilichen Durchsuchungen zeigten die Lokalbesitzer präparierte Getränkekarten vor oder verwiesen auf schwammige Hausordnungen. Ende der 1980er Jahre wurden die Lokal-Besitzer überführt und rechtliche Erneuerungen angestoßen.

und Gendarm«, also als spielerische Antagonisten, betitelt. Damit ist ein kindliches Spiel mit klaren sozialen Rollenzuweisungen (Goffman 1963) im öffentlichen Raum gemeint, in der sich die Räuber zunächst dem Zugriff entziehen, sich verstecken und von den Gendarmen gesucht, gefangen genommen und im Gefängnis festgesetzt werden, im Spiel mit dem Ziel, alle Mitglieder der Räuberbande gefangen zu nehmen, in der Wirklichkeit mit offenem Ausgang.

Pinzner hatte den in den 1960er und 1970er Jahren auf den Straßen St. Paulis inszenierten Luxus und das Agieren der Zuhälterbanden, die von den lokalen Netzwerken mit Gewerbetreibenden und Polizei profitierten, wahrgenommen. Er hatte während einer früheren Gefängnisstrafe in Hamburg Kenntnis von den Aufstiegschancen im lokalen Milieu gewonnen. Pinzner knüpfte Kontakte in das Rotlichtmilieu von St. Pauli und stieß dort, so die historische Erzählung, auf Ablehnung und Zurückweisung. Ihm wurde also die Mitgliedschaft in dem ›Spiel‹ aktiv verweigert. In Österreich, insbesondere in Wien, konnte er Kontakte zum dortigen Rotlichtmilieu knüpfen und teilweise in die lokalen Geschäfte einsteigen. Zwischen 1984 und 1986 erschoss Pinzner mehrere Zuhälter in St. Pauli (Der Spiegel 1987). Er wurde wenig später verhaftet. Ihm werden mindestens vier Morde an Zuhältern zugerechnet.[8] Laut Erzählungen sei er von dem Wiener Zuhälter Josef Peter Nusser angestiftet und mit mehreren zehntausend DM pro Mord bezahlt worden. Die Vorfälle transformierten die Beziehungen innerhalb des Milieus, aber auch die Beziehungen zwischen Banden und Zuhältern. Das Ereignis im Polizeipräsidium veränderte also das politische Gefüge, verschob die Interessen von Banden und Polizei und machte die Konflikte öffentlich sichtbar. Der interviewte Stadtteilfotograf sprach davon, dass sich die »Idioten selbst umlegten«, nun aber die Polizei aktiv angegriffen wurde und sich deshalb die Dynamiken veränderten.

Die Morde an den Zuhältern brachen mit dem lokalen Ehrenkodex innerhalb des Milieus und lenkten die stadtpolitische und polizeiliche Aufmerksamkeit auf das Rotlichtmilieu. Den Höhepunkt von Pinzners Gewaltausübung – sozusagen der friktive Moment – stellten aber die Ermordung des ermittelnden Staatsanwaltes, seiner Ehefrau und sein Selbstmord während der Anhörung auf der Polizeiwache dar. Pinzner wollte Wissen über das Milieu preisgeben, stellte der Polizei aber eine Falle. Das bislang etablierte Spiel von Zuhälterbanden und Polizei kam mit jenem Sommertag im Polizeipräsidium zum Erliegen. Der gewaltsame Tod des verheirateten Vaters und leitenden Staatsanwalts im Polizeipräsidium verschob also selbstverständlich gewordene Grenzen von Handlungsspielräumen, ›Spielregeln‹ und Rollen. Zwar war die Beziehung zwischen Polizei und Bandenwesen bereits vor den Morden im Polizeipräsidium angespannt, doch mit diesem Ereignis wurde die Fragilität und Verletzlichkeit der staatlichen Institution ›Polizei‹ sichtbar (Bahnsen 2011). Damit einher ging eine Neubewertung: Die Auseinandersetzungen wurden nicht länger als Konflikt innerhalb des Milieus in St. Pauli wahrgenommen, sondern als gesellschaftlicher Angriff auf die Hamburger Stadtöffentlichkeit und, wie die Debatten zeigen, auch als Angriff auf Recht und Ordnung auf nationaler Ebene.

8 Die Inszenierungen auf den Straßen, aber auch die Beerdigungen der getöteten Zuhälter und Bandenmitglieder wurden journalistisch begleitet.

Nach dem Mord im Polizeipräsidium: Transformationen des sicherheitspolitischen Gefüges und die Ausweitung des Sicherheitsregimes

Das Ereignis im Polizeipräsidium kann als einer dieser sichtbar gewordenen friktiven Momente und demnach als Konflikt zwischen Bandenwesen und der staatlichen Ordnungsmacht Polizei gedeutet werden. Die Morde entwickelten transformative Effekte, sowohl destruktive als auch produktive. Der Fall Pinzner veränderte lokale Machtdynamiken und institutionelle Organisationsweisen. So wirkten sich die Morde nachhaltig auf das Sicherheitsregime aus: Die Polizei veränderte ihre Arbeits- und Organisationsformen (Kröger 2022; Grossmann/Lambernd 2026). Das Sicherheitsregime wurde durch das Ereignis im Polizeipräsidium aktiv umgestaltet und Sicherheitsmaßnahmen ausgebaut: Das Polizeipräsidium sowie andere Gerichts- und Polizeigebäude wurden architektonisch gesichert, die Polizeipräsenz verstärkt, neue technologiebegleitete Kontrollpraktiken wie zum Beispiel ein Abhörprogramm installiert und polizeiliche sowie juristische Befugnisse ausgeweitet. Auch polizeiliche Kontrollmaßnahmen wurden verschärft. Im Effekt führte der Fall dazu, dass in Hamburg die deutschlandweit erste polizeiliche Spezialeinheit gegen Organisierte Kriminalität (FD 65) gegründet wurde (Roggenkamp 1988; Schmeis 2022). Veränderungen waren auch auf parteipolitischer Ebene und auf der Ebene der Senatspolitik erkennbar: Im Hamburger Senat wurden diverse Untersuchungsausschüsse für die Aufarbeitung des Falls implementiert. Das kooperative Verhältnis zwischen der Hamburger SPD und der CDU, die seit der Nachkriegszeit konfliktfrei regiert hatten, wurde zerrüttet. Hamburg galt nach dem Ereignis als unregierbar. Der damalige CDU-Oppositionsführer sprach davon, dass der Fall Pinzner einem »Stück aus dem Tollhaus«[9] ähnele und dass in Hamburg die »innere Sicherheit [...] wie ein Schweizer Käse«, das heißt löchrig sei (Die Welt 1986). Die SPD-Senator:innen für Justiz und Inneres traten zurück (Der Spiegel 1986 c, 2001). Schließlich kam es 1987 zu Neuwahlen des Hamburger Senats. Die regierende SPD verlor die Wahl. Dem Ereignis im Polizeipräsidium folgte eine öffentlich ausgetragene, nationale Debatte über organisierte Kriminalität im Rotlichtmilieu, den Umgang mit Kronzeugen sowie die Verschärfung von Anwaltsprivilegien (ebd.; Die Tageszeitung 1991; Friedrichsen 1991).

Die Gegenseite von staatlichen Institutionen und Polizei, die Zuhälterbanden und das Milieu, reagierten prompt: Um sich dem Zugriff der Polizei und den erweiterten Sicherheitsinfrastrukturen zu entziehen, veränderten die Banden ihre Netzwerke und die Milieustrukturen (Der Spiegel 1986 d) und erschlossen sich neue Märkte (etwa Drogen wie Kokain). Auch agierten die Banden nun eher im Hintergrund und zugleich vorsichtiger als zuvor (Brinkama 2009; Bittner/Knoop 2015; Levy 2016; Gaertner/Gözübüyük 2024). Zugleich schränkten die Mitglieder des Milieus die öffentliche Inszenierung von Luxus, Status und Macht ein. Die gewaltvolle Begegnung zwischen dem Zuhälter und der Polizei hatte nicht vorhersehbare Effekte für das politische Gefüge in St. Pauli, insbesondere auf die Milieustrukturen. So hatte das Ereignis im Polizeipräsidium auch emanzipatorische Konsequenzen für im Milieu tätige Frauen. Sie schlossen sich zusammen und organisierten ihre Geschäfte zunehmend selbst. Auch machten sie auf die Gewaltförmigkeit von Arbeits- und Entlohnungsstrukturen aufmerksam. Die Frauen hatten aus verschiedenen Gründen – Gewaltandrohung, Einschüchterung oder Loyalität – lange geschwiegen, nun nutzten sie vermehrt ordnungspolitische und rechtliche Mittel wie etwa Anzeigen, um

9 Ein Tollhaus ist eine Art Zuchthaus beziehungsweise der historische Vorläufer einer psychiatrischen Anstalt.

ihre Situation zu verbessern. Die Ausweitung des Sicherheitsregimes führte also zu einem gewissen Grad an Vertrauen in die Wirkmacht von Polizeiarbeit. Gleichzeitig veränderte sich in Hamburg die öffentliche Wahrnehmung von Prostitution_Sexarbeit unter anderem durch Aktivist:innen wie Domenica Niehoff. Vor allem die (sichtbaren) Maßnahmen führten nicht nur zu einer architektonischen und sozialpolitischen Aufwertung und damit zu einer ökonomisch-touristischen und kulturellen Inwertsetzung St. Paulis, sondern auch dazu, dass sich Bilder und Vorstellungen eines ›gefährlichen‹ und ›unsicheren‹ St. Pauli festigten. In St. Pauli institutionalisierten sich neben Sicherheitsmaßnahmen zunehmend Förderprogramme, die dabei helfen sollten, das urbane Vergnügungsviertel verwaltbarer und kontrollierbarer zu machen. Es sollte so auch gegenüber anderen großstädtischen Vergnügungsvierteln in Europa, wie in Amsterdam, London oder Wien, konkurrenzfähig werden.

Sowohl die öffentlichkeitswirksame Festnahme von Pinzner als auch der Mordfall im Polizeipräsidium erhielten mediale Aufmerksamkeit (Der Spiegel 1986 a, b; Johrde 2006; Bahnsen 2016; Cassier 2024). Die Ereignisse begründeten ein Bildrepertoire, das in der lokalen Erinnerungskultur und im Stadtteilgedächtnis archiviert ist. Bis heute wird der Fall Pinzner populärkulturell verarbeitet, emotionalisiert und skandalisiert, beispielsweise wenn Dokumentationen auf Tatort-Bilder zurückgreifen. Zum einen prägt der Fall Pinzner Krisendiagnosen und Schreckenserzählungen und legitimiert bis heute sicherheitspolitische Interventionen in St. Pauli. Zum anderen ist das Ereignis Teil nostalgischer Erzählungen über eine ›goldene Zeit‹ und von Spekulationen über das geheimnisvolle Rotlichtmilieu, die Gewaltfacetten verschleiern. Zum Beispiel werden Sex-&-Crime-Stadtrundgänge angeboten, die den Fall Pinzner in ein größeres Narrativ über den Ort einbetten. Zudem erschien 2023 eine Amazon Prime-Serie zu den Ludenkämpfen. Auch wird Pinzner als »Kiez-Legende« (Kult-Kieztouren 2026 a) stilisiert.

Schluss

Anhand des Fall Pinzners habe ich in meinen Ausführungen zu zeigen versucht, wie der Mord im Polizeipräsidium im Sommer 1986 als Krisen- und Kippmoment gedeutet werden kann, durch den sich das seit dem Zweiten Weltkrieg sukzessiv in St. Pauli herausbildende Sicherheitsregime ausweitete und veränderte. Mit Rückgriff auf Perspektiven der Politischen Anthropologie und das Friktionskonzept interpretiere ich die Bandenkämpfe zwischen Zuhältern und Polizei in den 1960er, 70er und 80er Jahren, die dem Mord vorausgegangen waren, als destruktive und produktive Reibung. Die Banden galten schon länger als gefährlich und schwierig zu kontrollieren. Doch das Kräfteverhältnis in St. Pauli ordnete sich erst nach dem Mordfall neu. Das Ereignis hatte also weitreichende Folgen für die Bandenstrukturen und das polizeiliche Agieren in St. Pauli. Polizei und Justiz veränderten Sicherheitsmaßnahmen und Kontrolltechniken, und es wurde eine Sondereinheit gegen organisierte Kriminalität gegründet. Der Fall avancierte zu einem politischen Polizei- und Sicherheitsskandal. Senator:innen aus dem Hamburger Senat mussten zurücktreten. Außerdem führte der Mord im Polizeipräsidium zu nationalen Debatten über Organisierte Kriminalität im Rotlichtmilieu. Der Fall Pinzner macht sichtbar, dass die männlichen Zuhälter spezifische politische Haltungen und Rechtsauffassungen vertraten, diese inszenierten und auch gegenüber der Polizei artikulierten

beziehungsweise die Polizei strategisch integrierten. Die Zuhälterbanden standen staatlichen Institutionen, allen voran der Polizei, skeptisch bis ablehnend gegenüber. Das Agieren der Banden folgte also vigilanten Logiken. Ihr Handeln trat aus Sicht der Polizei als abweichendes, illegitimes und grenzüberschreitendes Verhalten und damit als zu sanktionierendes Problem in Erscheinung. Die Reibungen, Spannungen und Konflikte innerhalb des politischen Gefüges erweisen sich als analytisch aufschlussreich: Sie offenbaren aufeinandertreffende Vorstellungen von sozialen und politischen Ordnungen, Geschlechtervorstellungen, Raum- und Machtansprüche. Der Beitrag versteht das Ereignis um Pinzner vor diesem Hintergrund nicht als beliebig oder gar zufällig, sondern als einen friktiven Kumulationspunkt. Durch die in den 1980er Jahren ausgebauten polizeilichen Strukturen wurde das urbane Vergnügungsviertel ordnungs- und kriminalpolitisch regierbar. Gleichzeitig veränderte sich aber auch das Milieu. Wie umkämpft und gleichzeitig persistent die Bandenstrukturen sind, zeigen die ›neuen‹ Banden, die seit den 1990er Jahren in St. Pauli agieren und die die Polizei seither zu disziplinieren versucht.

MANUEL BOLZ, M. A. ist Kulturanthropologe. Er ist in Hamburg und Göttingen in Forschung und Lehre tätig. Nach einem Studium der Volkskunde/Kulturanthropologie bzw. Empirischen Kulturwissenschaft in Hamburg ist er seit 2023 am Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie der Georg-August-Universität Göttingen tätig. Er interessiert sich für Historische Anthropologie & Ethnografie, Stadtraum & Emotionen, Recht & Politik, intersektionale Geschlechterforschung, STS/Public Anthropology.

DANKSAGUNG

Ich bedanke mich ganz herzlich bei Friederike Faust, Corinna Schmechel, Beate Binder und Alik Mazukatow für das Feedback und die hilfreichen Anmerkungen im Redaktionsprozess, Laura Völz für die Korrekturunterstützung sowie der Lektorin Barbara Driesen für die sprachliche Glättung und die Feinkorrekturen.

QUELLENVERZEICHNIS

Adam, Jens/Asta Vonderau (2014): Formationen des Politischen. Überlegungen zu einer Anthropologie politischer Felder. In: dies. (Hg.): Formation des Politischen. Anthropologie politischer Felder. Bielefeld: transcript, 7-35. DOI: https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422632.7.

Armbruster, André (2023): Gesellschaft als Kraft, Spiel und Kampf. In: Heike Delitz u. a. (Hg.): Handbuch Theorien der Soziologie. Wiesbaden: Springer, 1-23. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-31744-7_19-1.

Bahnsen, Uwe: Das Ende des St. Pauli-Killers. In: welt.de (17.07.2011). URL: https://www.welt.de/print/wams/vermischtes/article13491240/Das-Ende-des-St-Pauli-Killers.html, aufgerufen am 22.09.2026.

Bahnsen, Uwe: Pinzner-Morde. »So, meine Herren, das ist eine Geiselnahme«. In: welt.de (28.07.2016). URL: https://www.welt.de/regionales/hamburg/article157334050/Hamburg-St-Pauli-Die-Morde-des-Auftragskillers-Werner-Pinzner.html, aufgerufen am 22.09.2026.

Barth, Ariane (1999): Die Reeperbahn. Der Kampf um Hamburgs sündige Meile. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Bescherer, Peter/Tim Lukas (2017): Konflikte um urbane (Un-)Sicherheit – Einführung in das Schwerpunktheft. In: Soziale Probleme 28/2, 149-155. DOI: https://doi.org/10.1007/s41059-017-0039-2.

Bittner, Mark/Thomas Knoop: Blutiger Machtkampf auf dem Kiez. Ist die Eros-Center-Gang noch zu stoppen? In: bild.de (02.02.2015). URL: https://www.bild.de/regional/hamburg/polizei/ist-die-eros-gang-noch-zu-stoppen-39592716.bild.html, aufgerufen am 22.09.2026.

Blazek, Helmut (1999): Männerbünde: Eine Geschichte von Faszination und Macht. Berlin: Ch. Links.

Bourdieu, Pierre/Loïc Wacquant (1996): Die Logik der Felder. In: dies.: Reflexive Anthropologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 124-147.

Bourdieu, Pierre (2001): Über einige Eigenschaften von Feldern. In: ders. u. a. (Hg.): Soziologische Fragen. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 107-114.

Brinkama, Leweke: Wer hat die Macht auf dem Kiez? In: bild.de (23.06.2009). URL: https://www.bild.de/regional/hamburg/auf-dem-kiez-8774088.bild.html, aufgerufen am 22.09.2026.

Buerger, Christian (2016): Security as Practice. In: Thierry Balzacq u. a. (Hg.): Handbook of Security Studies. New York/London: Routledge, 126-235.

Cassier, Philip: »Ich bringe jetzt meine Frau um. Du wirst dabei zusehen«. In: welt.de (26.07.2024). URL: https://www.welt.de/geschichte/article240167465/Werner-Pinzner-Wie-ein-Seemann-aus-Hamburg-zum-St-Pauli-Killer-wurde.html, aufgerufen am 22.09.2026.

Chakkalakal, Silvy (2021): Figuration als Poiesis. Macht, Differenz und Ungleichheit in der figurationalen Kulturanalyse. In: Peter Hinrichs u. a. (Hg.): Theoretische Reflexionen. Perspektiven der Europäischen Ethnologie. Berlin: Reimer, 135-152. DOI: https://doi.org/10.5771/9783496030560-135.

Collier, Stephen J./Andrew Lakoff (2007): On Regimes of Living. In: Aihwa Ong u. a. (Hg.): Globale Assemblages. Technology, Politics, and Ethics as Anthropological Problems. London: Blackwell Publishing, 22-39. DOI: https://doi.org/10.1002/9780470696569.

Der Spiegel: Dicker Hammer. In: spiegel.de (13.07.1980). URL: https://www.spiegel.de/politik/dicker-hammer-a-c486aefb-0002-0001-0000-000014331869, aufgerufen am 22.09.2026.

Der Spiegel: Kriminalität. Unterm Geschirrtuch. In: spiegel.de (03.08.1986a). URL: https://www.spiegel.de/politik/unterm-geschirrtuch-a-a1d028b0-0002-0001-0000-000013518164?context=issue, aufgerufen am 22.09.2026.

Der Spiegel: Lieferte Karl-Heinz Schwensen den Revolver? In: spiegel.de (14.12.1986b). URL: https://www.spiegel.de/politik/lieferte-karl-heinz-schwensen-den-revolver-a-7437c219-0002-0001-0000-000013521485?context=issue, aufgerufen am 22.09.2026.

Der Spiegel: Wie im Groschenroman. In: spiegel.de (10.08.1986c). URL: https://www.spiegel.de/politik/wie-im-groschenroman-a-538a6e58-0002-0001-0000-000013518676?context=issue, aufgerufen am 22.09.2026.

Der Spiegel: Die lenkenden Hände vom Kiez. In: spiegel.de (17.08.1986d). URL: https://www.spiegel.de/politik/die-lenkenden-haende-vom-kiez-a-fe57b63a-0002-0001-0000-000013519589, aufgerufen am 22.09.2026.

Der Spiegel: Kriminalität. Tja oder Ja. In: spiegel.de (30.08.1987). URL: https://www.spiegel.de/politik/tja-oder-ja-a-1e1212e0-0002-0001-0000-000013526470?context=issue, aufgerufen am 22.09.2026.

Der Spiegel: Schleudersitze für Senatoren. In: spiegel.de (28.05.2001). URL: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/hamburg-schleudersitze-fuer-senatoren-a-136554.html, aufgerufen am 22.09.2026.

Die Tageszeitung: Testamentsvollstreckung des Killers? In: taz.de (28.09.1991). URL: https://taz.de/Testamentsvollstreckung-des-Killers/!1700663/, aufgerufen am 22.09.2026.

Die Welt: Überraschungen aus dem Sicherheitstrakt. In: welt.de (01.04.1986). URL: https://archive.org/details/DieWelt1986GermanyGerman/Apr%2001%201986%2C%20Die%20Welt%2C%20%2358866%2C%20Germany%20%28de%29/, aufgerufen am 22.09.2026.

Die Zeit: »Jeder ist Gott…Ich bin Gott.« In: zeit.de (22.08.1986). URL: https://www.zeit.de/1986/35/jeder-ist-gottich-bin-gott/komplettansicht, aufgerufen am 22.09.2026.

Ege, Moritz u. a. (2019): Debatte: Cultural Studies als Konjunktur- und Konstellationsanalyse. Zur Einleitung. In: Zeitschrift für Kulturwissenschaften 6/2, 101-136.

Ege, Moritz (2021): Konjunktur/Konstellation. In: Peter Hinrichs u. a. (Hg.): Theoretische Reflexionen. Perspektiven der Europäischen Ethnologie. Berlin: Reimer, 177-194. DOI: https://doi.org/10.5771/9783496030560-135.

Freund-Widder, Michaela (2003): Frauen unter Kontrolle. Prostitution und ihre staatliche Bekämpfung in Hamburg vom Ende des Kaiserreichs bis zu den Anfängen der Bundesrepublik. Münster: LIT.

Friedrichsen, Gisela: »… das ist hier Vergangenheit«. In: spiegel.de (07.04.1991). URL: https://www.spiegel.de/politik/das-ist-hier-vergangenheit-a-4545da1a-0002-0001-0000-000013488305, aufgerufen am 22.09.2026.

Gaertner, Rüdiger/Daniel Gözübüyük: »Zahl oder stirb«: Angriff auf Kiez-Paten. Steckt die Tschetschenen-Mafia dahinter? In: mopo.de (24.01.2024). URL: https://www.mopo.de/hamburg/polizei/schutzgelderpressung-angriff-auf-bruder-vom-kiez-paten-was-steckt-dahinter/, aufgerufen am 22.09.2026.

Ginsburg, Hans: Skandal in Hamburg. Politik, Pistolen und Polizisten. In: zeit.de (08.08.1986). URL: https://www.zeit.de/1986/33/politik-pistolen-und-polizisten/komplettansicht, aufgerufen am 22.09.2026.

Grossmann, Stefanie: Wilfrid »Frida« Schulze: Der »Pate« von St. Pauli. In: ndr.de (04.01.2023). URL: https://www.ndr.de/geschichte/koepfe/Wilfrid-Frida-Schulz-Der-Pate-von-St-Pauli,wilfridschulz100.html, aufgerufen am 22.09.2026.

Grossmann, Stefanie: St. Pauli in den 80ern: Bandenkrieg um Prostitution und Drogen. In: ndr.de (26.03.2025). URL: https://www.ndr.de/geschichte/schauplaetze/St-Pauli-in-80ern-Bandenkrieg-um-Prostitution-und-Drogen,rotlichtmilieu102.html, aufgerufen am 22.09.2026.

Grossmann, Stefanie/Jochen Lambernd: Der Killer von St. Pauli: Als Werner Pinzner gefasst wurde. In: ndr.de (15.04.2026). URL: https://www.ndr.de/geschichte/koepfe/der-killer-von-st-pauli-als-werner-pinzner-gefasst-wurde,pinzner190.html, aufgerufen am 22.09.2026.

Grossmann, Stefanie: 400 Jahre Reeperbahn. Vom Arbeiterquartier zur »sündigen Meile«. In: ndr.de (18.05.2026). URL: https://www.ndr.de/geschichte/schauplaetze/400-jahre-reeperbahn-vom-arbeiter-quartier-zur-suendigen-meile,reeperbahn-114.html, aufgerufen am 22.09.2026.

Gracher, Elmar (2022): Spaces of Sexual Consumption in West Germany. Scripting the Sex-worker Experience through Small-Scale Sex Businesses (1950s–1970s). In: Marion Keller u. a. (Hg.): Sexuality and Consumption: Intersections and Entanglements. Berlin/Boston: De Gruyter, 67-101. DOI: https://doi.org/10.1515/9783110747676.

Goffman, Erving (1963): Fun in Games. In: ders. (Hg): Encounters: Two Studies in the Sociology of Interaction. Indianapolis: Bobbs-Merrill, 17-58.

Hahne, Michael u. a. (2020): Urbane Sicherheit und subjektive Sicherheit im urbanen Raum. Berlin: LBgG.

Hirschbiegel, Thomas: Immer wieder Krieg um Geld und Macht. In: mopo.de (21.11.2005).

Jimale, Omar A./Esra B. Sipahi (2023): Exploring conflict theories in the context of Urban Security. In: Journal of the Faculty of Political Science (NEUSBF) 5/2, 165-185. DOI: https://doi.org/10.51124/jneusbf.2023.62.

Johrde, Kristina: 1986 – das Blutbad im Polizeipräsidium. In: abendblatt.de (27.02.2006). URL: https://www.abendblatt.de/hamburg/article107092883/1986-das-Blutbad-im-Polizeipraesidium.html, aufgerufen am 22.09.2026.

Krasmann, Susanne/León von der Burg (2024): Naming the City: On the governing forces of narratives in the formation of security dispositifs. In: Critical Studies on Security 12/1, 33-47. DOI: https://doi.org/10.1080/21624887.2023.2286770.

Kröger, Marie: Kampf gegen die Mafia. In: mopo.de (27.10.2022). URL: https://www.mopo.de/hamburg/reeperbahn-doku-wolfgang-sielaff-waere-siebenmal-erschossen-worden/, aufgerufen am 22.09.2026.

Kult-Kieztouren: Der Wiener Peter: Der Mann, der den Kodex brach. In: kult-kieztouren.de (2026a). URL: https://www.kult-kieztouren.de/der-wiener-peter-der-mann-der-den-kodex-brach/, aufgerufen am 22.09.2026.

Kult-Kieztouren: Kiez-Legenden. Die großen Namen von St. Pauli. In: kult-kieztouren.de (2026b). URL: https://www.kult-kieztouren.de/hamburger-kiez-legenden/, aufgerufen am 22.09.2026.

Kult-Kieztouren: Die Zuhälterkartelle von St. Pauli. In: kult-kieztouren.de (2026c). URL: https://www.kult-kieztouren.de/gmbh-kiez/, aufgerufen am 22.09.2026.

Kult-Kieztouren: Nutella-Bande: Macht, Glamour und der Untergang einer Kiez-Legende. In: kult-kieztouren.de (2026d). URL: https://www.kult-kieztouren.de/nutella-bande/, aufgerufen am 22.09.2026.

Lambernd, Jochen u. a.: St. Pauli-Killer Werner Pinzner. In: NDR (15.04.2026). URL: https://www.ndr.de/geschichte/koepfe/doku-st-pauli-killer-werner-pinzner-1986-gefasst,pinzner134.html, aufgerufen am 22.09.2026.

Laufenberg, Mike/Vanessa E. Thompson (2024): Sicherheit. Rassismuskritische und feministische Debatten. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Lehner, Nora/Annalisa Martin (2026): Policing pimping: gender, migration, and the media in the 1960s Vienna-Hamburg «pimp wars". In: Crime, Histoire and Sociétés 29/2, 85-112. DOI: https://doi.org/10.47421/CHS_29.2_85-112.

Levy, Sarah: Eros-Center-Prozess. Ende einer Gangsterposse. In: zeit.de (04.01.2016). URL: https://www.zeit.de/hamburg/stadtleben/2016-01/hamburg-eros-center-prozess, aufgerufen am 22.09.2026.

Low, Setha/Mark Maguire (Hg.) (2019): Spaces of Security. Ethnographies of Securityscapes, Surveillance, and Control. New York: NYU Press.

Lukas, Tim: Urbane Unsicherheit. In: bpb.de (16.12.2025). URL: https://www.bpb.de/themen/innere-sicherheit/dossier-innere-sicherheit/573618/urbane-sicherheit/, aufgerufen am 22.09.2026.

Marcus, George E. (1995): Ethnography in/of the World System: The Emergence of Multi-Sited Ethnography. In: Annual Review of Anthropology 24, 95-117.

Martschukat, Jürgen/Olaf Stieglitz (2018): Geschichte der Männlichkeiten. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Martin, Annalisa (2023): ‹The chronicle must tell how it once was': commercial sex and pimping in the chronicle of Hamburg's postwar vice police. In: German History 41/2, 252-278. DOI: https://doi.org/10.1093/gerhis/ghad017.

Martin, Annalisa (2022): Managing Commercial Sex in West Germany, 1950s-1980s. London: Birkbeck College, University of London [PhD-Thesis, Department of History, Classics and Archaeology].

Mittelachter, Bettina: Wie der Auftragskiller von St. Pauli die Stadt erschütterte. In: abendblatt.de (07.09.2023). URL: https://www.abendblatt.de/hamburg/hamburg-mitte/article239380225/Wie-der-Auftragskiller-von-St-Pauli-die-Stadt-erschuetterte.html, aufgerufen am 22.09.2026.

O'Dowd, Liam (2015): Urban Conflicts. In: James D. Wright (Hg.): International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences. 2. Aufl. Amsterdam: Elsevier, 783-788. DOI: https://doi.org/10.1016/B978-0-08-097086-8.96050-1.

Reckwitz, Andreas (2016): Praktiken und Diskurse: Zur Logik von Praxis-/Diskursformationen. In: ders.: Kreativität und soziale Praxis. Bielefeld: transcript, 49-66. DOI: https://doi.org/10.14361/9783839433454-002.

Roggenkamp, Viola: St. Pauli-Prozess. Pinzners erdrückendes Erbe. In: zeit.de (11.03.1988). URL: https://www.zeit.de/1988/11/pinzners-erdrueckendes-erbe/komplettansicht, aufgerufen am 22.09.2026.

Rolshoven, Johanna (2010): SOS neue Regierungsweisen oder Save Our Souls ein Hilferuf der Schönen Neuen Stadt. In: Bricolage: Innsbrucker Zeitschrift für Europäische Ethnologie 6/6, 23-36.

Rolshoven, Johanna (2018): Dimensionen des Politischen. In: dies./Ingo Schneider (Hg.): Dimensionen politischer Felder. Ansprüche und Herausforderungen der Empirischen Kulturwissenschaft. Berlin: Neofelis, 15-35.

Schmeis, Britta: Als das FBI zum Vorbild der Kiez-Ermittler wurde. In: welt.de (30.10.2022). URL: https://www.welt.de/regionales/hamburg/article241839841/ARD-Doku-Reeperbahn-Spezialeinheit-FD65-Als-das-FBI-zum-Vorbild-der-Kiez-Ermittler-wurde.html, aufgerufen am 22.09.2026.

Schönberger, Klaus (2018): Zur Spezifik des Politischen in der Empirischen Kulturwissenschaft. In: Johanna Rolshoven/Ingo Schneider (Hg.): Dimensionen politischer Felder. Ansprüche und Herausforderungen der Empirischen Kulturwissenschaft. Berlin: Neofelis, 35-51.

Spitz, Markus O.: Die Koordinaten des »politischen Feldes«. Pierre Bourdieus konstante Weigerung, Politik allein den Profis zu überlassen. In: literaturkritik.de (21.11.2026). URL: https://literaturkritik.de/id/20783, aufgerufen am 22.09.2026.

Sullivan, John P. u. a. (2023): Urban Security: From High-Intensity Crime to Large-Scale Combat Operations and Everything in Between. In: Journal of Strategic Security 16/3, 1-12.

Schwell, Alexandra/Katharina Eisch-Angus (Hg.) (2018): Der Alltag der (Un) Sicherheit. Ethnographisch-kulturwissenschaftliche Perspektiven auf die Sicherheitsgesellschaft. Berlin: Panama.

Tsing, Anna L. (2004): Friction: An Ethnography of Global Connection. Princeton: Princeton University Press.

van de Walle, Gudrun u. a. (Hg.) (2012): Crime, security and surveillance – effects for the surveillant and the surveilled. The Hague: Eleven.

von der Decken, Ada: Als die Killer auf den Kiez kamen. In: NDR (26.04.2022). URL: https://www.ndr.de/geschichte/schauplaetze/Als-die-Killer-auf-den-Kiez-kamen,kiezkrieg113.html, aufgerufen am 22.09.2026

Winlow, Simon/Steve Hall (2006): Urban Leisure and Contemporary Culture. London: Berg.

Wood, Murakami D. (2009): Urban Insecurity. In: Peter Burgess (Hg.): Handbook of New Security Studies. London/New York: Routledge, 197-207. DOI: https://doi.org/10.1057/9781137286871_12.

Zurawski, Nils (2007) (Hg.): Sicherheitsdiskurse. Angst, Kontrolle und Sicherheit in einer ›gefährlichen‹ Welt. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Berlin Universities Publishing

Copyright © 2026 The Author(s)

Der Gehsteig als Schauplatz im Kampf um Abtreibung

Räumliche Materialisierungen von Macht im Abtreibungsdispositiv

LISA BRÜNIG

ABSTRACT

Trotz gesellschaftlicher Mehrheiten für die Streichung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Strafgesetzbuch, zivilgesellschaftlichem Engagement und einem parteiübergreifenden Gesetzentwurf, wird eine (Teil-)Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland Anfang 2025 erneut durch konservative und rechte Kräfte verhindert. Christlich-fundamentalistische Akteur*innen protestieren weiterhin vor Beratungsstellen, ärztlichen Praxen sowie Kliniken und beeinträchtigen so die Versorgungssituation. Seit November 2024 ist durch die Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes eine Verbotsregelung zu einer solchen »Gehsteigbelästigung« in Kraft. Dieser Artikel untersucht das Phänomen dispositivanalytisch und ethnografisch als Ensemble von Praktiken, Subjektivationen und Objektivationen. Basierend auf Beobachtungen und explorativen Feldinterviews rekonstruiert dieser Beitrag, wie sich auf dem Gehsteig die Machtverhältnisse im politischen Kampf um Abtreibung manifestieren und wie dieser als öffentlicher Verhandlungsraum reproduktiver Rechte fungiert und »Angsträume« herstellt. Die Analyse verbindet Perspektiven auf Raumaneignung, Machtdemonstration durch lautstarke Gesänge und religiöse Praktiken. »Gehsteigbelästigung« wird dabei als *gendered harassment* verstanden. Die Proteste brechen soziale Regeln der *civil inattention* beim Bewegen im öffentlichen Raum und reproduzieren Stigmatisierung. Abschließend diskutiert der Beitrag die Gesetzesänderung und skizziert emanzipatorische widerständige Praktiken wie Klinik-Escorts und Schutzzonen.

SCHLAGWORTE

Gehsteigbelästigung, Anti-Abtreibungsbewegung, Dispositiv, öffentlicher Raum, Protest

ZITIERVORSCHLAG

Brünig, L. (2026): Der Gehsteig als Schauplatz im Kampf um Abtreibung. Räumliche Materialisierungen von Macht im Abtreibungsdispositiv, Berliner Blätter 93, 69–85. DOI: 10.60789/931240.

ISSN (Online): 2702–2536 | Creative Commons CC BY 4.0

»Durch die Kraft des Gebets wächst eine Kultur des Lebens – voller Liebe, Mitgefühl und Zuversicht. […] 25.695 Leben gerettet, 177 Abtreibungskliniken geschlossen, 274 bekehrte Mitarbeiter« (Feldnotiz vom 28.10.2025). Dieser Satz steht auf einem Schild an einem Pavillon gegenüber dem Eingang einer gynäkologischen Praxis und bringt das strategische Ziel der Proteste von Abtreibungsgegner*innen pointiert zum Ausdruck: Kliniken, Praxen und Beratungsstellen zur Versorgung mit Schwangerschaftsabbrüchen sollen geschlossen werden. Zweimal jährlich mobilisieren Abtreibungsgegner*innen zu 40-tägigen Kampagnen, ausgestattet mit Holzkreuzen, Marienbildern und Bannern wie »Entscheide dich für das Leben!«. Sie singen, beten, sprechen Schwangere auf dem Weg zur Beratung, Klinik oder Praxis gegen deren Willen an, beschimpfen sie und belästigen sie teilweise mit Schockfotos (Bredler 2024).

In Deutschland und Österreich sind Schwangerschaftsabbrüche im Strafgesetzbuch geregelt: Sie sind grundsätzlich rechtswidrig, aber unter bestimmten Bedingungen straffrei. In Deutschland ist eine Beratung verpflichtend vorgeschrieben (§ 218 ff. StGB), in Österreich ist diese im Rahmen der Fristenlösung nicht vorgesehen (§ 96 ff. StGB). Lembke (2017) betont in diesem Kontext, dass zu reproduktiven Rechten nicht nur die Möglichkeit sicherer und legaler Abbrüche gehört, sondern auch der tatsächliche Zugang zu den entsprechenden medizinischen Dienstleistungen. Das deutsche Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) garantiert eine vertrauliche, auf Wunsch anonyme Beratung. Wenn der Staat eine verpflichtende Beratung vor einem Abbruch vorsieht und die Schwangeren dadurch dieser potenziellen Belästigungssituation, nach Bredler (2024) einer Gefährdung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, aussetzt, muss er die Schwangeren wirksam vor dieser Gefährdung schützen. Seit November 2024 sanktioniert eine Änderung des deutschen SchKG bestimmte Verhaltensweisen in einem Radius von 100 Metern um die Einrichtungen, darunter das Behindern des Betretens oder Verlassens des Gebäudes, das Aufdrängen einer Meinung, hartnäckiges Bedrängen, Einschüchtern, erhebliches Unter-Druck-Setzen sowie das Zeigen unwahrer oder emotional belastender Inhalte (§§ 8, 13 SchKG). Diese Regelung schreibt jedoch keine pauschale Bannmeile fest. Gerichtsurteile, wie vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, erklären, Einschränkungen dieser Versammlungen seien nur bei konkretem Verdacht etwa auf unzulässigen Druck zulässig (Deutsches Ärzteblatt 2026).

»Gehsteigbelästigungen«[1] sind integraler Bestandteil der Aktionen der christlich-fundamentalistischen, selbsternannten »Lebensschutz«-Bewegung, die sich in Deutschland seit den 1970er Jahren etabliert hat (Sanders u. a. 2014; Achtelik 2018) und in der sich das Erstarken antifeministischer Bewegungen und Ideologien artikuliert (Lang/Peters 2018; Niendorf u. a. 2025). Organisiert unter anderem im Bundesverband Lebensrecht, zielt die Bewegung auf die Restauration einer »alten Ordnung mit der ›heiligen Familie‹ aus heterosexuellen Paaren« (Notz 2019, 236). Seit 2016 organisieren nach US-amerikanischen Vorbildern gegründete Vereine wie *40 Tage für das Leben* und *Helfer für Gottes kostbare Kinder* Versammlungen und Vigilien, also Gebetswachen. Ziel dieser Praktiken ist es, zu polarisieren, Politik und Öffentlichkeit zu beeinflussen (Knecht 2006, 11) und einen »Kulturkampf« zu propagieren (Sanders u. a. 2018, 10). *40 Days for Life* wurde 2004 in Texas mit dem Ziel gegründet, eine Schließung der Planned-Parenthood-Beratungsstelle zu erwirken.

1 Der Begriff wurde von der Rechtswissenschaftlerin Ulrike Lembke (2017) eingeführt, um die Selbstbezeichnung als „Beratung“ durch Sprecher*innen der Anti-Choice-Bewegung abzulösen. Er wird jedoch als irreführend bezeichnet, da nicht der Gehsteig, sondern die Schwangeren belästigt werden. Daher wird er hier in Anführungszeichen gesetzt und alternativ auch von Anti-Choice-Harassment gesprochen (Bredler 2024). Begriffe wie dieser werden im Folgenden aus dem Englischen übernommen, da bisher keine äquivalenten deutschsprachigen Begriffe bekannt sind.

Auch im deutschsprachigen Raum zeigen sich konkrete Konsequenzen für die Versorgungslage. Die ELSA-Studie (Hahn u. a. 2024) zeigt, dass von allen Anbieter*innen von Abbrüchen in Deutschland 24 Prozent von Bedrohungen betroffen sind und 13 Prozent bereits »Gehsteigbelästigung« erlebt haben.
Ich analysiere das Phänomen »Gehsteigbelästigung« aus dispositivanalytischer Perspektive als Set diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken, Objektivationen und Subjektivationen, die im öffentlichen Raum zur Stigmatisierung von Abtreibung beitragen (Hahn u. a. 2024). Kumar u. a. (2009) konzeptionieren die Stigmatisierung von Abtreibung als ein Resultat der Verknüpfung von weiblicher Identität mit Mutterschaft, wodurch die Entscheidung für einen Abbruch als Bedrohung der patriarchalen Ordnung erscheint. Meine Analyse ist eine Momentaufnahme in einem historisch spezifischen Abtreibungsdispositiv. Sie erfolgt in einer Zeit, in der in Deutschland erneut eine (Teil-)Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen verhindert wurde, obwohl sich eine gesellschaftliche Mehrheit laut einer repräsentativen Umfrage des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024) dafür ausspricht. Eingebettet ist die Untersuchung in ein schrittweises *reproductive backsliding*, das über offene Angriffe, verfassungsrechtliche Argumentationen und die stille Streichung von Mitteln den Zugang zu reproduktiven Rechten einschränkt (Müller-Elmau/Bredler 2024). Vor diesem Hintergrund fragt mein Beitrag danach, wie sich die Machtverhältnisse im (Anti-)Abtreibungsdiskurs im öffentlichen Raum manifestieren.
Im Zentrum meines Forschungsinteresses steht, wie sich auf dem Gehsteig die *Friction*, also das Konflikthafte, im politischen Kampf um das Recht auf und den Zugang zu Abtreibung zeigt. Verstanden wird der Gehsteig als reibungsvolle Kontaktzone, also als Ort, an dem unterschiedliche, machtungleiche Akteur*innen wie politisch organisierte Anti-Choice-Aktivist*innen, Schwangere, Gegenprotestierende, Polizei und Forschende aufeinandertreffen und (Deutungs-)Macht über den Schwangerschaftsabbruch aushandeln.
Grundlage der Untersuchung bilden Beobachtungen des Phänomens in verschiedenen Städten, begleitet von explorativen Feldinterviews mit Aktivist*innen der »Gehsteigbelästigung«, mit Gegenprotestierenden und Passant*innen. Meine Beobachtungen ermöglichen es mir zu zeigen, dass öffentliche Raumeinnahme als Machtdemonstration und als Intervention in den politischen Diskurs um Abtreibung von zentraler Bedeutung ist. Ergänzt wird die dispositivanalytische Perspektive durch raumtheoretische Überlegungen. Die Protestpraktiken rund um »Gehsteigbelästigungen« stellen darin eine symbolische und physische Besetzung öffentlicher Orte dar (Kaschuba 2013), durch die Aufmerksamkeit erregt und Macht im öffentlichen Raum beansprucht wird. Die Reibung entsteht dort, wo diese Bewegungen mit den situativ spezifischen Räumlichkeiten und sozialen Regeln des Ortes interagieren beziehungsweise brechen (Jackson/Valentine 2016).
Um die Spezifik des Phänomens im deutschsprachigen Raum zu zeigen, bietet die Forschung zu »Gehsteigbelästigung« in anderen Kontexten Anknüpfungspunkte. Jackson und Valentine (2017, 222) zeigen für Großbritannien, wie manche Gruppen einen amerikanischen Proteststil als lautstarke, visuell aggressive Protestform übernehmen und diese teils lokal anpassen. Fiore (2024) spricht auch für die Niederlande von aus den USA importierten Taktiken des Protests. In ihrer ethnografischen Forschung im Kontext Großbritanniens argumentieren Lowe und Hayes (2019), dass diese Aktionen normative Erwartungen von Vertraulichkeit

und Privatsphäre in Frage stellen. Zudem analysieren sie die Praktiken des Anti-Abtreibungsprotests als Form von *gendered harassment*. Arbeiten aus der feministischen Geografie und Architektur ermöglichen ergänzend eine Analyse der Räumlichkeit von Abtreibung (Jackson/Valentine 2016; Calkin 2019; Calkin u. a. 2022; Fiore 2024). Sie untersuchen städtischen Raum als zentrale Dimension für Reproduktionspolitiken.
Im Folgenden wird daran anschließend das Phänomen der »Gehsteigbelästigung« zunächst in den Kontext sozialer Regeln im öffentlichen Raum eingeordnet und das dispositivanalytische Vorgehen erläutert. Mit Fokus auf Blickregimes, die symbolische Ordnung und Akustik werden Reibungspunkte im Kampf um den Zugang zu Abbrüchen auf dem Gehsteig anhand von Auszügen aus Beobachtungsprotokollen und Fotos dargestellt. Der Beitrag schließt mit den zentralen Reibungspunkten, die sich aus meinen Erfahrungen im Feld ergeben haben, und einem Ausblick.

Das Phänomen der »Gehsteigbelästigung« als Bruch sozialer Regeln im öffentlichen Raum

In ihrer Studie zu Anti-Choice-Aktivismus vor Kliniken in Großbritannien betonen Lowe und Hayes (2019), dass Aktivismus gegen Abtreibungskliniken nicht in einem neutralen Kontext stattfindet, sondern bereits durch vergeschlechtlichte Machtverhältnisse geprägt ist (ebd., 7). Der Ort vor einer Beratungsstelle, Klinik oder Praxis wird hier als öffentlicher Raum verstanden. Personen, die einen Abbruch vornehmen lassen wollen, müssen sich in diesem öffentlichen Raum bewegen und sind möglichen Begegnungen ausgesetzt, durch die ihr individuelles Verhalten stigmatisiert wird (ebd.). Debatten um diesen Protest werfen daher Fragen nach der Bedeutung von öffentlichem Raum, Besitz und Verwaltung dieser Räume auf sowie danach, welche Praktiken in bestimmten Räumen als akzeptabel gelten (Jackson/Valentine 2016, 183).
Anknüpfend an raumsoziologische Perspektiven wird Raum als sozial konstruiertes Phänomen definiert, welches fortlaufend durch gesellschaftliche Prozesse und habitualisierte soziale Praktiken, materielle Ressourcen und Bedeutungszuschreibungen hergestellt wird (Löw 2001). Die Öffentlichkeit ist ein umkämpfter Raum, in dem Interessenvertretung vor allem repräsentations- und identitätslogisch funktioniert (Sänger 2007) und der folglich immer durch Ausschlüsse konstituiert wird (Fraser 1990). Mit Rückbezug auf Foucault (1982) ist zu fragen, wie öffentlicher Raum als Ort von Kontrolle und Machtausübung wirksam wird. Gesellschaftliche Machtverhältnisse werden im öffentlichen Raum kontinuierlich ausgehandelt und haben einen Einfluss darauf, wessen Ordnung darin gewahrt oder gestört (Mitchell 2003) und wessen Wirklichkeitskonstruktion repräsentiert wird (Sänger 2007). Die Räumlichkeit des Protests spielt daher eine zentrale Rolle.
Lowe und Hayes (2019) beschreiben das hier untersuchte Phänomen als Praktiken der Präsenz und des Beobachtens, als eine Form der öffentlichen Mahnung oder Bezeugung, deren Zweck darin besteht, dass fremde Personen Menschen auf dem Weg in die Einrichtung beobachten oder ansprechen (ebd., 2). Mit Bezug auf Goffmans (1969) Verständnis von sozialen Regeln des öffentlichen Raums zeigen Lowe und Hayes, wie vor allem die Regel der »civil inattention« – also ein sich im

öffentlichen Raum Wahrnehmen, aber nicht länger Interagieren – durch diesen Aktivismus durchbrochen wird (Lowe/Hayes 2019, 2). Sie beobachteten in ihrer Forschung nicht nur Anti-Abtreibungs-Aktivist*innen, sondern erhoben mit Hilfe von Fragebögen auch, dass diese von betroffenen Frauen als aufdringlich und als Eingriff in die persönliche Entscheidungsfindung erlebt wurden (ebd., 11). Ein routinemäßiges Betreten einer Gesundheitseinrichtung werde unvorhersehbar und potenziell unsicher (ebd., 12). Gerade die Praktiken des Beobachtet- oder Angesprochen-Werdens beim Betreten oder Verlassen einer Klinik werden als belastend erlebt, da es öffentliche Aufmerksamkeit für eine intime, stigmatisierte medizinische Angelegenheit erzeugt (Kumar u. a. 2009). Im Zuge der Mahnwachen und Versammlungen wird zum Beispiel durch Beobachten, Ansprechen oder Filmen von Personen ein öffentlicher »Angstraum« (Ruhne 2020, 429) kreiert. Durch das Gefühl des Beobachtet-Werdens von Fremden wird eine Verknüpfung mit geschlechtsspezifischer Angst in öffentlichen Räumen deutlich (Lowe/Hayes 2019, 13). Etablierte gesellschaftliche Machtverhältnisse haben einen erheblichen Einfluss auf die Konstruktion und Nutzung des öffentlichen Raums. Belästigungen auf der Straße sind ein signifikanter Faktor, um diese Verhältnisse aufrechtzuerhalten (Logan 2015). Gleichzeitig sind diese Aktionen eine organisierte politische Aussage über die ›Schändlichkeit‹ der Abtreibung (Lowe/Hayes 2019, 7). Sie produzieren Bilder aufopferungsvoller Mutterschaft und setzen so die Stigmatisierung durch diskursive und nicht-diskursive Praktiken fort (Kumar u. a. 2009). Anti-Choice-Bewegungen fördern die Stigmatisierung von Abtreibung gezielt, nicht nur als Nebenprodukt ihrer Aktivitäten (Norris u. a. 2011). Kumar u. a. (2009) definieren diese Stigmatisierung als ein soziales Phänomen, das auf verschiedene Arten hergestellt und reproduziert wird. Diese Herstellungsweisen beinhalten negative Zuschreibungen gegenüber Personen, die eine Schwangerschaft beenden wollen, und markieren diese als abweichend von Weiblichkeits- und Mutterschaftsidealen. Darüber hinaus könne eine Frau, die eine Schwangerschaft abbricht, die moralische Ordnung, über Leben und Tod zu entscheiden, damit in Frage stellen (Kumar u. a. 2009). Norris u. a. (2011) ergänzen diese Konzeptualisierung um weitere Personen(gruppen), die von der Stigmatisierung von Abtreibung betroffen sein können, darunter Personen, die an der Versorgung beim Abbruch beteiligt sind, Begleiter*innen wie Familie, Freund*innen, aber auch Forschende und Fürsprecher*innen.
Ausgehend vom Gehsteig als öffentlichem Ort wird das Phänomen des Anti-Choice-Harassments hier als Bruch sozialer Regeln des öffentlichen Raums betrachtet. Die folgende Analyse ortsspezifischer Interaktionen verschiedenster Akteur*innen macht zentrale Reibungspunkte im Feld sowie bestimmte Spezifika des Kontexts sichtbar. Es zeigt sich, wie in diesen Interaktionen als Aushandlung von Deutungsmacht bestehende, unter anderem vergeschlechtlichte und queerfeindliche Machtverhältnisse reproduziert werden.

Die symbolische Ordnung der »Gehsteigbelästigung« – ein dispositivanalytischer Zugang

Die vorliegende Analyse verfolgt einen dispositivanalytischen Forschungsstil. Das heißt, dass Abtreibung als ein Dispositiv verstanden wird, das in einem Zusammenspiel von diskursiven mit nicht-diskursiven Praktiken, Subjektivierungen und Subjektivationen[2] sowie Objektivationen, also einer symbolischen Anordnung der Dinge

2 Subjektivierungsweisen umfassen, wie Beteiligte sich selbst darstellen. Subjektivation meint, wie welche Subjekte von wem angerufen werden (Bührmann/Schneider 2008).

(Bührmann/Schneider 2008), besteht. Foucault beschreibt das Dispositiv als »ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturale Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen« umfasst (Foucault 1978, 119). Das Dispositiv selbst »ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann.« (ebd., 120) Es dient als Analyseraster für die »Analytik der Machtbeziehungen« (ebd., 127). Mit Foucaults Konzept der »materialisierten Geographien« kann zudem die Räumlichkeit dieser Machtbeziehungen analysiert werden. Dadurch wird sichtbar, wie sich Techniken der Machtausübung und Wissensproduktion sowie Subjektivierung mit »räumlichen Anordnungs- und Interventionspraktiken« verschränken (Marquardt/Schreiber 2015, 37).

Eine empirische Analyse eines Dispositivausschnitts sollte stets Machtverhältnisse berücksichtigen und fragen, »welche Autorisierungsinstanzen sowie Machttechniken diese diskursiven Praktiken in welchem Feld der Machtverhältnisse gestützt bzw. durchgesetzt« haben (Bührmann/Schneider 2008, 60). Im Anschluss daran verstehe ich Abtreibungspolitiken und ihren Wandel als diskursiven Prozess, innerhalb dessen spezifische Macht-Wissen-Verhältnisse vorherrschen.

Der Gehsteig wird hier als ein Ort analysiert, an dem der gesellschaftliche Konflikt, widersprüchliche Wissensbestände und Deutungen von Abtreibung ausgehandelt und im öffentlichen Raum sichtbar gemacht werden. In die Analyse werden Artefakte als »materialisierte Objektivationen menschlichen und damit gesellschaftlichen Handelns« einbezogen (Bührmann/Schneider 2008, 104), wobei es sich sowohl um »architekturale Einrichtungen, Gebäude, öffentlich-gestaltete Räume«, als auch um alltägliche Gebrauchsgegenstände handeln kann (ebd.). Um diese verschiedenen Elemente des Dispositivs im Prisma des Gehsteigs als konflikthaften Ort auszumachen und zu begreifen, was genau auf dem Gehsteig passiert, wurden zwischen März und Oktober 2025 sechs Beobachtungen in verschiedenen Städten in Deutschland und Österreich vor Kliniken, Praxen und Beratungsstellen durchgeführt: München, Regensburg, Frankfurt am Main und Wien. In München fanden an einem Tag mehrere Beobachtungen statt, die als eine Beobachtung zusammengefasst werden. In Frankfurt und Wien fanden an zwei Tagen Beobachtungen statt, sodass insgesamt sechs Beobachtungsprotokolle in die Auswertung einfließen. Ausgewählt wurden die Orte so, dass unterschiedliche Anti-Abtreibungsgruppen beobachtet werden konnten, darunter *40 Tage für das Leben*, *Jugend für das Leben* und *Helfer für Gottes kostbare Kinder*. Die Beobachtungszeiträume liegen in den jeweiligen 40 Tagen in der Zeit vom 12. März bis 20. April 2025 und vom 24. September bis 2. November 2025. In der Analyse werden einzelne Beobachtungen nicht auf die Städte zurückgeführt, um die Anonymität der Teilnehmenden zu gewährleisten. Beobachtet wurden Gottesdienste, Vigilien sowie Prozessionen, wobei sich alle Beobachtungen an der Frage nach Subjektivationen und Subjektivierungsweisen orientieren. In den Fokus genommen wurden zudem die mit den Protesten verbundenen Artefakte, die teils fotografisch festgehalten wurden. Außerdem protokollierte ich Interaktionen zwischen Anti-Choice- und Pro-Choice-Aktivist*innen sowie Interaktionen mit der Polizei, und hielt meine Erfahrungen als Forschende fest. Meine Aufmerksamkeit konzentrierte sich während der einzelnen Beobachtungstage auf unterschiedliche Fragen, etwa wer situativ wie Raum einnimmt, wie sich eine Ordnung der Dinge manifestiert oder welche Symbole sichtbar werden. Ab dem zweiten Beobachtungstermin fanden auch explorative Interviews mit Personen in der Versammlung statt, ebenso wie mit Gegenprotestierenden und Passant*innen.

Der dispositivanalytische Rahmen ermöglicht vor allem, Praktiken und Routinen, räumliche Anordnungen und den Einsatz von Artefakten sichtbar zu machen. Die analysierten Beobachtungen zeigen, wie sich das Phänomen der »Gehsteigbelästigung« konstituiert, welche Machtwirkung es im öffentlichen Raum entfaltet und wie dabei gesellschaftliche Machtverhältnisse (re-)produziert werden. Wie Bührmann und Schneider (2008) zeigen, kann aber nie das Dispositiv als Ganzes empirisch erfasst werden. So können hier weder diskursive Leerstellen, das Unsagbare, noch der soziale Wandel erfasst werden, in den ein Dispositiv eingebettet ist.

Urbane Abtreibungsgeografien oder: Ein Kampf um (Deutungs-)Macht im öffentlichen Raum

Im Folgenden werde ich auf einige Elemente des Dispositivs eingehen, durch die der Konflikt um Abtreibung verräumlicht wird. Den Fokus lege ich dabei auf Blickregimes, die symbolische Ordnung und Akustik, anhand derer sich Reibungspunkte und ihre Machtwirkungen veranschaulichen lassen.

Blickregimes: Beobachtung als Drohkulisse

Einen zentralen Stellenwert nimmt die Beobachtung von Praktiken der Raumeinnahme ein, durch die Akteur*innen Deutungsmacht über Abtreibung zu gewinnen versuchen. In mehreren Beobachtungssituationen beschrieben Passant*innen die »Gehsteigbelästigung« als »gruselig« (Feldnotizen vom 19.3.2025, 25.3.2025). Eine Anwohnerin bezeichnete den täglich aufgestellten schwarzen Pavillon (siehe Abbildung 1) als bedrohliche, 40 Tage andauernde Überwachungskulisse gegenüber dem Praxiseingang (Feldnotiz vom 28.10.2025). Dies zeigt bereits die Wirkung, die über diejenigen hinausgeht, die von den Abtreibungsgegner*innen direkt adressiert werden. Die jeweilige lokale Lage ist dafür zentral. Auf dem Platz vor einer Klinik, an dem auch zwei Kindertagesstätten liegen, war zu beobachten, wie Kinder und Personal täglich mit Schildern und Gesängen konfrontiert waren. Eine anwesende Journalistin bezeichnete die Szene als »absurd« (Feldnotiz vom 25.3.2025).



Abb. 1 Ein schwarzer Pavillon mit der Aufschrift »40 Tage für das Leben« steht gegenüber einem Praxiseingang © Lisa Brünig, 2025

Durch ihre tagelange Präsenz vor Ort und das Filmen und Fotografieren vor den Einrichtungen (Feldnotiz vom 25.3.2025) nehmen Aktivist*innen öffentlichen Raum ein. Wie auch Lowe und Hayes (2019) zeigen, werden Gefühle von Überwachung, Bedrohung der Privatsphäre und Angst als Belästigung erlebt. Allein durch die Anwesenheit der Abtreibungsgegner*innen werden Personen auf dem Weg in die Klinik oder Beratungsstelle zum öffentlichen Subjekt der Beobachtung gemacht, als beobacht- und ansprechbar subjektiviert und soziale Regeln der *civil inattention* verletzt. Die Belastung entsteht durch die Verletzung von Vertraulichkeits- und Anonymitätserwartungen im Gesundheitskontext (ebd.). Auch ohne physische Zugangsbehinderung und offen aggressives Auftreten im US-amerikanischen Proteststil entfaltet die Raumeinnahme durch ihre Anwesenheit, die etablierten Blickregimes und nicht zuletzt das Filmen eine inhärent stigmatisierende Wirkung.
Die Anordnung gegenüber von Praxiseingängen etabliert eine Überwachungsinstanz, die die Stigmatisierung von Abbrüchen verstärkt und sich gleichzeitig als Hilfe oder Beratung zu tarnen versucht. In einem Gespräch mit einer betenden Frau vor einer Klinik wurde mir erläutert, sie würde Frauen nach einem Abbruch trösten (Feldnotiz vom 21.10.2025). Ein anderer Teilnehmer einer Mahnwache erzählte mir, »wir beten ja auch für Frauen, die wenig Geld haben und die der Staat nicht unterstützt« (Feldnotiz vom 7.2.2025). Solche Narrative, die zu einer bestimmten Subjektivierungsweise beitragen, sind als Teil eines sogenannten Pro-Life-Feminismus zu verstehen (Brillet-Reutter 2025), der vorgeblich Kritik an prekären Bedingungen von Sorgearbeit artikuliert, aber letztlich einer Naturalisierung von Mutterschaft dient.
Auf der Ebene der Machtverhältnisse spielen nicht nur Vergeschlechtlichung, sondern auch Queerfeindlichkeit beim Anti-Choice-Harassment eine Rolle. Beispielsweise trug ein*e Pro-Choice-Aktivist*in eine Regenbogenflagge in einem Gegenprotest und berichtete mir von körperlichen Auseinandersetzungen und queerfeindlichen Beleidigungen seitens Personen, die an der »Gehsteigbelästigung« beteiligt waren. Darüber hinaus erzählte die Person mir, als sichtbar queere Person in den letzten Jahren zunehmend von Gewalt im öffentlichen Raum betroffen gewesen zu sein (Feldnotiz vom 25.3.2025). Solche Aussagen können durch aktuelle Daten des Bundeskriminalamts kontextualisiert werden, die eine Zunahme queerfeindlicher Hasskriminalität in Deutschland dokumentieren. 2024 wurden bundesweit 1.765 Straftaten im Bereich »sexuelle Orientierung« und 1.152 im Bereich »geschlechtsbezogene Diversität« erfasst – ein Anstieg von rund 18 Prozent beziehungsweise 35 Prozent gegenüber dem Vorjahr (LSVD 2024). Die Beobachtungen und explorativen Interviews deuten daher auch darauf hin, dass Anti-Choice-Harassment eng mit anderen Formen geschlechtsspezifischer und queerfeindlicher Gewalt im öffentlichen Raum verknüpft ist.

Die symbolische Ordnung und die Akustik des Deutungskampfes

Die Präsenz der Anti-Choice-Akteur*innen wird durch Bilder, Symbole, Körperanordnungen und Rituale ebenso wie durch Akustik hergestellt. Dieses Zusammenspiel von Praktiken und Artefakten trägt zur Schaffung von Sichtbarkeit der Wirklichkeitskonstruktionen der Anti-Choice-Bewegung im öffentlichen Raum bei (Balcerzak 2023). In einer Situation konnte ich beobachten, wie circa 20 Protestierende gegen Abtreibung sich in mehreren Reihen aufstellten und den Gehsteig mit Schildern visuell und körperlich besetzten (siehe Abbildung 2). Der an die Mauer gesprühte Schriftzug »Fundis raus« (siehe Abbildung 3) und das Aufgreifen

der religiösen Symboliken durch Gegenprotestierende lassen sich als Versuch visueller Aneignung und als Ringen um Deutungshoheit im Stadtraum lesen (Feldnotiz vom 31.10.2025).



Abb. 2 Protestierende gegenüber einer Praxis – Perspektive vom Praxiseingang aus © Lisa Brünig, 2025



Abb. 3 Ort des Protests gegenüber einer Praxis mit gesprühtem Schriftzug »Fundis raus«, © Lisa Brünig, 2025

Anti-Choice-Aktivist*innen bezeichnen Beratungsstellen als »Orte der Tötung« (Feldnotiz vom 7.4.2025). Gebete, Mahnwachen, Körperanordnungen und Bildpraktiken fungieren als sichtbare Ausdrucksformen dieser Deutung. Jackson und Valentine (2017) sprechen von einer Form moralischen Widerstands, mit dem Aktivist*innen den öffentlichen Raum als richtigen Ort, ihre Haltung auszudrücken, beanspruchen. Foucault (1999, 148) betont: Wir leben »nicht in einem homogenen und leeren Raum«, sondern in einem Raum, »der mit Qualitäten aufgeladen ist, der vielleicht auch von Phantasmen bevölkert ist.« Teil eines solchen verschwörungserzählerisch anmutenden Phantasmas ist auch die Aussage eines Teilnehmers einer Mahnwache, die Pharmaindustrie sei involviert. Er fragte mich: »Was meinen Sie denn, was mit den Föten passiert?« (Feldnotiz vom 7.4.2025).
In der Auseinandersetzung um die Beanspruchung von öffentlichem Raum wird in meinen Beobachtungen auch die Rolle von Gesetzgebung, Polizei und Versammlungsbehörden deutlich. Wie in Abbildung 2 erkennbar, stehen die Protestierenden trotz Einführung des Mindestabstands von 100 Metern durch die Änderung des

SchKG weiterhin nah vor dem Praxiseingang. In einem Gespräch während der Beobachtungen berichtet mir ein Polizist, er wisse nicht, wo sich die Einrichtung befinde, und kenne die neue rechtliche Regelung nicht (Feldnotiz vom 7.4.2025). In einer anderen Situation betont ein Beamter, er schütze nur die von der Behörde genehmigte Versammlung – der Versammlungszweck sei nur an diesem Ort erfüllt (Feldnotiz vom 31.10.2025). Hier zeigt sich, dass die Änderung des SchKG zum Zeitpunkt der Beobachtungen nicht in Handlungsroutinen umgesetzt wurde und ebenfalls keine entsprechenden Auflagen verhängt wurden, um die Einrichtungen zu schützen.

Auch in der akustischen Konfrontation der verschiedenen Akteur*innen auf dem Gehsteig können die unterschiedlichen Ansprüche an den Ort konkret erfahren werden. Die Akustik der Deutungskämpfe zeigt sich beispielhaft im Aufeinandertreffen von Gebeten und Gesängen. In einer Beobachtungssituation sangen rund 15 Anti-Choice-Protestierende vor einer Klinik »Ave Maria«. Gegenprotestierende mit einer Pride-Flag in der Hand riefen »My body, my choice« und »Ich sage nein. Nein zu Gehsteigbelästigung«. Ich notierte später: »Es wirkt so, als ob die Person mit der Pride-Flag dem Gesang von ›Ave Maria‹ akustisch etwas entgegensetzen will« (Feldnotiz vom 25.3.2025). Lentjes und Kolleg*innen (2020) sprechen in diesem Zusammenhang von »sonic patriarchy«, dem akustischen Pendant zum »male gaze«. Der Verweis auf dieses Konzept dient hier dazu, zu zeigen, dass der Kampf um Abtreibung sich auch in der versuchten Aneignung des »Klangraums« (ebd., 424) rund um Kliniken zeigt, und zur Kontrolle geschlechtlich markierter Körper genutzt wird.[3] Da Störgeräusche im Vergleich zu visuellen Aktionen schlechter »ignoriert« werden können, wird durch die Lärmbelästigung auch die Beratungssituation beeinträchtigt (ebd.). An dieser Stelle ist anzumerken, dass das Netz der zugrundeliegenden Machtverhältnisse nicht nur vergeschlechtlicht ist, sondern am Beispiel dieser Gesänge auch mit Fragen von Religion und Säkularismus verknüpft ist.

Die beschriebenen Aktionen können als temporäre Raumaneignungen verstanden werden, die auf dem Zusammenspiel diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken, von Artefakten und Subjektivierungsweisen beruhen. Der Gehsteig als alltäglicher, unspezifischer Ort wird vor Kliniken und Beratungsstellen zu einem Ort, an dem Deutungskämpfe um Schwangerschaftsabbrüche geführt werden. Ähnlich wie von Fiore für die Niederlande beschrieben, werden zwar Praktiken aus den USA importiert, diese wirken aber mit lokalen Strukturen und Vorstellungen zusammen. Im deutschen Kontext spielen, wie gezeigt wurde, die Privatheit von Religion, die lokale Rechtsprechung und die behördliche Praxis eine wichtige Rolle. Die Inszenierung als friedlicher Protest und die Subjektivierung der gegen Abtreibung protestierenden Personen als Besorgte um den Schutz von Frauen und Familie zeigen, dass die Selbstdarstellung eher den religiösen Gebetswachen in Großbritannien ähnelt als dem offensiven Auftreten im US-Kontext (Lowe/Hayes 2019). Hier geht es um den Versuch, moralische Überlegenheit durch vermeintliche Empathie herzustellen – ein Vorgehen, das zugleich das Potenzial zu aggressivem Verhalten birgt, wie im Folgenden gezeigt wird.

3 Schulze (2025) plädiert mit „matters of sound“ für eine feministisch-erkenntnistheoretische Operationalisierung von Klang, die eine Sensibilisierung für das eigene Hören in Forschungsprozessen umfasst (ebd., 100).

Zwischen Beobachtung und Konfrontation: Zentrale Reibungspunkte im Feld

Zentrale Reibungspunkte werden entlang meiner eigenen Erfahrungen im Feld als Forschende herausgearbeitet, damit einhergehend wird die Subjektivierung der Anti-Choice-Akteur*innen besonders deutlich, da meine Position als Forschende neben Beobachtung auch konfliktreiche Begegnung beinhaltet. Drei zentrale Reibungspunkte werden hier dargestellt.
Mit Verweis auf Goffman argumentiert Gardner (1996), dass das Verwehren von *civil inattention* gegenüber Frauen eine öffentliche Belästigung darstelle, die sich im Versuch, private Informationen zu erhalten, in objektifizierenden Kommentaren und in körperlicher Grenzüberschreitung ausdrückt. Alle drei Aspekte konnte auch ich beobachten: Ich wurde vor Ort von Personen der Anti-Choice-Bewegung nach Wohnort, Herkunft und Religion gefragt, mein Körper wurde kommentiert und mit Szenarien belegt wie »jetzt stellen wir uns mal vor, sie werden vergewaltigt« (Feldnotiz vom 21.10.2025). Dieselbe Person reproduzierte eine Täter-Opfer-Umkehr, indem sie zu mir sagte: »Frauen sollen die Männer mal in Ruhe lassen« und somit suggerierte, Vergewaltigung sei kein legitimer Grund für eine Abtreibung. Das Narrativ, eine durch Vergewaltigung entstandene Schwangerschaft sei »von Gott gewollt«, ist Teil der Ideologie der Anti-Choice-Bewegung. Wie Roesch (2013, o. S.) betont, ist die Nichtanerkennung der Rechte von Vergewaltigungsüberlebenden Teil einer rechten Perspektive, die das »grundlegende Recht auf körperliche Autonomie verletzt und so *rape culture* ermöglicht« (ebd.). Diese Weise der systematischen Durchbrechung sozialer Normen als strategisches Mittel der Belästigung stellt den ersten Reibungspunkt dar.
Ein zweiter Reibungspunkt zeigt sich im Bruch der von Anti-Choice Akteur*innen betonten Selbstinszenierung als friedlich Betende oder Trauernde und den beobachteten aggressiven Praktiken. Deutlich wird dies in einer Konfrontation zwischen einer Frau aus den Reihen der *40 Days for Life*-Aktion, mir und zwei Aktivist*innen aus Gegenprotesten. Während ich mit den Aktivist*innen der Gegenproteste sprach, streckte die Frau uns ihr Handy mit einem Video eines blutigen Fötus in einer Schale entgegen:

> »›Was soll das, Sie sind für das Töten. Das sind schon Kinder.‹ Die Person neben mir sagt: ›Nein, das sind nur kleine Zellen nach der Befruchtung, das ist so ein kleines Gewebe.‹ […] ›Sie sagen, das sind Zellen. Nein. Das stimmt nicht. Das ist ein Kind. Wir wissen schon zwei Wochen nach der Befruchtung, da ist ein kleines Herz. […] Das ist Tötung.‹ Ich sage: ›Aber es ist doch der Körper der Schwangeren […]‹ Sie erwidert: ›Sie wollen darüber entscheiden, aber nein, das ist Tötung. Sind Sie Gott? Sind Sie Gott?‹ ›Nein‹, antworte ich. ›Ja dann, was wollen sie darüber entscheiden.‹« Feldnotiz vom 7.4.2025

In diesem Moment durchbricht diese Person mit ihren hastigen Bewegungen und der lauten, aggressiven Sprechweise das von den Akteur*innen der »Gehsteigbelästigung« betonte Bild friedlichen Gebets. Es ist davon auszugehen, dass die Aktivistin mich als eine der Gegendemonstrant*innen wahrnimmt und mich als solche attackiert. Gleichzeitig verdeutlicht die Situation, dass sich diese Akteur*innen selbst als ›wahre‹ Repräsentant*innen ihrer Religion, als Verkörperung des »Willen Gottes«

verstehen (Lowe/Page 2022, 180). Im britischen Kontext gilt das öffentliche Zurschaustellen von Religion als anormal – eine Beobachtung, die auch für den deutschen Kontext zutrifft, wo Religion eher als private Angelegenheit gilt (Pollack 2000). Im Feld kommentierten auch Passant*innen diese Praktiken als Instrumentalisierung von Religion. Eine*r äußert: »Ich finde das ist auch keine gute Repräsentation vom Glauben. Manche denken halt irgendwie, sie können anderen ihren Glauben aufzwingen« (Feldnotiz vom 19.3.2025). Knecht beschreibt die »Lebensschutzbewegung« in Deutschland als ein »Beispiel für politisierte Religion, für die Revitalisierung von Religion nicht nur im Rahmen des Privaten, sondern auch in der Öffentlichkeit« (Knecht 2006, 13 f.). Dieser Kontrast zwischen einer Subjektivierung als friedlich Betender und aggressiven Praktiken der Ansprache sowie der dahinter liegende Versuch der Politisierung von Religion als zweiter Reibungspunkt, sind Teil der Spezifik des Phänomens im deutschen Kontext.
Exemplarisch verdeutlicht diese Interaktion auch einen dritten Reibungspunkt: den Konflikt um die Deutungshoheit über den Körper der schwangeren Person und die Subjektivation des Embryos. Im Anschluss an Boltanski (2007, 275) erhält der Fötus in dem Konflikt zwischen Abtreibungsgegner*innen und Pro-Choice-Akteur*innen »Eintritt in die soziale Welt«. Der Kampf um Begriffe wie »Kind« versus »Zellhaufen« geht mit der Frage einher, ab wann Leben beginnt und wer die Entscheidungsmacht darüber hat. Laut der oben zitierten Protestteilnehmerin hat diese Gott inne, was bedeutet, dass Belästigung, Gewalt oder Risiken in der Gesundheitsversorgung gottesdienlich seien, wenn sie dazu führen, Abtreibungen zu verhindern. Diese Auseinandersetzung, ausgehend von der Deutung des Fötus/Embryos als Kind und der Abtreibung als Tötung, wird durch verwendete Schilder, Plastikföten und Parolen verstärkt und zeigt die Wirklichkeitskonstruktion der Anti-Choice-Akteur*innen im öffentlichen Raum.

Fazit und Ausblick: Anti-Choice-Harassment zwischen Stigmatisierung, Rechtsprechung und Widerstand

Die vorliegende dispositivanalytische Untersuchung rekonstruiert »Gehsteigbelästigung« vor Kliniken, Praxen und Beratungsstellen als komplexes Zusammenspiel aus diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken, Subjektivationen, Subjektivierungsweisen sowie Artefakten und hebt das Konflikthafte im Deutungskampf um öffentlichen Raum hervor. Auf dem Gehsteig, verstanden als Prisma, zeigen sich Reibungspunkte darin, dass soziale Regeln im öffentlichen Raum gebrochen werden, durch Blickregimes eine Drohkulisse hergestellt und visuell wie akustisch um die Deutung von öffentlichem Raum konkurriert wird. Deutlich wurde, dass der US-amerikanische Proteststil nicht einfach übernommen, sondern ähnlich wie in Großbritannien lokal angepasst wird. Häufig kommentierten Passant*innen oder Gegendemonstrierende, dass die Aktivist*innen ihren rechtlichen Rahmen genau kennen und sich daher in bestimmten Momenten zurückhalten, was die Subjektivierungsweise als lediglich »friedlich Betende« unterstreicht. Es konnte jedoch gezeigt werden, dass Aggressivität von einzelnen Protestierenden ausgeht und die

als bedrohlich empfundene Atmosphäre die Stigmatisierung von Abtreibung verstärkt. Der öffentliche Raum vor Kliniken, Praxen und Beratungsstellen wird zum »Angstraum« gemacht, was mit vergeschlechtlichten Machtwirkungen einhergeht. Religiöse Praktiken, Objektifizierung von - vor allem weiblich und/oder queer gelesenen - Personen und diskursive Praktiken erzeugen diese Atmosphäre.
Anknüpfend an Lowe und Pages (2022) konnte gezeigt werden, dass Belästigungen auf dem Weg zum Abbruch als Form von *gendered harassment* erlebt werden. Angesichts von Ängsten und dem Wunsch nach Geheimhaltung, die einen Abbruch häufig begleiten (Hahn u. a. 2025), verstärkt Anti-Choice-Harassment die Stigmatisierung von Abtreibung durch das Filmen von Personen, durch Blickregimes, symbolische Arrangements sowie durch aggressives Verhalten. Das spricht dafür, »Gehsteigbelästigungen« im Kontext von zunehmender geschlechtsbasierter und queerfeindlicher Gewalt im öffentlichen Raum zu deuten.
Als Teil einer dispositivanalytischen Perspektive wurde der Schwerpunkt auf den (öffentlichen) Raum und dessen Einrichtung gelegt: Proteste konstituieren den Gehsteig als Arena verschränkter Machtverhältnisse, in der Artefakte ihre »Hör-, Sicht-, Tast- und Nutzbarkeit« (Bührmann/Schneider 2008, 104) entfalten. Vertiefend könnte durch eine Artefaktanalyse die Materialisierung des Diskurses durch Plastikföten, Kreuze und Marienbilder herausgearbeitet werden. Eine stärkere Zentrierung der Betroffenenperspektive würde ermöglichen, die Erfahrungen, Umgangsstrategien und Forderungen von Berater*innen und Ärzt*innen oder weiteren an der Versorgung beteiligten Personen, wie Begleiter*innen, einzubeziehen. Dadurch könnte gezeigt werden, welche Bedeutung diese Personen bzw. Gruppen »Gehsteigbelästigung« beimessen und welchen Einfluss diese auf deren konkrete Arbeit und damit letztlich auf die Versorgungssituation haben kann. Schließlich ist nach emanzipatorischem Widerstand und solidarischen Praxen zu fragen. Fiore (2024) beschreibt, wie 2019 für niederländische Städte wie Rotterdam und Utrecht ein Klinik-Escortsystem eingerichtet wurde, um Klinikbesucher*innen von Belästigung abzuschirmen und emotionale Unterstützung anzubieten. Erste Initiativen sogenannter *Abortion Buddys* existieren auch in Deutschland, zum Beispiel in Berlin und Bremen. In Wien sorgte die Aktion »Schutzzonen, Jetzt!« im Sommer und Herbst 2025 dafür, dass auf einem für Gebete und Mahnwachen genutzten Platz einmal die Woche von Pro-Choice-Aktivist*innen eine Versammlung angemeldet wurde, um Abtreibungsgegner*innen diesen Raum zu nehmen. Wie der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in Zeiten des *reproductive backslidings* sichergestellt und einem zunehmenden Einfluss von Anti-Choice-Akteur*innen entgegengewirkt werden kann, bleibt ebenso Gegenstand von Diskussionen wie die Frage, was die Verwirklichungschancen reproduktiver Rechte über die Stabilität von Demokratie aussagen.

LISA BRÜNIG arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ethik, Geschichte und Philosophie der Medizin an der Medizinischen Hochschule Hannover sowie am Institut für Bildungswissenschaften der Universität Wien. Sie promoviert am Institut für Diversitätsforschung der Georg-August-Universität Göttingen zum politischen Kampf um Abtreibung in Deutschland. Sie studierte Politikwissenschaften und sozialwissenschaftliche Diversitätsforschung.
lisa.bruenig@univie.ac.at

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1–3: Digitalfotografie © Lisa Brünig 2025.

LITERATURVERZEICHNIS

Achtelik, Kirsten (2018): Für Föten und Werte: die ›Lebensschutz‹-Bewegung in Deutschland. In: Juliane Lang/Ulrich Peters (Hg.): Antifeminismus in Bewegung. Hamburg: Marta Press, 117-138.

Balcerzak, Agnieszka (2023): Angry Posters: Decoding the Political Aesthetics of Visual Pro-Choice Protest in Poland. In: Berliner Blätter 88, 23-41. DOI: https://doi.org/10.18452/28001.

BMBFSFJ (Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2024): Meinungsbild zur reproduktiven Selbstbestimmung und Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Woche. https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/246478/9b685f150c5734ef76efa909234f9285/umfrage-reproduktive-selbstbestimmung-data.pdf, aufgerufen am 2.12.2025.

Boltanski, Luc (2007): Soziologie der Abtreibung: zur Lage des fötalen Lebens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bredler, Eva Maria (2024): Wirksam gegen »Gehsteigbelästigung«? Verfassungsblog, https://verfassungsblog.de/wirksam-gegen-gehsteigbelastigung/, aufgerufen am 1.9.2026.

Brillet Reutter, Juliette (2025): ‹Pro-Life Feminism'? Contemporary Rhetoric of Organized Abortion Opposition in Germany. Redescriptions: Political Thought, Conceptual History and Feminist Theory 28(1), 22-39. DOI: https://doi.org/10.33134/rds.446.

Bührmann, Andrea Dorothea/Werner Schneider (2008): Vom Diskurs zum Dispositiv. Bielefeld: transcript.

Calkin, Sydney (2019): Towards a Political Geography of Abortion. In: Political Geography 69 (März), 22-29. DOI: https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2018.11.006.

Calkin, Sydney u. a. (2022): The Geography of Abortion: Discourse, Spatiality and Mobility. In: Progress in Human Geography 46/6, 1413-1430. DOI: https://doi.org/10.1177/03091325221128885.

Deutsches Ärzteblatt (2026): Abtreibungsgegner dürfen nahe Praxis demonstrieren, 18.3.26, https://www.aerzteblatt.de/news/gericht-abtreibungsgegner-durfen-nahe-praxis-demonstrieren-d05e3915-96ed-4b04-84ac-9db63b625ae8, aufgerufen am 20.9.2026.

Fiore, Elisa (2024): Reproductive politics in the city. Abortion clinics, buffer zones, and the role of urban space in the Dutch struggle for abortion. In: Feministische Geo-Rundmail 96, 22-25.

Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht: über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve.

Foucault, Michel (1982): Space, Knowledge and Power. A conversation with P. Rabinow. Skyline, https://foucault.info/documents/foucault.spaceKnowledgePower/, aufgerufen am 10.12.2025.

Foucault, Michel (1999): Andere Räume. In: Jan Engelmann (Hg.): Foucault: Botschaften der Macht, Reader Diskurs und Medien. Stuttgart: DVA, 145-160.

Fraser, Nancy (1990): Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy. In: Social Text 25/26, 56-80.

Gardner, Carol Brooks (1996): Passing By: Gender and Public Harassment. Berkeley: University of California Press.

Goffman, Erving (1969): Behavior in Public Places: Notes on the Social Organization of Gatherings. New York: Free Press.

Hahn, Daphne u. a. (2024): Abschlussbericht der Studie: Erfahrungen und Lebenslagen ungewollt Schwangerer. Angebote der Beratung und Versorgung (ELSA). Bundesministerium für Gesundheit. https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/publikationen/details/elsa.html, aufgerufen am 8.12.2025.

Hahn, Daphne u. a. (2025): Zugangsbarrieren zur Schwangerschaftsabbruchversorgung: Eine Analyse aus der Perspektive ungewollt Schwangerer – Erkenntnisse aus der Studie: Erfahrungen und Lebenslagen ungewollt Schwangerer. Angebote der Beratung und Versorgung (ELSA). In: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz 68/1, 28-37. DOI: https://doi.org/10.1007/s00103-024-03987-2.

Jackson, Lucy/Gill Valentine (2016): Rethinking Spaces, Sites and Encounters of Conflict in Twenty-First Century Britain. In: Mattias De Backer u. a. (Hg.): Order and Conflict in Public Space. New York: Routledge, 182-204.

Jackson, Lucy/Gill Valentine (2017): Performing «Moral Resistance"? Pro-Life and Pro-Choice Activism in Public Space. In: Space and Culture 20/2, 221-238. DOI: https://doi.org/10.1177/1206331217697142.

Kaschuba, Wolfgang (2013): Vom Tahrir-Platz in Kairo zum Hermannplatz in Berlin: Urbane Räume als ›Claims‹ und ›Commons‹? Raumanthropologische Betrachtungen. In: Eliza Bertuzzo u. a. (Hg.): Kontrolle öffentlicher Räume: Unterstützen, Unterdrücken, Unterhalten, Unterwandern. Berlin: LIT, 20-56.

Knecht, Michi (2006): Zwischen Religion, Biologie und Politik. Eine kulturanthropologische Analyse der Lebensschutzbewegung. Forum Europäische Ethnologie. Berlin: LIT.

Kumar, Anuradha u. a. (2009): Conceptualising Abortion Stigma. In: Culture, Health & Sexuality 11/6, 625-639. DOI: https://doi.org/10.1080/13691050902842741.

Lang, Juliane/Ulrich Peters (2018): Antifeminismus in Deutschland. Einführung und Einordnung des Phänomens. In: Juliane Lang/Ulrich Peters (Hg.): Antifeminismus in Bewegung: Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. 1. Auflage. Hamburg: Marta Press, 13-35.

Lembke, Ulrike (2017): Gehsteigbelästigung – Rechtliche Einordnung und Regelungsbedarf. In: Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes 1, 11-12. DOI: https://doi.org/10.5771/1866-377X-2017-1.

Lentjes, Rebecca u. a. (2020): The Ripping Apart of Silence. In: Resonance 1/4, 422-442. DOI: https://doi.org/10.1525/res.2020.1.4.422.

Logan, Laura S. (2015): Street Harassment: Current and Promising Avenues for Researchers and Activists. In: Sociology Compass 9/3, 196-211. DOI: https://doi.org/10.1111/soc4.12248.

Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Lowe, Pam/Graeme Hayes (2019): Anti-Abortion Clinic Activism, Civil Inattention and the Problem of Gendered Harassment. In: Sociology 53/2, 1-17. DOI: https://doi.org/10.1177/0038038518762075.

Lowe, Pam/Sarah-Jane Page (Hg.) (2022): Anti-Abortion Activism in the UK: Ultra-Sacrificial Motherhood, Religion and Reproductive Rights in the Public Sphere. Bingley: Emerald Publishing Limited.

LSVD (2024): Alltag: Queerfeindliche Gewaltvorfälle in Deutschland. https://www.lsvd.de/de/ct/3958-Alltag-Queerfeindliche-Gewaltvorfaelle-in-Deutschland, aufgerufen am 10.12.2025.

Marquardt, Nadine/Verena Schreiber (2015): Geographien der Macht: für einen integrierten Blick auf Raumproduktionen mit Foucault. In: Europea Regional 21/1-2, 36-46.

Mitchell, Don (2003): The right to the city: social justice and the fight for public space. New York: Guilford Press.

Müller-Elmau, Marie/Eva Maria Bredler (2024): Reproductive Backsliding. Wie autoritär-populistische Parteien den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen beschränken können. Verfassungsblog. https://verfassungsblog.de/reproductive-backsliding/, aufgerufen am 10.12.2025.

Niendorf, Johanna u. a. (Hg.) (2025): Antifeminismus und Provinzialität: Zur autoritären Abwehr von Emanzipation. Bielefeld: transcript.

Norris, Alison u. a. (2011): Abortion Stigma: A Reconceptualization of Constituents, Causes, and Consequences. In: Women's Health Issues 21/3, 49-54. DOI: https://doi.org/10.1016/j.whi.2011.02.010.

Notz, Gisela (2019): Der Antifeminismus der selbsternannten ›Lebensschützer‹. In: Marion Näser-Lather u. a. (Hg.): Backlash?! Antifeminismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Roßdorf: Ulrike Helmer, 235-258.

Pollack, Detlef (2000): Neue Nüchternheit: Wo steht die Religionssoziologie in Deutschland? In: Herder Korrespondenz 11, 581-586.

Roesch, Chelsea (2013): How Fetal Personhood Laws Promote Rape Culture. Political Research Associates. https://politicalresearch.org/2013/06/14/how-fetal-personhood-laws-promote-rape-culture, aufgerufen am 10.12.2025.

Ruhne, Renate (2020): B.11 Urbane ›Angsträume‹ – Die Stadt als ein vergeschlechtlichtes Bedrohungsszenario. In: Ingrid Brecker u. a. (Hg.): Stadtsoziologie und Stadtentwicklung. Baden-Baden: Nomos, 429-440.

Sanders, Eike u. a. (2014): »Deutschland treibt sich ab«: Organisierter »Lebensschutz«, christlicher Fundamentalismus und Antifeminismus. Münster: Unrast.

Sanders, Eike u. a. (2018): Kulturkampf und Gewissen: medizinethische Strategien der »Lebensschutz«-Bewegung. Berlin: Verbrecher Verlag.

Sänger, Eva (2007): Umkämpfte Räume. Zur Funktion von Öffentlichkeit in Theorien der Zivilgesellschaft. In: Femina Politica 2, 18-27.

Schulze, Marion (2025): Matters of Sound. Ein Denkhorizont für Klang als epistemische Größe in der feministischen Theorie. In: Zeitschrift GENDER 3, 88-102. DOI: https://doi.org/10.3224/gender.v17i3.07.

Berlin Universities Publishing

Copyright © 2026 The Author(s)

Caring through Frictions
Queer Activism and Prefigurations of Caring Solidarity

SASCHA SISTENICH

ABSTRACT

Based on activist-collaborative ethnographic research in the organising collective of an alternative Pride in a city in the western part of Germany from March 2024 to May 2025, this article asks how queer activists sustain collective practice under conditions of limited capacity, plural political aims, and precarity. It traces two levels of friction that were brought about by the contraction of the organising group, a conflict over body norms in the programme, and a year-long review process: one between the productive labour of delivering an event and the reproductive labour sustaining those who deliver it, and the other between queer activist aspirations and normative societal structures.

Combining Anna Lowenhaupt Tsing's friction as the awkward and unequal quality of interconnection across difference with Paolo Heywood's account of deliberately produced difference in queer activism, the article argues that Olga Shparaga's concept of caring solidarity specifies the conditions under which friction remains workable: it politicises care, which is usually confined to the private sphere, and treats vulnerability as a repertoire moving between injury, agency, and resistance. These practices keep friction negotiable within the structural limits: emotional labour becomes contestable, while time, money, and health remain unequally distributed. Read through José Esteban Muñoz's utopian as potentiality, the arrangements during the alternative Pride appear as a blueprint for an alternative future.

KEYWORDS

Queer activism, caring solidarity, social movements, prefigurations, vulnerability

HOW TO CITE

Sistenich, S. (2026): Caring through Frictions: Queer Activism and Prefigurations of Caring Solidarity. In: Berliner Blätter 93, 86–102. DOI: 10.60789/931243.

ISSN (Online): 2702–2536 | Creative Commons CC BY 4.0

I attended the first planning meeting for the alternative Pride of a bigger city in the western part of Germany in March 2024. Alternative Pride events developed as a response to and resistance against the commercialisation and mainstream nature of many Pride events today. Their focus is on highlighting the political roots of the Pride movement and emphasising the original spirit of resistance and social justice associated with the Stonewall riots of 1969. They often oppose the incipient assimilation of LGBTQIA+ communities into established social and gender norms. Alternative Prides feature issues such as anti-racism, anti-capitalism, anti-fascism, and intersectional justice. They often seek to amplify voices that are marginalised within queer communities, such as people of colour, disabled people, trans people, and others who may be less visible at mainstream Pride events (Tietz 2021).
The meeting I attended was one of the group's first meetings and was open to new members. It took place in a space dedicated to intersectional education and activism in a neighbourhood characterised by working-class migrants. There were around 20 people present, seated in a circle of sofas and stools. Everyone stated their name, pronouns, activist background, and, if they wished, how they were feeling at the time in a round of introductions. Additionally, I explained my background as an activist researcher and asked for the group's permission to take notes. The group then set about planning, allocating tasks, and forming working groups. One person wrote a protocol, another, one of the organisers from last year, moderated the meeting. The motivation was to create an opposing event to the main Pride in the city, which attracts several thousand visitors every year and hosts more than one hundred participating groups, including many businesses, the police, the army, and political parties. Alternative Prides aim at a clear rejection of what is often termed ›Corporate Pride‹ or ›rainbow capitalism‹, denouncing the ways in which corporations, the police, the army, and other state or market actors currently profit symbolically and materially from Pride, while leaving the underlying structures of oppression intact (Huber 2013; Smialek/van Vliet 2024). Instead, the organisers framed Pride as a site of »queer liberation without capitalism«, explicitly grounding their event in the protest genealogy of the Stonewall Riots led by Black trans women and other people of colour who resisted police violence and racialised regulation. The organisers called on participants to »come together and unite« in order to connect different struggles, approaches to systemic change, and identities within the queer community, and use the day as a space for learning and mutual exchange rather than consumption. They, thereby, foregrounded values of anti-capitalism, anti-racism, solidarity, as well as intersectional, coalition-based politics, tied to a utopian horizon of »a future that is liveable for everyone« (Fieldnotes, 13.3.2024).
Weekly meetings took place over the next three months, and the subgroups communicated almost daily via Signal groups to organise a queer action week culminating in a street protest event. The aim was to create a programme schedule from Monday to Friday with different workshops, talks, and film screenings, as well as a day festival on Saturday. The festival was to take place at an open space with booths representing different local activist groups, drag and ballroom performances, live music and DJ sets, and food and drinks for almost 400 people.
The group consisted of various local activists who identified as queer and politically left-wing and had further links to queer communities. Some of them had already been involved in planning the first alternative Pride the previous year or helped organise events for the Trans Day of Visibility on 31 March and Trans Day of Remembrance on 20 November, and had joined the group through those events.

Others had seen the call for an open plenary meeting via Instagram or other online networks. I heard about the open meeting through other groups that were part of my research field and went there as an activist researcher with the intention of researching at the alternative Pride in a collaborative and engaged manner. I continued to attend meetings regularly from March 2024 to May 2025, and was part of several online chat groups. I formed a working group, together with Violet and Calvin, both non-binary activists in their early 30s, responsible for putting together and co-ordinating the programme.
As we went about planning the event, I repeatedly noticed various sources of conflict, some of which were resolved quickly, whilst others escalated into larger issues. A particular conflict concerning one group's contribution to the programme developed in a pronounced manner and across various dimensions.
In a later interview with Violet and Calvin, Violet sums up the tensions that arose within the group and which they often perceive in queer and left-wing activist contexts as follows:

> »On the one hand, there's this tension between standing up for certain causes together and wanting to bring about change, and, on the other hand, there's fragmentation – where groups draw lines in the sand and can no longer work together, and somehow can't work towards a common goal. This sort of fragmentation then leads to nothing happening at all, because you're left with only very small groups pursuing their own particular interests. […] And the other point I've been thinking about more recently is a similar tension: on the one hand, private individuals drawing boundaries, saying, ›I don't have the capacity for this. I need to prioritise self-care‹; and on the other hand, community work or work for various organisations, institutions, or groups. And I wonder how things can be achieved if everyone just says to themselves, ›I've basically got no capacity left‹, and what that then means for people who might go beyond those boundaries. What, for example, are the boundaries and limitations of an organisation if everyone looks after themselves first?« (Interview with Violet and Calvin, 19.10.2024, author's translation)

I know Violet through various queer activist groups in which we have worked together during my doctoral research on current local queer activism. The interview excerpt shows two areas of concern that are central to the article's argument. Firstly, Violet diagnoses the difficulty of sustaining collective agency under conditions of plural political aims. Different groups pursue diverging aims and strategies, such that political projects risk disintegrating into a landscape of small collectives with particularistic interests that struggle to act together. Secondly, they foreground caring for plural needs in a neoliberal capitalist and unjust society. Individual boundaries, needs for protection and rest, and claims to self-care stand in tension with the collective demands of community and the equal distribution of reproductive labour.
Violet's account, thus, raises several questions which I will be discussing in this article: how, under conditions of limited capacities and widespread precarity, can collective and transformation-oriented practice be sustained without structurally pressuring some individuals to constantly transgress their own limits? How do struggles for diversity and commonality give rise to friction on both an individual

and societal level, and how do the actors address the structural and material inequalities they face? How do queer activists negotiate the tensions between individual needs and collective goals of social justice and solidarity in activist settings, and what prefigurative politics emerge from these negotiations?
I argue in this article[1] that queer activists respond to cis-heteronormativities through experimental practices of caring solidarity that keep friction workable. I use a set of frictions that arise from the example of the alternative Pride to explore these questions: one between individual needs and collective goals, and another between queer activist aims and visions, on the one hand, and everyday life shaped and structured by neoliberal capitalism, on the other. Accordingly, I firstly introduce my research methods as an engaged activist ethnographer. Secondly, I conceptualise friction as the productive but ambivalent mode in which difference generates movement, and caring solidarity as the condition under which friction remains productive. I then trace two intersecting levels of friction through the planning of the alternative Pride: between the productive labour required to deliver the event and the reproductive labour that sustains those delivering it, as well as between the political aspirations of queer activism and the normative societal structures in which activists live. Finally, I examine the material limits of these practices, showing how exhaustion, unequal capacity, and unavoidable exclusion mark the point at which the queer political arrangements reproduce what they set out to contest in the first place.

Researching Pride as a Queer Activist Ethnographer

The article is based on ethnographic material that I have collected through my observations made as part of my involvement in the planning of an alternative Pride from March 2024 to May 2025 and following interviews with two of the organisers. It is part of my dissertation project on queer activism in in the western part of Germany. Using activist-collaborative ethnographic methods (Low/Merry 2010; Kirsch 2018; Binder 2022; Zenker/Vonderau 2023) combined with semi-structured interviews and participant observations, I have examined, since 2022, how queer visions of the future, as a transformative practice, promote new forms of coexistence and counteract conservative, anti-democratic, and dystopian narratives. As a queer researcher and activist, I spent almost three years participating in and observing several queer activist groups in urban regions in the western part of Germany that are organised in tightly interwoven networks as a close-knit community with overlapping friendships, chosen families, and romantic, sexual, and activist relationships. To this end, I participated in the organisation of the alternative Pride event mentioned previously, helped design (non-commercial) queer cultural spaces, such as gatherings and parties, and took part in a queer body care collective. The alternative Pride and body care collectives were organised as loose collectives and charitable organisations, whereas the queer party collective is structured as a private limited company (GmbH) due to financial risks and club cooperation. I interviewed 23 queer participants from urban regions in their early 20s to mid 40s, white and BIPoC,

1 The contribution was part of an all-English panel. To ensure greater accessibility, the following text is, therefore, also written in English, although my research was conducted in a German-speaking context. I would also like to take this opportunity to thank the editors, especially Friederike Faust and Beate Binder, for their detailed and thought-provoking feedback. I would also like to thank Fiona Sprack for her careful review.

largely nondisabled, leftleaning, often with a higher or academic education. Most of them identify with labels such as lesbian, gay, bi(sexual), trans, nonbinary, or poly(amorous).
I gained access to the field primarily through personal networks and a researchspecific Instagram account where I introduced the project and shared interim findings[2]. Social media and chat groups functioned as the main infrastructure for announcing events and identifying groups that were otherwise only semipublic. I gained access to several queer activist groups over time that I joined for at least six months, most of which I never left.

Frictional Relations: Difference, Care, and the Conditions of Collective Practice

A set of frictions that run through queer activist practice itself emerge from Violet's reflections. This includes, firstly, the friction between plural political aims and the need for common ground; secondly, between individual boundaries and collective demands; and thirdly, between the productive labour required to realise activist projects and the reproductive labour that sustains those who carry them.
Following the anthropologist Anna Lowenhaupt Tsing (2005), I use the concept of friction as a tool to analyse the productive moment of changing social relationships and modes of action. Cultures, she argues, are continually co-produced in interactions she terms friction, characterised by »the awkward, unequal, unstable, and creative qualities of interconnection across difference« (Tsing 2005, 4). Friction, in this understanding, is what makes movement possible in the first place: »A wheel turns because of its encounter with the surface of the road; spinning in the air it goes nowhere« (ibid., 5). Applied to social processes, this directs attention to how difference itself conditions the direction, speed, and shape that collective action takes. Tsing argues that this process is often messy and surprising. »Coercion and frustration join freedom as motion is socially informed«, she writes, and friction »inflects historical trajectories, enabling, excluding, and particularizing« (ibid., 6). Her image of roads captures this ambivalence, as they create pathways to make motion easier, »but in doing so they limit where we go. The ease of travel they facilitate is also a structure of confinement« (ibid.). Queer movements, too, must continually seek new routes of resistance, achieving considerable successes while remaining accompanied by frustration and repetition. At the same time, newly emerging normative frameworks – for example, through epistemic (re)organisations – also shape these frictions from within. The »contingent encounters« (ibid., 4) of activist practice are the sites at which political possibility is produced and foreclosed.
Paolo Heywood's (2018) ethnographic study of queer activism in Bologna allows us to more precisely define the differences at stake and explain why they exist. He shows that difference, in this context, is actively and deliberately made, and that its production carries an explicit ethical charge. Tensions between group and individual identities, he notes, are common within the sphere of queer activism (ibid., 3). What is decisive for his argument is that this tension itself revolves around the

2 As part of my collaboration, I produced several articles and a podcast episode with research partners: Sistenich, Sascha et al. (2025): *Caring Resistance – Caring Solidarity. Ko-Artikulationen queerer Fürsorge als Text-Podcast-Assemblage*. In: Kuckuck. *Notizen zur Alltagskultur 2*, 21-23; and https://open.spotify.com/episode/06uixdDkiDGxUodzqUcDm5?si=skgjXJq-Q5afUhTgHfm6lA.

notion of difference. Through the everyday transgression of established norms, the production of difference is a daily constant for queer people and in activist contexts, it becomes a precondition for the politicisation of difference.
Heywood's »tensions« and Tsing's »friction«, however, are not synonymous. Heywood names the substantive contradictions at work: between individual and collective claims to identity, between the commitment to (make a) difference and the need for recognition. Tsing describes the mode of interaction through which such contradictions are worked upon and through which something new is generated. Heywood's tensions can be seen as the material and Tsing's friction as the movement produced from it. Read together, they allow strategies such as »agreeing to disagree« (Heywood 2018, 71) to appear as frictional practices that sustain difference and keep disagreement legitimate and even generative. This is also what I observe in my field, where divergent understandings of queer politicisation, body norms, and solidarity produce tensions and, at times, open conflict. Rather than leading to fragmentation, actors repeatedly cultivate frictional relations in which difference becomes a resource.
However, the question of the conditions under which friction becomes productive remains open in both concepts. Awkward engagement can equally entrench exclusions, exhaust those involved, or harden into the fragmentation Violet describes. Adopting Olga Shparaga's (2024) concept of caring solidarity, I show under which conditions frictional practices become workable. Shparaga uses care to specify the empathetic and attentive dimension of solidarity practices that emerged as a response to massive state violence. The recognition of human vulnerability, based on Judith Butler (2004), as the fragility of bodies and lives, which unfolds as a repertoire of situations and actions moving between victimhood and resistance, is central to this form of solidarity. Shparaga describes this repertoire as the transformation of vulnerability into agency, particularly in prisons, where women reshaped their own and shared experiences through embodied care for themselves and others. Caring solidarity crucially politicises practices of care that are usually confined to the »private sphere« and performed as undervalued, unpaid, feminised, and often migrantisised labour (Shparaga 2024, 26). She describes the practices she observed among activist women as

> »psychological, legal and financial mutual aid, […] emotional support, warmer and more trusting relationships, intensified friendship communication, and as a critique of hegemonic masculinity, together with the claim to be allowed to be vulnerable, to need self-care and to ask each other for help and support« (ibid., author's translation.)

Shparaga links these practices to values of mutual respect, non-violence, sharing, care, and creativity and reads them as prefigurative attempts to create new spaces of freedom and equality both inside and beyond existing institutions. This solidarity functions dually as lived social practices and normatively driven political projects, bridging affective motivation and critical reflection to affirm universal equality amid persistent inequalities from particular vulnerabilities and interdependencies (Susemichel/Kastner 2021, 32-35; Bojadžijev/Celikates 2025, 37). Unlike asymmetrical compassion or charity, it fosters symmetrical collaboration and engagement by enabling people to recognise their own fate in the fate of others through empathetic resonance, without requiring shared experiences (Jaeggi 2021, 55, 62f.).

Regarding this article, caring solidarity, thus, provides a lens that connects vulnerability and resistance, and allows me to analyse queer activist practices of responsibility-taking, conflict work, and mutual support as political. Together with Tsing's friction as simultaneously enabling, excluding, and particularising (2005, 6), I trace friction on two levels. Firstly, I examine the frictions between production and reproduction that emerge during the planning of the alternative Pride. I understand the level of production as the workload required for the concrete realisation of the event, that is, the planning steps situated within capitalist and neoliberal logics. Concerning the level of reproduction, I refer to care and emotional labour (Hochschild 1983), that is, all work necessary for sustaining the capacity to labour, which is typically located along gendered, racialised, and increasingly neoliberalised dimensions. Secondly, I examine the frictions arising between queer activism and the ideologies it pursues, on the one hand, and normative societal ideologies, on the other.

Produced by a Few for the Many: Frictions of Labour and Capacity

In the following, I approach the frictional moments during the planning of the alternative Pride through situations in which its aspirations became difficult to sustain. Such moments are analytically productive because they show the infrastructural ambivalence of the alternative Pride, especially concerning the unequal distribution of labour and resources, and the normative expectations on which the space rests. One such moment surfaced in a conversation with Violet:

> »It often boils down to a few people completely overworking themselves. That's how it was at last year's event, where, in the end, only a few people were still working on it. We started with a huge group, but many people ended up just ›consuming‹ what is called community and giving very little in return.« (Interview with Violet, 23.7.2025, author's translation)

Violet's report summarises the course the planning cycle took. Initial meetings were well attended and marked by high motivation, but attendance thinned over the following months, until, in the weeks before the event, the core team consisted of some six or seven people. What began as a broad alliance narrowed to a small group carrying an ambitious programme, and frustration accumulated accordingly. On the first level, Violet describes a mismatch between the productive labour required to realise the event and the reproductive labour available to sustain those doing it. This mismatch generated conflicts on both interpersonal and organisational registers. On the second level, the terms in which they describe it are themselves revealing. The assertion that the community is ›consumable‹ encourages a moral economy of contribution, whereby legitimate participation depends on the contributions made. This mobilises a productivist logic of giving and taking within a project that is explicitly committed to challenging capitalist valuations of labour. The same normative resource, namely, the claim »to be allowed to be vulnerable, to need self-care and to be able to ask one another for help and support« (Shparaga

2024, 26), functions differently depending on the position from which it is invoked. Articulated in the first person, it legitimates withdrawal as care; observed from the position of those who remain, the same withdrawal appears as a failure of solidarity. Caring solidarity, in other words, does not resolve the tension between plural needs and plural aims. It shifts the focus, meaning that the conflict over how withdrawal is to be interpreted becomes one of the sites at which this tension is worked out. Therefore, I view the disengagement of participants as friction between activist aspirations and the everyday structures in which people are embedded: wage labour and its schedules, money, health, care obligations, but also fluctuating motivation and conflicting understandings of what solidarity requires.

Read against the collective's own aspiration to create a deliberately political and inclusive space in which the diversity and struggles of communities are recognised and celebrated, Violet's observation points to a less solidaristic underside of that aspiration. The core team had contracted to six or seven people in the weeks before the event, so that the space was produced by a few for the many, and its realisation rested on forms of self-exploitation extending towards so-called »activist burnout« (Gorski/Chen 2015). The capacity to stay, moreover, was unequally distributed. Most of those who remained had comparatively flexible schedules as students, part-time workers, or jobseekers, or, in my case, participated in the event as part of an ongoing research project. The very autonomy over their own time that enabled them to sustain an anti-capitalist project was itself a product of positions within and at the margins of capitalist labour relations. Commitment, thereby, operates as a de facto criterion of belonging, and the material inequalities the alternative Pride sets out to contest reappear as conditions of participation within it.

The withdrawal of participants is where the second level of friction is most directly legible. Weekly plenaries, daily Signal communication, and a three-month intensification towards a single date presuppose a temporal availability that standard employment does not grant. Those who departed, left a schedule that competed with shift work, commuting, children, therapy appointments, and recovery time. On this level, Violet's perception of a moral failure of contribution is actually the labour market asserting itself within an anti-capitalist collective. Because the group could not address this issue, the inequality reappeared as a matter of individual commitment.

These dynamics are structured by the format itself. The alternative Pride defined itself against an event drawing several thousand visitors and more than a hundred participating groups, including corporations, police, army, and political parties. Yet, in rejecting the political content of the mainstream Pride, the organisers retained its infrastructural template: a fixed date, a stage, a week-long programme, and a crowd of several hundred people. The planning process brought the collective's care-oriented, anti-capitalist values into conflict with the established organisational conventions through which Pride becomes publicly and institutionally recognised. The fixed date, permits, programme, and stage, as well as the expectation of a public gathering, provided an established infrastructure for mobilising participants and gaining visibility. At the same time, this infrastructure directed diverse aims, needs, and capacities towards a single moment of delivery. In this sense, Pride as a protest strategy functioned a lot like Tsing's road: it not only facilitated collective movement but also directed it along particular routes, making alternative paths more difficult. As Tsing puts it, »the ease of travel [it] facilitate[s] is also a structure of confinement« (2005, 6). The format, therefore, shaped the trajectory of the friction between productive and reproductive labour. As the event

approached, completing the programme became increasingly urgent, while care, recovery, and open-ended reflection were easier to defer. This orientation shifted the focus of negotiations towards delivering the event, transferring much of the resulting pressure onto those who remained involved. Consequently, the emerging tensions reveal how efforts to create an anticapitalist, care-oriented space remained entangled with a publicly recognisable repertoire of protest whose temporal, legal, and organisational requirements reproduced some of the productivist pressures that the collective sought to contest.

Whose Queerness? Frictions of Difference and the Work of Conflict

The frictions described so far concerned the distribution of labour and the conditions under which participation was possible. Another set of frictions emerged one week before the event, this time over the content of the programme itself and which understandings of queer politics it would legitimise. The two are connected in practical terms: the conflict arose at the point when the organising team had already contracted to a few people, and was taken on by the same core that was simultaneously completing the remaining planning tasks. Handling it, therefore, required emotional and co-ordinative labour from people who had no additional capacity, and had to be resolved within one week.

After the programme had been finalised, Calvin uploaded the line-up and the descriptions of the groups invited to the organising group's online channel. Among them was a small queer performance group whose shows combine dance and artistic elements and require regular, disciplined training. They had recently gained attention through bookings at several events. Shortly after the programme went online, Calvin and Violet each received separate phone calls from Kuni, another non-binary activist involved in the organisation. Kuni objected to the collective's participation on the following grounds: Kuni felt personally excluded based on their own experience of first participating in open training and then finding the group closed to new members for planning reasons. They interpreted the group's admission practice and its focus on trained, stage-ready bodies as reproducing patriarchal behaviour and normative body images, and, thus, as contradicting the anti-normative, and solidarity-oriented aims of the alternative Pride. From Kuni's perspective, the visibility that the group would have gained through the event amplified precisely those norms around ability, attractiveness, and performance that many marginalised queers experience as exclusionary. On this basis, Kuni demanded that the group be removed from the programme, yet, was unable to pursue this on their own because of their high emotional involvement.

That conflict can be understood as a condensed example of what Tsing calls »zones of awkward engagement« (2005, xi), in which different aims, needs, and imaginaries collide and are mutually transformed rather than simply clashing or harmonising. The subsequent discussion in the organising collective made several overlapping lines of conflict at individual, collective, and structural levels visible. At the individual level, Kuni's sense of hurt and the performers' investment in their project confronted the group with the question of how to take an experience of exclusion

seriously without pre-emptively condemning another queer initiative. At the collective level, the organisers debated how to handle critique in a small scene with dense, overlapping relationships: how to protect anonymity and avoid personalised escalation when ›everyone knows everyone‹, and who should assume the emotional labour of mediating between parties. At the structural level, the conflict foregrounded tensions between aspirations to openness and the practical need for closure and planning and between different queer political projects. On the one side, there was an anti-normative, anti-ableist understanding of representation, and, on the other side, a performance as a form of queer cultural production based on self-determination, pleasure, and bodily visibility as queer political achievements, in a lineage of sex-positive and subcultural politics.

Kuni's objection is easily read as an internal dispute over queer aesthetics. The norms they identified, such as trained bodies or desirability, distribute recognition along axes of weight, ability, age, size, and race that precede any queer scene. Kuni's claim was, therefore, that the collective's practice, whatever its intentions, functions as a conduit through which societal body hierarchies enter a space declared free of them. The collective's counterclaim operated on the same terrain from the opposite direction. They reclaim stage visibility as resistant precisely because such visibility has historically been denied to queer bodies, pathologised, or criminalised. Both positions are directed towards the same external factors. The conflict was deemed unresolvable because both parties challenged hegemonic norms using different strategies: one by refusing to engage with them, and the other by embracing them.

In Heywood's terms, the tension revolves around difference itself. Both positions rest on an ethical commitment to producing difference, which is what makes their collision so hard to resolve (Heywood 2018, 95f.). In Tsing's terms, this is a zone of awkward engagement in which the friction is constitutive of the encounter (2005, 4). It can stall collective action, but also generate new arrangements of responsibility and care. These frictions are the very encounters that condition and redirect motion, enabling some trajectories, excluding others, and particularising the paths along which queer politics can move.

The conflict also made the queer scene's density tangible. Several members of the organising team knew members of the collective personally. Kuni, Calvin, and Violet were known to several of them, as friendships, romantic and sexual relationships, and prior collaborations overlapped. Therefore, a personal injury could escalate rapidly into a collective crisis, and any handling of the critique would have consequences beyond the immediate parties.

I was directly involved in responding to this situation as a member of the conflict-management team alongside Calvin and Violet. Rather than deciding whether Kuni's critique was ›objectively right‹ or identifying culprits, our discussions focused on taking responsibility for the process. We clarified how we understood the criticism, acknowledging our own limitations and entanglements, and made the risks we perceived explicit, such as overburdening already precarious friendships in a small scene and our own fatigue given the additional emotional and temporal labour. In this sense, the conflict opened up a contingent encounter in which divergent political commitments and vulnerabilities had to be negotiated. Following Tsing, I approach the ensuing steps of conflict work as moments in which friction, as the awkward, unequal, and unstable qualities of this encounter, became a generative force that made power relations visible and created the conditions for rearticulating

responsibilities, boundaries, and solidarities. The next section traces these processes in detail, focusing on how the team sought to craft a caring, accountable framework for dealing with Kuni's critique and the performance collective's position.

Practices of Collective Responsibility-taking

Calvin, Violet, and I were all taking part in this kind of alternative Pride organisation for the first time and involved in the conflict resolution process. After multiple meetings and drawing on different experiences of activism and social work, the team decided on a step-by-step, multilayered process intended to create various safeguards. Firstly, we clarified our understanding of the criticism and our limitations in this situation internally. During this phase, we shared our concerns, such as the fear of straining friendships within the overlapping groups, and our own exhaustion due to the additional emotional and time investment required. The process was, therefore, aimed at taking collective, shared responsibility for the situation. The conflict management team did not take responsibility for what was ›correct‹, nor did we automatically pass on the criticism. Instead, we reflected on crucial power relations and interdependencies. Disclosing our own insecurities highlighted the group's vulnerability and fallibility, given the relational nature of the conflict. In this way, the group established a foundation for conflict resolution based on transparency. Secondly, we decided that Kuni should remain anonymous and we would convey the criticism on their behalf. This was intended to protect Kuni from direct confrontation and give the performers time to reflect without feeling personally attacked. However, this also meant that we would have to respond to questions that we could not fully answer, as we were representing a position that was not our own. Drawing on the team's professional background in social work and their experience as activists, we then drafted a written moderation guide, modelled on de-escalation formats used in community mediation. This specified an agreed-upon agenda to be communicated at the start, an opening check-in round, and a clear separation between presenting and discussing the criticism. This meant that the collective would initially hear the critique in full before responding. It also included designated speaking roles. We decided that Violet would open and explain why we had come, Calvin would present the substance of the criticism, and I would facilitate the discussion and intervene if the conversation became accusatory. We also agreed on a signal between us for pausing the meeting if any of us felt it was going badly. Planning for gradual de-escalation in this way functions as a strategy for mutual safety, and the guide provided a preventive structure against accusatory dynamics, so that each step remained predictable for all participants. This created a dialogical counter-strategy to both escalation and conflict avoidance (cf. Schweitzer-Martin 2025, 247). Such strategies of community accountability and restorative or transformative justice are long-grown approaches coming from (feminist) Black movements starting to become more visible in the 1960s (cf. Taylor 2017) and having a strong influence on different forms of community activism nowadays (Medina 2013; Medina 2023).

We met with the group the Sunday before the event, ahead of one of their rehearsals. We started with a check-in round to create a needs-oriented framework: each

person introduced themselves with their name and pronouns and briefly shared how they were feeling at that moment. Many were nervous because they had no idea what the meeting was going to be about. Calvin, Violet, and I also shared our anxiety. Thus, the check-in established emotional articulation as a legitimate form of situated knowledge within the setting, alongside the procedural and argumentative registers provided by the moderation guide. Political philosopher and protest researcher José Medina argues that:

> »Emotions are key for situated learning; and reflecting on our emotional responses is a crucial way of learning from our affective appraisals of situations. Publicly expressed emotions can be a crucial part of collective learning; and, more specifically, the emotional expressivity of public protest is a key component in our collective learning about justice and instrumental in the fight for social justice.« (2023, 304)

Sharing emotions publicly structured both individual self-awareness and the collective regulation of expectations and affects. Despite its emotional intensity, I was struck by how oriented the conversation remained towards workable arrangements. The performers regulated their own responses in order to remain constructive. One of them asked what Kuni needed, as the criticism had come across to them as stemming from a sense of rejection. They then asked what we, as the conflict-management team, needed. This surprised me even more, as we were not at the centre of the conflict. However, this needs-oriented mode of engagement made room for anger, sadness, and helplessness without these hardening into defamatory or violent patterns. It also distributed the emotional labour across everyone present. Following Butler (2015, 218), the sharing of feelings in the group and the open communication of vulnerabilities and uncertainties can be understood as an act of making vulnerability liveable.

Two frictions became tangible in this setting. The first ran between conflicting emotional appraisals of the same situation: Kuni's experience of exclusion and the performers' sense of being singled out both had legitimate grounds, and neither could be resolved by argument alone. The second ran between the emotional register at the level of reproduction, and the register of efficiency at the level of production, in which the meeting was, nevertheless, embedded. The conversation took place before a rehearsal, under time pressure, one week before an event that had to be delivered, and both the collective and the conflict-management team were also managing production deadlines. Making space for feelings meant, at least temporarily, subordinating production to reproduction for the duration of the meeting and suspending the productivist expectation that a single meeting should deliver a decision. These frictions were productive in that they led to moments of reflection and renegotiation. As other public anthropology projects have shown, frictions of this kind allow boundaries and expectations to be renegotiated and open up more accountable ways of working together (cf. Abbas et al. 2025, 203).

After a break, during which the collective conferred and rehearsed internally, we shared sweets we had brought. Then, for my research and for the ongoing process, I took notes before we met again for a closing round. The collective acknowledged that their practice reproduced power structures, taking the criticism seriously. At the same time, they explained that they were not admitting new members at present, since their rehearsal schedule and upcoming bookings required a stable group.

Despite the criticism, they wished to participate in the alternative Pride, and declined Kuni's request to be removed from the programme. They argued that including a content note in the programme was important so that people who did not want to see the performance due to its explicit and sexual nature, would be informed in advance. They also asked why their group in particular was being questioned, when other closed groups were not. We took these counter-arguments seriously, as they indicated that the collective was taking responsibility for its perceived impact. The group committed to internal reflection and expressed openness to a mediated conversation with Kuni. We were also able to have another conversation with Kuni afterwards and clarify the circumstances surrounding the event. Whilst we were unable to offer a proper compromise, we were at least able to provide emotional support, so that the event could go ahead and Kuni could feel safe (Fieldnotes, 2.6.2024).

Following the event, an eight-month review phase, involving Kuni, Calvin, Violet, and myself, took place between June 2024 and February 2025. Contrary to the production-oriented logic of efficiency, this extended time frame allowed for more thorough reflection and a focus on the dimension of reproduction. After the event, the collective withdrew from public appearances and used this time for internal reflection. The four of us met twice to reflect on the situated power relations of the process. We discussed about whose (emotional) labour and responsibilities had been recognised and whose had not, whose voices had dominated, and whose needs for care or recognition had been prioritised or deferred. We concluded that what had been achieved was situated and provisional. The group remained in the programme, a content note was added, and they committed to internal reflection and a possible conversation with Kuni. Kuni's demand for removal was not met, and their position was, in this sense, not accommodated. I view this as an instance of what Tsing describes as friction inflecting trajectories by »enabling, excluding, and particularizing« (2005, 6). Every arrangement that enables collective action also forecloses something. Naming the position was not accommodated, and the cost incurred is what keeps the disagreement available. Dissent remained legible as dissent, which allowed the question of body norms and access to be taken forward into the following year's planning. Regarding the next year, we considered how the organising team could make the groups and their representations more aware of discrimination. An evaluation of the alternative Pride event, along with several debriefing meetings, shaped the reflection and review processes within the planning team. Everyone involved met for a final meeting in May 2025, during the planning of the next alternative Pride. The participants stated that they saw no need, nor capacity, to undertake a further process. This does not mean that the conflict was resolved, but the process achieved the goal of making the issues collectively workable.

Prefigurations of Caring and Solidarity-based Transformation – Conclusion

This article has argued that queer activism does not become transformative by resolving its internal tensions but by developing ways of living with them. I demonstrated how activists maintained collective practice despite limited resources, albeit under significant structural pressure. The event was made possible by a small group

of people who took the responsibility, and their capacity to do so stemmed from both their position on the margins of the paid workforce and a particular political virtue. Therefore, when we ask how transformation-oriented work can be maintained, we must also consider who is structurally available to maintain it. The friction between production and reproduction was temporarily reversed in a meeting that took priority over a rehearsal, and in a review phase that took priority over the productivity. The entire process was a balancing act between individual concerns, collective responsibility, and continuous work on a culture of appreciative communication, whilst constantly considering how queer resistance can be practiced in a society shaped by normative standards. This process unfolded amidst the friction between the capacities available and the aspiration to create the most inclusive space possible. The article showed that this aspiration could not be fully realised. It also illustrated that, even though capacities were finite, participation was unequally affordable, and many arrangements that permitted collective action also foreclosed other movements, this impossibility did not produce the outcome often attributed to left-wing groups: a spiral of recrimination ending in dissolution. Instead, it demonstrated how the group addressed internal and external frictions. Struggles over diversity and commonality generated friction because the positions in conflict were both principled. Heywood's (2018) argument clarifies why no amount of dialogue could have adjudicated between a critique of desirability norms and a claim to reclaimed queer visibility: each rested on a commitment to producing difference against the same hegemonic order, differing only over whether that order is better refused or inhabited. The inequalities the actors faced were addressed unevenly. The group named, distributed, and reflected upon the relation between the emotional labour and time, money, and bodily capacity. The asymmetry between production and reproduction is a boundary condition of activism, and it deserves to be stated as such.

I define practices of caring solidarity as the factor that transformed the frictions described into something productive. Shparaga's concept (2024) identifies the conditions under which an unresolvable disagreement does not destroy those involved. She makes the decisive move of treating vulnerability as a repertoire spanning victimhood and resistance, which is mobilised through practices that are usually dismissed as private. These practices appeared to be small in the alternative Pride: for example, acknowledging one's own fear before criticising someone else, asking for needs before asserting positions, sharing food during a difficult break, and agreeing in advance on how to stop. Their political significance lies in enabling a disagreement to be voiced for long enough to be acted upon. However, Shparaga's framework (2024) also highlights the concept's dual nature. The right to be vulnerable and ask for help legitimates withdrawal as much as commitment. This is why two people can invoke caring solidarity against each other and neither be wrong. Caring solidarity transforms the tension between individual needs and collective goals from a threat into a subject of negotiation, revealing the conflictual nature of the social.

It also shapes relationships so that precariousness becomes sustainable and is negotiated as a collective responsibility. These alternative, convivial ways of life »in the here and now« are what José Esteban Muñoz describes as utopian (2009, 21). These ways of life have not yet been realised, but are to be understood as in the making. I argue that the ambivalences of the conflict illustrate a utopian approach to dealing with the plural, conflicting, and vulnerable positions of the activists. The article illustrates how queer activists develop conflict management practices when dealing

with differences and vulnerability. In doing so, they actualise alternative, more equitable utopias of coexistence based on caring and supportive relationships. It fosters a caring community (Zängl 2023), where activists can rely on shared responsibility and collective care practices.

In summary, friction as relational moments of social transformation unfold where power and labour are unevenly distributed. A willingness to question and shift one's own social position demonstrates the recognition of the interdependencies of the social. This creates moments of vulnerability from which new alliances of care and solidarity can emerge. Furthermore, it reminds us that utopias do not have to be perfect or harmonious. They must be lived and practiced.

SASCHA SISTENICH (he/they) is a research assistant at the Department of Cultural Analysis and Cultural Anthropology at the University of Bonn. His research and teaching focus is on queer anthropology, activism, social movement, and solidarity research, anthropology of the future, and anthropology of the good. He is currently working on his doctoral thesis regarding queer communities and activisms, focusing on future visions of caring and solidary forms of society.

BIBLIOGRAPHY

Abbas, Amal, et al. (2025): Kokreation und Ko(l)laboration: Denkanstöße für dekoloniales Zusammenarbeiten in universitären Lehr- und Forschungsprojekten. In: Hansjörg Dilger, et al. (eds): Public Anthropology. Frankfurt/NewYork: Campus, 195-212. DOI: https://doi.org/10.12907/978-3-593-45943-1.

Binder, Beate (2022): Kollaboration und Spekulation: Möglichkeitsräume solidarischen Forschens. In: Hannah Fitsch et al. (eds): Der Welt eine neue Wirklichkeit geben. Feministische und queertheoretische Interventionen. Bielefeld: transcript, 35-44. DOI: https://doi.org/10.14361/9783839461686.

Bojadžijev, Manuela/Robin Celikates (2025): Jenseits von »gesellschaftlichem Zusammenhalt»: Solidarität in der Migrationsgesellschaft. In: Transforming Solidarities (ed.): Solidaritäten transformieren. Praktiken und Infrastrukturen in der Migrationsgesellschaft. Hamburg: adocs, 32-40. DOI: https://doi.org/10.53198/9783943253931.

Butler, Judith (2004): Precarious Life. The Powers of Mourning and Violence. London: Verso.

Butler, Judith (2015): Notes toward a Performative Theory of Assembly. Pilot project. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Gorski, Paul C./Cher Chen (2015): »Frayed All Over:« The Causes and Consequences of Activist Burnout among Social Justice Education Activists. In: Educational Studies 51/5, 385-405. DOI: https://doi.org/10.1080/00131946.2015.1075989.

Heywood, Paolo (2018): After Difference. Queer Activism in Italy and Anthropological Theory. New York: Berghahn Books. DOI: https://doi.org/10.3167/9781785337864.

Hochschild, Arlie Russell (1983): The Managed Heart. Commercialization of Human Feeling. Berkeley: University of California Press.

Huber, Marty (2013): Queering Gay Pride. Zwischen Assimilation und Widerstand. Wien: Zaglossus.

Jaeggi, Rahel (2021): Solidarität und Gleichgültigkeit. In: Lea Susemichel/Jens Kastner (eds): Unbedingte Solidarität. Münster: Unrast, 49-66.

Kirsch, Stuart (2018): Engaged Anthropology. Politics beyond the Text. Berkeley, CA: University of California Press.

Low, Setha M./Sally Engle Merry (2010): Engaged Anthropology: Diversity and Dilemmas. In: Current Anthropology 51/2, 203-226. DOI: https://doi.org/10.1086/653837.

Medina, José (2013): The epistemology of resistance. Gender and racial oppression, epistemic injustice, and resistant imaginations. Oxford, New York, Auckland: Oxford University Press (Studies in Feminist Philosophy).

Medina, José (2023): The epistemology of protest. Silencing, epistemic activism, and the communicative life of resistance. New York: Oxford University Press (Studies in Feminist Philosophy).

Muñoz, José Esteban (2009): Cruising Utopia. The Then and There of Queer Futurity. New York/London: New York University Press.

Schweitzer-Martin, Emily (2025): Wie wäre es, solidarisch zu sein? Ungerechtigkeit(en) wahrnehmen und für Gerechtigkeit einstehen. In: Saskia Schuppener (ed.): Sorge und Solidarität. Erziehungswissenschaftliche Verhältnisbestimmungen. Zwischen Inklusion und Exklusion. Leverkusen Opladen: Barbara Budrich, 241-251. DOI: https://doi.org/10.3224/84743168.

Shparaga, Olga (2024): Fürsorgliche Solidarität. Die belarusischen Frauen* in der Situation der fortschreitenden Revolution (2020–2022). In: Anna Kasten (ed.): Feministische Postsozialismusforschung. Inter- und transdisziplinäre Zugänge. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 24-42.

Smialek, Eric/Kiersten Beszterda van Vliet (2024): Rainbow Capitalism. In: Abbie E. Goldberg (ed.): The SAGE Encyclopedia of LGBTQ+ Studies. 2 ed., Thousand Oaks, California: SAGE. DOI: https://doi.org/10.4135/9781071891414.n371.

Susemichel, Lea/Jens Kastner (2021): Unbedingte Solidarität. In: Lea Susemichel/Jens Kastner (eds): Unbedingte Solidarität. Münster: Unrast: 13-48.

Taylor, Keeanga-Yamahtta (2017): How We Get Free. Black Feminism and the Combahee River Collective. La Vergne: Haymarket Books.

Tietz, Lüder (2021): Von der Schwulenbefreiung zu LSBT*I*-Rechten und queeren Protesten. In: allemagne 53/2, 397-420. DOI: https://doi.org/10.4000/allemagne.2848.

Tsing, Anna Lowenhaupt (2005): Friction. An Ethnography of Global Connection. Princeton/Oxford: Princeton University Press.

Zängl, Peter (2023): Was ist eine Caring Community? In: Robert Sempach, et al. (eds): Care Schafft Community – Community Braucht Care. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 3-24. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-32554-1.

Zenker, Olaf/Asta Vonderau (2023): Collaborations and Contestations in Publicly Engaged Anthropologies: An Exposition. In: Public Anthropology 5/2, 129-152. DOI: https://doi.org/10.1163/25891715-05020001.

Berlin Universities Publishing

Copyright © 2026 The Author(s)

Between Comradeship and Sorority

Gendered Frictions and the Making of Solidarity in Mexico City's Urban Popular Movement

ANABEL YAHUITL-GARCIA

ABSTRACT

This article examines how comradeship and sorority operated as competing forms of solidarity within Mexico's urban popular movement by analyzing Union, an organization founded in 1975 in Mexico City, amid Mexico's Dirty War, accelerated migration, and a nascent feminist movement. I argue that comradeship, structured through homosocial leadership networks, operated both as a form of solidarity and as a political grammar that rendered women's organizing around social reproduction – childcare, health, and everyday survival – subordinate, despite materially sustaining the movement. Drawing on ethnographic and historical analysis, I show how the formation of the Group of Women in Struggle challenged this hierarchy by translating reproductive labor into collective political claims, expanding the definition of political work, and prefiguring sorority as a political practice. Yet, these interventions unfolded within masculinist political architectures, that is, historically sedimented gendered norms of leadership, legitimacy, and outspokenness, that constrained their transformative reach. A feminist rereading of the urban popular movement reconceptualizes solidarity as a contested, frictional field made and unmade through gendered struggle, and invites a rethinking of how transformative practices endure, leave traces, and reshape political architectures from within, even when they cannot fully dismantle them.

KEYWORDS

gendered frictions; social reproduction; solidarity; social movements; feminist ethnography

HOW TO CITE

Yahuitl-Garcia, A. (2026): Between Comradeship and Sorority: Gendered Frictions and the Making of Solidarity in Mexico City's Urban Popular Movement. In: Berliner Blätter 93, 103–119. DOI: 10.60789/931239.

ISSN (Online): 2702–2536 | Creative Commons CC BY 4.0

Mexico City underwent profound transformations in the 1970s and 1980s, marked by accelerated rural-to-urban migration (Chávez Galindo 1998), political repression (Aviña/Smith 2024), and the consolidation of popular struggles for housing and basic services (Yee 2024, 10). These transformations were shaped by processes of unequal urban expansion, speculative land markets, and the peripheralization of working-class settlers who occupied irregular land in the city's margins under conditions of infrastructural scarcity, prolonged uncertainty, and recurrent harassment at the hands of developers and police forces (Eckstein 1977; Corona Martínez 1984; Bennett/Bracho 1993, 93). Fragmented and selective state planning led to extensive self-built settlements that soon became key sites of political organization. The urban popular movement (UPM)[1] emerged in the aftermath of the Mexican Student Movement of 1968 as a constellation of neighborhood organizations across Mexico City and other urban centers, fighting for dignified living conditions for working-class populations relegated to the urban periphery (Moctezuma Barragán 1984, 64). At its height in the late 1970s and throughout the 1980s, it mobilized hundreds of thousands of people and constituted one of the most significant expressions of urban collective popular action in twentieth-century Mexico (Moctezuma Barragán 2012).[2] The UPM articulated an emancipatory political project grounded in class solidarity and relative autonomy from the state (Ramírez Sáiz 1986; Moctezuma Barragán 1999), through which peripheral settlers advanced broader claims for political recognition and urban citizenship (Tamayo 1999). It became one of the most enduring collective struggles in Mexico's contemporary history (Ramírez Sáiz 1992).

Feminist scholars since the 1990s have shown that this history has been selectively narrated, leaving the gendered organization of political action largely unexamined (Guadarrama Olivera 1994; Espinosa Damián 1994; Mogrovejo 1994; Espinosa Damián 2009; Castañeda López et al. 2016), a pattern also documented across Latin American social movement historiography (Stoltz Chinchilla 1993; Stephen 1997; Rodríguez 1998), where women often appear as indispensable yet theoretically peripheral figures. Mixed-gender organizations have frequently incorporated women's participation, while simultaneously subordinating their claims, framing feminist interventions as divisive or secondary to class-based demands (Kergoat 1978; Fillieule/Roux 2009; Federici 2015; Biglia 2020). This tendency has shaped academic and movement-produced accounts of the UPM alike, less an individual oversight than a reflection of the frameworks available at the time. Ramírez Sáiz acknowledged women's presence as an emerging analytical axis without developing it (1992, 9), and Union's own documents recognized women's organizing as meaningful, while leaving it encapsulated, present but not threaded through the movement's understanding of collective struggle (López Guerra/Muciño Coleote 1983).

I have drawn on an ethnographic and historical case study of Union, an urban popular organization founded in 1975 in the borough of Iztapalapa, eastern Mexico City (Moctezuma Barragán 2012) to examine these dynamics.[3] Iztapalapa was then, as it is now, among the city's most densely populated boroughs, and concentrated irregular settlement, infrastructural scarcity, and popular organizing. Union emerged from settlers who had been defrauded by real-estate developers and lived

1 *Movimiento Urbano Popular* in Spanish.
2 »Popular« is not used here as an essential or homogeneous category but as a historically contested political formation shaped by tensions between class, identity, and state projects in Latin America (Acha et al. 2007).
3 This article draws on my unpublished PhD dissertation (Yahuitl-Garcia 2023), based on most of the same fieldwork and archival materials. I am grateful to Renata M. Islas-Rojas for her stylistic editing of the manuscript and to Sidhartha Manzano-Valenzuela for his assistance scanning documents.

under eviction threats, water scarcity, and police repression (Moctezuma Barragán 1999; Gissi 2009). It mobilized a large share of the borough's settler population between 1975 and 1985 and secured property titles, public services, and basic infrastructure. While the UPM provides the historical and political framework, Union is the empirical site where solidarity, legitimacy, and recognition can be analyzed as contested.

Existing research has read Union through land tenure struggles (Moctezuma Barragán 1999; Pike 2005), urban policy (Bolos 1995; Njoh 2009), and organizational scaling (Brugada/Ortega 1987; Gissi 2009), interests that organize the UPM's historiography more broadly and have largely overshadowed the gendered dynamics of popular urban organizing. The two exceptions that attend to gender (Espinosa Damián 2000 [1992]; Cahuich Campos 2004) remain isolated contributions rather than a consolidated field, a gap this article addresses at the intersection of political anthropology, social movement studies, and feminist and gender studies.

The study combines ethnographic fieldwork (2019–2022),[4] including participant observation and semi-structured interviews with longtime members, younger generations with familial ties to the organization, and local cultural workers, with archival research drawing on pamphlets, the National Newspaper Archive's press holdings (1968–2021),[5] and prior historiographic accounts of Union. It is grounded in a feminist ethnographic sensibility attuned to a feminist standpoint, the politics of memory, and the affective dimensions of social movements (Harding 1991; Jelin 2002). This proved particularly consequential when working with the silences, partial archives, and contested organizational memories that characterize Union's history.

Women constituted the majority of Union's grassroots base, while leadership remained overwhelmingly male. Beneath this division of labor lies a conflation. The UPM's political culture coded class struggle as masculine and comradeship operated as a gendered boundary and form of solidarity that positioned feminist claims as divisive intrusions into an ostensibly universal project (Espinosa Damián 2009). This configuration was not a contradiction between the organization's emancipatory ideology and its internal practice[6] but the operation of gendered frameworks of solidarity that structured recognition itself: participation was broad, yet, authority, legitimacy, and outspokenness[7] were hierarchically distributed along gendered lines.
Comradeship asked for sacrifice, confrontation, and loyalty to the collective. It drew those demands from languages of struggle forged in Cold War politics and class organizing, and from popular resistance to state repression, where solidarity and camaraderie circulated as part of the UPM's own political vocabulary. Homosocial leadership and visible militancy became the markers of political legitimacy.

4 Fieldwork was conducted in 2019 and early 2020; the COVID-19 pandemic then forced a partial reorientation toward digital ethnography and telephone interviews, and physical archives remained closed for extended periods. Two later in-person visits, in late 2021 and 2022, fell outside the scope of the original doctoral project.
5 *Hemeroteca Nacional de México* in Spanish.
6 I use ›practice‹ rather than ›praxis‹ to signal the concrete organization of political life, labor, and recognition in the UPM rather than its theoretical elaboration. Ideology refers to the UPM's explicit discourse of class struggle, autonomy from the state, and collective dignity.
7 Outspokenness does not name the capacity for speech here but its public recognition and institutional legitimation. The analysis attends to the conditions under which certain forms of public expression were rewarded and others were not, rather than implying that women lacked a voice. It draws on feminist critiques of »voicelessness« as a framework that risks reproducing the erasure it seeks to address (Spivak 1988; Mahmood 2005).

Sorority, by contrast, is used as an analytical concept for the gender-marked solidarities that emerged through women's interventions around care and the everyday labor of holding collective life together.[8] Though not part of the movement's emic vocabulary at the time, it allows for a conceptualization of solidarities structured by gendered expectations.[9] Neither framework was the other's opposite. History produced them as distinct and often competing modes of political relation, and women's organizing repeatedly demonstrated that opposition was historically contingent, even as gendered hierarchies and masculinist forms of authority worked to reinforce it (Dunezat 2017).

Solidarity, in this reading, is not a stable moral ideal but a political practice shaped by frictions inside popular organizing. Theorized as dependent on processes of identification – on shared experience, oppression, or goals – it risks privileging what groups hold in common at the expense of differences that may be equally or more politically consequential (Sangiovanni/Viehoff 2023). Anna L. Tsing calls the places where different political logics meet and come out of the encounter altered »zones of awkward engagement« (2005, xi). I follow her in approaching solidarity-making as a patchwork of uneven encounters rather than a seamless narrative of collective unity. Friction surfaced in Union where male-coded comradeship met women's practices of collective sustenance, becoming legible in gendered divisions of militant labor and differentiated forms of political legibility (Falquet 2002).[10] It exposed what comradeship rested on and opened political horizons through women's collective practices.

Union's history speaks to a broader challenge facing feminist politics in mixed-gender popular organizations: how to sustain transformative practices in institutional frameworks that were not built to accommodate them. Placing gendered frictions at the center of the analysis, thus, reframes the UPM's history as a contested terrain of solidarity-making, beyond celebratory or dismissive accounts. This argument is structured through four analytical moments: the masculinist architecture that structured Union's founding decade; the frictions generated by women's recognition of reproductive labor as political; the emergence of sorority as a prefigurative practice; and the erosion and afterlives of feminist transformation in popular organizing.

The Masculinist Architecture of Political Legitimacy in Union

Union's emergence and early consolidation must be understood not only as a struggle for land, services, and legal recognition, but also as the production of a political imaginary through which legitimacy, authority, and collective identity were defined. Union positioned itself within the broader UPM from 1975 onward and

8 No explicit trans, nonconforming, or queer political identifications appear in Union's organizational discourse for the period under study.

9 In Spanish, *sororidad* is a concept coined by feminist anthropologist Marcela Lagarde y de los Ríos to name a specific form of solidarity among women: an alliance that, despite differences and antagonisms, seeks to dismantle misogyny and patriarchal power through collective commitment (2012, 34).

10 Falquet's analysis of the Salvadoran revolutionary process shows how the sexual division of labor structured militant organizations: tasks lost value precisely because women performed them, and gained recognition when reframed as male or technical, while men monopolized visible, prestigious roles. This finds a close parallel in Union's organizing.

took up the repertoires common to popular struggles of the period. These were deeply gendered. Contentious engagement with external political opponents – developers, state authorities, police forces, and intermediary brokers – and internal disciplinary practices that regulated dissent installed sacrifice and loyalty as the primary markers of political commitment, while leadership stayed lodged in homosocial networks: the male-dominated circuits of trust, recognition, and political apprenticeship through which authority circulated and was renewed. This architecture did not merely accompany Union's achievements; it set the boundaries of comradeship inside which those achievements were possible.

The only published historical account of Union, written by Pedro Moctezuma Barragán (2012), opens with a scene that has since acquired near-mythical status within the organization. A social scientist and longtime movement participant, Moctezuma Barragán was among those who supported Union's early organizing efforts before going on to cofound and direct the National Coordinating Body of the UPM (NCBUPM)[11] between 1980 and 1992, a positionality that shaped both his analytical emphasis and narrative choices. Reading this account as a situated production of political memory rather than neutral documentation attends to what feminist standpoint approaches identify as the structuring effects of power relations on what gets recorded, remembered, and recognized as politically significant (Rolin 2009).

He narrates the moment in which Cantia, a settler leader, forcibly disarms Vega – an intermediary imposed by real-estate developers – and compels him to surrender the documents that named him the borough's representative: »Defiant, Cantia, clutched the pistol that had just been ripped from Vega's hands and stared at him with stony eyes. Kneeling under the peppercorn tree, Vega tremblingly handed over the papers that accredited him as the borough's representative« (Moctezuma Barragán 2012, 9).[12] Moctezuma Barragán calls this a »liberating act« (ibid., 15), the moment settlers overcame fear and recognized their collective power. Yet, the scene simultaneously inaugurates a political grammar grounded in violence, moral purification, and masculine heroism, and fixes, from the outset, an association between legitimate leadership and the willingness to assume bodily risk as the implicit currency of political worth.

Regimes of land ownership and urban legality had long assigned the roles this narrative rearranges. State institutions, developers, and property discourse constructed peripheral settlers as irregular or illegitimate occupants, while formal ownership and intermediary authority stood for order. Recasting settlers as morally legitimate political subjects against a corrupt broker reworks these longer histories of marginalization, repositioning who is recognized as a rightful political actor and who is marked as expendable or suspect. State institutions and the official press fought on the same terrain. *El Nacional*, a newspaper funded by the Ministry of the Interior, portrayed the NCBUPM as a »paramilitary body« (NNA 1985, 17)[13] operating outside the law. Union drew the same boundary inward, separating the legitimate settler from the traitor in its own ranks, a frontier that would continue to shape negotiations over land, authority, and recognition in the city's urban struggles for decades.

11 *Coordinadora Nacional del Movimiento Urbano Popular* in Spanish.
12 All translations from Spanish and French are my own, assisted by DeepL and Google Translate.
13 *El Nacional* was founded by the National Revolutionary Party (*Partido Nacional Revolucionario*, PNR), predecessor of the Institutional Revolutionary Party, and financially sustained by the Ministry of the Interior throughout this period, making it a key vehicle for official narratives about popular organizing.

Within this founding narrative, Vega is swiftly cast as a traitor: corrupt, cowardly, aligned with developers, and, by extension, with the Institutional Revolutionary Party,[14] Mexico's ruling party for most of the twentieth century (1929–2000). Informational pamphlets circulating in Iztapalapa during the late 1970s describe him as someone who »drank a lot,« »took bribes,« and »was selling us out« (Late Iztapalapa n.d., 14). What he embodied was *charrismo*, the corporatist practice by which the ruling party co-opted intermediary leaders with bribes and patronage to contain grassroots organizing from within (Joseph/Buchenau 2013). Expelling him was a sacrifice, and it gave Union its moral clarity and internal cohesion. Against him stood Cantia, decisive and fearless, willing to confront danger. The opposition between hero and traitor crystallized an implicit political lesson: loyalty and courage secured legitimacy; treason warranted removal. Cantia himself never assumed leadership. Bodily risk consecrated political worth but it did not convert into formal authority.

This logic outlasted the founding moment. Successive male leaders and directive boards reiterated it through Union's first decade, a dynamic legible across three archetypical figures: the traitor (Vega), the failed administrator (Montiel), and the redeemer (Emilio). Vega was the external enemy absorbed into founding mythology. Montiel led without moral credibility. He assumed the presidency shortly after Union's founding, and almost immediately settlers sensed he would »turn« (interview with Salvador, March 2020). He did: he informed the police during the occupation of the plot intended for the settlement's first school, then demanded payment for administrative assistance, and sold lots without authorization.[15] Settlers recognized the practice as the same *charrismo* they had fought to expel. He remained in power for four years (1975–1979), partially because the ongoing repression and governmental pressure kept reinforcing the case for centralized leadership. He eventually departed to the United States and appointed his successors by *dedazo*, the practice of handpicking one's successor without consultation. All of them were male (Moctezuma Barragán 2012, 48).

Emilio's arrival in 1979 expanded the movement's political horizon and left untouched the gendered terms on which legitimacy and authority were distributed. A university professor newly settled in the borough, he expressed reluctance to lead, seeking to learn from residents before accepting the presidency at the end of that year (Moctezuma Barragán 2012, 49). Union underwent a genuine organizational transformation: the directive board became a council, forms of participation diversified, and the movement's scope broadened past land struggles into cultural work and political education (López Guerra/Muciño Coleote 1983). »He opened our eyes,« Luz recalled (interview with Luz, September 2020); »he even went to jail because of us,« Salvador added (interview with Salvador, March 2020). Two intertwined registers braid together there: the new political lens and the personal risk, with imprisonment serving once again as the measure of a man's worth. Meanwhile it was Gloria, a teacher and Emilio's wife, who spearheaded women's committees from the early 1980s onward (Flores Hernández 1998, 52).

Political authority and heroic endurance were welded together in these narratives, and the weld held. Socialist movements experimented briefly with counter-masculinities that embraced solidarity over nationalism and peace over confrontation, but

14 *Partido Revolucionario Institucional* in Spanish.

15 Special Online Event. »46 aniversario de la UCSMT.« Facebook Live, November 20, 2020. The recording is no longer accessible online; a transcription is in the author's possession.

emancipatory movements found themselves dependent on stereotypically masculine traits – strength, courage, and the will to victory – precisely because these were the terms through which political legitimacy was legible (Mosse 1996, 107–111, 131). Leadership in Union was consistently associated with masculine-coded practices, while political authority circulated through homosocial networks that privileged men's experiences and modes of action.[16] The question was never how much a class-based struggle could crack masculinity open, but how far it depended on it. This was not a feature unique to Union but a broader characteristic of the UPM's political culture, in which the self-sacrificing male militant functioned as the implicit standard against which political engagement was measured.

Union organized under surveillance. The so-called »Dirty War« (1965–1990) was a long campaign of state counterinsurgency: leftist activists, students, guerilla groups, and popular organizers were subjected to forced disappearances, imprisonment, and political repression (Aviña/Smith 2024). Union belonged to national coordinating bodies, such as the NCBUPM, which the state monitored directly, and kept ties to figures associated with radical leftist struggles (MEH 2024). These conditions further consolidated the premium placed on confrontational, risk-assuming forms of political action.

A political imaginary of enemies and traitors acquired special force under those conditions. Union's leadership narratives held the organization together by naming an enemy – developers and brokers aligned with the ruling party – and condemning internal treason as a moral failure, a structure María Esperanza Casullo identifies in populist mythologies more broadly (2019, 65–67). Comradeship hardened as a solidarity of vigilance, discipline, and confrontation. It also closed off internal critique, because within it, dissent, feminist dissent included, occupied the same position as betrayal.

The architecture governed two things at once: who could lead, and what counted as political work. Exalting sacrifice and confrontation privileged high-risk, visible action, and consigned labor of care and social reproduction to a subordinate place in the framework of recognition. Women were central to Union's everyday functioning and illegible within a framework that equated politics with heroic endurance. Those are the conditions under which the frictions of the following decade were generated.

Reproductive Labor and the Limits of Comradeship

Women made up roughly eighty percent of the UPM's grassroots base by the early 1980s (Massolo 1995, 79) and occupied what Union's own documents called a »principal and determinant place« in the organization's consolidation (López Guerra/Muciño Coleote 1983, 6). They carried the material and organizational weight of collective life, while confronting daily scarcity, including inadequate schools and health centers, water, transport, the chronic crisis of the cost of living, frequently as the sole earners in their households (ibid.). Leadership and negotiation with the state stayed in men's hands; not for want of commitment or capacity, both of which the base held in surplus, but because comradeship filtered what counted as political work and who was qualified to perform it.

16 On homosociability as a key but underexplored mechanism in the construction and transmission of masculine political authority in Mexico, see Irwin (2003).

The Group of Women in Struggle (GWS) formed inside Union in 1982 out of the organization's own grassroots structure (Espinosa Damián 2000 [1992], 45). Its origins were cumulative: a Housewives' Committee had existed since 1978 (ibid., 44), and feminist activists had been visiting the settlement since the late 1970s with workshops on nutrition and sexuality (Moctezuma Barragán 2012, 43). Members kept doing everything they had been doing – assemblies, mobilizations, community initiatives, always beside their comrades – and began meeting on their own as well. That double position is what exposed the contradictions of comradeship; not by anyone denouncing them, but by women occupying two rooms at once and noticing what the second room made visible about the first.

The scholarship on the UPM placed women as »protagonists« of mobilization (Massolo 1983), a word generous about how indispensable they were and silent about what they got for it. The women of Union declined the compliment. »Everyone had to participate equally,« Luz said (interview with Luz, September 2020). That was an aspiration, not a description. Nobody's participation converted into authority. The labor essential to collective survival went on being treated as though it cost nothing.

Union's leaders sorted political action into two boxes, and the words they used were »strategic« and »non-strategic« (López Guerra/Muciño Coleote 1983, 9; Ramírez Sáiz 1986). Confrontation with the state, negotiation over land tenure, expansion through alliances, activities overwhelmingly performed by men and coded as political by definition, were strategic. Food provision, health, and domestic support, which belonged to necessity rather than to struggle, were non-strategic. Community kitchens, dairy shops, and food-security projects were counted as logistics. The conditions of politics, never politics.

One episode makes the hierarchy legible. As Union and allied organizations debated mobilization priorities, women demanded a local dairy shop to address everyday nutritional needs. Moctezuma Barragán considered the demand secondary next to the struggle over housing and territorial expansion: »I thought it was more important to advance this fight for Cabeza de Juárez – a landmark,« he told me, noting that focusing on a dairy shop risked »wearing ourselves out.« The women declined the framing: »No way, they said, let's go and demand our own thing« (interview with Moctezuma Barragán, April 2020). They pushed the initiative forward and secured the dairy shop. Their insistence revealed friction between two political logics: one oriented toward visible confrontation, the other toward sustaining the social reproduction of daily life. What had been dismissed as »non-strategic« proved to be materially and politically transformative.

Comradeship's universalizing discourse met women's lived experience of exhaustion and care work, and the encounter exposed its dependence on the systematic devaluation of the reproductive labor that sustained it. In other words, comradeship operated through an implicit denial of interdependence. What it consolidated was a figure: the militant who owes nobody anything, sustained, in fact, by kitchens, clinics, and unpaid hours his own political compass could not see.

Women in Union, and across the UPM, made the case in the language available to them. They called their work a »struggle against the high cost of living« and a fight for »family survival« (López Guerra/Muciño Coleote 1983, 20). They called their initiatives popular, never feminist. The choice was defensive and it was intelligent in a political culture that read division as betrayal; the word feminist cost more than

it bought. As a former member reflected, when women later began to engage directly with authorities, they struggled precisely because »the ones who negotiated were always men« (Sánchez Olvera 2002, 174). Absence from strategic spaces reproduces the hierarchy that produced it. Under that framing, the sexual division of labor could not itself be put on the table as a political problem. Comradeship had no grammar for what these women were doing, and what a movement cannot name, it cannot reward.

The kitchens, meanwhile, out-organized the marches. Food security initiatives pulled in hundreds of women prepared to spend hours of collective labor in exchange for basic resources (interview with Irais, March 2020). Far from diverting energy from the struggle, the projects expanded Union's social base and demonstrated that the reproduction of social life was a central terrain of political action. Massolo, writing from a Marxist-feminist perspective, observed that the UPM responded to »needs linked to the reproduction of labor power« (1983, 154). Women's practice went further and insisted that the quality of everyday life was itself political. The claim did not reject class struggle; it relocated its ground.

Sorority as Prefigurative Politics

Separation was never the goal, and neither was abandoning class struggle. The women of the GWS understood what they were doing as the emancipatory project extended and complicated at once, and the language they built it in survives in workshop materials that UPM members kept. Working from Marxist vocabularies, they named domestic labor as one of the mechanisms by which capitalism reproduces domination: »by doing domestic labor we comply with the role that the capitalist system has assigned to us as reproducers of domination and bourgeois exploitation,«[17] one document states. The demand that follows is addressed not to capital but to their own organization: »as the majority of UPM leaders are men, in women's groups we learn through struggle and consciousness to lead as well […] through women's groups we move from being only the support base of the movement to being its leadership« (Flores Hernández 1998, 55). Feminism was not adopted as an external critique. It was produced where class struggle and the experience of gendered labor collided.

Sorority was a political practice oriented toward collective learning, mutual support, and the defense of women's autonomy. The GWS took up what men in Union had filed as apolitical – food security, sexuality, and domestic violence – and turned tortilla coupons and health workshops into demands tied to *vida digna*, a horizon wider than material need, taking in the texture of daily life, care, and the right to self-determination. The services had been secured by then. »There was still a lot to do to live well,« Irais recalled (interview with Irais, March 2020). Pursuing it cost the women their week: »we don't get to rest a single day of the week. There's the health center, the workshop, the assembly, the coordination meeting, the delegation. We are at a breaking point« (Flores Hernández 1998, 172). Five obligations, one week, no rest.

17 Document displayed at »El derecho a la ciudad: Los Movimientos Urbano Populares,« Galería Ágora, Mexico City, February 2021. Photograph in the author's possession.

Reordering the organization's priorities meant touching the distribution of power inside the house. The claim raised tensions; it did not settle them. Men answered with hostility and, often enough, with force. Irais described husbands who threatened their wives with divorce, locked them out of their homes after a GWS meeting, and beat them for attending women-only spaces (interview with Irais, March 2020). »What was that all about? Violence, right?,« she asked. For Irais, the group existed because women needed protection and autonomy against reprisal (ibid.). Solidarity was contested in the organization, public space, and domestic life.
The GWS was prefigurative in Boggs' sense: »the embodiment, within the ongoing political practice of a movement, of those forms of social relations, decision-making, culture, and human experience that are the ultimate goal« (1977, 100). Collective kitchens became spaces of shared decision-making; workshops functioned as sites of political knowledge production; mutual aid networks modeled forms of interdependence that contrasted sharply with the ethos of sacrifice and individual endurance that structured comradeship. These practices worked against the implicit separation between public and private spheres that underpinned comradeship as the dominant framework, insisting that the personal was not merely political in the abstract but concretely so in the organization of everyday life.

The productivity of friction was, however, accompanied by instability. The GWS's pamphlets, fanzines, and workshop materials – often handwritten and photocopied – built shared analysis, coordinated participation, and held together the everyday infrastructures through which collective action became possible. The materials that made the work possible are the same ones that made it invisible. Pedagogy and reproduction fall outside the ways recognition and resources are handed out. Union won its material gains with mass demonstrations; women's organizing was the condition that made demonstrations possible, and it entered neither the leadership's narratives nor the archive. Indispensable in practice, illegible in the record. It carried mobilization for years without once being written down as the work behind the »strategic« victories.
Friction gives the measure of both things at once: how far feminist intervention reached, and how little of it could be made to hold. The GWS did not bring down Union's gendered foundations. It cracked them, and through those cracks, built political imaginaries that went on shaping the movement without ever hardening into institutional form, carried instead in bodies, memories, and repertoires.

Erosion and Afterlives of Feminist Transformation

The transformations generated by the GWS did not consolidate. Feminist change in Union proved difficult to stabilize, harder to institutionalize, and nearly impossible to hand on across organizational transitions. Not because the movement's emancipatory project had no room for it, but because of the architecture standing in its way.
The first obstacle was homosocial leadership, and women's organizing worked around it without ever reaching it. Practice changed; formal authority did not. Men kept the leadership positions, and strategic decisions were framed in the idiom of confrontation, sacrifice, and visibility, even as, in Espinosa Damián's phrase, »the

backbone were mostly women« (2000 [1992], 39). Sorority gathered its force in practice and secured no institutional ground. As women's autonomy grew, so did male resistance: when women no longer needed male comrades to draft documents, make decisions, or open a trench without asking for permission, »men's interests were affected« (Sánchez Olvera 2002, 177).

The second obstacle wore the face of success. Community kitchens were progressively incorporated into Union's ordinary routines as mechanisms to sustain participation and mobilize the neighborhood. While they represented a concrete form of influence, they also meant that practices originating in women's organizing were absorbed into the movement without the political analysis that had produced them. These practices traveled beyond Union: Moctezuma Barragán grants that the GWS »grew and nucleated many other initiatives,« becoming »an inspiration for the Asamblea de Barrios – *Assembly of Neighborhoods* – and other movements outside Union« (interview with Moctezuma Barragán, April 2020). Even more concretely, tactics the women used were taken up elsewhere as recognized forms of struggle, among them the *chiles* carried to night guards to smoke officials out of occupied buildings (Moctezuma Barragán 2012, 227–228).

Then the ground moved. Housing, services, and property titles had largely been won by the late 1980s, and with them went the conditions that had held the movement together. Union turned toward party politics, recasting its demands as electoral claims and formal representation, and feminist initiatives built on informal collective practice were sidelined or reabsorbed into institutional agendas. Haber calls the wider shift the »migration of the UPM to party politics« (2009, 213), though the term risks flattening the tensions that continued to structure that relationship: parties incorporated the discourses and political learning of popular movements while operating from a position of structural advantage. With the emergence of the Party of Democratic Revolution,[18] Mexico's main left-opposition party founded in 1989, and the absence of generational leadership transitions in the UPM, popular organizing fragmented into smaller cells across the country as leaders integrated into party politics (Bolos 1995; Haber 2009).

The GWS did not dissolve through a single formal rupture but a gradual process of organizational exhaustion, *desgaste*, linked to the triple workload of women, the movement's electoral turn, and the broader decline of the UPM. Women whose politicization had been rooted in shared material conditions – the recognition, as Irais put it, that »not only some of us were in need, we all were« – found that reorientation narrowed the horizon within which that recognition had been collectively meaningful (interview with Irais, March 2020). Women whose lives were not organized around a strict sexual division of labor, as well as widows, divorced women, and single mothers, sustained higher levels of participation through the transition (Flores Hernández 1998), but for most, the compounding domestic, paid, and political labor made sustained engagement structurally impossible. The GWS's dissolution was produced by the very conditions it had sought to transform. Clara Brugada, who rose to prominence through the GWS and the Women's Regional Network of the NCBUPM[19] before becoming Mayor of Mexico City in 2024, embodies the coexistence and rearticulation this produced: the durable political formation that feminist organizing built, and the institutional frameworks that absorbed it.

18 *Partido de la Revolución Democrática* in Spanish.
19 *Regional de Mujeres de la CONAMUP* in Spanish.

The afterlives of the GWS illustrate this dynamic. The materials of women's work survived with community members and in occasional recent exhibitions, resurfacing decades after their initial circulation. Feminist labor persisted in oral history and in practice, left little trace in official records, and lost its political specificity as women's initiatives were folded into broader organizational narratives. Set against that, what the women changed was not subtle. They gained outspokenness, learned to negotiate directly with authorities, and moved from support base to leadership in the initiatives they had built. The language of *vida digna* worked its way into how Union stated its demands. The traces are partial and unevenly preserved; I read them as the record of political possibilities the organization's dominant memory could not process. Decades later, Luz – 82 years old at the time of our interview – insisted: »I am still in struggle, I want to keep fighting. I have the courage to keep working for my neighborhood, for Iztapalapa, for Mexico City« (interview with Luz, September 2020).
What lasted did so obliquely as embodied practices, organizational repertoires, and collective memories. It shaped what later generations took political action to be, and what they believed a movement could become. Resisting narratives of both linear progress and inevitable co-optation, the history of Union and the GWS reveals solidarity as a field of ongoing negotiation transformed through the politicization of reproductive labor and everyday life, constrained by the masculinist architecture it could fracture but not dismantle.

Rethinking Solidarity

Solidarity in Union was never a norm to be met or a state to be reached. It was made and unmade in a field of unequal power that decided who was legitimate, who had authority, and what anyone's work was worth. The friction between comradeship and sorority is where that decision becomes visible. Gendered friction did not interrupt the collective struggle. It gave the struggle its shape. In fact, it accounts for the feminist transformation that remained unfinished, and feminist practice that went on producing effects throughout its history, with no institutional recognition and under conditions that favored none of it. Feminist practice never stood outside the UPM, and it never overturned it; it worked from inside, on ground comradeship had already fenced.

I am not proposing Union and the GWS as a template for feminist success in mixed-gender social movements. What the case shows is how solidarity is enacted unevenly, and at a cost charged to the people – mostly women – holding it up. *Vida digna* was never only a demand made of the state. It was a demand made of the movement, one that comradeship could not take in and sorority kept alive. The lesson for movements now working across intersecting inequalities is not that the struggle must be shared. It is that legitimacy has gendered foundations that have to be confronted, that care and social reproduction belong at the center of collective life, and that feminist practice endures only where the organizational conditions let it endure. Friction between comradeship and sorority is not what stands in the way of emancipation. It is the ground on which emancipation is built.

ANABEL YAHUITL-GARCIA is a feminist anthropologist and Research Professor at the Center for Anthropological Studies at El Colegio de Michoacán, Mexico. Her work examines gender, labor, and violence in feminized urban occupations, particularly domestic work, as well as subjectivity and regimes of sexuality in contexts of prostitution and criminalization. Further areas of study include feminist economics and care work, feminist contestations within Mexico's urban popular movements, and feminicidal violence. She is a member of Yale University's Latin American Network for Interdisciplinary Gender Studies.

BIBLIOGRAPHY

Acha, Omar et al. (2007): Reflexiones sobre el poder popular. Buenos Aires: Editorial El Colectivo.

Aviña, Alex/Benjamin T. Smith (2024): Mexico's Dirty War: A Reassessment. In: Bulletin of Latin American Research 43/3, 211-224. DOI: https://doi.org/10.1111/blar.13549.

Bennett, Vivienne/Julio Bracho (1993): Orígenes del Movimiento Urbano Popular Mexicano: pensamiento político y organizaciones políticas clandestinas, 1960-1980. In: Revista Mexicana de Sociología 55/3, 89-102. DOI: https://doi.org/10.2307/3540923.

Biglia, Barbara (2020): Feminismo(s): hibridaciones frente a diferencialismos. In: Oñati Socio-legal Series 19/1S, 135S-159S. DOI: https://doi.org/10.35295/osls.iisl/0000-0000-0000-1115.

Boggs, Carl (1977): Marxism, Prefigurative Communism, and the Problem of Workers' Control. In: Radical America 11/6, 99-122.

Bolos, Silvia (ed.) (1995): Actores sociales y demandas urbanas. Mexico: Plaza y Valdés.

Brugada, Clara/Zenaida Ortega (1987): Regional de Mujeres del Valle de México de la Coordinadora Nacional del Movimiento Urbano Popular (CONAMUP). In: Alejandra Massolo/Martha Schteingart (eds): In Participación social, reconstrucción y mujer. El sismo de 1985. Mexico: El Colegio de México, 97-102.

Cahuich Campos, Martha Beatriz (2004): Formas no políticas de hacer política. In: Historia, antropología y fuentes orales 31, 143-175. DOI: https://www.jstor.org/stable/27753163.

Castañeda López, Eric Ismael et al. (2016): La construcción de otras mujeres y otros espacios: el caso de San Miguel Teotongo. In: Bitácora arquitectura 33, 32-39. DOI: https://doi.org/10.22201/FA.14058901P.2016.33.57257.

Casullo, María Esperanza (2019): Líder, héroe y villano. Los protagonistas del mito populista. In: Nueva sociedad. Democracia y política en América Latina 282, 57-68.

Chávez Galindo, Ana María (1998): La nueva dinámica de la migración interna en México, 1970-1990. Cuernavaca: UNAM.

Corona Martínez, Maria del Rocio (1984): El papel de los fraccionadores »clandestinos« en el proceso de urbanización de la Ciudad de México. El caso de San Miguel Teotongo (1972-1983). UNAM, Mexico (unpublished dissertation).

Document of unknown provenance displayed at »El derecho a la ciudad: Los Movimientos Urbano Populares,« Galería Ágora, Mexico City, 2021.

Dunezat, Xavier (2017): Dominación masculina y feminismo en los movimientos sociales. In: Política y Sociedad 54/2, 399-419. DOI: https://doi.org/10.5209/POSO.52740.

Eckstein, Susan Eva (1977): The Poverty of Revolution. The State and the Urban Poor in Mexico. Princeton: Princeton University Press.

Espinosa Damián, Gisela (1994): Mujeres del Movimiento Urbano Popular: 1983-1985. In: Alejandra Massolo (ed.): In Mujeres y ciudades: Participación social, vivienda y vida cotidiana. Mexico: El Colegio de México, 39-58.

Espinosa Damián, Gisela 2000 [1992]: Las mujeres de San Miguel Teotongo a la hora de la lucha ciudadana. In: Dalia Barrera Bassols (ed.): In Mujeres, ciudadanía y poder. Mexico: El Colegio de México, 29-94. First published in: Comunicación 1992, 224.

Espinosa Damián, Gisela (2009): Cuatro vertientes del feminismo en México. Mexico: Universidad Autónoma Metropolitana.

Eventos y Archivo de la UCSMT (2020): Evento especial. 46 aniversario de la UCSMT. Facebook Live, November 20, 2020.

Falquet, Jules-France (2002): Division sexuelle du travail révolutionnaire: réflexions à partir de l'expérience salvadorienne (1970-1994). In: Cahiers des Amériques latines 40, 109-128. DOI: https://doi.org/10.4000/cal.6912.

Federici, Silvia (2015): Sobre el trabajo de cuidado de los mayores y los límites del marxismo. In: Nueva Sociedad 256, 45-62.

Fillieule, Olivier/Patricia Roux (2009): Le sexe du militantisme. Paris: Presses de Sciences Po.

Flores Hernández, Eugenia (1998): Las mujeres de los grupos de salud de las organizaciones urbanas populares. ENAH, Mexico (unpublished dissertation).

Gissi B., Nicolás (2009): Redes sociales y construcción de la colonia en Ciudad de México. El caso del enclave étnico chocholteco en San Miguel Teotongo. In: Cuicuilco 45, 211-228.

Guadarrama Olivera, María Eugenia (1994): Mujeres del Movimiento Urbano Popular. Actuaciones y discurso de género. In: Alejandra Massolo (ed.): In Los medios y los modos. Participación política y acción colectiva de las mujeres. Mexico: El Colegio de México, 187-212.

Haber, Paul Lawrence (2009): La migración del Movimiento Urbano Popular a la política de partido en el México contemporáneo. In: Revista Mexicana de Sociología 71/2, 213-45.

Harding, Sandra (1991): Whose science? Whose knowledge? Thinking from Women's Lives. Ithaca: Cornell University Press.

Irwin, Robert McKee (2003): Mexican Masculinities. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Jelin, Elizabeth (2002): Los trabajos de la memoria. Madrid: Siglo XXI Editores.

Joseph, Gilbert M./Jürgen Buchenau (2013): Mexico's Once and Future Revolution. Social Upheaval and the Challenge of Rule since the Late Nineteenth Century. Durham: Duke University Press.

Kergoat, Danièle (1978): Ouvriers = ouvrières. Propositions pour une articulation théorique de deux variables: sexe et classe sociale. In: Critiques de l'économie politique 5, 65-97.

Lagarde y de los Ríos, Marcela (2012): El feminismo en mi vida. Hitos, claves y topías. Mexico: Instituto de las Mujeres del Distrito Federal.

Late Iztapalapa (n.d.). [Brochure]

López Guerra, Elias/Eduardo Muciño Coleote (1983): San Miguel Teotongo. Una experiencia en la construcción de organizaciones autónomas de masas. [Brochure]

Mahmood, Saba (2005): Politics of Piety: The Islamic Revival and the Feminist Subject. Princeton: Princeton University Press.

Massolo, Alejandra (1983): Las mujeres en los movimientos sociales urbanos de la Ciudad de México. In: Iztapalapa Revista de Ciencias Sociales y Humanidades 9, 152-172.

Massolo, Alejandra (1995): Testimonio autobiográfico. Un camino de conocimiento de las mujeres y los movimientos urbanos en México. In: Revista de Estudios de Género. La Ventana 2, 62-85.

MEH: Mecanismo para la Verdad y el Esclarecimiento Histórico (2024): Fue el Estado (1965-1990). Volumen 2. Parte 3. Violaciones graves a derechos humanos en contra de disidencias político-partidistas y urbano-populares. Mexico.

Moctezuma Barragán, Pedro (1984): El movimiento urbano popular mexicano. In: Nueva Antropología 6/24, 62-87.

Moctezuma Barragán, Pedro (1999): Despertares. Comunidad y organización urbano popular en México 1970-1991. Mexico: Universidad Iberoamericana.

Moctezuma Barragán, Pedro (2012): La chispa. Orígenes del Movimiento urbano-popular en el Valle de México. Mexico: Para Leer en Libertad AC.

Mogrovejo, Norma (1994): Movimiento urbano y feminismo popular en la ciudad de México. In: Alejandra Massolo (ed.): In Mujeres y ciudades: Participación social, vivienda y vida cotidiana. Mexico: El Colegio de México, 59-96.

Mosse, George L. (1996): The Image of Man: The Creation of Modern Masculinity. New York: Oxford University Press.

Njoh, Ambe (2009): Community-based and Non-governmental Organizations in Urban Development in Mexico City: The Case of San Miguel Teotongo. Global Report on Human Settlements (unpublished case study).

Pike, Jill (2005): Water by Truck in Mexico City. Massachusetts Institute of Technology (unpublished dissertation).

Ramírez Sáiz, Juan Manuel (1986): El movimiento urbano popular en México. Mexico: Siglo XXI Editores.

Ramírez Sáiz, Juan Manuel (1992): Entre el cambio social y el político: Investigación urbana y movimiento urbano popular en México durante los ochenta. In: Sociológica 18, 1-15.

Rodríguez, Victoria E. (1998): Women's Participation in Mexican Political Life. Boulder: Westview Press.

Rolin, Kristina (2009): Standpoint Theory as a Methodology for the Study of Power Relations. In: Hypatia 24/4, 218-226. DOI: https://doi.org/10.1111/j.1527-2001.2009.01070.x.

Sánchez Olvera, Alma Rosa (2002): El feminismo mexicano ante el Movimiento Urbano Popular. Dos expresiones de lucha de género (1970-1985). Mexico: Plaza y Valdes.

Sangiovanni, Andrea/Juri Viehoff (2023): Solidarity in Social and Political Philosophy. In: Edward N. Zalta/ Uri Nodelman (eds): The Stanford Encyclopedia of Philosophy. Stanford, CA: Stanford University. https://plato.stanford.edu/entries/solidarity/.

Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): Can the Subaltern Speak? In: Cary Nelson/ Lawrence Grossberg (eds): Marxism and the Interpretation of Culture. Illinois: University of Illinois Press, 271-313.

Stephen, Lynn (1997): Women and Social Movements in Latin America. Austin: University of Texas Press.

Stoltz Chinchilla, Norma (1993): Gender and National Politics: Issues and Trends in Women's Participation in Latin American Movements. In: Edna Acosta-Belén/ Christine E. Bose (eds): Researching Women in Latin America and The Caribbean. New York: Routledge, 37-54.

Tamayo, Sergio (1999): Del movimiento urbano popular al movimiento ciudadano. In: Estudios Sociológicos 17/50, 499-518. DOI: https://doi.org/10.24201/es.1999v17n50.688.

Tsing, Anna Lowenhaupt (2005): Friction: An Ethnography of Global Connection. Princeton: Princeton University Press.

Yahuitl-Garcia, Anabel (2023): »Agitar, organizar, elevar«: Una historia de lo político en clave feminista de la lucha urbano-popular en San Miguel Teotongo, Iztapalapa. ICSyH-BUAP, Mexico (unpublished dissertation).

Yee, David (2024): Informal Metropolis. Life on the Edge of Mexico City, 1940-1976. Lincoln: University of Nebraska Press.

ARCHIVE

NNA: National Newspaper Archive (1982): Fondo Hemerográfico, El Nacional, Jaime Pineda Fragroso, »Aceleran las obras colaterales a la Central de Abastos; siembran árboles; Meyehualco será un gran parque público,« August 12, p. 9.

NNA: National Newspaper Archive (1985): Fondo Hemerográfico, El Nacional, José Luis Aguilar V., »Cerca de 120 mil colonos de San Miguel Teotongo viven bajo la ley del CONAMUP,« September 18, p. 17.

NNA: National Newspaper Archive (1986): Fondo Hemerográfico, El Nacional, »Temen los vecinos más anomalías de la CONAMUP,« March 15.

INTERVIEWS

Interview with Irais, Union member, Mexico City, March 2020.

Interview with Luz, Union member, telephone communication, September 2020.

Interview with Pedro Moctezuma Barragán, telephone communication, April 2020.

Interview with Salvador, Union member, Mexico City, March 2020.

Berlin Universities Publishing

Copyright © 2026 The Author(s)

Neue Themen, alte Muster?
Streit(en) in feministischen Bewegungen der postfeministischen und postmigrantischen Gesellschaft

MIRIAM GUTEKUNST und IMKE SCHMINCKE

ABSTRACT

Im Zentrum des Beitrags stehen Konflikte und Kontroversen in feministischen Bewegungen. Die Autorinnen identifizieren Konflikte als konstitutives Merkmal feministischer Praxis, wobei diese sowohl durch äußere politische Bedingungen als auch durch interne Differenzen geprägt sind. Dabei greifen die Autorinnen auf zwei Forschungsprojekte mit unterschiedlichen Fragestellungen und empirischen Daten zurück. Imke Schmincke untersucht in ihrer Studie zum Wandel des Feminismus grobe Konfliktlinien von den 1970er Jahren bis heute, die um Fragen kollektiver Identität, universalistischer Ansprüche und den Umgang mit Differenz kreisen. Miriam Gutekunst analysiert in ihrem Projekt zu gegenwärtigen Konflikten rund um ›kulturelle Differenz‹ aktuelle Spannungen in postmigrantischen feministischen Organisationen, insbesondere im Kontext von ›Female Genital Mutilation/Cutting‹ (FGM-C) und ›Zwangsheirat‹. Hier verlaufen Konflikte entlang von rassismuskritischen Positionierungen, Sprachgebrauch, Repräsentation und Ressourcenverteilung. Beide Studien ergänzen sich und die Zusammenschau kann aufzeigen, dass sich Konfliktthemen im Laufe der Zeit verändern, auch weil die deutsche Gesellschaft zunehmend postfeministisch und postmigrantisch geworden ist. Es zeigen sich aber auch bekannte Muster des Streitens, da feministische Bewegungen stets zwischen Gleichheit und Differenz, Universalismus und Partikularismus oszillieren. Konflikte entstehen aus Machtungleichgewichten, aber auch aus der Pluralisierung feministischer Subjekte und Themen. Diese Fragmentierung kann Spaltungen verursachen, trägt jedoch zugleich zur Demokratisierung und Weiterentwicklung feministischer Diskurse bei. Streit wird somit nicht nur als zerstörerische, sondern auch als produktive Kraft von Veränderung verstanden.

SCHLAGWORTE

Feminismus, Konflikt, kulturelle Differenz, Wandel, postmigrantische Gesellschaft

ZITIERVORSCHLAG

Gutekunst, M. & Schmincke, I. (2026): Neue Themen, alte Muster? Streit(en) in feministischen Bewegungen der postfeministischen und postmigrantischen Gesellschaft. In: Berliner Blätter 93, 120–136. DOI: 10.60789/931242.

ISSN (Online): 2702–2536 | Creative Commons CC BY 4.0

Mit dem Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen in den letzten 20 Jahren ist vermehrt von einer zunehmenden Spaltung oder Polarisierung der Gesellschaft die Rede, was auch in aktuellen Zeitdiagnosen reflektiert wird (zum Beispiel Mau u. a. 2024; Kumkar 2025). Aber auch in Sub-Feldern der öffentlichen Debatte, wie beispielsweise in feministischen Kontexten, in denen sich durch den gesamtgesellschaftlichen Wandel der Öffentlichkeiten sowie eine immer stärkere Ausdifferenzierung von Positionen und Strömungen eine zunehmende Fragmentierung beobachten lässt (Schmincke 2026), ist in jüngster Zeit vielfach von Streit und Konflikt die Rede (zum Beispiel bei Linkerhand 2018; Schick 2023; Schmiedel 2023; Lewis 2025). Mit Blick auf diese Bücher und andere (pop)kulturelle Phänomene[1] sowie Debatten in und außerhalb von Social Media und die Mobilisierungen zum 8. März der letzten Jahre erscheinen die Feminismen der Gegenwart als besonders stark von Konflikten und Reibungen geprägt. Unsere Überlegungen setzen an dieser Beobachtung an und versuchen, die Bedeutung von Konflikten und Kontroversen in feministischen Bewegungen genauer zu beleuchten. Wir gehen davon aus, dass einerseits durch eine stärkere innerfeministische Pluralisierung auch mehr Konflikte um Deutungsmacht und Partizipation entstehen, dass andererseits aber Konflikt, Polarisierung und Spaltung derzeit gängige Deutungsmuster sind, mit denen Unterschiede und Unstimmigkeiten manchmal auch vorschnell als konfliktiv oder antagonistisch interpretiert werden. Mit unserem Beitrag wollen wir aber nicht nur das (vermeintlich) Neue zum Ausgangspunkt nehmen, sondern auch darauf hinweisen, dass Feminismen schon immer von Konflikten und Reibungen geprägt waren. Tatsächlich ist das Thema Konflikt und Kontroverse keineswegs neu. Wie alle sozialen Bewegungen (Rucht 2021) sind Frauenbewegungen aus einer Reibung mit der herrschenden Ordnung und deren Widersprüchen entstanden. Darüber hinaus sind Frauenbewegungen von Beginn an aber auch von internen Konflikten und Kontroversen begleitet worden: durch Machtverhältnisse innerhalb der Bewegung entlang von Rassismen und Klassenunterdrückung, unterschiedliche Verständnisse von Feminismus, Sexualität und Geschlecht sowie hinsichtlich der Frage der politischen Ziele und der richtigen Strategien auf dem Weg dorthin. Marianne Hirsch und Evelyn Fox Keller schreiben in ihrem Sammelband *Conflicts in Feminism* von 1990, wie bereits in den 1980ern vor dem Hintergrund einer Feindseligkeit des allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Klimas Kampf (»struggle«) und Konflikt (»conflict«) zu auffälligen Eigenschaften (»salient markers«) von feministischen Bewegungen wurden. Sie beschreiben die 1980er als »a decade of intense mutual criticism and internal divisiveness; a decade in which the feminist illusion of ›sisterhood‹ and the ›dream of a common language‹ gave way to the realities of fractured discourses« (Hirsch/Fox Keller 1990, 1). Innerhalb feministischer Bewegungen werden Konflikte häufig als »Streit unter ›Schwestern‹«[2] gerahmt, eine Formulierung, die auf eine spezifische Dynamik feministischer Kontroversen verweisen soll, die durch eine besondere affektive Verbindung zwischen ›Frauen‹ geprägt sei. Dabei werden Streit und Konflikt mal als produktiv und positiv – als Notwendigkeit für das Vorankommen feministischer Kämpfe – bewertet (Knapp 2012) und mal als destruktiv und negativ – als Hindernis – eingeordnet (Hirsch/

1 Ein sehr anschauliches Beispiel hierfür ist die 2023 für das ZDF produzierte Serie *Clashing Differences* der Regisseurin Merle Grimm, in der in ironisch-überzeichneter Weise eine Vielzahl aktueller innerfeministischer Streitpunkte und Positionen in Szene gesetzt wird, siehe https://www.arte.tv/de/videos/107113-005-A/clashing-differences-5-5/, aufgerufen am 19.3.2026.

2 So lautet etwa der Titel einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg im September 2024 (https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-151452, aufgerufen am 23.12.25.), ähnlich der Name *Schwesternstreit* eines Bands von fünf Aktivistinnen der neuen Frauenbewegung (Cramon-Daiber u. a. 1983).

Fox Keller 1990, 2). Außerhalb feministischer Bewegungen werden Frauen jedoch häufig in diskreditierender Absicht als streitsüchtig bezeichnet und Differenzen unter ihnen als »Zickenkrieg« diffamiert (Schmincke 2013).

Wir wollen uns in diesem Beitrag der Analyse von internen Konflikten anhand unserer empirischen Forschungsprojekte auf zweifache Weise nähern, um damit letztlich zu einem differenzierteren Verständnis der Bedeutung von Konflikt und Streit(en) für feministische Bewegungen beizutragen. So soll es zum einen um eine Kartierung feministischer Konflikte im zeitlichen Verlauf von den 1970ern bis heute gehen und zum anderen um eine Tiefenbohrung, das heißt, eine konkrete Analyse eines gegenwärtigen feministischen Konfliktfeldes: des Umgangs mit Rassismuskritik und kultureller Differenz in der postmigrantischen Gesellschaft. Unsere Forschungsprojekte ergänzen sich hinsichtlich der Fragen, denen wir im Folgenden nachgehen wollen: Was sind die Themen oder Positionen, an denen sich Streit entzündet? Inwiefern verändern sich diese im Laufe der Zeit, weil sich die Bewegungen selbst und die Gesellschaften, in denen diese agieren, wandeln? Lassen sich darüber hinaus ähnliche Muster herausarbeiten, die Rückschlüsse auf eine Spezifik feministischer Konflikte ziehen lassen? Und nicht zuletzt wollen wir danach fragen, welche Möglichkeiten des Umgangs mit Konflikten sich eröffnen beziehungsweise welche Folgen diese für die Bewegung selbst hatten und haben können.

Bei dem Forschungsprojekt *Feminismus im Wandel* von Imke Schmincke (im Folgenden: IS) handelt es sich um ihre Habilitation, in deren Rahmen zwischen 2012 und 2019 Daten erhoben und ausgewertet wurden. Dabei stand im Zentrum die Frage nach Wandel: Wie hat sich der Feminismus von den 1970er Jahren bis heute verändert und welche Veränderungen hat er im Leben von Frauen bewirkt? Um Antworten auf diese Frage zu bekommen, hat IS unter anderem sieben Einzelinterviews und fünf Gruppendiskussionen mit älteren (60 bis 70 Jahre alt) und jüngeren Frauen (Mitte 20 bis Mitte 30 Jahre alt), aktivistischen (autonome Frauenbewegung 1970er/80er, gewerkschaftliche Frauengruppe 1980er; bei den Jüngeren: feministisches Projekt, parteinahe politische Organisation) und nicht aktivistischen Frauen durchgeführt. Auch wenn es IS primär um die Frage des Wandels ging, tauchten doch in allen Interviews und Diskussionen mit den aktivistischen Frauen innerfeministische Konflikte und Kontroversen auf, die offenbar typisch für die Vergangenheit und Gegenwart feministischer Praxis sind. Das aktuelle Forschungsprojekt von Miriam Gutekunst (im Folgenden: MG) *Ambivalentes Geschlechterwissen: Aushandlungen kultureller Differenz in feministischen Initiativen der postmigrantischen Gesellschaft* (DFG 2023–2027)[3] beschäftigt sich mit innerfeministischen Konflikten um kulturelle Differenz im Kontext der Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt. MG forscht ethnographisch zu und mit feministischen Organisationen, die im Bereich ›Female Genital Mutilation/Cutting‹ (FGM-C) und ›Zwangsheirat‹[4] aktiv sind, da diese Gruppen einen zentralen Ort der Herstellung des Wissens über das Verhältnis von Geschlecht und kultureller Differenz darstellen und so eine Analyse feministischer Diskurse und Praktiken in der postmigrantischen Gesellschaft ermöglichen. Im Rahmen des Projekts wurde mit insgesamt vier feministischen Organisationen sowie einigen Einzelpersonen geforscht, die in verschiedenen

3 Mehr Informationen zum Forschungsprojekt: https://mappinggenderstruggles.com/forschung/das-forschungsprojekt/, aufgerufen am 16.12.2025.

4 MG setzt beide Begriffe in einfache Anführungszeichen, um sie in diesem Zusammenhang primär als Wissensobjekte zu markieren, hinter denen komplexe und konflikthafte Begriffspolitiken stecken, die auch Gegenstand des Erkenntnisinteresses des Forschungsprojekts sind.

Großstädten in Deutschland und Österreich ansässig sind, sich jedoch sowohl lokal als auch transnational engagieren. Sie sind politisch sehr unterschiedlich positioniert: Manche entstanden aus der weißen deutschen Frauenbewegung heraus und andere aus der Bewegung selbstorganisierter Migrantinnen. Das empirische Material wurde durch Interviews und Gruppengespräche, teilnehmende Beobachtung bei Veranstaltungen und Aktionen, durch Analyse von Internetseiten und sozialen Medien sowie eine kollaborative Tagung[5] an der Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis erhoben.

Beide Projekte unterscheiden sich hinsichtlich der Fragestellung, der methodischen Umsetzung und des Samples. Aber sie ergänzen sich auch auf mehrfache Weise: Während das Projekt von IS mit dem Fokus auf Wandel eher auf die Breite von feministischem Aktivismus zielt, geht das Projekt von MG mit der Perspektive auf kulturelle Differenz als Konfliktfeld in gegenwärtigen feministischen Kontexten eher in die Tiefe. Und bezogen auf das Sample ergänzen sich die Projekte insofern, als die von IS befragten Frauen zwar unterschiedlichen Alters und auch regional unterschiedlich verortet waren, aber in einer Hinsicht sehr homogen: Nur eine der Befragten thematisierte eine eigene Migrationsgeschichte. Indirekt und sehr vereinzelt wurde verschiedentlich das Thema Migration angesprochen, auch als Gegenstand von innerfeministischen Konflikten. Diese Leerstelle füllt in gewisser Weise das Projekt von MG, da ihr Sample sehr bewusst Aktivistinnen mit und ohne Migrationsgeschichte umfasst. Neben diesen Unterschieden, die sich in unseren Augen sehr gut ergänzen, gibt es aber auch Überschneidungen, die uns auf die Idee brachten, unsere Ergebnisse für eine Analyse des Streit(en)s in feministischen Bewegungen miteinander ins Gespräch zu bringen: Beide Forschungsprojekte beschäftigen sich mit feministischen Praktiken und Diskursen im bundesdeutschen Kontext (mit Fokus auf Wandel und einer historischen Perspektive [IS]; mit Fokus auf die Gegenwart und Dimensionen der postmigrantischen Gesellschaft [MG]) und in beiden Feldern wurde während der Forschung Streit und Konflikt von den Akteur*innen als ein zentrales Thema in ihrem Bewegungsalltag zur Sprache gebracht.
Im Folgenden sollen feministische Konflikte zunächst in der Breite und ihrem zeitlichen Verlauf vorgestellt und dann anhand eines konkreten Konfliktfelds intensiver beleuchtet werden. Im Anschluss wollen wir unsere Schlussfolgerungen hinsichtlich der hier aufgeworfenen Fragen nach dem Wandel, der Gegenwart und der Spezifik feministischer Konflikte präsentieren.

Feministisch streiten im Wandel der Zeit

Im Forschungsprojekt *Feminismus im Wandel* wurden jüngere und ältere Frauen in Einzelinterviews und in Gruppendiskussionen danach befragt, wie sie mit der Frauenbewegung in Berührung gekommen sind beziehungsweise welche Themen sie in ihren feministischen Gruppen früher bearbeitet haben beziehungsweise heute bearbeiten.[6] Dabei fiel auf, dass sich alle Interviewpartnerinnen auch auf Konflikte und Reibungen innerhalb ihrer jeweiligen feministischen Kontexte bezogen. An

5 Mehr Informationen zu der Fachtagung: https://mappinggenderstruggles.com/forschung/workshop/, aufgerufen am 16.12.2025.
6 Da die Interviewpartnerinnen sich selbst als Frauen bezeichneten, wird in der folgenden Darstellung auf den Genderstern verzichtet.

spezifischen Themen entlang entstehen Fronten, die wir als Konfliktlinien bezeichnen. An dieser Stelle sollen diese Konfliktthemen und -linien kartiert werden, um anschließend auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie auf allgemeine Muster zu sprechen zu kommen. Dabei muss an dieser Stelle einschränkend auf die Selektivität des Samples verwiesen werden. Häufig fehlt in der folgenden Darstellung die Sichtweise der ›anderen Seite‹ bestimmter Konfliktthemen, denn das Sampling erfolgte nicht anhand vorher festgelegter Konflikte, sondern anhand der Kriterien Alter und Region.
Die Konfliktthemen unterscheiden sich zwischen den Generationen. Die älteren Feministinnen, die in den 1970er und 1980er Jahren in verschiedenen Städten in der neuen westdeutschen Frauenbewegung aktiv waren, nennen vereinzelt als konfliktive Themen Mutterschaft, das Verhältnis zu »Staatsknete« und den Umgang mit (militanter) Gewalt. Aber am häufigsten wird sich auf Konflikte entlang folgender Linien bezogen: eine verläuft zwischen »Lesben« und »Hetero-Frauen« und eine andere zwischen »lebensweltlichen« und »gesellschaftspolitischen« Feministinnen. So berichten viele der älteren Interviewpartnerinnen wie die frühere Aktivistin Andrea[7] von dem »Streit zwischen Hetero-Frauen und lesbischen Frauen«, der auch in anderen Interviews kurz angeschnitten, aber an keiner Stelle genauer beschrieben wird. Deutlich wird nur, dass es dabei vor allem darum ging, wie stark Frauen innerhalb oder außerhalb der Frauenbewegung mit Diskriminierungen konfrontiert waren und wie weit die gemeinsame Solidarität in der Ablehnung von Männern beziehungsweise Männlichkeit gehen konnte. Hier waren die Positionen verschieden und es gab Streit darum, wer sich wie konsequent (»radikal«) feministisch positionierte. Dabei spielte auch der Anspruch eine Rolle, einen Gegenentwurf zu den Normen und Ausschlüssen der Mehrheitsgesellschaft zu leben, der durch die Aufstellung neuer Normen konterkariert wurde. In der anderen Konfliktlinie positionierten sich als »sozialistisch« und/oder »intellektuell« verstehende Feministinnen, die nicht nur das Geschlechterverhältnis, sondern die Gesellschaft als Ganze revolutionieren wollten, gegenüber den (von ihnen so bezeichneten) »lebensweltlichen« Feministinnen, die sich primär den Themen Körper und Weiblichkeit widmeten. Die Interviewpartnerin Betty berichtet, dass sich die »lebensweltlich« ausgerichteten Frauen mit Selbsterfahrung beschäftigten, während die sich als »gesellschaftspolitisch« verstehenden Frauen diese Selbstbezogenheit als »kaffeeklatschig« ablehnten. Aber die Interviewpartnerin reflektiert im Nachhinein auch selbstkritisch die Arroganz von Letzteren gegenüber Ersteren und dass man sich »moralisch so großartig« gefühlt hätte. Zeitlich etwas später taucht eine weitere Konfliktlinie auf, die zwischen feministischen Aktivist*innen aus West- und aus Ostdeutschland verlief. So berichtet die ostdeutsch sozialisierte Interviewpartnerin Cornelia ebenfalls von der Arroganz und dem Unverständnis der westlichen Feministinnen:
»[U]nd das Gleiche ist eben auch im Femi/ in der Frauenbewegung in der westdeutschen uns gegenüber passiert, also die konnten das nicht schätzen, was wir erreicht hatten«. Sie betont an späterer Stelle des Gesprächs, dass neben der fehlenden Anerkennung auch Konkurrenz um Stellen das deutsch-deutsche Verhältnis der Feministinnen trübte.

Von den jüngeren Feministinnen, die ab Mitte der 2010er Jahre politisch aktiv wurden, werden als konfliktive Themen Sexarbeit, Privilegienkritik und Transphobie genannt. Aber auch bei ihnen lassen sich darin zwei dominante Konfliktlinien

7 Die Namen der Interviewpartnerinnen sind pseudonymisiert. Zitiert wird im Folgenden aus den Einzelinterviews mit Andrea (geführt am 11.4.2013), Betty (geführt am 16.12.2019), Cornelia (geführt am 10.1.2020) und Katharina aus einer Gruppendiskussion (geführt am 19.12.2019).

erkennen. So berichtet Katharina in einer Gruppendiskussion mit Engagierten einer feministischen Organisation: »Also es gibt halt sehr so [eine andere leise: Streit], ja nen Streit halt oder so, den Konflikt zwischen Leuten, die eher so queerfeministisch drauf sind, und dann eher so materialistischer Feminismus, das ist, glaub ich, so der Hauptstreitpunkt.« Auch die Teilnehmerinnen einer anderen Gruppendiskussion beziehen sich auf die Konfliktlinie »queer« versus »materialistisch«. Dabei wird zum einen kontrovers diskutiert, wer das politische Subjekt (»Frauen«? »FLINTA«? u. a.) sei und in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung persönlicher Betroffenheit. Und es geht zum anderen um die Reichweite des politischen Anspruchs. Die sich als materialistisch verstehenden Feministinnen betonen, dass es ihnen in ihrem feministischen Engagement auch um eine grundsätzliche Kritik an der Gesellschaft und dem Kapitalismus gehe. In den Schilderungen aller jüngeren Feministinnen kommt Social Media als politischer öffentlicher Raum zur Sprache, in dem und über den Kontroversen und Konflikte entstehen und ausgetragen werden. Dabei berichten sie von »shaming«, mit dem auf vermeintliche Fehltritte reagiert wird, und beklagen, dass keine »Fehlerfreiheit« existiere.

Eine zweite Konfliktlinie, die von den jüngeren Teilnehmerinnen der Gruppendiskussion genannt wird, verläuft zwischen den sich als politisch verstehenden Feministinnen und denen, die diese als »esoterisch« beschreiben. In dieser Gegenüberstellung klingt die von den älteren Feministinnen erwähnte Konfliktlinie zwischen »gesellschaftspolitischen« und »lebensweltlichen« Feministinnen an.

Mit Blick auf die hier präsentierten Beispiele lässt sich argumentieren, dass die Konfliktthemen in Teilen neu sind, die darin artikulierten Konfliktlinien beziehungsweise Differenzen in ihrem Grundmuster jedoch alt und bekannt. So geht es bei den hier rekonstruierten Konfliktlinien (Lesben versus Heteras ›früher‹, FLINTAs versus Frauen ›heute‹; Selbsterfahrung versus gesellschaftliche Transformation ›früher‹, Empowerment der Einzelnen versus Systemkritik ›heute‹) jeweils um die Fragen, wer das (legitime) kollektive Subjekt des Feminismus ist und was das ›richtige‹ Feminismus-Verständnis. Anders formuliert: Es steht zur Debatte, wie viel Unterschiedlichkeit angesichts des Wunsches nach Nähe und Gemeinsamkeit möglich ist und wie partikular oder universal die politischen Ziele sein sollen oder dürfen. Die ehemalige Aktivistin Andrea reflektiert rückblickend auf die 1970er und 80er Jahre:

> »Wir dachten, wir müssen alle gleich sein, und wenn wir nicht alle gleich sind, dann ist es keine gute Bewegung. Und das hat/ waren auch schon sehr schmerzhafte Entwicklungen, ja, also die Unterschiede dann zu akzeptieren innerhalb der Frauenszene und überhaupt und damit konstruktiv umzugehen. Das ist eigentlich ein Prozess, der bis heute läuft.«

Die spezifische Mischung aus affektiver Bezogenheit und moralischer Bewertung, die in den Beschreibungen aller Interviewpartnerinnen unabhängig vom Alter zum Ausdruck kommt, macht die feministischen Bewegungen so anfällig für internen Streit und Kontroversen. So ist in vielen Interviews einerseits von innerfeministischer Abwertung, Arroganz und Konkurrenz die Rede, andererseits von Ängsten und schmerzvollen Erfahrungen.

Somit lassen sich über die Generationen hinweg ähnliche Konfliktmuster aufzeigen; auf die Unterschiede soll im Folgenden eingegangen werden. Diese liegen darin

begründet, dass die jüngeren Feministinnen in einer anderen Zeit und einem anderen gesellschaftlichen Kontext politisiert wurden und dass ihre feministische Politisierung auf der Grundlage der Folgen und Erfolge (wie immer man diese bewerten mag) feministischen Aktivismus der letzten Jahrzehnte vonstattenging. Zu den Folgen gehört auch das Erbe feministischer Konflikte. So berichten die älteren Interviewpartnerinnen, dass es teilweise gelungen sei, einen konstruktiven Umgang mit Unterschieden zu finden, wie im obigen Zitat der Aktivistin Andrea angedeutet. Mehrheitlich jedoch berichten die Interviewpartnerinnen, dass die Konflikte zu »Grabenkämpfen«, zu »Zersplitterung«, »Fraktionierung« und zu einer »Separierung« verschiedener Strömungen und Gruppierungen geführt haben. Diese Folgen werden jedoch auch in Teilen positiv bewertet, hätten sie doch wesentlich zu einer Verbreiterung und Spezialisierung von Themen und Forderungen beigetragen und damit die Gesellschaft nachhaltig verändert. Das ist die postfeministische Situation[8], die die Jüngeren vorfinden, und auch bei ihnen führen die Konflikte zu einer weiteren Fragmentierung, die insbesondere durch soziale Medien noch deutlich intensiviert wird. Und in diesem Kontext spielen Affekt und Moral eine mindestens so große Rolle wie in den Frauenzentren, Gruppen und Plenen der Aktivistinnen der 1970er Jahre.
Nur am Rande geht es in den Interviews mit jüngeren und älteren Feministinnen um die Themen Rassismus, Migration und Intersektionalität. So berichtet Katharina:

> »Oder ›wir müssen unsere Privilegien hinterfragen‹. Also das ist auch ein ganz großes Ding, dass man dauernd seine Privilegien halt hinterfragt. Aber was dann eigentlich da der nächste Schritt ist, ist fraglich. Und auch find ich, gerade bei dieser Intersektionalitätsdebatte ist auch ganz viel *Shaming* von Einzelpersonen.«

In diesem Zitat wird deutlich, dass innerhalb feministischer Kontexte ein hohes Maß an Selbstreflexion und Selbstpositionierung gefragt ist, welches die Interviewpartnerin als problematisch empfindet. Das Hinterfragen ungleicher Machtverhältnisse, insbesondere auch im Rahmen der Wirkung von Rassismus, wird von denen, die davon nicht unmittelbar betroffen zu sein scheinen, als moralischer und persönlicher Affront gewertet. Wie berechtigt diese Bewertung ist und ob diese letztlich Ausdruck einer Abwehr von Kritik ist, lässt sich anhand dieser kurzen Passage aus dem Interview nicht abschließend feststellen. Jedoch verweist dieses Zitat bereits auf Rassismuskritik als innerfeministisches Konfliktfeld, auf das im Folgenden näher eingegangen werden soll.

Kulturelle Differenz als feministisches Konfliktfeld in der postmigrantischen Gesellschaft

Kulturelle Differenz stellt in der postmigrantischen Gesellschaft – besonders in ihrem Verhältnis zu Geschlecht – ein zentrales Konfliktfeld dar (Römhild 2014; Foroutan 2019). Der Konflikt dreht sich unter anderem um die Frage, welche

8 Mit Postfeminismus bezeichnet IS Formen des Feminismus, die nach der neuen bzw. zweiten Frauenbewegung entstanden sind, auf der Grundlage einer durch diese veränderten Gesellschaft und in kritischer Bezugnahme auf diese Bewegung. Dieses Verständnis ist etwas breiter angelegt als das bei McRobbie (2010) und Gill (2018), wenngleich es an deren kritische Perspektive anschließt.

Bedeutung kulturelle Differenz für die Konstituierung von Geschlechterverhältnissen und vor allem -ungleichheiten hat. Der öffentliche Diskurs ist dabei stark geprägt von Formen des *Othering* und der Kulturalisierung von Geschlecht sowie geschlechtsspezifischer Gewalt (Dietze 2017). Diese kontroversen Diskurse um das Verhältnis von Geschlecht und Kultur prägten spätestens seit den 1990er Jahren – gerade im Zusammenhang mit den Themen Integration und Multikulturalismus – die Debatten um Migration in Wissenschaft, Medien, Aktivismus und Praxis (Hess u. a. 2009; Sauer/Strasser 2008). Nach der Silvesternacht in Köln 2015/16 erhielten sie erneut erhöhte Aufmerksamkeit im medial-öffentlichen Bewusstsein (Dietze 2016; Hark/Villa 2017). Das globale Erstarken sowie die damit einhergehende Normalisierung und Modernisierung des Rechtspopulismus tragen ebenfalls zu einer Verschärfung der Kulturalisierung und Ethnisierung von Geschlecht sowie der femonationalistischen Instrumentalisierung geschlechtsspezifischer Gewalt bei (Farris 2017; Lang 2018). In der postmigrantischen Gesellschaft haben Rassismen Konjunktur, die nicht mehr auf der Vorstellung biologischer Rassen beruhen, sondern sich vielmehr über die Essentialisierung kultureller Differenz artikulieren (Balibar 1990) sowie »in Referenz auf vermeintlich universelle Werte wie Freiheit und Toleranz, zu denen bestimmte Individuen erst befähigt werden müssten« (Espahangizi u. a. 2016, 17). In feministischen Bewegungskontexten stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, wie und ob kulturelle Differenz als Argument für emanzipatorische Politiken herangezogen werden kann und sollte.

In Miriam Gutekunsts Forschungsprojekt, das kulturelle Differenz als ein feministisches Konfliktfeld in der postmigrantischen Gesellschaft untersucht, verlaufen die Konfliktlinien vor allem entlang des Grads an Auseinandersetzung mit Rassismuskritik beziehungsweise des Grads an Integration von Rassismuskritik in die feministische Praxis. ›FGM-C‹ und ›Zwangsheirat‹ rückten in den 1990er Jahren in den Fokus feministischer Organisationen in westlichen Ländern (Sauer/Strasser 2008; Sauer 2011) und sorgten von Beginn an für Streit, Konflikt und Kontroversen. Streitpunkt war und ist vor allem die Frage, welche Bedeutung kulturelle Differenz im Kontext geschlechtsspezifischer Gewalt hat und welches politische Handeln daraus abzuleiten ist. Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt wie ›FGM-C‹ und ›Zwangsheirat‹ werden im hegemonialen Diskurs als ›kulturbedingt‹ markiert und vor allem auf kulturelle Differenz zurückgeführt sowie in der Gruppe migrantischer und geflüchteter Mädchen und Frauen verortet. Dadurch findet eine starke Kulturalisierung geschlechtsspezifischer Gewalt in diesem Zusammenhang statt. Gesamtgesellschaftlich sowie parteipolitisch lässt sich seit Jahrzehnten eine Instrumentalisierung der Themen ›Zwangsheirat‹ und ›FGM-C‹ für migrationsfeindliche und nationalistische Zwecke beobachten (Razack 2004; Brunner/Hrzán 2009). Rechtspopulistische und konservative Akteur*innen nutzen jene Phänomene als Beleg für die vermeintliche ›Rückständigkeit‹ und die ›kulturelle Inkompatibilität‹ der ›migrantisch Anderen‹ (Erdem 2009). Innerfeministisch bildet der Umgang mit dieser rassistischen Instrumentalisierung einen Konfliktpunkt, aber die Konflikte reichen weiter. An welchen Konfliktthemen und -situationen entzündet sich also der Konflikt um kulturelle Differenz und damit über den Umgang mit Rassismuskritik in diesem Feld?

Das Ringen um Worte – also die Frage des ›richtigen‹ Umgangs mit Sprache – stellt in diesem Forschungsfeld eines von mehreren Konfliktthemen dar. Wie können Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt benannt werden, wenn deren

Bezeichnung in einen derart rassistischen Diskurs verwoben ist? Im Kontext von ›FGM-C‹ verläuft zum Beispiel eine Konfliktlinie zwischen jenen, die den Begriff der ›Verstümmelung‹ (*mutilation*), und jenen, die den Begriff der ›Beschneidung‹ (*cutting*) verwenden. Gerade Betroffene von ›FGM-C‹ lehnen zumeist ersteren Begriff ab, weil er aus ihrer Perspektive zu einer stärkeren Stigmatisierung führt und sie sich damit nicht identifizieren können. Auch bei ›Zwangsheirat‹ handelt es sich um einen Begriff, der von bestimmten – eher rassismuskritischen – Akteur*innen im Feld problematisiert wird: Zum einen würde er oft mit arrangierten Ehen gleichgesetzt, die zumeist trotz der Vermittlung des Partners oder der Partnerin durch die Familie immer noch auf Freiwilligkeit beruhten. Zum anderen würde er oft genutzt, um Partnerschaftsgewalt innerhalb von Beziehungen zwischen migrantisierten Partner*innen zu kulturalisieren und damit ähnliche Formen geschlechtsspezifischer Gewalt in der weißen Mehrheitsgesellschaft zu verschleiern.[9] Einige der Interviewpartner*innen – eher aus der migrantischen Selbstorganisation kommend – lehnen außerdem den Begriff der ›kulturbedingten‹ Gewalt ab, unter dem im hegemonialen Diskurs zumeist ›Zwangsheirat‹, ›FGM-C‹ und ›Ehrenmorde‹ zusammengefasst werden. Sie legen Wert darauf, ›Zwangsheirat‹ und ›FGM-C‹ eben nicht als kulturelle Praxis, sondern als Formen geschlechtsspezifischer Gewalt zu benennen und auch zu adressieren. Die starke Sensibilität für und Auseinandersetzung mit Sprache lässt sich in dem Forschungsfeld vor allem bei Akteur*innen finden, die Rassismuskritik sehr ernst nehmen. Andere Akteur*innen, die aus einem weiß dominierten Feminismus kommen und Rassismuskritik oft als Gefahr für den Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt sehen, lehnen eine so intensive Auseinandersetzung mit Sprache – auch im Zusammenhang mit der Verwendung geschlechtergerechter Sprache – häufig ab und sehen darin eher eine Einschränkung ihrer Freiheit, sich auszudrücken, sowie eine Ablenkung von den ›eigentlichen‹ Problemen.

Obwohl es sich bei Betroffenen von ›FGM-C‹ sowie ›Zwangsheirat‹ mehrheitlich um Betroffene von Rassismus handelt, sind feministische Veranstaltungen und Räume zu diesen Themen zumeist sehr weiß dominiert. Die Empirie dieses Forschungsprojekts zeigt, dass ›FGM-C‹ und ›Zwangsheirat‹ eine gewisse Anziehungskraft auf weiße Feministinnen haben. Dieses verstärkte Interesse kann unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass jene Formen geschlechtsspezifischer Gewalt sehr anschlussfähig an alte koloniale Vorstellungen und Fantasien von der Rettung und Befreiung migrantischer Frauen sowie Frauen im Globalen Süden sind (Sauer/Strasser 2008). Eine Interviewpartnerin von einer weißen deutschen Frauenrechtsorganisation sagte MG, dass für weiße junge Frauen, die neu zur Organisation stoßen, ›FGM-C‹ meistens das Einstiegsthema sei. Eine andere Interviewpartnerin, die selbst aus Somalia kommt und von ›FGM-C‹ betroffen ist, erzählte MG, dass sie bei Veranstaltungen zum Thema ›FGM-C‹ meist nur weiße Personen auf der Bühne erlebe und selbst mit ihren Wortmeldungen häufig nicht ernst genommen werde. So erging es auch anderen Schwarzen Frauen und Frauen *of Colour*, die in diesem Feld aktiv sind: Auch wenn sie selbst keine Erfahrungen mit ›FGM-C‹ oder ›Zwangsheirat‹ gemacht haben, werden sie immer wieder – vor allem von weißen Personen – als ›Betroffene‹ adressiert und viktimisiert. Von Rassismus betroffene Akteur*innen versuchen, sich in diesem Feld ihren Platz zu erstreiten und für die eigene Sichtbarkeit und Teilhabe zu kämpfen, was

9 Eine ähnliche Debatte gibt es im Zusammenhang mit dem Begriff des ›Ehrenmordes‹, denn bestimmte Feminist*innen fordern, auch hier von Femiziden zu sprechen.

bis zu einem gewissen Grad gelingt: in Form von selbstorganisierten Räumen, Veranstaltungen und Workshops oder durch das Erkämpfen von Sichtbarkeit in weiß dominierten Räumen.

Zu diesem Kampf um Teilhabe und Repräsentation gehört auch der Streit um Geld und Ressourcen. Die feministischen Organisationen, mit denen MG forscht, sind insofern institutionalisiert, als sie bis zu einem gewissen Grad von staatlichen Geldern finanziert werden und in Form von Prävention, Beratung und Aufklärung auch Soziale Arbeit leisten. Wenn es um die Vergabe von Fördergeldern geht, um Einladungen zu Workshops oder die Besetzung von Stellen in diesen Organisationen, kritisieren von Rassismus betroffene Frauen, dass weiße Frauen oft bevorzugt werden würden. Dieser Konflikt trat auch auf einer Fachtagung an der Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis hervor, die MG Ende März 2025 in München veranstaltete.[10] Hier wurde kritisiert, dass Frauen mit Migrationsgeschichte immer noch die Kompetenzen abgesprochen würden, bestimmte Jobs in feministischen Organisationen zu machen, obwohl sich alle einig seien, dass ihre Perspektive, ihr Wissen sowie ihre Nähe zu den Betroffenen essentiell seien für eine erfolgreiche Arbeit in diesem Feld. Hier geht es auch um rassistische Vorstellungen von professionellem Arbeiten: Bestimmte Eigenschaften, wie ›strategisch‹ zu sein oder gut kommunizieren zu können, werden eher weißen Personen zugeschrieben. Ein selbstorganisierter Migrantinnenverein, mit dem MG forscht, besetzt Stellen dagegen bewusst fast ausschließlich mit Frauen mit Migrationsgeschichte.

Bei den Auseinandersetzungen um die ›richtige‹ politische Strategie geht es in diesem Feld vor allem um die Frage der Integration von Rassismuskritik in die feministische Praxis. Dabei wird unter anderem darum gestritten, welche Allianzen und Bündnisse mit anderen Organisationen und Parteien eingegangen werden. Im Kontext der Bekämpfung von ›FGM-C‹ und ›Zwangsheirat‹ gibt es feministische Akteur*innen, die Bündnisse mit migrationsfeindlichen – zumeist konservativen, aber auch rechtspopulistischen Parteien angehörenden – Akteur*innen eingehen, insofern sie ihr feministisches Anliegen unterstützen. Andere lehnen ein solches Vorgehen strikt ab und schließen sich eher mit antirassistischen und linken Organisationen zusammen, die sehr viel stärker für die Rechte von Migrant*innen eintreten. Gerade durch die Abhängigkeit von staatlichen Förderungen und den Rechtsruck von westlichen Regierungen stehen einige feministische Organisationen, die sich nicht nur gegen geschlechtsspezifische Gewalt positionieren, sondern auch rassismuskritisch für eine gerechte und menschenwürdige Migrationspolitik eintreten wollen, vor dem Dilemma, dass sie um ihre finanziellen Ressourcen fürchten müssen, wenn sie sich dem politischen Diskurs von Regierungen entgegenstellen. Eine große Debatte im Zusammenhang mit der Frage der ›richtigen‹ politischen Strategie ist außerdem die Forderung nach Kriminalisierung. Während die einen in der strafrechtlichen Verfolgung von ›FGM-C‹ und ›Zwangsheirat‹ einen wichtigen Ansatz in der Bekämpfung jener Phänomene sehen, stehen andere dieser Bestrafungspolitik ambivalent gegenüber und manche lehnen diese komplett ab.
Insgesamt beklagen die meisten Akteur*innen im Feld eine zunehmende Verschärfung der Konflikte innerhalb feministischer Bewegungen sowie eine zunehmend polarisierte, konkurrenzhafte und ausschließende Diskussionskultur – eine Tendenz, die unter anderem auch auf den Kommunikationsstil sowie Aufmerksamkeitsökonomien in sozialen Medien zurückgeführt wird. Trotzdem betrachten

10 https://mappinggenderstruggles.com/forschung/workshop/, aufgerufen am 10.12.2025.

viele – vor allem jene, die die Komplexität von Machtverhältnissen und damit auch Rassismus in ihrem Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt mitdenken – auch das Austragen von Konflikten als wichtigen Teil ihrer feministischen Arbeit und sehen darin ein Vorankommen in zentralen Fragen.

Konfliktmuster (post)feministischen Streitens

Wir möchten abschließend die unterschiedlichen Perspektiven auf Konflikte und Kontroversen in feministischen Bewegungen mit zentralen Ergebnissen unserer empirischen Studien zusammenbringen und in Bezug auf die anfangs aufgeworfenen Fragen nach Wandel, gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie möglicherweise spezifischen feministischen Mustern im Streit(en) diskutieren. Offensichtlich wandeln sich die Themen, an denen sich Konflikte entzünden, im Laufe der Zeit. Während beispielsweise in den 1970er Jahren die Konfliktlinie Hetero-Frauen versus lesbische Frauen immer wieder dominant wurde, spielt heute die Positionierung als materialistisch versus queerfeministisch eine zentrale Rolle. Während in der zweiten deutschen Frauenbewegung das Thema Rassismus trotz Interventionen migrantischer Frauen weitestgehend ignoriert wurde (Gutiérrez Rodríguez/Tuzcu 2021), stellt kulturelle Differenz sowie der Umgang mit Rassismuskritik heute ein omnipräsentes feministisches Konfliktthema dar. IS konnte zeigen, dass es in ihren Beispielen letztlich um die Fragen geht, wer legitimes Subjekt des Feminismus ist oder sein sollte, welches Verständnis von Feminismus als moralisch richtig gelten kann und, nicht zuletzt, welche politischen Strategien auf dem Weg zu einer emanzipierten Gesellschaft zielführend sind. MG konnte hingegen sehr viel konkreter herausarbeiten, dass die Konflikte sich an der Sprache und am Sprechort beziehungsweise der Repräsentation im sprachlichen und politischen Sinne festmachen. Bedingt durch verschiedene politische Strategien, werden sie in der Konkurrenz um Ressourcen relevant. An ihrem Beispiel wird nicht zuletzt deutlich, dass sich Themen verändern, dass aber immer wieder neu umkämpft ist, wer spricht, was feministische Ziele sind und wie diese erreicht werden können. Dabei geht es auch um die konflikthafte Aushandlung bestehender Machtasymmetrien – in diesem Fall von weißen und migrantisierten Personen – innerhalb feministischer Bewegungskontexte.

Der Wandel der Themen geht auf feministische und migrantische Kämpfe zurück, die die Gesellschaft verändert haben. Als »Feminismus-Effekte« (Schmincke 2026) lassen sich durch die Frauenbewegung bewirkte Veränderungen bezeichnen, die die Bedingungen heutiger feministischer Bewegungen prägen. Zu diesen Effekten gehören gleichermaßen die Normalisierung und Individualisierung des Feminismus wie auch seine Pluralisierung und Fragmentierung. So konnten etwa erst durch das Infragestellen der Kategorie ›Frau‹ Positionen und Strömungen sichtbar werden, die zuvor nicht denkbar oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt waren und keine Stimme hatten (zum Beispiel Trans*, non-binäre und andere queere Personen, besonders *of Colour*, Schwarze Frauen und Frauen *of Colour*). In ähnlicher Weise gilt für die postmigrantische Gesellschaft, dass diese nicht für einen Prozess der beendeten Migration steht, sondern durch die Erfahrungen und Praktiken von Migration wesentlich geprägt ist und dadurch eine Pluralisierung erfahren hat (Römhild 2014; Foroutan 2019). Naika Foroutan betont, dass es in der postmigrantischen Gesellschaft zu neuen Konfliktformationen kommt: Die Bruchlinien

verliefen nicht mehr entlang der Unterteilung in »Migrantinnen« und »Nicht-Migrantinnen«, Migration werde vielmehr zur Chiffre für einen Konflikt zwischen »PluralitätsbefürworterInnen« und »PluralitätsgegnerInnen« (2019, 18). Dabei werden ebenfalls Geschlechterfragen verhandelt und jene Konfliktlinien wirken auch in feministische Bewegungen hinein. Übertragen auf das von MG dargestellte Beispiel des Umgangs mit Rassismuskritik in den von ihr beforschten Kontexten lässt sich somit erkennen, dass die teilweise Durchsetzung der Normen von Geschlechtergleichheit und Selbstbestimmung ein breiteres feministisches Engagement nach sich zieht. In ihrem Fall zeigt sich jedoch auch, dass das Engagement im Bereich von ›FGM-C‹ und ›Zwangsheirat‹ hochgradig ambivalent zu bewerten ist, weil dieses bestehende Machtasymmetrien häufig verstärkt. Es ist darüber hinaus Ausdruck einer postmigrantischen Gesellschaft, weil diese nicht nur neue Themen auf die Tagesordnung bringt, sondern auch migrantisierten Gruppen ermöglicht, die eigenen Stimmen zu erheben und den Maternalismus beziehungsweise mehr oder weniger impliziten Rassismus verschiedener Organisationen zu kritisieren.
Was sich vor dem Hintergrund der postmigrantischen und postfeministischen Gesellschaft ebenfalls verändert und einen großen Einfluss auf das Austragen von Konflikten und die Praxis des Streit(en)s hat, ist die Verlagerung von feministischem Aktivismus in soziale Medien als Teil jener Popularisierung des Feminismus der letzten Jahrzehnte (Hausbichler 2023). Darauf deuten beide Forschungsprojekte hin: In beiden wurde über eine zunehmende Polarisierung und Schließung von Diskursen durch eine spezifische Debattenkultur im Netz berichtet. Beate Hausbichler (2023), die sich mit den Auswirkungen der Bedingungen von sozialen Medien auf den feministischen politischen Diskurs beschäftigt, führt diese verstärkte Fragmentierung unter anderem auf die Logik personalisierter Newsfeeds zurück: »Die politischen Diskurse der letzten Jahre sind schriller geworden und scheinen oft völlig aneinander vorbeizulaufen. Jede*r radikalisiert sich in seiner Echokammer, bekommt nur das zu sehen, was ihn oder sie triggert und die eigenen Positionen verstärkt.« (ebd., 170) Die Aufmerksamkeitsökonomie der sozialen Medien verschärft ein Ringen um Sichtbarkeit und Konkurrenzgefühle und basiert stark auf Ich-Erzählungen (ebd., 168). In Bezug auf die Debattenkultur schließen sich durch jene Logiken sozialer Medien Räume für die Artikulation von Unsicherheit und Zweifel sowie für das Aushalten von Ambivalenzen und Widersprüchen (ebd., 173).
Unsere Ergebnisse verweisen jedoch nicht nur auf den Wandel von Themen aufgrund einer zunehmend postfeministisch und postmigrantisch geprägten Wirklichkeit. Die historische Perspektive des Projektes von IS zeigt, dass sich unabhängig vom Wandel der Themen Muster wiederfinden lassen, die auch für Konflikte und Kontroversen anderer feministischer Wellen spezifisch sind. Damit wären wir bei der Frage nach dem Verhältnis von Gleichheit und Differenz, von Universalismus und Partikularismus – eine Frage, die den westlichen Feminismus von seinen Anfängen an geprägt hat. So brauchte es den Bezug auf die den Frauen gemeinsame Erfahrung, um sich als kollektives Subjekt zu formieren. Und gleichzeitig führte diese politische Strategie dazu, dass die Unterschiede auch in Bezug auf die Erfahrungen von Ungleichheit und Unterdrückung entlang anderer Kategorien unsichtbar gemacht wurden. Darauf, dass sich der westliche Feminismus von Beginn an in dem Paradox bewegte, auf die eigene Besonderung ›als‹ Frauen verweisen zu müssen, um universale Rechte einklagen und die Besonderung (und

damit letztlich auch die dieser Trennung zugrundeliegende Hierarchie) aufheben zu können, hat unter anderem Joan W. Scott hingewiesen. Sie stellt fest:

> »To the extent that it acted for ›women‹, feminism produced the ›sexual difference‹ it sought to eliminate. This paradox – the need both to accept *and* to refuse ›sexual difference‹ – was the constitutive condition of feminism as a political movement throughout its long history.« (1996, 3 f.)

Diese Paradoxie lässt sich auch auf andere soziale Gruppen übertragen, deren Ausschluss von universalen Rechten über ihre Besonderung legitimiert wurde. Insofern mussten sich partikulare Interessen zunächst ihrer Partikularität bewusstwerden, um auf dieser Grundlage die gesellschaftliche Partizipation einklagen zu können. Dabei verändert sich stückweise die Idee der Universalität beziehungsweise wird sichtbar, dass diese häufig im Namen letztlich partikularer Interessen verteidigt wurde. Dies verweist auf ein weiteres damit zusammenhängendes Paradoxon, das beispielsweise mit Aladin El-Mafaalani (2020) als Integrationsparadox bezeichnet werden kann und das die von uns untersuchten Konflikte erklären kann: Je inklusiver und pluraler eine Gesellschaft ist und je erfolgreicher die Kämpfe um Gleichheit und Mitsprache sind, wodurch bestehende Privilegien deutlich begründungsbedürftiger werden, umso vielfältiger und intensiver geraten die Konflikte um gemeinsame Werte und Teilhabe. Dies wird insbesondere in den Ergebnissen des Forschungsprojekts von MG deutlich. Stärker noch als bei den von IS beobachteten Konflikten zeigt sich mit Blick auf die Daten von MG, wie sehr das Feld von Machtasymmetrien zwischen den Akteur*innen geprägt ist (hinsichtlich der Deutungsmacht, der Sichtbarkeit, der Verfügung über Ressourcen). Bezogen auf feministische Bewegungen bedeutet das mit Birgit Rommelspacher, dass weiße Frauen die »eigene Position als Mitglied einer dominanten Kultur« (1995, 100) berücksichtigen müssen, um Machthierarchien nicht zu reproduzieren. Hierfür sei nach Rommelspacher auch notwendig, die jeweils anderen in ihrer Verschiedenheit anzuerkennen, ohne sie darauf zu reduzieren. Es muss jeweils ausgehandelt werden, was gemeinsame Erfahrungen oder politische Ziele sind und wo die Unterschiede liegen. In den Worten Rommelspachers: »Differenzen und Gemeinsamkeiten konstituieren sich in jeder Beziehung immer wieder aufs neue.« (1995, 101) Von der Seite derjenigen aus, die an der Dominanzkultur partizipieren, muss es daher darum gehen, »sich diese kulturellen Normen bewußt zu machen, sie als veränderbar zu begreifen und dafür Verantwortung zu übernehmen. Das heißt, das soziale Leben zu politisieren.« (ebd.)

Das bedeutet auch, dass interne Konflikte, Kontroversen und Polarisierungen nicht automatisch negative Folgen für soziale Bewegungen haben müssen. Die Beispiele aus unserer Forschung zeigen, dass es unterschiedliche Umgangsweisen mit feministischen Konflikten gibt, die innerhalb der feministischen Bewegungen häufig als Streit gedeutet werden. Wir sehen drei mögliche Varianten: Konflikte können erstens antagonistisch geführt werden und zu einem Bruch und einer Spaltung führen. Diese führt dann häufig zu einer Schwächung der politischen Mobilisierungsfähigkeit und wird von den Aktivist*innen als persönliche Verletzung empfunden. Die Interviewpartnerinnen im Projekt von IS erwähnen häufig, wie schmerzvoll Konflikte seien. Konflikte können aber zweitens auch dazu führen, dass sich Gruppen und Projekte trennen und dass dadurch neue Gruppen und Positionen entstehen, wodurch die feministische Landschaft pluraler und breiter wird.

Drittens können Konflikte auch Ausdruck von Reibungen sein, von Spannungen, die ausgehalten und gelöst werden und Neues entstehen lassen. Das zeigte sich im Material von MG in einer Gruppe, die versuchte, die an sie herangetragene Rassismuskritik ernst zu nehmen und in ihre feministische Praxis zu integrieren. Auf diese Weise können Konflikte Veränderungen innerhalb von Gruppen und Individuen bewirken und ein neues Verständnis feministischer Praxis begründen. Dafür erscheint das Konzept der »Friction« (Reibung) von Anna Lowenhaupt Tsing (2005) hilfreich: Sie verweist damit auf die Potentialität und Produktivität von Reibungen – im Sinne des Aufeinandertreffens von Differenzen – und kritisiert ein rein destruktives Verständnis von Konflikt. Im Kontext feministischer Bewegungen scheint dafür eine wichtige Voraussetzung die Bereitschaft zur Selbstkritik zu sein, welche sowohl die Reflexion eigener Privilegien einschließt, aber auch das Hinterfragen und Verstehen-Wollen der anderen sowie der eigenen emotionalen Betroffenheit. Streit und Konflikte haben das Potential, feministische Kämpfe zu sprengen, aber sie bringen diese auch voran. Die Fragmentierung feministischer Kämpfe ist daher gleichzeitig Ausdruck einer stärkeren Partikularisierung wie der Verbreiterung und Demokratisierung feministischer Anliegen.

MIRIAM GUTEKUNST Dr. phil., ist Kulturanthropologin und lehrt und forscht als Postdoc-Mitarbeiterin am Institut für Empirische Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie der LMU München. Ihre Forschungsinteressen liegen an der Schnittstelle von Geschlechter-, Migrations- und Grenzregimeforschung sowie politischer Anthropologie.

IMKE SCHMINCKE Dr. habil., ist Soziologin und akademische Oberrätin am Institut für Soziologie der LMU München; sie hat in Hamburg und Brighton/GB studiert und 2008 an der Uni Hamburg mit einer Arbeit zu Körper, Raum und Marginalisierung promoviert, 2025 mit einer Arbeit zum Wandel des Feminismus an der LMU habilitiert.

LITERATURVERZEICHNIS

Balibar, Étienne (1990): Gibt es einen Neo-Rassismus? In: Ders./Immanuel Wallerstein (Hg.): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Berlin/Hamburg: Argument, 23-38.

Brunner, Claudia/Daniela Hrzán (2009): Female Suicide Bombing – Female Genital Cutting. Wissen über ›die ganz Anderen‹ im Spannungsfeld von physischer, politischer und epistemischer Gewalt. In: Femina Politica 2, 95-105. DOI: https://doi.org/10.25595/3171.

Cramon-Daiber, Birgit u. a. (1983): Schwesternstreit. Von den heimlichen und unheimlichen Auseinandersetzungen zwischen Frauen. Hamburg: Rowohlt.

Dietze, Gabriele (2016): Das ›Ereignis Köln‹. In: Femina Politica 1, 93-102. DOI: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v25i1.23412.

Dietze, Gabriele (2017): Sexueller Exzeptionalismus als Kulturalisierung von Geschlecht und Sexualität. In: Femina Politica 2, 21-36. DOI: https://doi.org/10.3224/fzg.v23i2.02.

Erdem, Esra (2009): In der Falle einer Politik des Ressentiments: Feminismus und die Integrationsdebatte. In: Sabine Hess u. a. (Hg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript, 187-206.

Espahangizi, Kijan u. a. (2016): Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft. Zur Einleitung. In: movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies 2/1, 9-23. DOI: https://doi.org/10.64081/mvmnts-2.1-2440.

Farris, Sara (2017): In the Name of Women's Rights. The Rise of Femonationalism. Durham: Duke University Press.

Foroutan, Naika (2018): Die postmigrantische Perspektive: Aushandlungsprozesse in pluralen Gesellschaften. In: Marc Hill/Erol Yildiz (Hg.): Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen. Bielefeld: transcript, 15-28.

Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld: transcript.

Gill, Rosalind (2018): Die Widersprüche verstehen. (Anti-)Feminismus, Postfeminismus, Neoliberalismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 68/17, 12-19.

Gutiérrez Rodríguez, Encarnación/Pinar Tuzcu (Hg.) (2021): Migrantischer Feminismus in der Frauen:bewegung in Deutschland 1985–2000. Münster: Edition Assemblage.

Hark, Sabine/Paula-Irene Villa (2017): Unterscheiden und Herrschen. Ein Essay zu ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart. Bielefeld: transcript.

Hausbichler, Beate (2023): Der verkaufte Feminismus. Wie aus einer politischen Bewegung ein profitables Label wurde. Salzburg/Wien: Residenz.

Hess, Sabine u. a. (Hg.) (2009): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript.

Hirsch, Marianne/Evelyn Fox Keller (1990): Conflicts in Feminism. New York: Routledge.

Knapp, Gudrun-Axeli (2012): Im Widerstreit. Feministische Theorie in Bewegung. Wiesbaden: VS.

Kumkar, Nils C. (2025): Polarisierung. Über die Ordnung der Politik. Berlin: Suhrkamp.

Lang, Juliane (2018): Feminismus von rechts? Neue rechte Politiken zwischen der Forderung nach Frauenrechten und offenem Antifeminismus. In: CJD Nord (Hg.): Dekonstrukt Impulse 03. URL: https://www.vielfalt-mediathek.de/material/dekonstrukt-impulse-03-feminismus-von-rechts-neue-rechte-politiken-zwischen-der-forderung-nach-frauenrechten-und-offenem-antifeminismus, aufgerufen am 16.9.2026.

Lewis, Sophie (2025): Enemy Feminisms. TERFs, Policewomen, and Girlbosses Against Liberation. Chicago: Haymarket Books.

Linkerhand, Koschka (Hg.) (2018): Feministisch Streiten. Texte zu Vernunft und Leidenschaft unter Frauen. Berlin: Querverlag.

Mafaalani, Aladin el (2020): Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Mau, Steffen u. a. (2024): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

McRobbie, Angela (2010): Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden: VS.

Razack, Sherene H. (2004): Imperilled Muslim Women, Dangerous Muslim Men and Civilised Europeans: Legal and Social Responses to Forced Marriages. In: Feminist Legal Studies 12/2004, 129-174. DOI: https://doi.org/10.1023/B:FEST.0000043305.66172.92.

Römhild, Regina (2014): Jenseits ethnischer Grenzen. Für eine postmigrantische Kultur- und Gesellschaftsforschung. In: Marc Hill/Erol Yildiz (Hg.): Nach der Migration. Bielefeld: transcript, 37-48.

Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda Frauenverlag.

Rucht, Dieter (2021): Neue Konflikte und neue soziale Bewegungen in Deutschland. In: Brigitte Grande u. a. (Hg.): Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland: Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke. Bielefeld: transcript, 61-77.

Sauer, Birgit/Sabine Strasser (Hg.) (2008): Zwangsfreiheiten. Multikulturalität und Feminismus. Wien: Promedia.

Sauer, Birgit (2011): Migration, Geschlecht, Gewalt. Überlegungen zu einem intersektionellen Gewaltbegriff. In: GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 3/2, 44-60.

Schick, Sibel (2023): Weißen Feminismus canceln. Warum unser Feminismus feministischer werden muss. Frankfurt am Main: Fischer.

Schmiedel, Stevie (2023): Jedem Zauber wohnt ein radikaler Anfang inne. Warum uns ein bisschen Genderwahn guttut. München: Kösel.

Schmincke, Imke (2013): Feminismus, Sex und ›Zickenkrieg‹. Zur Konstruktion öffentlicher Feminismen in den (traditionellen) Massenmedien. In: Birgit Riegraf u. a. (Hg.): Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten. Feministische Perspektiven. Münster: Westfälisches Dampfboot, 144-162.

Schmincke, Imke (2026): My Body, mein Bauch – Wie zentral ist Körperpolitik für feministischen Protest? Eine vergleichende Analyse verschiedener Wellen des Feminismus. In: Agnieszka Balcerzak u. a. (Hg.): Mapping Gender Struggles. Geschlecht als Konfliktfeld sozialer Bewegungen der Gegenwart – Gender as Field of Conflict in Contemporary Social Movements. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 262-277.

Scott, Joan Wallach (1996): Only Paradoxes to Offer. French Feminists and the Rights of Man. Cambridge: Harvard University Press.

Tsing, Anna Lowenhaupt (2005): Friction. An Ethnography of Global Connection. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.

Berlin Universities Publishing

Copyright © 2026 The Author(s)

Konfliktzonen der Intimität?

Krisen- und Trennungsphasen in heterosexuellen Paarbeziehungen (1945-1999). Ein Gespräch

MANUEL BOLZ im Gespräch mit der Kulturanthropologin und Geschlechterforscherin ALEXANDRA REGIERT

ABSTRACT

Der Text basiert auf einem Interview mit der Kulturanthropologin und Geschlechterforscherin Alexandra Regiert. Im Zentrum steht ihr Promotionsprojekt, in dem sie mit biografischen Oral-History-Interviews arbeitet. Das Gespräch beleuchtet konflikthafte und spannungsreiche Dynamiken in heterosexuellen Ehe- und Paarbeziehungen in der BRD, insbesondere in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Analyse dieser Konstellationen eröffnet Einsichten in soziale und moralische Ordnungen, politische Kontexte und alltägliche Handlungsspielräume. Zugleich werden die kulturwissenschaftlich-ethnografische Forschungspraxis und die Navigation der Forscherin in einem hochgradig intimen Forschungsfeld thematisiert.

SCHLAGWORTE

Paarbeziehungen, Ehekonflikte, biografische Krisen, Historische Anthropologie, Oral History

ZITIERVORSCHLAG

Regiert, A., Bolz, M. (2026): Konfliktzonen der Intimität? Krisen- und Trennungsphasen in heterosexuellen Paarbeziehungen (1945-1999). Ein Gespräch. In: Berliner Blätter 93, 137–151. DOI: 10.60789/931244.

ISSN (Online): 2702–2536 | Creative Commons CC BY 4.0

Wie werden Krisen, Konflikte und Brüche innerhalb von Ehen und Paarbeziehungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wahrgenommen, bewältigt und narrativ verarbeitet? Aus welchen Motiven trennen sich Paare? Und inwiefern werden Trennungsprozesse durch soziale, kulturelle, ökonomische und politische Wert- und Moralvorstellungen beeinflusst? Folgt man den Arbeits- und Argumentationsweisen der Kulturanthropologie, dann lassen sich vermeintliche Selbstverständlichkeiten des Ehealltags und seiner Dynamiken aufbrechen. Konflikte innerhalb von Paarbeziehungen erscheinen dabei sowohl als Ausdruck sozialer Erwartungen wie auch als Folge historischer Transformationsprozesse in den Bereichen Arbeit und Alltag, Sexualitätsnormen, Geschlechterordnungen und Familienentwürfen.

Das folgende Interview basiert auf dem Dissertationsprojekt »Beziehungsgeschichte(n) – eine Oral History zum alltagskulturellen Wandel von Paarbeziehungen in der BRD (1945–1999)« (Arbeitstitel) von Alexandra Regiert. Ehen und Paarbeziehungen fungierten, so ihre These, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg als Hauptschauplätze eines von Kontinuitäten und Brüchen geprägten Wandels der Geschlechterverhältnisse zwischen den Polen bürgerlicher Liebesidealisierung (›Liebesheirat‹), Liberalisierungs- und Entstigmatisierungsprozessen vorehelicher und gleichgeschlechtlicher Sexualität sowie Gleichberechtigung (Regiert 2020; 2023; 2026). Das Gespräch spürt der Frage nach, wie sich die neuralgischen Phasen einer Paarbeziehung, insbesondere Krisen, Konflikte und Trennungen, in autobiografischen Narrationen von Frauen unterschiedlicher Geburtsjahrgänge darstellen, welche Handlungsspielräume diese innerhalb tradierter familialer Ordnungen für sich identifizierten und welche genderspezifischen Dynamiken sowie zeithistorischen Prägungen hieraus hervorgehen. Aufgegriffen wird auch der Forschungsprozess selbst: Die Begegnung zwischen Forscherin und Forschungspartner:innen offenbart generationale Setzungen, moralische Gratwanderungen und umstrittene Positionierungen – Erfahrungen, Beobachtungen und Wahrnehmungen, die selbst Erkenntnispotenziale besitzen.

MANUEL BOLZ: Liebe Alexandra, danke, dass du dir die Zeit für mich nimmst. Könntest du zu Beginn kurz in dein Forschungsprojekt einführen? Was ist dein Forschungsfeld? Was interessiert dich? Und wonach fragst du?

ALEXANDRA REGIERT: In meiner Dissertation untersuche ich den alltagskulturellen Wandel heterosexueller Ehe- und Paarbeziehungen in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1945 bis 1999. Dabei folge ich – in Anlehnung an den Soziologen Karl Lenz (2009) – den vier Verlaufsphasen einer Paarbeziehung: Anbahnungs-, Bestands-, Krisen- und Auflösungsphase. Im Zentrum stehen Fragen danach, welche genderspezifischen Dynamiken die Entstehung von Paarbeziehungen prägten, welche Räume, Kommunikations- und Interaktionsweisen hierfür bedeutsam waren, wie Arbeitsteilung und Freizeitgestaltung organisiert wurden und welche sexualmoralischen Vorstellungen Einfluss auf voreheliche und eheliche sexuelle Praxen nahmen. Mich interessiert, welche Faktoren Konfliktphasen zugrunde lagen und welche Motive Trennungen entgegenstanden oder diese herbeiführten.

Gerade eine Beziehungsgeschichte »von innen« bietet die Möglichkeit, stereotype und oftmals verkürzte Zuschreibungen, die mit bestimmten Jahrzehnten beziehungsweise zeithistorischen Abschnitten verknüpft sind – etwa die »prüden« Fünfziger oder die »wilden« Sechziger –, zu hinterfragen und die Linearität von Emanzipations- und Liberalisierungsprozessen kritisch zu reflektieren. Mich interessiert also, wie sich Prozesse des Paar-Werdens und (Nicht-mehr-)Seins im Kontext eines »Wertewandels« nach 1945 veränderten, welche sozialen Instanzen, Leitbilder, Normen und Moralvorstellungen in unterschiedlichen soziohistorischen Zusammenhängen an Bedeutung gewannen oder eben verloren und wo sich Brüche zwischen Idealen und gelebter Praxis zeigen.

BOLZ: Das klingt komplex und herausfordernd. Wie bist du methodisch vorgegangen, um diesen Wertewandel greifbar zu machen?

REGIERT: Mein Quellenmaterial basiert auf mehrstündigen biografisch-narrativen Interviews mit 20 Frauen und 5 Männern: Die älteste Interviewpartnerin ist 1929 geboren, die jüngste 1973. Unter ihnen waren auch vier Paare, mit denen ich allerdings getrennt voneinander sprach. Die weiteren Personen sind alleinstehend, getrennt, verwitwet oder derzeit in einer Beziehung. Auch wenn ich den Fokus auf Beziehungen der Adoleszenzphase bis zum mittleren Erwachsenenalter setze, deute ich das retrospektiv Erzählte immer auch im Kontext der Gesamtbiografie beziehungsweise des Lebensverlaufs sowie der gegenwärtigen Perspektive, aus der auf die Beziehungsgeschichten geblickt wird. Denn die Interviewten versetzen sich zwar gedanklich in die erzählte Zeit zurück und sind bemüht, ihre Überzeugungen und Wahrnehmung von »damals« nachzuzeichnen, positionieren sich hierzu aber ausgehend von ihrer Gegenwart. Oft ist dann zu bemerken, wie sich verschiedene zeithistorische Prägungen und Wertvorstellungen überschreiben. Es geht also nicht nur darum, vergangene Paarbeziehungen zu rekonstruieren, sondern ebendiese Prägungen herauszudestillieren – im Bewusstsein, dass biografische Interviews stets, um mit Pierre Bourdieu zu sprechen,





Abb. 1+2 Einblicke in den Forschungsprozess. Dinge und Fotos können in lebensgeschichtlich-narrativen Interviews wertvolle Gesprächsimpulse sein und Strukturierungselemente darstellen.
© Alexandra Regiert

»biographische[n] Illusionen« (Bourdieu 1990) gleichkommen. Die Gespräche stellen, so lässt es sich zuspitzen, eine soziale Herstellungsleistung und narrative Identitätskonstruktionen dar.

Zu meiner eigenen Überraschung stieß ich kaum auf Hürden, Interviewpartner:innen zu finden, die bereit waren, mit mir über diese sehr sensiblen, emotionalen und teils gewaltvollen Themen zu sprechen. Männliche Interessenten zeigten sich jedoch deutlich zurückhaltender, was im genderheterogenen Setting, in der Altersdifferenz und im intimen Forschungsfeld begründet liegt – ebenso spielen bestehende Erzählkonventionen und Positionierungen des Sagbaren eine Rolle. Ergänzend zu den Interviews führte ich ein Forschungstagebuch, um Atmosphären, Details und Gefühlslagen während der Gespräche festzuhalten. Als Motivationen gaben viele Befragte an, das Interview als Chance zu nutzen, um das eigene Leben und die Beziehungen Revue passieren zu lassen oder – im Fall von Paaren – eine Basis für ein reflexives Gespräch zu schaffen. Auch wenn diese Ziele nicht intendiert waren, wohnte den Interviews häufig ein therapeutischer Charakter inne, begünstigt durch die vertraulichen Gesprächssituationen, das Zusammensitzen im privaten Wohnraum der Interviewten, das Erzählen-Lassen und Nachfragen. Auch erfolgte die Teilnahme aus Solidarität und der Bereitschaft heraus, meine Forschung und damit akademische Wissensproduktion zu unterstützen. Die eigenen Wahrnehmungen, Erfahrungen und Biografien wurden als erinnerungs-, erzähl- und forschungswürdig bewertet.

BOLZ: Neben den von dir angesprochenen Erwartungen, die an dich als Forscherin herangetragen wurden, und den sicherlich herausfordernden Momenten in der Forschungspraxis: Was hast du bisher über biografische (Krisen-)Narrationen in heterosexuellen Paarbeziehungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts herausfinden können? Und was hat dich überrascht oder eben auch irritiert?

REGIERT: Besonders überrascht hat mich etwa, wie ambivalent sich sexualmoralische Vorstellungen nach 1945 darstellten und wie scharf sexuelle Lebenspraxen mit öffentlichen Normen und rechtlichen Rahmenbedingungen kontrastierten: So stießen voreheliche Beziehungen selbst in ländlich-katholischen Regionen insgesamt auf Toleranz. Der bis 1973 bestehende »Kuppeleiparagraf«, der es Eltern, Vermieter:innen oder Bekannten verbot, unverheirateten Paaren Räume für sexuelle Begegnungen zur Verfügung zu stellen, hatte nur begrenzte Wirkmacht: Vermieter:innen gingen außer Haus, sobald sich »Damenbesuch« ankündigte; es existierten halböffentliche Räume, wo Paare sich trafen, etwa im Auto am Deich, oder die Eltern sahen duldend über die intimen Zusammenkünfte ihrer Kinder hinweg. Weitaus einschneidender erschien die Angst vor einer unehelichen Schwangerschaft – und damit vor einer existenzbedrohenden Situation: sozial aufgrund der Kontrolle im Nahbereich, ökonomisch wegen der zumeist unsicheren finanziellen Lage. Die sogenannte Antibabypille kam ja in der Bundesrepublik erst 1961 auf den Markt und Kondome waren, zumal für Frauen, nicht immer niedrigschwellig erhältlich. Auch galt ihre Qualität in

Deutschland bis in die 1980er-Jahre als defizitär (König 2016, 183-185). Viele meiner Interviewpartner:innen gingen daher »Muss-Ehen« ein, sobald ein Kind erwartet wurde. Eine Befragte berichtete etwa, sie habe vor einer Madonnenfigur um eine Fehlgeburt gebetet. Das erscheint auf den ersten Blick paradox, führt aber auch die sehr ambivalenten Moralvorstellungen vor Augen, die – das zeigen etwa die Arbeiten der Historikerin Dagmar Herzog – unter anderem ein Ergebnis der durch den Nationalsozialismus vorangetriebenen Säkularisierung darstellen (Herzog 2005, 152).
Zugleich zeichnet sich selbst in der Hochzeit der »sexuellen Revolution« in den 1970er-Jahren keine vollständige Erosion des Sexualkonservatismus ab: Da gab es Eltern, die sich weigerten, das Schlafzimmer eines Paares zu betreten, weil dort vorehelicher Sex stattfand, oder der gemeinsame Urlaub entfiel, weil man noch nicht verheiratet war und sich sorgte, was »die Leute sagen« könnten. Bedeutsam ist der enorme (Alltags-)Pragmatismus, der oftmals am Beginn einer Paarbeziehung stand. Das bürgerliche Ideal einer Liebesheirat spielt in meinem Material bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein keine große Rolle, vor allem bei Frauen, die sich in einer ökonomisch wenig abgesicherten und sozial stabilen Lage befanden. Viele Menschen, gerade aus dem bäuerlichen Milieu oder Arbeiter:innenmilieu, konnten eben nicht am sogenannten Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit partizipieren. Schließlich zeigen sich selbst im späten 20. Jahrhundert die Beharrungskräfte von internalisierten, aber auch explizit-performativen Geschlechterrollen. Hinzu kommt die große Diskrepanz zwischen dem Ideal einer geschlechteregalitären Arbeitseinteilung und einer Alltagspraxis, die angesichts struktureller Ungleichheiten bis heute fortbesteht: Stichwort Gender Care Gap, der noch im Jahr 2022 44,3 Prozent betrug und damit einen deutlichen zeitlichen Mehraufwand von Frauen in der unbezahlten Sorgearbeit gegenüber Männern markiert (Statistisches Bundesamt 2024).

BOLZ: Die von dir skizzierten Widersprüche und Ambivalenzen zeigen sich in deinem Feld u. a. als Reibungsmomente. Die 19. Arbeitstagung der Kommission für Geschlechterforschung und Queere Anthropologie der Deutschen Gesellschaft für Empirische Kulturwissenschaft (DGEKW) fand im Sommer 2025 in Göttingen statt. Sie beschäftigte sich mit Friktionen rund um Geschlecht und Sexualität. Inwiefern sind diese Perspektiven in deinem Material präsent?

REGIERT: Ich fokussiere das Reibungsvolle, Spannungsgeladene und Konfliktreiche vor allem über Krisenerzählungen, thematisiere also Friktionen weniger in einem produktiven, sondern eher in einem destruktiven, das Soziale auflösenden Sinn. Krisen beziehungsweise biografische Brüche, die als solche gedeutet werden, stellen in meinem Feld zunächst Veränderungen dar, die als belastend erlebt werden, emotional destabilisierend wirken und damit auch das gewohnte, routinierte Handeln und alltägliche Erleben unterbrechen. Eine Krise kann sich auf eine einzelne Situation beschränken oder den Paaralltag über längere Zeit prägen, sie muss aber nicht in einer Trennung enden – möglich ist auch eine Rückkehr zu einer vorherigen Beziehungsdynamik (Lenz 2009, 69). Eine Krise muss auch nicht von beiden

Partner:innen als solche empfunden werden – eine Person kann sich belastet fühlen, die andere die Beziehung aber weiterhin als harmonisch wahrnehmen (ebd., 136). Besonders anfällig für Krisen sind Schwellenereignisse, zum Beispiel der Umzug in eine gemeinsame Wohnung, ein Jobwechsel, die Heirat oder die Geburt eines Kindes. Konflikte, die im Zuge einer Krise auftreten, können unterschiedliche Themen betreffen: Eifersucht, Sexualität, Freizeitgestaltung, berufliche Entwicklungen, Finanzen oder Kindererziehung (ebd., 143-145; Burkart 2018, 175). Erst wenn es nicht gelingt, die vorhandenen Differenzen zu bewältigen, wird die sogenannte Auflösungsphase eingeleitet, die aber nicht zum finalen Ende der Beziehung führen muss. Eine unumkehrbare Auflösung kann natürlich auch durch den Tod erfolgen. Grundsätzlich ist die Auflösungsphase ein Prozess, der über die eigentliche Trennung hinausreicht, da sie mit hoher emotionaler Belastung verbunden ist, verschiedene Bewältigungsstrategien erfordert und oft eine Neuorientierung im sozialen Leben verlangt (Lenz 2009, 69; 180-185).

BOLZ: Krisenereignisse und -situationen wirken hier wie Medien gesellschaftlicher Ordnung und Geschlechtervorstellungen. Wie schlägt sich diese Perspektive in deinem empirischen Material nieder? Wo liegen analytische Erkenntnispotenziale?

REGIERT: Eine Interviewpartnerin äußerte mir gegenüber, als sie über ihre Ehe in den 1950er- und 1960er-Jahren sprach: »Wenn ich jetzt sage, ich lass mich scheiden, wer hätte denn da was davon?« Das Zitat verdeutlicht ein Abwägen zwischen individuellen Wünschen und sozialen Erwartungen. Es verweist exemplarisch auf moralische Normen und ökonomische Abhängigkeiten, die sowohl den Paaralltag als auch die in meinem Material überlieferten Erfahrungen prägten. Ich interessiere mich vor allem dafür, welchen zeithistorischen Prägungen die geschilderten Krisenphasen unterliegen: Bei den vor 1940 geborenen Interviewten zeigt sich ein eher pragmatischer Umgang mit erlebten Krisen und Konflikten. Vor dem Hintergrund der christlich-bürgerlichen Kernfamilie, die nach dem Krieg





Abb. 3+4 Ehen galten im Untersuchungszeitraum als gesellschaftliches Ideal und Vergleichsfolie, obgleich sich Vorstellungen von Liebesheirat, Sexualmoral, ökonomischer Sicherheit und religiöser Zugehörigkeit wandelten. © Alexandra Regiert

zum ordnungsstiftenden gesellschaftlichen Leitideal erhoben wurde, tritt in den Erzählungen deutlich die Typisierung und Figuration eines tradierten weiblichen »Geschlechtscharakters« (Hausen 1976) zutage, wie er aus den gesellschaftlichen Umbrüchen des 18. und 19. Jahrhunderts hervorging: eine gütige, rücksichtsvolle, passiv duldende (Ehe-)Frau, die Konflikte ebenso wie das Sprechen darüber als negativ und nicht zielführend für die gemeinsame (zukünftige) Lebensführung und familiäre Organisation begreift.

So pragmatisch-unemotional, wie die Beziehungen oft zu beginnen schienen, stellt sich dann auch der Umgang mit Krisen dar. Wenn der Ehepartner etwa außereheliche Beziehungen unterhält, wird dies stillschweigend akzeptiert: Dem Mann verschaffe das eheliche Sexualleben wohl nicht hinreichend Befriedigung (womit die Mitschuld bei der Ehefrau verortet wird). Es geht der hier Interviewten weniger um das eigene Bedürfnis nach lustzentrierter Sexualität, sondern vor allem darum, dass der Ehemann sich in der Rolle eines versierten Liebhabers wähnen soll, sie dies aber nicht ausreichend vermitteln würde. Sie fragt sich, so das eben aufgegriffene Zitat, welchen ›Nutzen‹ sie – auch angesichts wirtschaftlicher Abhängigkeiten und potenzieller moralischer Sanktionen – aus einer Auseinandersetzung oder gar einer Trennung ziehen könnte. Sie verlangt von ihrem Ehepartner lediglich, sich mit seinen Geliebten nicht in der Öffentlichkeit zu zeigen, da dies aufgrund des gesellschaftlichen Normbruchs als beschämend empfunden wird – vor allem für die Frau in ihrer Rolle als Gattin und gegebenenfalls Mutter. Als zentrale Erkenntnis kann ich also festhalten, dass dieser Alltagspragmatismus, der als roter Faden die Paarbiografien der Kriegs- und teils auch Nachkriegskohorten durchzieht, von den Interviewten weniger als Symptom von Ohnmacht gedeutet wird, sondern vielmehr als souveräner und reflektierter Ausdruck von Vernunft und Selbstbeherrschung beziehungsweise der Nutzung von Handlungsspielräumen – was auch als narrativer Versuch lesbar ist, retrospektiv Deutungshoheit zurückzuerlangen.

In einigen Fällen schildern Interviewpartnerinnen Erfahrungen häuslicher Gewalt, die in den 1950er- und 1960er-Jahren nicht zu einer Trennung oder gar Scheidung führten: Die Akteurinnen führten zum einen religiöse Gründe an, indem sie sich auf den kirchlichen Eid beriefen, den sie als bindend wahrnahmen; zum anderen sorgten sie sich darum, dass das soziale Umfeld den Vater der eigenen Kinder verurteilen könnte. Diese Dynamiken zeigen die Wirkmacht des Patrilinearitätsgedankens, demgemäß biologische Abstammung, familiäre Zugehörigkeit, Status und Kontinuität über die väterliche ›Linie‹ gedacht beziehungsweise als Orientierungspunkt genutzt werden. Das Selbstverständnis der weiblichen Interviewten veränderte sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts sukzessive von einem »Dasein für andere« hin zu einer Position, die sich selbstbewusst auf die Suche nach einem »Stück eigenen Lebens« begibt, wie es die Soziologin Elisabeth Beck-Gernsheim (2008) nennt. Das bedeutet aber nicht, dass tradierte Rollenarrangements substanziell hinterfragt wurden. Ganz im Gegenteil zeigt mein Material ein Festhalten an normativen Sorge-Imaginationen der ›guten‹ Hausfrau und Mutter. Gleichzeitig steigt jedoch auch der Anspruch an einen partnerschaftlichen Umgang auf Augenhöhe, der nicht zuletzt im Zuge der Neuen

Frauenbewegung an Wirkmacht gewonnen hat. Scheidungen erfolgen dann etwa, weil sich verbale Herabwürdigungen oder auch Gewalt über einen langen Zeitraum wiederholen oder weil die gemeinsame Lebensplanung sich vorwiegend nach den Plänen des Ehemannes richtet und dies als asymmetrisch bewertet wird. Einige Interviewpartnerinnen identifizieren außereheliche Beziehungen als Widerstandsform gegen eheliche Hierarchien. Rechtliche Zäsuren und die Veränderung politischer Kontexte spielen bei der Aushandlung von Krisen innerhalb der Paarbeziehung eine ebenso prägende Rolle. Vor allem die Reform des Ehe- und Familienrechts 1976/77 ist hier von Bedeutung: Erst sie erlaubte es verheirateten Frauen, unabhängig von der »Erfüllung häuslicher Pflichten« eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Im Scheidungsrecht ersetzte das Zerrüttungs- das Verschuldensprinzip. Dieser Umbruch behob vor allem Nachteile, die zuvor primär Frauen in der Scheidung betrafen – denn wenn die Frau nach dem Urteil der Richter:innen die Verantwortung für das Scheitern der Ehe trug, konnten ihr Unterhaltszahlungen verwehrt bleiben (Neumaier 2019, 382). Dennoch zeigt mein Interviewmaterial deutlich, dass jenseits dieser Zäsuren nicht pauschal von einer linearen Entwicklung einer einst stigmatisierten und nun normalisierten Scheidung gesprochen werden kann. Alltäglicher Pragmatismus, finanzielle Abhängigkeiten und ökonomische Not, die Sorge vor Altersarmut, vor allem in Verbindung mit unbezahlter Sorgearbeit und Stigmatisierung, bilden auch in den Erzählungen jüngerer Interviewpartnerinnen zentrale Motive und Machtstrukturen innerhalb der Paarbeziehung. Die Ehe stellt Ende der 1990er-Jahre noch immer eine gesellschaftlich erstrebenswerte Institution dar. Singles erscheinen eher als Defizitfiguren (Hradil 2003).

BOLZ: Macht, Geschlecht, Gewalt, Ungleichheit. Das sind große Konzepte. Wie konzeptionalisierst du sie in dem Spannungsfeld zwischen individuellen Lebenswelten und biografischen Erfahrungen in den Paarbeziehungen sowie in den gesellschaftlichen und politischen Dynamiken?

REGIERT: Ganz grundsätzlich ist das Paar als soziales Gebilde tief in gesellschaftliche Strukturen eingebettet und steht mit ihnen in einem reziproken Verhältnis (Motakef/Wimbauer 2019, 1104). Es existiert nicht im luftleeren Raum. Paar-Konstruktionen orientieren sich an kulturellen Mustern sowie zeitgebundenen Leitbildern – etwa Vernunfts-, Kameradschafts- oder Liebesehen – und an strukturellen Rahmenbedingungen, seien es Recht, Ökonomie, Politik, Religion oder Medizin. Zugleich lassen sich Paare als zentrale Orte der Aushandlung von sozialen und ökonomischen Ungleichheiten begreifen: Sie bilden eine private Sphäre, in der Normen und Machtverhältnisse anders greifen als in der Öffentlichkeit. Gleichzeitig sind sie nicht isoliert zu betrachten. Sie sind von gesellschaftlichen Erwartungen und Projektionen durchzogen. Intimität kann Machtasymmetrien abmildern, doch treten gerade hier auch Dominanz, Differenz und strukturelle Abhängigkeiten zutage. Paarbeziehungen sind daher Hauptschauplätze von Gesellschaft, in denen Ungleichheiten sowohl reproduziert als auch unterlaufen und transformiert werden können. Vor allem heterosexuelle Paare stabilisieren oftmals nach außen eine cis-heteronormativ-binäre

Geschlechterordnung, selbst wenn sie sich auf egalitäre Prinzipien berufen (Koppetsch/Burkart 1999). Aus intersektionaler Perspektive lassen sich neben Geschlecht/Gender weitere Ungleichheitsachsen identifizieren – etwa Klasse, Ethnizität, Migration oder Sexualität –, welche zeigen, wie gesellschaftliche Strukturen in die Paar- und demnach Intimsphäre oder auch in Vorstellungen von Liebe übersetzt werden (Rusconi/Wimbauer 2013, 10-36; Motakef/Wimbauer 2019, 1107).

BOLZ: Du benennst die vielen Knotenpunkte und Kontexte, die auf eine Paarbeziehung beziehungsweise Ehe einwirken und tradiert werden, sich aber auch wandeln können. Welche gesellschaftlichen Umbrüche (zum Beispiel Emanzipationsbewegungen, Wandel der Familienmodelle) haben die Paarbeziehungen im Untersuchungszeitraum besonders beeinflusst?

REGIERT: Ich plädiere gerade aus kulturwissenschaftlicher Perspektive dafür, zeithistorische Zäsuren wie »1968« oder mystifizierte Prozesse wie die »sexuelle Revolution« kritisch zu reflektieren, weil sie sich allzu leicht in die Großerzählung einer vermeintlich linear verlaufenden Liberalisierungsgeschichte fügen, die oft auf urbane Zentren, Bildungseliten, öffentliche Räume oder männliche Akteure fokussiert. Mir ist es deshalb wichtig, die Beziehungsgeschichten von Alltagsakteur:innen zu beleuchten, die nicht aktiv an den Diskursen über sexuelle Liberalisierung und Emanzipation partizipierten und etwa wegen ihrer Verortung in kleinstädtischen und ruralen Räumen häufig nur begrenzten oder auch gar keinen Zugang zu gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen hatten. Es sind also auch die peripheren Räume und ›Randzonen‹ samt ihren Ambivalenzen und Widersprüchen, die ich in den Blick nehme. Feministischen Traditionen des Faches folgend geht es mir zudem darum, das Denken in Überlappungen und im Gleichzeitigen zu stärken – in diesem Fall die Sexual- und Ehemoral in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts betreffend.
Umbrüche spiegeln sich – wenn auch subtil und verzögert – durchaus in meinem Material wider: Mir erzählten etwa Interviewpartnerinnen aus dem ländlichen Raum, sie hätten mit ihren Freundinnen die in den späten 1960er-Jahren erschienenen Sexualaufklärungsfilme Oswalt Kolles (1928–2010) gesehen, dadurch ihre eigenen Körper besser kennengelernt und erstmals von ihrer Orgasmusfähigkeit erfahren, was ihr Sexualleben positiv verändert habe. Auch wenn die meisten meiner Interviewpartnerinnen nicht Teil der Neuen Frauenbewegung waren, wirkten deren Haltungen, Strategien und Interventionen in alltägliche Lebenswelten und Biografien hinein. Zu nennen sind etwa die Lektüre der 1977 erstmals von Alice Schwarzer herausgegebenen *Emma*, die Gesprächspartnerinnen dazu inspirierte, einen kinderfreien Abend einzufordern oder eine Nebenerwerbstätigkeit aufzunehmen, die entsetzten Reaktionen einer Schwiegermutter, als der Ehemann einer Gesprächspartnerin trotz Kritik beim Fensterputzen half, oder auch die Reform des Scheidungsrechts im Jahr 1976/77.

BOLZ: Lassen sich die Ergebnisse deiner Forschung auf weitere Paar- und Beziehungskonstellationen, wie zum Beispiel queer-feministische Modelle, übertragen?

REGIERT: Definitiv! Mit meiner Arbeit möchte ich über die empirische Erforschung von Normen und Handlungszwängen bei heterosexuellen Paaren Brücken zu historischen wie auch gegenwartsbezogenen Studien schlagen, die sich mit Beziehungskonstellationen und ihren teils reibungsvollen, spannungsgeladenen und konfliktreichen Aushandlungsprozessen jenseits hetero- und paarnormativer Modelle befassen. Dabei knüpfe ich beispielsweise an Benno Gammerls Oral-History-Studie zum queeren Leben in der Bundesrepublik an, die gezeigt hat, dass die verbreitete Vorstellung einer linearen Liberalisierung brüchig wird, sobald man rechtliche und politische Entwicklungen mit individuellen Biografien konfrontiert (Gammerl 2021). Auch queere Formen des Begehrens bewegen sich häufig nicht vollständig außerhalb dessen, was Judith Butler als »heterosexuelle Matrix« (Butler 1991) bezeichnet: So werden in nicht-heterosexuellen Paar- und Familienentwürfen normative Imaginationen von romantischer Beziehung und/oder geschlechtlicher Binarität nicht immer durchbrochen, sondern partiell auch (re)produziert. Das zeigt sich etwa am Festhalten an der Institution Ehe beziehungsweise an dem Bedürfnis, die eigene Beziehung durch Heirat zu legitimieren.
Gleichzeitig begründe ich meinen Fokus auf heterosexuelle Paarbeziehungen durch ein identifiziertes Forschungsdefizit: Während sich die Sexualwissenschaft wie auch angrenzende Disziplinen früh den als ›deviant‹ markierten Sexualitäten zuwandten, gerieten historische Perspektiven auf heterosexuelle Konstellationen in den Hintergrund, sodass sich hier Desiderate ergeben haben. Gerade deshalb bieten die Queer Studies, die sich durch ein hohes Maß an Empirieaffinität auszeichnen, wichtige Anknüpfungspunkte für mein Projekt, um Normierungsprozesse, aber auch Brüche, Störungen und Transformationen nachzuzeichnen.

BOLZ: Welche Relevanz hat deine Forschung für das heutige Verständnis von Paarbeziehungen oder Geschlechterverhältnissen? Und welche Kontinuitäten und Brüche lassen sich deiner Meinung nach im Heute identifizieren?

REGIERT: Da ist zum einen der von dem französischen Soziologen Jean-Claude Kaufmann beschworene »Widerstand der Alltagsgesten« (Kaufmann 1994, 293) – egal, wie geschlechteregalitär man den eigenen Beziehungs- und Familienalltag gestalten möchte, die Prägespuren tradierter Ordnungen sind tief: Das Geschlechterwissen ist in Körper, Handlungen, Denkweisen, Wissensformen, Erzählungen und Institutionen eingeschrieben. Konkret zeigt sich das etwa im vermehrt diskutierten Mental Load, also der Belastung, die vor allem für Mütter mit der unbezahlten Organisation des alltäglichen Lebens einhergeht. Einige meiner jüngeren Interviewpartnerinnen beschäftigen sich seit Kurzem mit der strukturellen Entwertung von Care-Arbeiten und erkennen unreflektierte asymmetrische Beziehungsdynamiken erst in der Retrospektive.
Aus Sicht der Kulturanthropologie erscheint es mir nach wie vor wichtig, (zeit)historische Perspektiven auf gegenwärtige Phänomene vertiefend zu verfolgen, also das Geworden-Sein unserer alltäglichen Lebenswelten nicht aus dem Blick zu verlieren und das auch in der Wissenschaftskommunikation zu vermitteln. Die Historische Anthropologie bietet hier Arbeitsweisen

und Werkzeuge an, um Geschichte(n) einzuordnen und womöglich zu dekonstruieren (Gingrich/Zips 2006; Wietschorke 2012).
Vor allem hinsichtlich des Rechtsrucks in Europa und einer sich abzeichnenden Retraditionalisierung halte ich die nostalgische Idealisierung und Verklärung der Vergangenheit für gefährlich: In vulnerablen Zeiten, in denen sich Gesellschaften mit multiplen Krisen konfrontiert sehen, gelten tradierte Verhältnisse als erstrebenswert, weil sie Sicherheit vermitteln. Dann wird rasch das Bild eines diffusen, vermeintlich heilen »Frühers« gezeichnet und der Blick verengt: Beziehungen seien durch »klare« Rollenverteilungen und Hierarchien gekennzeichnet gewesen und nicht so schnell »weggeworfen« worden. Dabei führt mein Material scharf vor Augen, wie komplex und vielschichtig sich Beziehungsdynamiken in der Praxis gestalteten, wie strukturelle Asymmetrien in private Sphären drangen und dass stereotype Vorstellungen bestimmter Perioden oft nicht mit den subjektiven Erfahrungen übereinstimmen – zumal sich auch Fragen aufdrängen: Welche Paare besaßen den finanziellen Spielraum, sich am breiter werdenden Konsumangebot zu bedienen? Welchen Frauen stand wegen höherer formaler Bildung oder stabilerer finanzieller Situation die Möglichkeit offen, ihren Partner auf der Basis romantischer Zuneigung zu wählen? Und für wen war eine Trennung überhaupt realisierbar?
Insgesamt zeigt sich, wie stark historische Geschlechterverhältnisse sowie soziale Differenzierungen bis heute das Erleben und die Gestaltung von Paarbeziehungen prägen – und inwiefern es diese auch in aktuellen gesellschaftlichen wie politischen Diskursen zu reflektieren und zu verhandeln gilt.

BOLZ: Das Gestern und Heute ist sicherlich nicht nur für die Greifbarkeit und Sichtbarmachung des Feldes herausfordernd, sondern auch für die Erhebung. Begegneten dir im Zuge deiner Forschung und Gespräche auch forschungsethische Herausforderungen?

REGIERT: Da mein Themenfeld in einer zutiefst vulnerablen Sphäre verortet ist – der eigenen Sexualität und dem intimen Umgang mit anderen Menschen –, begleiteten mich forschungsethische Aspekte durch sämtliche Phasen der Materialerhebung und -auswertung. Dabei war für mich besonders die Frage nach Grenzen zentral, sowohl jene meiner Interviewpartner:innen als auch meine eigenen. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang – wie in sämtlichen Feldsituationen – hinzunehmen, dass manches unsagbar bleibt, wobei das Nicht-Erzählbare stets ebenfalls einen Forschungsbefund darstellt. Auch das Nicht-Sprechen und Schweigen (sei es aufgrund von Vergessen, Verstummen oder bewusstem Ignorieren) bieten Erkenntnispotenziale, weil sie auf gesellschaftliche und moralische Rahmungen verweisen, wann das Sprechen über sich selbst, über eigene biografische Erlebnisse, über Sexualität, Paar-Sein oder Liebe gewollt und erwünscht ist oder gar eingefordert wird. Dabei sollte man jedoch auch die Gefahr eines ›ethnografischen Voyeurismus‹ mitdenken: Das Private ist nicht als Schauwert auszustellen, sondern als sozialer Raum zu analysieren, in dem sich gesellschaftliche Ordnungen, Geschlecht, Intimität und Macht formieren.

Teilweise wurde ich aufgrund meiner alters- und geschlechtsspezifischen Positioniertheit während der Gespräche in die ›Enkelinrolle‹ katapultiert: Ich bemerkte bei mir selbst als Forscherin, Frau und Ethnografin, wie sich im Laufe der Zeit etwas mehr Souveränität einstellte und ich Irritationen produktiv nutzbar machen konnte, obgleich sich Status- und vergeschlechtlichte Machtbeziehungen nicht gänzlich auflösen lassen. Zu Beginn navigierte ich eher zaghaft durch sensible Themenkomplexe, lernte dann aber mit wachsender Erfahrung, dass sich ein flexibles, situationsangemessenes, oft intuitives Handeln als besonders fruchtbar erweist.
Das Konflikthafte war quasi omnipräsent: So führte ich Interviews mit Paaren – allerdings in Einzelinterviews – und hörte teils gänzlich unterschiedliche Gründe, weshalb man zur Eheberatung ging: Er meinte, sie habe eine Affäre mit ihrem Vorgesetzten unterhalten. Sie beklagte, die Schwiegermutter habe sich ständig in die Ehe eingemischt. Ich wurde also temporär zur Mitwissenden, hielt mich im Gespräch mit der jeweils anderen Person jedoch zurück. Solche Situationen erforderten von mir Flexibilität und situatives Anpassen.
Es gab einige Situationen, die sich für mich als besonders herausfordernd darstellten. Ein Beispiel: Eine Interviewpartnerin hatte in der Nachkriegszeit sexualisierte Gewalt erlebt und war gezwungen, den Täter zu heiraten, mit dem sie fortan eine über 40 Jahre andauernde gewaltgeprägte Ehe führte. In ihrem Erinnerungsprozess schien das in der Vergangenheit Erlebte für sie erneut Präsenz zu erlangen, weshalb ich – emotional ergriffen von ihren Erlebnissen – mehrfach darauf hinwies, dass wir das Gespräch abbrechen könnten. Sie entschloss sich, weiterzuerzählen, berührte eheliche Gewalterfahrungen aber nur bis zu einem gewissen Grad, eher distanziert und in komprimierten Episoden. Nachfragen stellte ich empathisch-zugewandt und behutsam-abwägend. Am Ende bemerkte sie zu meiner Überraschung, es sei »ein schöner Nachmittag« gewesen, und bedankte sich. Für sie schien das Interview einen geschützten Rahmen geboten zu haben, in dem sie ihre Geschichte einer zuvor unbekannten Person erzählen konnte. Einen Anreiz bildete die Vereinbarung, dass persönliche Daten vertraulich behandelt und pseudonymisiert werden. Mein Projekt berührt also auch Fragen des Forschungsdatenmanagements, beispielsweise, welche Geschichten und Personen wie in Erscheinung treten, aber auch, wo Materialien gesichert sind und wer Zugang dazu hat.
Es gilt schließlich auch, zu differenzieren zwischen einer empathischen Zugewandtheit in den Erhebungssituationen und einer nötigen reflexiven Distanz in der Auswertungsphase sowie der dazugehörigen Quellenkritik – hier können etwa Supervisionsgruppen helfen, Leerstellen im eigenen Vorgehen zu erkennen, konträre Perspektiven einzubringen und die Balance zwischen Nähe und Distanz methodisch wie emotional zu sichern.

BOLZ: Das ethnografische Heranzoomen, aber auch die erwähnte Offenheit für Überraschungen sowie die Reflexivität über die eigene Positionierung im Forschungsprozess sehe ich als Kernkompetenzen unseres Faches an. Vielen Dank, dass du diese hier abschließend nochmal stark gemacht hast.

REGIERT: Sehr gerne. Vielen Dank, lieber Manuel, für die Einladung.

ALEXANDRA REGIERT M. A. studierte Vergleichende Kulturwissenschaft, Kunstgeschichte und Deutsche Philologie an der Universität Regensburg. Seit 2023 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Vergleichende Kulturwissenschaft der Universität Regensburg. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der zeitgeschichtlichen Geschlechterforschung, wo auch ihr Dissertationsprojekt verortet ist, sowie in Bereichen der Sexual-, Körper- und Badekultur.

MANUEL BOLZ M. A. studierte Volkskunde/Kulturanthropologie beziehungsweise Empirische Kulturwissenschaft und Germanistik an der Universität Hamburg. Seit 2023 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie der Georg-August-Universität Göttingen. Zu seinen Forschungsinteressen zählen: Stadtraum & Emotionen, Recht & Politik, Gender & Gewalt, Körper & Wissen, Public Anthropology.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1–4 Fotografien © Alexandra Regiert.

LITERATURVERZEICHNIS

Beck-Gernsheim, Elisabeth (2008): Vom „Dasein für andere“ zum Anspruch auf ein Stück „eigenes Leben“: Individualisierungsprozesse im weiblichen Lebenszusammenhang. In: Sylvia Marlene Wilz (Hg.): Geschlechterdifferenzen – Geschlechterdifferenzierungen. Ein Überblick über gesellschaftliche Entwicklungen und theoretische Positionen (= Studientexte zur Soziologie). Wiesbaden: Springer, 19-61, DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-90831-1_2.

Bourdieu, Pierre (1990): Die biographische Illusion. In: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History 3/1, 75-81, DOI: https://doi.org/10.3224/bios.v32i1-2.05.

Burkart, Günter (2018): Soziologie der Paarbeziehung. Eine Einführung (Studientexte zur Soziologie, Bd. 1). Wiesbaden: Springer, DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-19405-5.

Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Gammerl, Benno (2021): Anders fühlen: Schwules und lesbisches Leben in der Bundesrepublik. Eine Emotionsgeschichte. München: Hanser Literaturverlage.

Gingrich, Andre/Werner Zips (2006): Ethnohistorie und historische Anthropologie. In: Aloys Winterling (Hg.): Historische Anthropologie. München: Franz Steiner, 245-263.

Hausen, Karin (1976): Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Werner Conze (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen. Stuttgart: Ernst Klett, 363-393.

Herzog, Dagmar (2005): Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. München: Siedler.

Hradil, Stefan (2003): Vom Leitbild zum „Leidbild". Singles, ihre veränderte Wahrnehmung und der „Wandel des Wertewandels". In: Zeitschrift für Familienforschung 15/1, 38-54.

Kaufmann, Jean-Claude (1994): Schmutzige Wäsche: Ein ungewöhnlicher Blick auf gewöhnliche Paarbeziehungen. Konstanz: UVK.

König, Wolfgang (2016): Das Kondom. Zur Geschichte der Sexualität vom Kaiserreich bis in die Gegenwart (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte – Beihefte Bd. 237). Stuttgart: Franz Steiner.

Koppetsch, Cornelia/Günter Burkart (1999): Die Illusion der Emanzipation. Zur Wirksamkeit latenter Geschlechtsnormen im Milieuvergleich. Konstanz: Herbert von Halem.

Lenz, Karl (2009): Soziologie der Zweierbeziehung. 4., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer, DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-91439-8.

Motakef, Mona/Christine Wimbauer (2019): Paarbeziehungen: Paare und Ungleichheiten als Gegenstand der Geschlechterforschung. In: Beate Kortendiek u. a. (Hg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung (= Geschlecht und Gesellschaft Bd. 65). Wiesbaden: Springer, 1103-1110, DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-12496-0.

Neumaier, Christopher (2019): Familie im 20. Jahrhundert. Konflikte um Ideale, Politiken und Praktiken (= Wertewandel im 20. Jahrhundert, Bd. 6). Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg.

Regiert, Alexandra (2020): Die Rolle der Frau in vorehelichen Paarbeziehungen zwischen 1945 und 1968. In: ForAP. Forschungsergebnisse von Absolventen und Promovierenden der SLK 3 (3), 59-73, DOI: https://doi.org/10.5283/forap.47.

Regiert, Alexandra (2023): Im Schatten der Revolte. Zum Wandel der Geschlechterbeziehungen in biografischen Narrationen von Nichtakademikerinnen der 1968er-Generation. In: kuckuck. Notizen zur Alltagskultur 2, 69-74.

Regiert, Alexandra (2026): "No plaintiff, no judge". Discrepancies between norms and practices in premarital sexuality during West Germany's "long sixties". In: Annales de démographie historique 1, 121-150.

Rusconi, Alessandra/Christine Wimbauer (2013): Paare und Ungleichheit(en) – eine Einleitung. In: GENDER Sonderheft 2, 10-36.

Statistisches Bundesamt (2024): KORREKTUR: Gender Care Gap 2022: Frauen leisten 44,3 % (alt: 43,8 %) mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Statistisches Bundesamt. URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/02/PD24_073_63991.html, aufgerufen am 6.11.2025.

Wienfort, Monika (2020): Enttäuschung, Scheitern, Neuanfang. Ehescheidungen in der Bundesrepublik 1950–1989. In: Petra Terhoeven/Tobias Weidner (Hg.): Exit: Ausstieg und Verweigerung in „offenen" Gesellschaften nach 1945. Göttingen: Wallstein, 132-151.

Wietschorke, Jens (2012): Historische Anthropologie und Europäische Ethnologie: Zur epistemologischen Verklammerung von Geschichte und Gegenwart in einem Forschungsprogramm. URL: https://www.hsozkult.de/debate/id/fddebate-132248, aufgerufen am 6.11.2025.

Berlin Universities Publishing

Copyright © 2026 The Author(s)

Impressum

BERLINER BLÄTTER. ETHNOGRAPHISCHE UND ETHNOLOGISCHE BEITRÄGE
Herausgegeben von der Gesellschaft für Ethnographie (GfE) und dem Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin
Heft 93/2026

Die Open-Access-Publikation wurde im Rahmen einer Finanzierung durch KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen Aufbauen) ermöglicht.

ISSN (Online) 2702–2536
www.berliner-blaetter.de
DOI: 10.60789/93

Alle Ausgaben dieser Zeitschrift werden seit Heft 90 unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 veröffentlicht.

REDAKTION
Beate Binder (V.i.S.d.P.), Ignacio Farías, Janine Hauer, Maren Heibges, Alik Mazukatow, Klara Nagel, Christine Schmid, Franka Schneider

HEFTREDAKTION
Manuel Bolz, Friederike Faust, Corinna Schmechel

KORREKTORAT
Barbara Driesen (deutsch) und Philip Saunders (englisch)

TITELBILD
Kevin Fiesinger-Schulz

LAYOUT & SATZ
Fritzi Jarmatz

Humboldt-Universität zu Berlin
Berlin Universities Publishing
GfE Gesellschaft für Ethnographie e.V.